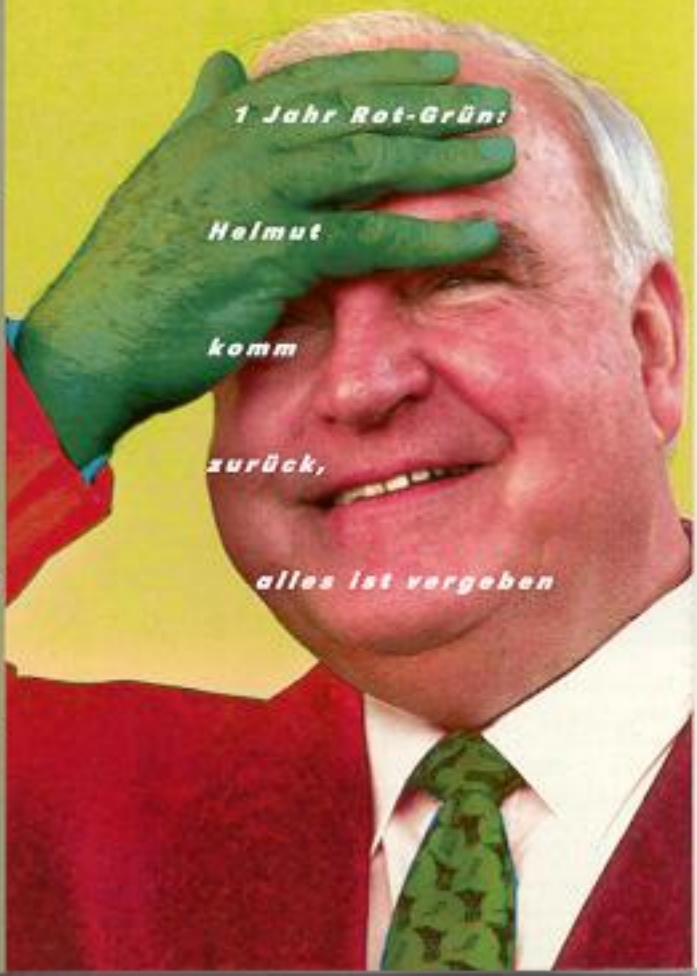
Heft 9 September 1999 8,– DM

C 12611 C

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Berliner Republik: Von Maastricht bis an die Memel
- Opponentenstadl: Wer stürzt Milosevic?
- Wer kassiert im Kosovo?
- PDS & SPD: Überholen, ohne einzuholen
- Zum Tod von Ignatz Bubis
- Ingrid Strobl: Literatur der Partisanen



in konkret September 1999

hier konkret von Avi Primor
»Weshalb ich eine so heftige und ausschließliche Abneigung gegen alles hegte, was deutsch war, ist mir nicht immer völlig bewußt gewesen«, berichtet Avi Primor über seine Kindheit und Jugend in Tel Aviv, wo er 1935 geboren wurde. Obwohl Primor »mit der deutschen Nationalhymne immer noch Probleme« hat, ist er – nicht erst seit seiner Berufung zum israelischen Botschafter in Bonn 1993 – ein Fürsprecher Deutschlands geworden. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst Ende August will sich der Weitgereiste künftig als Vizepräsident um die Universität Tel Aviv kümmern

von konkret

an konkret

Deutschland, Euro Gnaden von Hermann L. Gremliza

Herrschaftszeiten

Albanische Wirtschaft von Jürgen Elsässer
Wiederaufbau im Kosovo: Auf seiner eigenen ökonomischen Grundlage entwickelt der Kapitalismus eine Herrschaft der Stämme und Banden

Ruinen als Chance von Thomas Becker
Die serbische Opposition gegen Milosevic hat nur eines zu bieten:die endgültige Zerschlagung der Republik Jugoslawien

Denn unser war er auch nicht von Hermann L. Gremliza, Ignatz Bubis
Ignatz Bubis hat wohl geahnt, was die Partei- und Staatsführer dieses Landes ihm nachrufen würden. Er hat sie in einem Gespräch, das KONKRET Anfang 1994 mit ihm geführt hat, allesamt dementiert

SaisonbilanzDie Aufrüster von Ralf Schröder
Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

SaisonbilanzDie Dreckarbeiter von Manfred Sohn
Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

Jetztzeit von Peter Hacks
Denkmal für ein Denkmal (1)

SaisonbilanzDie Abschieber von Gaby Hommel
Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

Sie sind wieder werVerblaßte Schuld von Otto Köhler
Die NS-Verbrechen dienen der Rechtfertigung eines Angriffskrieges, die Entschädigungsforderungen von Zwangsarbeitern werden wie eine Attacke aufs völkische Gemeinwohl behandelt: Otto Köhler und Rolf Surmann resümieren ein Jahr rot-grüne Erinnerungskultur

Sie sind wieder werSpiel auf Zeit von Rolf Surmann

Die NS-Verbrechen dienen der Rechtfertigung eines Angriffskrieges, die Entschädigungsforderungen von Zwangsarbeitern werden wie eine Attacke aufs völkische Gemeinwohl behandelt: Otto Köhler und Rolf Surmann resümieren ein Jahr rot-grüne Erinnerungskultur

Öcalans Dünger von Justus Wertmüller
Die PKK garniert ihre Kapitulation mit antisemitischen Weltverschwörungsphantasien

Intensiver OpportunismusDer Krötenschlucker von Joachim Rohloff
Interessieren sich grüne Politiker überhaupt noch für Politik? Joachim Rohloff und Pascal Beucker porträtieren zwei prominente Funktionsträger der Öko-Partei: Jürgen Trittin und Rezzo Schlauch

Intensiver OpportunismusDer Seelenfänger von Pascal Beucker
Interessieren sich grüne Politiker überhaupt noch für Politik? Joachim Rohloff und Pascal Beucker porträtieren zwei prominente Funktionsträger der Öko-Partei: Jürgen Trittin und Rezzo Schlauch

Neues Denken von David Melzer
Überholen, ohne einzuholen: die PDS in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der rot-grünen Regierungspolitik

In diesem Sinne - Ein Besinnungsaufsatz von Georg Fülberth

In diesem Sinne - Kein Quatsch ist illegal von Tjark Kunstreich

In diesem Sinne – »Mama, wirf Geld ein« von Horst Pankow

Krämer gegen Krämer von Rayk Wieland

Buch des Monats: Grandiose Frablandschaften von F. W. Bernstein

Kunst & Gewerbe

»Nichts wird uns retten« von Ingrid Strobl
Über den bewaffneten jüdischen Widerstand gegen den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa

Zielgruppe Verwender von Joachim Rohloff
Peter Schneider hat endlich den Hauptstadt- und Wende-Roman geschrieben, den man von ihm erwarten durfte

Buch & Deckel von Marit Hofmann
Helmut Krausser: Schweine und Elefanten. Roman. Rowohlt, Reinbek 1999, 235 Seiten, 22 Mark

Buch & Deckel von Joachim Rohloff
Kursbuch 136: Schluß mit der Moral. Rowohlt Berlin 1999, 174 Seiten, 18 Mark

Buch & Deckel von Jürgen Roth
Gerhard Fischer / Ulrich Lindner: Stürmer für Hitler. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1999, 304 Seiten, 34 Mark

Stille Post V von Günther Jacob
Immer massiver werden in Deutschland Biographien und Traumata der Täter- und der Opferkinder analogisiert. Das Unternehmen ist ebenso ahistorisch wie obszön

Dialektik des Authentischen von Günther Jacob

Arische Eigenwerte von Peter Nowak
Wer ein Mahnmal für die Opfer des NS-Euthanasieprogramms fordert, wird in Deutschland sogleich des »Schwachsinns« verdächtigt

Teddy für alle von Gerhard Scheit
Waren Adorno und Horkheimer die Identitätsstifter der BRD? Aus diesem Bierwitz ist jetzt ein Buch geworden

Melodie & Rhythmus von Martin Büsser

Der gedachte Film von Georg Seeßlen
Über Stanley Kubricks radikal-aufklärerisches Kino und seinen nachgelassenen Film »Eyes Wide Shut«

Cookies Fortune von Marit Hofmann
Regie: Robert Altman. Mit Glenn Close, Julianne Moore, Charles S. Dutton, Chris O'Donnell. USA 1999 (Arthaus); 118 Minuten; seit 26.8. im Kino

filmtheater von Kay Sokolowsky

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/99, S. 3

Avi Primor

hier konkret

»Weshalb ich eine so heftige und ausschließliche Abneigung gegen alles hegte, was deutsch war, ist mir nicht immer völlig bewußt gewesen«, berichtet Avi Primor über seine Kindheit und Jugend in Tel Aviv, wo er 1935 geboren wurde. Obwohl Primor »mit der deutschen Nationalhymne immer noch Probleme« hat, ist er – nicht erst seit seiner Berufung zum israelischen Botschafter in Bonn 1993 – ein Fürsprecher Deutschlands geworden. Nach seinem Ausscheiden aus dem diplomatischen Dienst Ende August will sich der Weitgereiste künftig als Vizepräsident um die Universität Tel Aviv kümmern

konkret: Wenige Wochen vor seinem Tod hat Ignatz Bubis eine zutiefst pessimistische Bilanz gezogen, wie sich das Verhältnis zwischen Nichtjuden und Juden in Deutschland entwickelt hat. »Ich habe nichts oder fast nichts bewirkt ... Ich wollte diese Ausgrenzerei, hier Deutsche, dort Juden weghaben ... Die Mehrheit hat nicht einmal kapiert, worum es mir geht.«

Primor: Ich kann mir sehr gut vorstellen, was in Bubis vorgegangen ist. Bubis hat vor seinem Tod sehr gelitten – unter solchen permanenten Schmerzen muß ein Mensch pessimistisch werden. Doch Bubis hatte in der Einschätzung seines Wirkens unrecht. Ich kenne kaum jemanden, der sich mehr bemüht hat, eine Brücke zwischen Juden und Nicht-Juden zu schlagen. Und er hat dabei viel mehr Deutsche angesprochen, als er dachte. In dem erwähnten Interview sprach er von 600.000 Deutschen, die er in den letzten Jahren über öffentliche Auftritte erreicht habe. Doch er hat nicht berücksichtigt, daß seine Wirkung über die Medien multipliziert worden ist – und damit auch die Zahl der Angesprochenen. Seine Arbeit war im wesentlichen Erziehungsarbeit – und deren Wirkung stellt sich nicht unmittelbar ein, sondern erst nach einigen Jahren.

konkret: Zu Bubis Verbitterung hat wohl auch die Affäre Walser beigetragen.

Primor: Da bin ich sicher. Ich habe viel mit ihm darüber gesprochen. Zwei Dinge haben ihn besonders getroffen: zum einen Walsers Rede selbst. Ich habe sie genauso empfunden wie er. Es war ein Aufruf zum Wegschauen. Zum anderen die Tatsache, daß Walser so viel Zuspruch bekommen hat. In der Frankfurter Paulskirche sind alle aufgestanden und haben applaudiert – Bubis ist praktisch allein sitzengeblieben. Mit der Zeit ist meine Bedrückung weniger geworden, denn ich habe festgestellt, daß viele derjenigen, die Walser unterstützt haben, nicht für das Wegschauen plädieren wollten, sondern für das genaue Gegenteil: Sie interpretierten Walsers Rede als einen Appell, das Erinnern nicht in bloßer Ritualisierung erstarren zu lassen. Ob das die Rede selbst getragen hat, sei dahingestellt. Ich habe Walser in der »FAZ« aufgefordert, seine gefährlich mißverständlichen Passagen richtigzustellen.

konkret: Im März gelangte ein Brief des deutschen Botschafters in Israel, Theodor Wallau, an die Öffentlichkeit, in dem zur Entspannung des Streits um Jerusalem vorgeschlagen wurde, die Stadt als »corpus separatum« zu definieren – also als eigene politische Einheit gänzlich aus dem Staat Israel herauszulösen. War das hilfreich?

Primor: Nein. Der Vorschlag ist dem UN-Plan des Jahres 1947 entnommen, der das britische Mandatsgebiet Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat teilte und Jerusalem als »corpus separatum« weder der einen noch der anderen Seite zusprach. Die beiden Seiten haben das nur vorübergehend und mit Widerspruch akzeptiert; der Vorschlag war schon damals wirklichkeitsfremd und geriet in den folgenden Jahrzehnten so sehr in Vergessenheit, daß zunächst niemand mit dem Ausdruck »corpus separatum« in Wallaus Brief etwas anfangen konnte. Wir wissen, daß Wallaus Brief nicht im Auftrag der Bundesregierung, sondern der EU geschrieben wurde – die damalige deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat dazu geführt, daß der deutsche Botschafter diesen Auftrag ausführte. Vermutlich wollte die EU mit diesem provokativen Brief einen Rundbrief der israelischen Regierung an die EU-Mitgliedsstaaten über den Status von Jerusalem beantworten. Mittlerweile sind die Spannungen beigelegt.

konkret: Auf die Frage »Welche geschichtlichen Gestalten verachten Sie am meisten?« antworteten Sie der »FAZ«: »Revisionisten«. Treibt Sie auch die Sorge um, daß der Geschichtsrevisionismus in den letzten Jahren stärker geworden ist – etwa durch das Gerede vom »Roten Holocaust«?

Primor: Die Verbrechen des Nationalsozialismus sind einmalig – auch der Stalinismus ist nicht vergleichbar. Die Nazis wollten die Juden auslöschen, ohne daß diese ihre Feinde waren, ohne daß die Ermordung einen materiellen Vorteil gebracht hätte – das ist der Unterschied. Sorgen bereiten mir nicht nur die offenen Nazi-Revisionisten, sondern vor allem respektable Intellektuelle, die deren Thesen seit dem »Historikerstreit« salonfähig machen.

konkret: Also Politiker wie Scharping und Fischer mit ihrem saloppen Vergleich »Milosevic = Hitler«?

Primor: Nein. Nach meinem Verständnis wollten Fischer und Scharping darauf hinweisen, daß Milosevic auf demselben ideologischen Hintergrund wie Hitler – ethnische Säuberung und nationalistische Überheblichkeit – agiert. Das heißt nicht, daß er Verbrechen von derselben Dimension begangen hat oder auch nur begehen will. Es geht aber darum, eine Entwicklung schon in ihren Anfängen zu verhindern.

konkret: Sie stellen dem heutigen Deutschland ein gutes Zeugnis aus. Sind Sie damit repräsentativ für die israelische Gesellschaft?

Primor: Nur zum Teil. In dem Maße, in dem die Deutschen sich der Nazi-Vergangenheit gestellt haben, sind die deutsch-israelischen Beziehungen besser geworden. Die offene Wunde, die nach 1945 zwischen uns klaffte, ist so allmählich vernarbt. Doch auch eine Narbe ist empfindlich, wenn man an ihr kratzt – und für viele Israelis ist das immer noch sehr schmerzhaft.

Konkret 09/99, S. 4

von konkret

Hermann L. Gremlizas Feststellung im letzten Heft, »daß die albanischen Bewohner des Kosovo, in dem Augenblick, da alle ihre Sprecher, ob Anführer der UCK oder schlichte Flüchtlinge, die Nato vor den Kameras von CNN zur Bombardierung serbischer Städte anfeuerten, den Status von Kombattanten angenommen hatten«, war für den »Arbeitskreis Afrika – Akafrik« aus Münster Anlaß, mit einem Rundschreiben 3. Welt-Gruppen dazu aufzufordern, einen »klaren Trennungsstrich« zu KONKRET zu ziehen. Akafrik: »In der (zitierten) Aussage wird jedem Albaner in der umkämpften Provinz ... der Status des Kombattanten umgehängt ... Kombattant bedeutet, daß mit allen kriegerischen Mitteln gegen diese Person vorgegangen werden kann ... Dieses Verständnis ... hat Herr Gremliza offensichtlich von der Praxis der deutschen Wehrmacht im Osten und Südosten Europas übernommen ... Bis in die Sprache hinein ergeben sich diese Analogien, wenn er von den Bewaffneten der UCK umstandslos als ›Terroristen‹ spricht ... Für uns bedeutet dieser Kommentar des Herrn Gremliza das Ende der Diskussion mit diesem Herrn und seinen Adlaten. Apologeten von Mord und Völkermord waren noch nie unsere Diskussionspartner.«

Das »Informationszentrum 3. Welt« (Redaktion der Zeitschrift »iz3w«) aus Freiburg/Brsg. hat Akafrik geantwortet: »In der von Ihnen zitierten Aussage des Herrn Gremliza können wir auch bei kritischer Prüfung keine ›primitive Propagierung von Unmenschlichkeit‹ erblicken ... Gremliza eine Aufforderung zum militärischen Vorgehen gegen diese Menschen zu unterstellen, ist durch die von Ihnen zitierte Aussage nicht belegbar. Gänzlich falsch und geradezu infam ist Ihre Unterstellung, Herr Gremliza übernehme die Praxis der deutschen Wehrmacht ... zwischen der Meinung eines Publizisten und der Vernichtungspolitik von Wehrmacht und SS Parallelen zu ziehen, ist jenseits der Diskussionswürdigkeit. Das gleiche gilt für Ihre Diffamierung des Herrn Gremliza als ›Apologeten von Mord und Völkermord‹.«

Bleibt anzumerken, daß die »Diskussion mit diesem Herrn und seinen Adlaten« nicht beendet werden kann, weil es sie nie gab. Und das ist gut so.

Ende September erscheint als Band 23 der konkret-texte-Reihe ein Buch mit Aufsätzen, Sketchen und Glossen von Georg Seeßlen: *Glatzen und Glamour. Mythen und Monster der populären Kultur*. Der Band kann im Abonnement (für 15,80 Mark) oder einzeln (für 22,80 Mark) beim Verlag bezogen werden. Einzelheiten siehe Seite 56.

Gerhard Scheit, KONKRET-Autor und Verfasser des Buches *Mülltrennung. Beiträge zu Politik, Literatur und Musik* (konkret-texte 16), veröffentlicht Mitte Oktober im Ça-ira-Verlag, Freiburg, ein umfangreiches Werk mit dem Titel *Verborgener Staat, lebendiges Geld. Zur Dramaturgie des Antisemitismus*. Scheit steht für Vortrags- und Lesereisen zur Verfügung. Interessenten wenden sich bitte an den Verlag.

Veranstaltungen: Im Anschluß an die Demonstration Hamburger Friedensgruppen am 1. September (17 Uhr ab Stephansplatz) lädt KONKRET zusammen mit Gemeinwesenarbeit St. Pauli-Süd e.V. und Werkstatt 3 zur Veranstaltung »Nie wieder Krieg ohne uns« ein. Die KONKRET-Autoren Günther Jacob, Heiner Möller und Karl Heinz Roth reden open air ab 19.30 Uhr auf dem Hein-Köllisch-Platz, 20359 Hamburg. Die von Hermann L. Gremliza moderierte Diskussion findet anschließend im am selbigen Platz gelegenen Kölibri statt. »Der Weg in den Krieg« lautet der Titel einer Konferenz zur »Ökonomik und Politik der ›friedlichen‹ Aggressionen Hitlerdeutschlands 1938/39«. Auf Einladung der »Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung« kommen internationale Experten und KONKRET-Autoren zu Wort, aus der BRD unter anderem Karl Heinz Roth, Manfred Messerschmitt, Kurt Pätzold, Werner Röhr und Rüdiger Minow (18./19. September, jeweils ganztägig, im Haus »Schönholzer Heide«, Heinrich-Mann-Str. 31, 13165 Berlin; Information/Anmeldung über Werner Röhr: 030/4275144). Die IG Medien (Fachgruppe Journalismus) veranstaltet in Stuttgart am 25. September um 11.15 Uhr (!) im Kultur-Café Merlin (Augustenstraße 72) eine Diskussion zum Jugoslawienkrieg. Unter dem Titel »Gibt es eine Wahrnehmung jenseits von CNN, Nato und Regierung?« debattieren Franziska Hundseder (IG Medien), Kuno Haberbusch (»Panorama«), Hansrudolf Kramer (»Neue Zürcher Zeitung«), Wolfgang Pohl (SWR) und Hermann L. Gremliza. »Zehn Jahre danach – eine antideutsche Bilanz« ist der Titel einer Konferenz der Zeitschrift »Bahamas« und anderer Gruppen am 2. Oktober in Berlin. Am Vorabend (1. Oktober, 18 Uhr, Technische Universität, Straße des 17. Juni, Mathe-Gebäude) findet eine Podiumsdiskussion mit zahlreichen KONKRET-Autoren statt (Informationen unter: www.nadir.org/nadir/periodika/bahamas).

Lesungen und Vorträge: Jürgen Elsässer referiert und diskutiert über das von ihm herausgegebene Buch *Nie wieder Krieg ohne uns. Das Kosovo und die neue deutsche Geopolitik* (konkret-texte 22) am 3. September in Oberhausen (20 Uhr im K 14, Lothringerstr. 64) sowie am 16. September in Köln im Rahmen der WDR-Funkhausgespräche zusammen mit Frank

Schirrmacher (»FAZ«) und »Freitag«-Herausgeber Günter Gaus (20 Uhr im WDR-Funkhaus, Wallraf-Platz; Live-Übertragung auf WDR-3 und WDR-5). Jürgen Roth und Kay Sokolowsky lesen aus *Der Dolch im Gewande. Komplotte und Wahnvorstellungen aus zweitausend Jahren* (konkret-texte 20) am 15. September um 20 Uhr im zakk, Fichtenstraße 40, 40233 Düsseldorf. Das sehr gemischte Doppel aus Hermann L. Gremliza und Horst Tomayer gastiert am 17. September um 20 Uhr im Alten E-Werk, Mörikestraße 18, 73033 Göppingen. KONKRET-Buch-Autoren stehen auch weiterhin für Lesungen zur Verfügung. Bitte beim Verlag nachfragen.

Konkret 09/99, S. 6

an konkret

Warmherzig

KONKRET 8/99: Leserbrief von Norbert Mappes-Niediek

Herr Mappes-Niediek ist im Irrtum, falls er annimmt, daß ein KONKRET-Leser (der ja noch ab und an in den »Freitag« schauen mag) sich niemals freiwillig die Lektüre der »Sächsischen Zeitung« zumuten würde. Aus seinem Schaffen als Balkan-Korrespondent dieses Zentralorgans des Bezirks Dresden folgen hier nur zwei kleine Kostproben, die sogar bei oberflächlichem Lesen jeden weiteren Kommentar erübrigen.

6. April 99: »Nun, da der Krieg einmal begonnen hat, muß er auch ausgefochten weden. Ein Ende des Luftkriegs ohne Ergebnis wäre ein Triumph des Verbrechens. Je schneller die Allianz das Kosovo befreit, desto besser. Vor allem die Europäer werden darüber hinaus darauf drängen müssen, daß nach diesem Krieg in Belgrad kein Milosevic mehr regiert. Mit ihm kann Jugoslawien niemals in die Völkerfamilie zurückkehren und bleibt auf Dauer ein Krisenherd.«

2. August: »Wer beim Anblick deutscher Soldaten in fremden Ländern immer noch so etwas wie Unbehagen empfindet, sollte ins Kosovo reisen und sich dort das Herz wärmen.«

Nun ja, den paar Serben, welche die Albaner im Kosovo noch übriggelassen haben, wird zwar möglicherweise nicht gleich warm ums Herz, wenn sie nach fünfzig Jahren wieder die altvertraute Kommandosprache hören, aber ordentlich Feuer unterm Allerwertesten haben wir ihnen schon gemacht.

Mit solchen Korrespondenten an vorderster Front braucht sich Großdeutschland auch bei seinen folgenden humanitären Kriegen keine Sorgen um die Stimmung unter den Volksgenossen zu machen. *Silvio Reisinger*

Wilthen

Zwangsneurotisch

KONKRET 5-8: Kriegs- und Friedensausgaben

Die lobenswerte Haltung, die KONKRET im Natokrieg in Jugoslawien einnimmt, wird leider getrübt durch die bekannte germanophobe Zwangsneurose. Damit meine ich nicht das dankenswerte Aufzeigen der beklagenswerten Rolle der deutschen Regierungen vor und während des Krieges, sondern ein im Augustheft offenkundiges Herumrühren in nebligen Psychologismen und das Konstruieren unwissenschaftlicher »Kontinuitäten« in der deutschen Volksseele, die nirgends so beseelt erscheint wir in KONKRET. Gerhard Scheit behauptet allen Ernstes, daß schon die Kriegslust zum 1. Weltkrieg dem deutschen Volk im Blut gesessen habe – und keineswegs erst durch Presse und Propaganda geweckt worden sei. Damit hat ein KONKRET-Autor wieder einmal die Einzigartigkeit und phänomenale Weltbesonderheit des deutschen Menschen behauptet, die jeder marxistisch-wissenschaftlichen Analyse Hohn sprechen. Man könnte dergleichen als Blödsinn abtun, wenn es nicht so gefährlich wäre.

Ich bemühe mich, meine Germanistik-Studenten in dem Stolz auf ihr französisches Vaterland zu bestärken, damit sie von einer selbstbewußten Position aus sich ihren deutschen jungen Nachbarn stellen können. KONKRET untergräbt solche Bemühungen, denn was sollten junge Franzosen mit furchteinflößenden jungen deutschen Psychopathen anfangen, die nur mit dem Blick zurück in die Vergangenheit lebten und sich unentwegt Asche aufs Haupt streuen müßten für die Sünden ihrer Großväter? Wie schnell würde das umschlagen! Ich wünsche meinen Studenten vielmehr junge deutsche Gesprächspartner, die – gewiß bedacht, aber auch gerüstet mir der Hoffnung auf ein besseres Deutschland – mit ihnen für ein besseres Europa kämpfen wollen. Nur so kann die Gefahr vermieden werden, daß dieses Europa unter der Vorherrschaft des deutschen Kapitals stehen wird. Dazu ist Selbstbewußtsein auf beiden Seiten nötig, das sich auf deutscher Seite ruhig auch ein wenig aus der vierzig Jahre währenden Existenz eines sozialistischen Deutschlands speisen darf.

Dazu wäre aber z. B. nötig, daß eine linke Zeitschrift wie KONKRET endlich ihren Kampf gegen den eigentlichen Feind der Linken führt, gegen das Kapital, sei es nun deutsch, amerikanisch, französisch, israelitisch usw. Das Festhalten an einer deutschen Sonderstellung unter oft weitgehender Mißachtung der gesellschaftlich-ökonomischen Voraussetzungen (siehe den für eine linke Zeitschrift inakzeptablen Beitrag »Jenseits von Soll und Haben« von Peter Decker im August-Heft) kann nur das Gegenteil von dem bewirken, was die Zeitschrift tatsächlich will. Doch was will sie eigentlich? Hätte sie das Ziel, für eine radikal andere Gesellschaft zu kämpfen, würde sie sich – statt aus der Kritischen Theorie – mehr aus dem *Kapital* informieren, und statt Adorno zu zitieren, mehr von Sahra Wagenknecht hören lassen.

Heidi Urbahn de Jauregui

Montpellier / Frankreich

Dialektisch

KONKRET 7/99: »Per aspera ad acta« von Günther Jacob

»Auch die Bombardierung von Dresden ist selbstverständlich ein Kriegsverbrechen gewesen« (Veranstalter Heer). Gibt er damit nicht indirekt zu, daß auch die Nato-Bombardierungen Jugoslawiens ein Kriegsverbrechen sind? So viel Einsicht ist wohl zuviel erwartet, wo es doch eher um die Relativierung der deutschen Kriegsverbrechen im 2. Weltkrieg geht. Heer würde vielleicht antworten: »Ja sicher, aber der Zweck heiligt die Mittel.« Aber wie heiligt er sie denn? Ist für ihn der Sieg der Alliierten über Nazi-Deutschland eine Niederlage oder die Befreiung vom Faschismus? Der Zweck heiligt die Mittel im Falle Jugoslawiens eben nicht; schon gar nicht, wenn Staatssouveränität plötzlich nichts mehr gilt. Gespannt sein darf man auf den nächsten Nato-Angriffskrieg, vielleicht gegen Deutschland, weil Asylsuchende hier nicht nur vertrieben werden, sondern man ihnen manchmal gleich hier den Garaus macht. Der Vorteil daran wäre, daß man die an dieser »Intervention« beteiligten deutschen Kampfflugzeuge gar nicht mal umständlich in der Luft betanken müßte; das wäre dann der erste Krieg, den man ohne die Amerikaner führen könnte. Bei so viel Dialektik wird einem manchmal ganz schlecht.

Stefan Lang

Marburg

Defätistisch

KONKRET 7/99: »Eine große Erzählung« von Gerhard Scheit

Enderwitz konstruiert die Vorgeschichte zum rezenten Kapitalismus. Er konstruiert; nämlich eine Entwicklungslogik, die nicht in der Sache selbst liegt, sondern in der Beliebigkeit eines Forschungsansatzes, unter den Geschichte subsumiert wird und so eine Entwicklung »aus innerer Notwendigkeit dabei herauskommt. Aber man soll sich nicht selbsttäuschen. Wenn wir Geschichte treiben, dann ziehen wir in den aktuellen gesellschaftlichen Debatten den Trumpf geschichtlicher Notwendigkeit aus dem Ärmel, um so – mit übergeschichtlicher Legitimation ausgestattet – den Gegner des puren Dezisionismus zu überführen. Der eine, Fukujama, weist nach, der Kapitalismus sei der Kulminationspunkt der Geschichte; der andere, Enderwitz, eine Verfallsform.

Warum machen wir das? Warum bemühen wir die Geschichte? Weil wir die Hoffnung aufgegeben haben, den Kapitalismus per Aufklärung zu erledigen, soll er sich per innerer gesellschaftlicher Notwendigkeit von selbst erledigen. Hinter der gewaltigen Anstrengung von Enderwitz steckt eine ganze Menge politischer Defätismus. Die Macht einer inneren Gesellschaftslogik soll die eigene Machtlosigkeit ersetzen. Ob der Kapitalismus eine Verfallsform darstellt mit wissenschaftlich ermittelbarem Verfallsdatum – ich möchte es hoffen, wissen kann man es nicht. Er ist kein kognitives, sondern ein ethisches Problem. Genügend Leute müssen ihn weghaben wollen, dann ist er auch weg. Das ist – wie gesagt – kein Problem der Wissenschaft, sondern der Praxis.

Roland Klee

Heidelberg

Doof

KONKRET 8/99: »Jetztzeit« von Peter Hacks

»Ein holdes Weib, ein bei mir habendes / Erhöht die Göttlichkeit des Abendes«. M.a.W.: »Schicken ist fön!« bzw. »Sumsen ist buper!« Das ist zwar auch alt und doof, jedoch viel ökonomischer. Und trifft den Jetztzeitgeist dort, wo es aber so richtig wehtut.

Dirk Braunstein

per e-Mail

»Sinti« ist ein Plural, der zum Beispiel entsteht, wenn eine Sinta einen Sinto trifft (nicht etwa ein Etikett). Wie das bei den Roma ist? Man müßte mal fragen.

Ulrike Roderwald

per e-Mail

Schüchtern

KONKRET allgemein

Ich würde mich gerne politisch betätigen. Ist Ihnen bekannt, ob eine politische Betätigung (ohne Beschädigung von Menschen oder Sachen) mit dem Ziel, Artikel 14 des Grundgesetzes abzuschaffen, strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen würde?

Jürgen Angermeier

Hilpoltstein

Konkret 09/99, S. 9

Hermann L. Gremli□ a

Deutschland, Euro Gnaden

Warum das übrige Europa der deutschen Politik gegen Jugoslawien gefolgt sei, könne »der Stammtisch mit dem Wimpel ›Nie wieder Deutschland‹« doch nur erklären, indem er die eigene Weltsicht mit der Behauptung immunisiere, Deutschland habe die anderen schon so unterjocht, daß sie alles machen müssen, was es will. Das hat Georg Fülberth in der zweiten Kriegsausgabe dieser Zeitschrift behauptet. Der Stammtisch schuldet eine Antwort:

Sie beginnt mit der Erinnerung, daß die anderen, Frankreich und Großbritannien allen voran, dem deutschen Vorsatz, Jugoslawien zu zerstückeln, mit etwa dem gleichen Enthusiasmus begegnet waren wie der Vereinigung Deutschlands kurz zuvor, und der daran geknüpften Frage, wie die bereitwillige Begeisterung gerade der Franzosen und der Briten, zu dem einst gehaßten Zweck und ohne Rücksicht auf die einst gemeinsam gegen Deutschland formulierte Uno-Charta sogar einen Angriffskrieg zu führen, entstanden sein mag. Sind die beiden in sich gegangen? Sind sie schlauer geworden?

Es haben die Regierenden gewechselt, in Frankreich vom Sozialisten Mitterrand zum Sozialisten Jospin, in Großbritannien von der Konservativen Thatcher erst zum Konservativen Major, dann zum Sozialdemokraten Blair. War das der Grund? Aber in Frankreich war es Mitterrand selber, der die französische Politik auf deutschen Kurs brachte, weil er von dem mächtigen Nachbarn nicht noch einmal so schmählich vorgeführt werden wollte wie mit seinem zaghaften Widerstand gegen die Wiedervereinigung. Jospin weiß, daß er sich eine Revision dieser Entscheidung nicht leisten könnte. Margret Thatcher hatten die britischen Unternehmer gestürzt, weil die Premierministerin (ihr Motto: »Die Deutschen sollen merken, daß sie den Zweiten Weltkrieg verloren haben«) sich geweigert hatte, Großbritannien als Juniorpartner Deutschlands in Europa zu etablieren. Ihr Nachfolger Major war wohl willens, aber zu unbeweglich, der gewünschten Politik eine Mehrheit zu schaffen, so daß die britische Bourgeoisie (wie kurz darauf die deutsche) einen Mann der anderen Partei erkor, der (wie jener) die Gewähr bot, allzeit zu allem bereit zu sein, was man ihm sagt, der aber zugleich ein beträchtliches Geschick bewies, Unterwerfungen als Triumphe zu feiern und seine Arbeit als Butler in der Uniform Lord Nelsons anzutreten: Wenn England schon mußte, was es nicht gewollt hatte, dann in vorderster Front, noch vor den Deutschen. Schön, wenn man dann noch Atommacht ist, wie die USA, und an deren Seite jeden Tag beim Bombenschmeißen auf den Irak ein bißchen Weltmacht spielen darf, um zu überspielen, was jeden Tag in der Zeitung steht:

Daß Brüssel Sitz der Europäischen Zentralbank werden soll, und Frankfurt es wird; daß ein Franzose ihr Chef werden soll, und Wim Duisenberg, der Kandidat der Deutschen, es wird; daß der deutsche Kanzler die Entscheidung, Bodo Hombach zum Vizekönig des Generalgouvernements Balkan zu ernennen, ganz alleine trifft und verkündet; daß alle andern Europäer murren, und alle andern Europäer ja sagen; daß alle Verlage, auch die deutschen, erwarten, der zuständige Kommissar Karel Van Miert werde sich mit der Forderung, die Buchpreisbindung aufzuheben, durchsetzen, er es nicht kann und der deutsche Kulturminister Naumann mitteilt, warum: »Die Europäische Kommission unter Jacques Santer hat damit Augenmaß bewiesen«, und das sei auch auf die Initiativen aus Deutschland zurückzuführen. Zuletzt habe Bundeskanzler Schröder in einem Schreiben an Santer darum gebeten ...

Die Europäische Union einigt sich darauf, die Autohersteller an den Kosten für die Entsorgung ihrer Rostlauben zu beteiligen. Deutschlands grüner Umweltminister kippt die Vorlage. Warum er das kann, erklärt die »Frankfurter Allgemeine«: »Zugleich verdichteten sich die Anzeichen dafür, daß sich nach der erfolgreichen Intervention von Volkswagen-Chef Ferdinand Piëch bei Bundeskanzler Schröder auch die Regierungen Spaniens und Großbritanniens anschickten, der Regelung die Zustimmung zu verweigern. Der spanische Autohersteller Seat ist eine VW-Tochtergesellschaft, der britische Hersteller Rover gehört zu BMW.«

Die EU-Kommission entscheidet, daß die Westdeutsche Landesbank 1,6 Milliarden Mark unerlaubter Beihilfe zurückzahlen muß. Sie muß nicht – dank einer höheren Gewalt, wie das Deutschland-Magazin »Spiegel« (»Mit dem neuen Selbstbewußtsein der 68er, die der Gnade der späten Regierung teilhaftig wurden, tritt Rot-Grün nun in Europa auf«) voller Nationalstolz meldet: »Noch während der Verhandlungen über die Atomkraftwerke in Kiew entschied Gerhard Schröder: Den Brüsseler Anordnungen sei nicht zu folgen, nichts werde gezahlt ...«

Von der Bitte des ebenfalls vom deutschen Kanzler ausgesuchten Präsidenten der EU-Kommission, Romano Prodi, ihm andere deutsche Kommissionskandidaten vorzuschlagen als annonciert, nimmt Schröder nicht einmal Notiz. Prodi muß das rot-grüne Gespann Verheugen/Schreyer nehmen wie nicht bestellt. Die Finnen, Nachfolger der Deutschen in der EU-Präsidenschaft, weigern sich, Deutsch von einer der offiziellen EU-Sprachen, die es ist, zur dritten Amtssprache zu erheben? Der deutsche Kanzler ordnet an, Sitzungen des Ministerrats in Helsinki zu boykottieren. »Berlin«, schreibt die französische Tageszeitung »Libération«, »hat die große Artillerie herausgeholt, um die deutsche Sprache zu verteidigen.«

Wovon die kuschenden Regierungen voll sind, des geht ihr intellektueller Troß über. *De la prochaine guerre avec L'Allemagne* heißt der Titel eines kürzlich erschienenen Buchs von Philippe Delmas, Vorstandsmitglied des von Deutschland dominierten Airbus-Konzerns. Springers »Hamburger Abendblatt« ist konsterniert: »Krieg mit Deutschland? In Frankreich ist das – man mag es glauben oder nicht – ein Buchthema. Und obwohl vorausgesetzt werden kann, daß der Autor bewußt übertreibt, sollte diese Absicht allein zu denken geben.« Zur selben Zeit schlägt in der »Sunday Times« (Auflage 1,34 Millionen) deren Starautor AA Gill vor, am Brandenburger Tor ein großes Schild aufzustellen: »Amnesie macht frei«. In Buchenwald habe er, Gill, verstanden, »warum wir die Deutschen hassen«. Ihr Verbrechen stehe »jenseits der Vergebung«. Zu dieser Nachricht stößt ihr Hamburger Bote nur noch den wehleidigen Seufzer aus: »Die Briten können es nicht lassen.« Wie sollten sie es können, wenn sie in der »Bildzeitung« lesen müssen, unter wessen Befehl ihre Streitkräfte gestellt werden und in welchem Ton: »Ein deutscher General sorgt künftig für Ordnung im Kosovo! General Klaus Reinhardt soll noch in dieser Woche offiziell zum Oberbefehlshaber der Kfor-Friedenstruppen (45.000 Mann) berufen werden.«

Aber natürlich ist es nicht, noch nicht, die Bundeswehrmacht, bei deren Anblick die Nachbarn sich verkriechen. Den Briten hat es der scheidende EU-Kommissar für Währungsfragen, Yves-Thibault de Silguy, schriftlich gegeben: Wenn Großbritannien sich den Luxus erlaube, das Pfund als »kleine Satelliten-Währung des Euro« beizubehalten, werde es dafür sowohl wirtschaftlich wie politisch einen hohen Preis bezahlen. Wer ihn kassieren wird, ist nach einem Blick auf eine einzige Seite des Wirtschaftsteils der »Frankfurter Allgemeinen« an einem einzigen Tag (26. Juli) unzweifelhaft:

· Über den Zusammenschluß der Deutschen Telekom mit der spanischen Telefónica heißt es da: »Der Verzicht der Telekom, Telefónica zu übernehmen, klingt nicht nur im Hinblick auf deren hohen Börsenwert intelligent. Mit der internationalen Allianz umgehen beide Partner geschickt spanische Widerstände, die bei einem Verkauf des national führenden Unternehmens zu erwarten gewesen wären ... Immerhin handelt es sich um das größte Unternehmen des Landes mit einem Jahresumsatz von zuletzt 34 Milliarden DM und einem Börsenwert von rund 90 Milliaden DM.« Das ist jetzt, wie Chrysler nach der Fusion mit Daimler, unser.

· »Im vergangenen Jahr verbesserte sich die Weltmarktposition Deutschlands nach Angaben des DIHT spürbar. Der Weltmarktanteil stieg von 10,1 auf 10,6 Prozent.« Zusammen mit nur zwei Staaten seines europäischen Commonwealth, Frankreich (6,0) und Italien (4,5), bringt es Euro-Deutschland auf bereits fünf Prozentpunkte mehr als die USA mit ihren 16,5 Prozent.

· »Europäische Luftfahrtindustrie vor einer Neuordnung – Aus einer Fusion von Aerospatiale-Matra und Dasa entstünde nach Boeing der zweitgrößte Luftfahrt- und Rüstungskonzern der Welt mit einem Umsatz von rund 46 Milliarden DM.« Zur gleichen Zeit wird gemeldet, daß Airbus seinen US-Konkurrenten Boeing bei Bestellungen im ersten Halbjahr 1999 mit 242 zu 104 hinter sich gelassen und bei der Gesamtzahl aller Aufträge mit 1.413 zu 1.577 fast mit ihm gleichgezogen hat.

Ob wir es nun Unterjochung, Dominanz oder bloß Hegemonie nennen, was die andern Deutschland gefügig macht: Einen Anlaß, seinen Wimpel »Nie wieder Deutschland« auf Halbmast zu setzen, hat unser Stammtisch nicht.

Konkret 09/99, S. 10

Herrschaftszeiten

Nach Tisch

28. Juni, »USA Today« unter der Überschrift »Kosovos Notlage wurde übertrieben«:

Viele der Zahlen, die von der Clinton-Administration und der Nato zur Schilderung der Notlage der Kosovo-Albaner während des Krieges verwendet wurden, scheinen nun, da die Alliierten die Kontrolle über die Provinz übernehmen, weit übertrieben. »Ja, es gab Greuel. Aber sie entsprechen nicht den ausgreifenden Berechnungen«, sagt der Vorsitzende des Geheimdienstausschusses des Repräsentantenhauses, Porter Goss ... 600.000 Albaner wurden nicht »im Innern Kosovos schutzlos und hungernd festgehalten, sie hatten Angst nach Hause zu gehen oder waren in Massengräbern beerdigt, die ihre Vollstrecker gegraben hatten«, wie Präsident Clinton vor Veteranen im Mai sagte. Obwohl sich Tausende im Kosovo versteckten, waren sie gesund.

Ein Problem

14. Juli, »Bild«:

Schwieriges Liebesleben unserer Soldaten – Als kürzlich der Bundestag den Einsatzauftrag der Bundeswehr im Kosovo diskutierte und erweiterte, demonstrierten vor dem Bundeshaus junge Frauen mit einem Plakat: »Kfor-Männerhorden, laßt die Frauen in Ruhe! Nein zu Friedensbordellen und Armutsprostitution!«

Unterhält die Nato etwa Soldaten-Puffs? Natürlich nicht, aber sie ist problembewußt. Als unlängst in Tschechien eine Nato-Stabsübung unter Beteiligung von 29 Nationen stattfand, hieß es in der offiziellen Informationsmappe für die Beteiligten, darunter auch Stabsoffiziere der Bundeswehr: »Wenn Sie sexuelle Bedürfnisse haben, vergessen Sie Ihre Kondome nicht!« Als die mehrtägige Übung zu Ende ging, enthielt der Nato-Pressespiegel den Artikel einer Lokalzeitung, in dem Taxifahrer und Prostituierte sich zufriedenstellend äußerten ... eine Dame des horizontalen Gewerbes, weil sie jeden Abend zwei Offiziere, immer dieselben, bedienen durfte: »Sie waren besonders nett und wahrscheinlich Franzosen.«

Deutsche Offiziere wollten darauf von ihren französischen Kameraden wissen: Wie hinterläßt man so einen guten Eindruck? Prompt bezahlt? Nicht zu lange verweilt?

Vor ihrem Kosovo-Einsatz erhalten deutsche Soldaten von Sanitätern sexuellen Vorsorgeunterricht. Es gibt dort zwar keine Nato-Bordelle, aber Kosovarinnen sind überall im Einsatz.

Eine Lösung

14. Juli, »Hamburger Abendblatt«:

Dürfen Frauen in Deutschland künftig bewaffnet Dienst in der Bundeswehr leisten? Nach dem Willen von Verteidigungsminister Rudolf Scharping sollen Soldatinnen demnächst zumindest bewaffnet Wache schieben dürfen. Selbst die Grünen sprechen sich laut Verteidigungsexpertin Angelika Beer dafür aus, die Bundeswehr zunächst in eine Freiwilligenarmee umzuwandeln und sie dann gleichberechtigt Frauen zu öffnen. Die Diskriminierung der Frauen müsse beendet werden.

Der ewige Serbe

26. Juli, »Frankfurter Allgemeine«:

Noch weiß man nicht, wer die vierzehn serbischen Bauern in Kosovo ermordet hat ... Völlig ausgeschlossen werden kann schließlich nicht, daß es sich bei der Bluttat um ein weiteres menschenverachtendes Manöver Milosevics handelte, mit dem er versucht haben könnte, die Aufmerksamkeit der protestierenden Serben von sich abzulenken und der Nato sowie den Albanern abermals die Hauptschuld am Elend der serbischen Nation zu geben.

Ethnische Säuberung

28. Juli, »Rheinische Post«:

Mit seiner Forderung nach schneller und umfassender Rückführung von Kosovo-Flüchtlingen hat Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) Gegenwind vom Koalitionspartner und von der CDU erhalten. Im Gespräch mit der »Rheinischen Post«

warnte der stellvertretende CDU-Partei- und Fraktionschef Volker Rühe eindringlich vor »Hauruck-Methoden« ... Rühe und Özdemir reagierten auf Schilys Forderung, es bestehe nicht nur für die rund 15.000 im Kosovo-Krieg hier aufgenommenen Kosovaren die Pflicht zur Rückkehr, sondern für alle hier lebenden 180.000 Kosovo-Albaner ... Auf die Frage, was mit dem passiere, der nicht zurückgehen wolle, antwortete Schily: »Der muß trotzdem gehen.«

Freies Kosova 1

2. August, UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR:

Die Gesamtzahl der nicht-albanischen Kosovo-Vertriebenen (meist Serben und Roma) in Serbien betrug am 29. Juli 155.000 ... Weitere 23.000 Nicht-Albaner kamen aus Kosovo nach Montenegro.

Wir müssen noch erhobenen Hauptes durch die Stadt gehen können

---

Klaus Landowsky, Fraktionschef der Berliner CDU, zur Ablehnung eines Denkmals für die ermordeten Roma und Sinti

Fischers Freunde

2. August, »Hamburger Abendblatt«:

Weltweit wächst die Kritik an den Gewalttaten von Kosovo-Albanern. Der Kommandeur der Kosovo-Friedenstruppe Kfor, Michael Jackson, sagte: »Die Albaner sind nicht besser als die Serben, und sie benehmen sich genauso scheußlich.«

Deutsche normal

3. August, »Die Welt« über eine Umfrage der »Deutschen Forschungsgemeinschaft«:

Mehr als die Hälfte der Deutschen widersprechen seit kurzem nicht länger antisemitischen Aussagen. Deutsche wurden gebeten, zu Aussagen wie »Der Einfluß der Juden ist zu hoch« oder »Juden sind besonders und passen nicht zu uns Deutschen« Stellung zu beziehen. Auffallend ist, daß der Anteil der hier zustimmenden Äußerungen zum Beispiel in Ostdeutschland im Zeitraum September 1994 bis November 1998 von 48 Prozent auf 55 Prozent gestiegen ist.

11.000 Leichen gefunden

3. August, »Frankfurter Allgemeine« unter der Überschrift »Im Kosovo bisher 11.000 Leichen gefunden«:

In Massengräbern im Kosovo sind nach Angaben des Verwalters der Vereinten Nationen für das Kosovo, Kouchner, rund 11.000 Leichen gefunden worden. Diese Angabe basiere auf Zahlen des UN-Tribunals für das ehemalige Jugoslawien, sagte Kouchner ...

11.000 Leichen verloren

4. August, »Weekly Press Briefing« des UN-Tribunals für das ehemalige Jugoslawien:

Auf die Frage nach den von ... Bernard Kouchner mit Verweis auf das Tribunal genannten 11.000 Leichen antwortete (Anklagevertreter) Blewitt, daß diese Zahlen nicht aus einer offiziellen Quelle des Tribunals kämen. Er fügte hinzu, daß es zu früh sei, Zahlen zu nennen, da die Untersuchungen noch andauerten. Es gehe darum ... zu unterscheiden zwischen denjenigen, die im Kampf gefallen seien, und denjenigen, die Opfer krimineller Handlungen geworden seien.

Superwoman

4. August, »Süddeutsche Zeitung«:

Ein »Superman«-Comic-Heft soll an etwa 500.000 Kinder im Kosovo verteilt werden, um sie auf die Gefahren von Landminen hinzuweisen. Superman werde den Kindern ein Führer sein, sagte die amerikanische First Lady Hillary Clinton bei der Vorstellung des Comics in Washington. Seit dem Ende des Nato-Luftkriegs gegen Jugoslawien vor sechs Wochen kam es bereits zu 200 Unfällen mit Minen und anderen Waffen.

Superhuman

4. August, Reuters:

Ein Gericht im US-Bundesstaat Florida hat die Hinrichtung mit dem elektrischen Stuhl für verfassungsgemäß erklärt und damit die Klage eines Todeskandidaten abgewiesen, nach der diese Hinrichtungsart außergewöhnlich grausam und damit unerlaubt sei. Das Gericht in Orlando entschied, daß die Schwierigkeiten bei einer Hinrichtung Anfang Juli nicht auf eine Fehlfunktion des elektrischen Stuhls zurückzuführen seien. Die Kritik an der Hinrichtung mit dem elektrischen Stuhl in Florida war insbesondere im März 1997 laut geworden, als einem Todeskandidaten nach den ersten Stromstößen Flammen aus dem Kopf schlugen.

Scharping bleibt hart

4. August, »Hamburger Morgenpost«:

Im Streit um die Weiterbeschäftigung eines schwulen Soldaten bleibt die Bundeswehr hart. Sie hat Antrag auf Zulassung der Berufung gestellt. Das Verwaltungsgericht Lüneburg hatte entschieden, daß der Mann übernommen werden muß.

Freies Kosova 2

4. August, »Washington Post« über den Versuch der Kfor, die ethnische Säuberung eines E-Werks bei Pristina zu verhindern:

Ein Komitee, geführt von einem Albaner, einem Serben und einem britischen Offizier wurde gebildet, um den Betrieb zu leiten. Nach Angabe serbischer Behörden, floh das serbische Komitee-Mitglied, nachdem es ... verfolgt worden war. Seiner Abreise ging die Tötung von sechs serbischen Ingenieuren voraus, die in dem Unternehmen beschäftigt waren ... Vor dem Krieg arbeiteten 135.000 Leute in dem Betrieb, 53 Prozent davon ethnische Albaner, der Rest zumeist Serben. Heute sind 145 serbische Arbeiter und kein serbischer Manager übrig geblieben...

Von Schnitzel zu Schnitzel

5. August, der »Stern« über einen Heurigenabend des österreichischen mit dem deutschen Kanzler:

Sein Volk sei übrigens in den letzten Jahren, so erzählt Herr Klima, »von sieben auf acht Millionen« angeschwollen. »Aber nicht durch die Kraft österreichischer Lenden«, analysiert der Bundeskanzler, »sondern ausschließlich durch Zuwanderer vom Balkan.« ... Der Kanzler staunt. So lernt man auf Reisen von Schnitzel zu Schnitzel Neues aus der internationalen Politik.

Mark und Bein

7. August, »Frankfurter Allgemeine«:

Seit Wochen berät die Republiksregierung (von Montenegro) unter dem reformfreudigen Präsidenten Djukanovic mit amerikanischen und internationalen Fachleuten über die Einführung einer an den Wert der deutschen Mark gekoppelten Währung.

Colonia Dignidad

8. August, »Welt am Sonntag« (Peter Scholl-Latour):

Dann die andere Seite des Bildes: die massive und beeindruckende Präsenz der deutschen Bundeswehr. Zum ersten Mal sehe ich diese Truppe im Einsatz, und – ich sage es ganz ehrlich – ich bin positiv überrascht. Diese Soldaten verfügen über vorzügliches Material, das perfekt gewartet und besser ist als in den anderen Kontingenten der natogeführten Friedenstruppe Kfor. Selbst die Amerikaner verfügen nicht über eine gleichwertige Ausstattung ihres Heeres.

Als ich von den Presseoffizieren gebeten werde, ein kurzes Grußwort für die lokale Militärzeitung zu schreiben, zitiere ich die Maxime der verflossenen französischen Kolonial-Armee: »Man muß seine Stärke zeigen, um sie nicht anwenden zu müssen.«

Friedensdividende

8. August, DPA:

Verteidigungsminister Rudolf Scharping (SPD) sieht für die Bundeswehr in den nächsten zehn Jahren einen zusätzlichen Finanzbedarf von 20 Milliarden Mark. Er begründete dies mit den künftigen Aufgaben der Bundeswehr.

Pardon wird nicht gegeben

11. August, Deutschlandradio, Interview mit Helmut Harff, Bundeswehr-Befehlshaber im Kosovo:

Wer schneller schießt und besser trifft, überlebt ... Wer Schwäche zeigt, wird auf dem Balkan so behandelt werden. Unsere Soldaten sind so ausgebildet, daß wir Schwächezeichen erst gar nicht aufkommen lassen.

Wechselnde Eigentümer

11. August, »Neues Deutschland«:

In Mitrovica geht es in diesen Tagen um mehr als ethnische Konflikte. Hinter einem der bewaldeten Hügel, die die Stadt umgeben, liegt in einem schmalen zerklüfteten Tal die Trepca-Mine ... Für ein unabhängiges Kosovo wäre der Trepca-Schatz lebensnotwendig ... Wer Mitrovica kontrolliert, wird auch in Zukunft die Mine betreiben.

Die Juden sind neben den Altbaiern, Schwaben und Franken und den heimatvertriebenen Sudetendeutschen in Bayern ein eigener Stamm

---

Edmund Stoiber, bayerischer Ministerpräsident

Konkret 09/99, S. 12

Jürgen Elsässer

Albanische Wirtschaft

Wiederaufbau im Kosovo: Auf seiner eigenen ökonomischen Grundlage entwickelt der Kapitalismus eine Herrschaft der Stämme und Banden

Zum Gipfeltreffen der Siegermächte des Kosovo-Krieges Ende Juli wurde Sarajevo für zwei Tage in ein Operettenstädtchen verwandelt: Als Clinton und Schröder bemüht lässig durch die engen Gassen der Altstadt schlenderten, erinnerten das blankgewienerte Pflaster, die schnell getünchten Fassaden, die pittoresken Caféhaustischchen an Saint Tropez oder Lugano. Das leidgeprüfte Bosnien als balkanische Cote d'Azur, der Kanton Sarajevo als muselmanisches Tessin – jetzt, nachdem der Serbe in die Knie gezwungen ist, kann man endlich wieder träumen ...

Doch schon die Tatsache, daß die riesigen Werbetafeln mit dem Slogan »Peace, Democracy and Prosperity – Our Hope and Our Goal« selbst von den Pressefotografen und Fernsehkameras kaum aufgenommen werden konnten, ohne daß sich von der Seite ein Schützenpanzer oder von oben ein Kampfhubschrauber ins Bild schob, störte die idyllische Inszenierung ein wenig. Tatsächlich war alles nur Fassade: Für die »Internationale Stabilitätspakt-Konferenz« wurde über die bosnische Hauptstadt der Ausnahmezustand verhängt, 4.000 Nato-Soldaten und 5.000 Polizisten sicherten den Weg der Spitzenpolitiker, die Bewohner wurden ferngehalten, selbst Taxen durften aus Sicherheitsgründen – bis auf 50 überprüfte und eigens für diesen Anlaß konzessionierte Fahrer – nicht unterwegs sein. Die Sieger fühlen sich nicht sicher, und ganz unabhängig von den Gerüchten über geplante Anschläge des fundamentalistischen Oberschurken Bin Laden waren sich die Akteure offensichtlich des bösen Genius loci bewußt: Wie die Nato, so hatte einst auch die K.u.K.-Monarchie geglaubt, durch die Übernahme von Bosnien als Protektorat die bedrohlichen Entwicklungen an ihrer balkanischen Peripherie eindämmen zu können. Dabei war es – List der Geschichte – gerade die Protektion (ab 1878) und spätere Annexion (ab 1908), die den ursprünglich ausländischen, d. h. osmanischen Krisenherd zu einem inländischen machte, dessen Entzündung durch den Attentäter Gavrilo Princip schließlich das ganze Habsburger Reich in Flammen setzen und zerstören sollte.

Ob Präsident Clinton und Kanzler Schröder ihren balkanischen Besitz besser hegen werden als Kaiser Franz und sein Verbündeter Wilhelm II., ist auch nach diesem Gipfel nicht wahrscheinlicher geworden. Die in Sarajevo vereinbarten Finanzzusagen für den Wiederaufbau des Kosovo sind mickrig, der »Marshallplan« ein in jeder Hinsicht billiger Etikettenschwindel. Die Belgrader Zahlen für die Schäden allein in der Bundesrepublik Jugoslawien schwanken zwischen 35 (Draskovic) und 180 Milliarden Euro (Außenministerium). Selbst die Schätzungen des IWF, der Deutschen Bank und der Münchner Bundeswehr-Universität über die Kosten des Wiederaufbaus im Kosovo, dem übrigen Jugoslawien und den Nachbarstaaten liegen zwischen 19 und 30 Milliarden Euro – die Flüchtlingsversorgung und die Stationierungskosten für die Kfor nicht mitgerechnet. Bereits unterhalb dieser Schätzungen bewegten sich die ursprünglich gehandelten Zahlen für die Aufbauhilfe – Ende Mai war die EU-Kommission noch von sechs Milliarden Euro pro Jahr ausgegangen, sie selbst wollte, verteilt über die nächsten Jahre, insgesamt 16 Milliarden beisteuern. Was nun Ende Juli in Sarajevo vereinbart worden ist, liegt noch einmal erheblich darunter: Mehr als hundert Länder und internationale Organisationen konnten sich lediglich auf Zusagen von 2,1 Milliarden Dollar (ca. 1,9 Milliarden Euro) einigen, wobei die bereits geflossene Hilfe zur Flüchtlingsrückführung souverän mitverechnet wird. Dieser Betrag gilt nur für das Kosovo, Zahlungen an die übrigen Länder der Region (selbstverständlich mit Ausnahme Jugoslawiens) sind in unbestimmter Höhe und mit wenig Verbindlichkeit in Aussicht gestellt.

Daß nicht nur die beschlossenen Beträge, sondern auch die ursprünglichen Schätzungen etwa der EU-Kommission dem Ausmaß der Zerstörungen nicht gerecht werden, macht ein einfacher Überschlag deutlich, wie selbst die Frankfurter BHF-Bank feststellte: Für Bosnien wurden nach dem Dayton-Vertrag 1995 Wiederaufbau-Zahlungen in Höhe von fünf Milliarden Dollar vereinbart; legt man allein die Bevölkerungszahl zu Grunde, so müßte das Balkan-Hilfspaket 20 Mal so groß sein. Ob die Orientierung am Vorbild Dayton allerdings helfen würde, ist höchst fraglich. Die bosnische Wirtschaft besteht ebenso bloß aus aufgemalten Attrappen wie die bosnische Gipfel-Hauptstadt Sarajevo, wie ein Bericht der »International Crisis-Group«, die sowohl für die US-Regierung wie für die EU-Kommission arbeitet, deutlich macht. Die Expertise mit dem Titel »Why Will No One Invest in Bosnia and Herzegovina?«, veröffentlicht im April diesen Jahres, resümiert: »Das massive internationale Sponsoring des Wiederaufbaus von Bosnien-Herzegowina sollte eigentlich nicht ewig dauern ... Die Kombination von strukturellen Veränderungen und politisch-militärischer Stabilität, von der Nato garantiert, sollte ein attraktives Geschäftsklima entwickeln, in dem die Privatwirtschaft (ausländische und einheimische) allmählich die Hilfszahlungen ersetzt. Unglücklicherweise ist das nicht passiert. In den letzten zwei Jahren beliefen sich die privaten Investitionen auf ungefähr 160 Millionen Dollar, umgerechnet 4,7 Prozent der Hilfszahlungen ... Heute ist die private Investitionstätigkeit in Bosnien-Herzegowina so gut wie unbedeutend ... Tatsächlich basiert die Wirtschaft des Landes fast ausschließlich auf künstlichen ökonomischen Stimuli der (internationalen) Geldgeber, die bald aufhören

werden.«

Die Invasion der Armani-Intellektuellen

Entgegen linker Mythenbildung war der Wiederaufbau kein profitables Geschäft für Westkonzerne. So klagt der Ostausschuß der deutschen Wirtschaft, in Bosnien habe Deutschland etwa 30 Prozent der internationalen Hilfe finanziert, aber »nur sechs bis acht Prozent der Gesamtsumme« seien wieder in die deutsche Wirtschaft zurückgeflossen. Die »International Crisis-Group« verweist auf VW als den größten deutschen Investor, der seine Vorkriegsfabrik in Sarajevo 1996 wieder in Betrieb nahm. Das Werk wies starke Kriegszerstörungen auf, Maschinen und fertige PKWs waren von den Serben bei der Flucht mitgenommen worden. Der Konzernleitung schien deswegen ein Comeback wenig profitabel, doch »unter extremem Druck von der deutschen Regierung« (»Crisis-Group«) gab sie schließlich nach und streckte die gesamten Kosten zur Wiederinbetriebnahme vor. Zur Zeit produziert VW Sarajevo zwischen fünf und zehn PKWs pro Tag, einen einheimischen Markt dafür gibt es nicht. Fazit: »Die Fabrik wird bis in absehbarer Zukunft Verluste einfahren.«

Wem die Hilfe der internationalen Geldgeber tatsächlich geholfen hat, wird an anderer Stelle deutlich: »Nirgends sind die Folgen der internationalen Hilfe klarer als in Sarajevo, wo 15.000 ausländische Zivilisten untergekommen sind. Sie sind bei Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs), ausländischen Botschaften, internationalen Organisationen (UN, UNHCR, EU-Kommission, OSZE, Weltbank, IWF etc.), Minenräumdiensten, Nato-nahen Servicegesellschaften und westlichen Auftragsfirmen von internationalen Hilfsprojekten angestellt. Diese Zahl schließt das Sfor-Militärpersonal nicht ein. Nach konservativen Schätzungen gibt jeder dieser Ausländer im Monat 1.000 Mark für Miete, 1.000 für Lebenshaltungskosten, 1.000 Mark für die Beschäftigung eines bosnischen Arbeiters und 1.000 Mark für Büromiete und ähnliches aus.« Dies summiert sich zu einer Ausgabe von 60 Millionen Mark im Monat oder 720 Millionen Mark im Jahr, in den vier Jahren seit Dayton also 2,9 Milliarden Mark. Mit anderen Worten: Ein Gutteil der internationalen Hilfe (von den vereinbarten fünf Milliarden Dollar sind bis dato vier geflossen) landete in den Taschen dieser ominösen »ausländischen Zivilisten«, die sich die schönsten Apartments und Büros der Hauptstadt gesichert haben, eingeborene Diener (vermutlich auch: Dienerinnen) beschäftigen und mit ihrem Metropolen-Geschmack die Konsumentenpreise in die Höhe treiben.

Soziologisch dürfte diese Schicht die cleversten Elemente der »Lumpen-Intelligenzija« umfassen, deren Deduktion und Denunziation in KONKRET 6/99 einigen Widerspruch hervorgerufen hatte: Mehr oder weniger erfolgreiche Akademiker, die im Lean Management der post-fordistischen Metropolen keine Anstellung fanden, ihr Surplus an intellektueller Bildung und moralischem Eifer aber doch lieber in den Dienst der Macht als der Emanzipation stellen. Hannah Arendt führt in ihrer Totalitarismus-Analyse an, wie der Imperialismus im ausgehenden 19. Jahrhundert auch dadurch entstand, daß »die überflüssig gewordene Arbeitskraft« nach Betätigung und Abenteuern in fernen Ländern suchte: »Diese zum Müßiggang Verurteilten ... stellten außerdem ein bedrohliches Element dar und waren daher durch das ganze 19. Jahrhundert nach anderen Erdteilen exportiert worden ... Eine Politik der Expansion, der Export der staatlichen Machtmittel und das Annektieren von Territorien, in denen nationale Arbeitskraft und nationaler Reichtum investiert worden waren, schien das einzige Mittel geworden zu sein, ... die Kräfte, welche innerhalb der Nation überflüssig geworden waren, der Nation dennoch zu erhalten.« Kräfte also etwa wie Bernard Kouchner, über dessen Überflüssigwerden in Frankreich die »Welt« Ende Juli informierte: »In Samariter-Attitüde, großen Posen und affektionierter Diktion machte Kouchner immer wieder Schlagzeilen. Weswegen er aus der Organisation ›Ärzte ohne Grenzen‹ und ›Ärzte der Welt‹ hinauskomplimentiert wurde, die er 1971 und 1980 gegründet ... hatte. Also blieb ihm die Politik: Schnell machte er dort ... Karriere ... Als Minister setzte er Mittelkürzungen in Krankenhäusern und Psychiatrien durch ... und drückte ein Anti-Tabak-Gesetz durch. Die Folgen waren Streiks und Demos, Kouchners Sympathiewerte sanken. Zumal der stets à la mode gekleidete Vorzeigeintellektuelle der Pariser Schickeria bei Jungwählern ohnehin als ein Gestriger gilt ...« Seit Ende Juli ist Kouchner Koordinator der UN-Zivilverwaltung im Kosovo. Er und Bodo Hombach, zur selben Zeit vom Kanzleramtsminister zum »EU-Beuftragten für den Wiederaufbau« ins Kosovo abgeordert, sind Beispiele der Lumpenintellektuellen, die nun, nachdem sie zu Hause selbst für ihre Claque unerträglich geworden sind, das Ausland beglücken wollen.

Die Ökonomie der Rackets

Schon seit langem ist die Wohltätigkeit im Kapitalismus mit dem organisierten Verbrechen verbunden, wie John Kobler in seinem Buch über Al Capone ausführt: »Gesellschaftliche und politische Klubs der damaligen Zeit veranstalteten traditionsgemäß Wohltätigkeitsfeste zu ihren eigenen Gunsten. Es waren lärmige Festivitäten, bei denen Blechmusik spielte und der mit übermäßigem Trinken verbundene Radau nicht ausblieb, so daß die Feste schließlich als ›Rackets‹ bekannt wurden. Ein Gangster, der zu leichten und nach außen hin legalen Gewinnen kommen wollte, organisierte eine Wohltätigkeitsgesellschaft, deren einziges Mitglied er selbst war. Dann kündigte er ein ›Racket‹ an und zwang die Geschäftsinhaber der Nachbarschaft, ganze Blöcke von Eintrittskarten zu verkaufen, indem er ihnen drohte, bei Weigerung ihr Eigentum zu demolieren« (zitiert nach Pohrt: *Brothers in Crime*).

Diese Art von Fund-Raising beherrscht auch das Racket um den bosnisch-muslimischen Präsidenten Alija Izetbegovic. »Sie (die Führungsgruppe um Izetbegovic) haben sich die ganze Zeit so benommen, als ob es sich um eine Privatfirma handelte und nicht um einen Staat«, zitierte die muslimische Tageszeitung »Oslobodjenje« im Juli 1997 den bosniakischen Liberalen Muhamed Filipovic. Im selben Monat sprach der britische Außenminister Robin Cook beim Besuch in Sarajevo Klartext: »Zig Millionen« an internationalen Hilfsgeldern seien in geheimen Fonds versteckt, »mit denen die parallelen Institutionen bezahlt werden, die kein Teil des Staatspräsidiums oder der Föderation sind und in keiner Abrechnung auftauchen«. Mit diesen Parallelorganisationen waren, wie Cook später ausführte, vor allem die Geheimpolizei AID und das bosnische Staatsfernsehen RTV gemeint. Die muslimischen Polizeikreisen nahestehende Zeitschrift »Slobodna Bosna« sprach in diesem Kontext von einer Schwundsumme von 480 Millionen Mark, der »Spiegel« hatte bereits Mitte Februar 1997 geschätzt, daß 30 Prozent der Hilfsgelder für Bosnien in »dunklen Kanälen« versickert seien.

Auch im Falle des Kosovo wittern Abgreifer fette Beute. Die »Neue Zürcher Zeitung« berichtete Ende Juli über die »Gründung einer Stiftung für den Wiederaufbau in Kosovo«: »Initiiert hat die Stiftung der Besitzer des Generalbauunternehmens Mabetex, Beghjet Pacolli. Der Tessiner Unternehmer kosovo-albanischer Herkunft erklärte, die Stiftung solle beim Wiederaufbau als Koordinationsstelle und Motor dienen ... Die Mabetex steht seit längerem in den Schlagzeilen, weil sie in Rußland mit Schmiergeldaffären in den höchsten Kreisen des Kremls in Verbindung gebracht wird. Zudem steckt die Mabetex wegen Zahlungsrückständen Rußlands in erheblichen Liquiditätsschwierigkeiten.«

Krieg in Pristina und Brüssel

Weit wichtiger als die internationalen Aufbauzahlungen dürften für das Kosovo die Einkünfte der mit der UCK symbiotisch verbundenen Mafia-Gruppen sein. Das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen schätzt, daß allein aus der Bundesrepublik »locker« eine Milliarde Mark jährlich ins Kosovo transferiert wird. Das Geld stammt aus kriminellen Aktivitäten und wird in Schattenbanken – verdächtig sind 200 Briefkastenfirmen: Reisebüros, Andenkenläden und Lebensmittelgeschäfte – gesammelt und schließlich über Kuriere direkt nach Pristina oder Prizren gebracht. »Wir haben Hinweise, daß unter dem Deckmantel politischer Parteien und humanitärer Hilfe über dieses Netz von Tarnfirmen Gelder für einige Großfamilien im Kosovo eingesammelt werden, die auch den Krieg der UCK finanzierten«, zitiert der »Spiegel« Anfang August den gegen einschlägige Reisebüros ermittelnden Braunschweiger Kriminaloberrat Rainer Bruckert. Der Beitrag unter der Überschrift »Sprache der Morde« liefert eine eindrucksvolle Bilanz der Aktivitäten dieser Mafia: »Noch nie hat sich aus einer so kleinen Volksgruppe in so kurzer Zeit eine so starke Energie in der Illegalität entfaltet ... Überall, wo Banden ›ethnischer Albaner‹ operieren, ist aus Kripo-Kreisen zu hören, was der Hamburger Fahnder Detlef Ubben knapp und nüchtern ausdrückt: ›Sie drohen eher, sie prügeln eher, und sie schießen eher.‹ Das Bundeskriminalamt verzeichnete im ›Lagebild‹ bei der OK (Organisierte Kriminalität)-Klientel aus dem Kosovo eine ›extreme Gewaltbereitschaft‹ wie auch eine äußerst massive und brutale Gewaltanwendung‹. Die deutsche Polizei geht bei Einsätzen gegen albanisch sprechende Banden grundsätzlich davon aus, daß sie bewaffnet sind ... Im Heroinhandel sind Albaner die Aufsteiger der neunziger Jahre ... Nach Art der Dominotheorie fiel im süddeutschen Raum eine Stadt nach der anderen in die Hände albanischer Heroinringe ... Albaner sind die neuen Paten Mailands ... Kinderprostitution ist auch in Griechenland eine perverse Spezialität, die vor allem Albaner zu bieten haben ... In Belgien haben die Albaner in kürzester Zeit die Vormacht im Rotlichtmilieu erobert ... ›Der Krieg wütet bei uns‹, so überschrieb das belgische Nachrichtenmagazin ›Knack‹ eine Titelgeschichte über das ›Balkan‹-Kartell, das die ganze Palette der Kriminalität beherrsche, ›normloser und gewalttätiger als alles andere, was man sich vorstellen kann‹.«

Als Medienkritiker wäre man geneigt, dieses Schreckenspanorama als Element metropolitaner Flüchtlings- und Ausländerphobie abzutun, wären ähnliche Nachrichten nicht gleichzeitig auch aus Pristina oder Prizren zu hören – also aus Städten, die in düsteren Farben zu malen aus der Sicht deutscher Abschiebefanatiker kontraproduktiv ist. Als der Vorsitzende der deutschen Innenministerkonferenz, Klaus Hardraht, Anfang August von seiner Rundreise durch den Kosovo berichtete, konnte er sein Erschrecken nur schlecht verbergen: Der Provinz-Aufbau sei »massiv vom organisierten Verbrechen gefährdet«, »Schutzgelderpressungen bei Hotels und Gaststätten« seien durchaus üblich, die UCK sei zumindest zu Teilen in die organisierte Kriminalität verstrickt. Die Londoner »Sunday Times« ging am 24. Juli noch weiter und konstatierte, der Kosovo sei nach dem Kfor-Einmarsch »zu einem Paradies für die Mafia und Drogenschmuggler« geworden. Da das Kosovo »wahrscheinlich die einzige Gegend in der Welt sei, wo es keine Polizei und keine Grenzkontrollen« gebe, hätten sich »ideale Bedingungen für die Narko-Mafia entwickelt«. Die unter den Augen der Nato beinahe vollendete Säuberung des Kosovo von allen Serben und Roma – selbst Kfor-Chef Michael Jackson meinte Ende Juli: »Die Albaner sind genauso schlimm wie die Serben« – hat dabei auch eine ökonomische Funktion: Die Aneignung von serbischem Privat- oder Staatseigentum. Der »Sunday Telegraph« berichtet: »Obwohl von der Nato zur Abgabe der Waffen aufgefordert, hat die UCK eine ›Übergangsregierung‹ gebildet und die Kontrolle über Regierungsgebäude und -unternehmungen übernommen. Den ethnischen Albanern wird geholfen, Cafés, Bars und kleine Geschäfte zu übernehmen, die vorher Serben und Roma besessen hatten. Eine Übernahme beginnt gewöhnlich mit einem Schild an der Tür, auf dem

›UCK-Besitz, betreten verboten‹ steht. Nach ein paar Tagen zieht ein neuer albanischer Eigentümer ein.« Auch die Betriebe der Energie- und Kohleindustrie wechseln zur Zeit unter Gewaltandrohung die Besitzer.

So wird die Provinz, deren Verbleib im jugoslawischen Staatsverbund im Waffenstillstandsabkommen völkerrechtlich zugesichert worden war, auch ökonomisch von Tag zu Tag mehr albanisiert. Da beim Stabilitätsgipfel in Sarajevo jede Zusammenarbeit mit Belgrad ausgeschlossen wurde, haben die Aufbauhelfer vor Ort schon aus rein praktischen Gründen keine Alternative zur Zusammenarbeit mit den UCK-Offiziellen. Als etwa die Berliner Ausländerbeauftragte Barbara John Ende Juli aus Prizren zurückkam, hatte sie einen schönen Plan: »Unsere Verwaltung (in Berlin) könnte Hilfestellung geben, eine Art Management, wie eine Stadt- oder Dorfverwaltung funktionieren kann.« Zur Vorklärung hatte sie mit dem UN-Repräsentanten in Prizren und »einem hohen Vertreter der von der UCK eingesetzten Stadtverwaltung« gesprochen. John: »Ich hoffe sehr, daß beide Institutionen zusammenarbeiten.«

Blutsbrüder als Geschäftsleute

Die hocheffiziente internationale Vernetzung der Albaner-Gangs mit ihren Niederlassungen in allen Teilen Kontinentaleuropas, einzelnen Zweigen selbst in Großbritannien und den USA und schließlich einem alles kontrollierenden Zentrum früher in Nordalbanien, seit kurzem im Kosovo, basiert auf der Großfamilie, dem Clan. »Wie dick der Saft ist, der im ›Blutbaum‹ fließt, zeigt ein vor allem in gebirgigen Regionen Albaniens und des Kosovo verbreitetes Denken in Abstammungskategorien. Männer können in der Regel ihre Linien bis ins 7., manchmal gar bis ins 15. Glied verfolgen ... Getragen von den männlichen Mitgliedern der Sippe, ergibt sich ein Wir-Gefühl, das bei der Emigration in die vom Individualismus gezeichnete Außenwelt ein beträchtliches Potential darstellt. Eine typische Balkanfamilie hat heutzutage 60 Angehörige, bisweilen kommen noch 150 Verwandte zusammen. Verstärkt noch durch Allianzen mit Nachbarn und Freunden sind solche Beziehungsgeflechte, sofern sie sich in kriminelle Netzwerke einfügen, eine nahezu ideale Basis« (»Spiegel« 31/99). Die Überlegenheit des Clan-Prinzips machte nicht nur der serbischen, sondern auch der deutschen Polizei zu schaffen: Festgenommene Kosovo-Mafiosi nehmen lieber hohe Haftstrafen in Kauf, als gegen ihre Gang auszusagen; das Einschmuggeln von V-Leuten ist fast aussichtslos, denn »innerhalb der Führungsebene (werden) keine Angehörigen anderer Nationen geduldet« (ebenda).

So verdienstvoll die »Spiegel«-Reportage in der Darstellung dieses Clan-Archipels ist – während des Krieges ist derlei wohl mit Bedacht nicht gedruckt worden, da die Totalidentifikation mit den als bloße Opfer stilisierten Kosovaren nicht erschüttert werden sollte – , so falsch – und an dieser und nur an dieser Stelle auch potentiell rassistisch – ist es, wenn Augsteins Redakteure da lediglich »Relikte einer archaischen Stammesgesellschaft« erkennen wollen. Denn die Kriminalität vieler Albaner resultiert nicht aus einer ontologischen Konstante, sondern aus einer gesellschaftlichen Variablen:Es war der Einbruch des hochmodernen Kapitalismus in eine staatssozialistische Gesellschaft, die diese innerhalb weniger Jahre in jene wilde Barbarei zurückstürzen ließ, die von Karl May noch treffender als von Karl Marx beschrieben worden ist.

Selbst das Regime Enver Hodschas bedeutete für die Bevölkerung einen historischen Fortschritt insofern, als das Mittelalter und die Macht der Clans zurückgedrängt wurden. Staatliche Beschäftigungsgarantie und ein ausgebautes Sozialsystem ermöglichtem jedem und jeder eine individuelle Lebensführung unabhängig von der Großfamilie. Archaische Riten und religiöser Aberglaube waren in jeder Form untersagt. Nach dem Zusammenbruch des Systems lebten alte Sitten wie das Schleiertragen und die Blutrache wieder auf. Zwischen 1990 und 1995 – während die Weltöffentlichkeit die »Scheinwerfer auf das Kosovo« (Kinkel) gerichtet hielt – forderte im benachbarten Albanien die Blutrache nach Auskünften von Menschenrechtsgruppen 5.000 Opfer. Innerhalb weniger Monate nach dem Systemwechsel mußten fast alle Industriebetriebe in Albanien schließen, da sie teurer produzierten als die über den Weltmarkt ins Land drängende Konkurrenz. Der totale Absturz wurde 1992 durch das UN-Embargo gegenüber Jugoslawien noch hinausgezögert: Die Abschottung der jugoslawischen Außengrenzen eröffnete für die entstehende albanische Mafia die Möglichkeit zum groß angelegten Schmuggel vor allem von Öl und Benzin, der so erwirtschaftete Profit war die Grundlage windiger Anlagegesellschaften, der sogenannten »Pyramiden«, deren Anteilsscheine als fiktives Kapital Konsum und Dienstleistungssektor stimulierten. Mit dem Waffenstillstand von Dayton Ende 1995 und der Lockerung des Embargos gegen Jugoslawien wurde der Schmuggelökonomie der Boden entzogen, die »Pyramiden« stürzten zusammen, Zehntausende kleiner Anleger verloren ihr Sparvermögen (vgl. »Drogen und Deutschmark«, KONKRET 3/99). In dieser Situation wurde die Bandenbildung, die 1991/92 nur von einer kleinen Minderheit praktiziert worden war, zu einem Massenphänomen: Schlagartig war nun klar, daß es für Albanien nicht einmal mehr den Hauch einer volkswirtschaftlichen Chance geben würde. Was lag also näher, als sich eine der 650.000 beim Sturm auf die Kasernen 1997 erbeuteten Waffen zu besorgen und sein Glück mit dem Verkauf von Heroin oder Mädchen zu versuchen? Diese beiden Exportartikel – und nicht das von Rainer Trampert und Jutta Ditfurth beschworene kaspische Öl oder die von Michel Chossudovsky angepriesenen Kohle- und Chrom-Vorkommen – sind offensichtlich die einzigen Rohstoffe, die Europa aus dem Balkan noch haben will – aber auch nur, wenn sie billiger angeboten werden als von den türkischen oder russischen Rivalen. In diesem wie in jedem anderen Konkurrenzkampf siegt die Firma, die ihrem Personal am wenigsten zahlt und es dennoch zu

Höchstleistungen motivieren kann – der Clan und der Stamm, die sich durch den Appell an gemeinsame Abstammung (»gemeinsames Blut«) die Loyalität noch der entferntesten Verwandten sichern.

Kapitalismus als Bedrohung für den Westen

Während der prosperierende Kapitalismus das Individuum aus allen traditionellen Bindungen – Volk, Religion, Clan – löst, bewirkt der kontrahierende Kapitalismus deren Wiederbelebung. Auf der verbrannten Erde der Marktwirtschaft zerfallen die modernen Formen der Vergesellschaftung, und es beginnt die Herrschaft der Banden. Diese, je nach Region ethnisch oder religiös kostümiert, sichern sich ihren Unterhalt jenseits der Warenproduktion mit Raub, Schmuggel und Wegelagerei: In Afghanistan und Somalia, Tschetschenien und Liberia, Kolumbien und Angola, schließlich in ganz Zentralafrika entlang des Kongos und rund um die Großen Seen herrscht Mad Max.

Der Kapitalismus, der auch nach der Kapitulation des Sowjetblocks den Appetit noch nicht verloren hat, verschlingt nun seine eigenen Geschöpfe: die Nationalstaaten, beginnend mit den unbotmäßigen, die sich den Schutzmächten des Weltmarktes USA und BRD nicht bedingungslos unterwerfen wollen. Doch erst mit der Zerstörung der vermeintlichen Schurkenstaaten entstehen barbarische Bewegungen, die nicht nur in ihrem angestammten Einflußbereich, sondern auch in den Metropolen Schrecken verbreiten: Da in den Modernisierungsruinen von Grosny und Tirana nichts mehr zu holen ist, müssen die Einheimischen nach Berlin und Brüssel kommen, um ihren Schnitt zu machen. Als Geschäftsleute sind die mafiösen Neokapitalisten so skrupellos, weil sie die Werte von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit nicht kennen, die sich in der atlantischen wie in der sowjetischen Zivilisation (in je unterschiedlichem Mischungsverhältnis) als Korrektiv zum bloßen Macht- und Gewinnstreben erhalten haben. Angesichts von Figuren wie Bin Laden wünscht man sich im State Department wohl schon den gemütlichen Nadschibullah zurück, und in nicht allzu ferner Zeit wird man auch dem berechenbaren Milosevic nachtrauern.

Kurzfristig ist es für die kapitalistischen Großmächte dennoch sinnvoll, daß sie der albanischen Mafia das unfriendly takeover des Kosovo ermöglicht haben: In Pristina, der gesetzlosesten Stadt der westlichen Hemisphäre, wird nun das von Hamburg bis Saloniki geraubte Schmutzgeld zusammenkommen und auch den entfernten Verwandten der Gangster in Tirana und Skoder einen bescheidenen Wohlstand ermöglichen. So wird nicht weiter auffallen, daß das europäische und amerikanische Kapital keinerlei Interesse daran hat, in dieser Region zu investieren oder gar uneigennützig die angerichteten Zerstörungen zu beseitigen. In einigen Jahren wird es im Kosovo dann sogar wieder eine Polizei und Zollbeamte mit blitzsauberen Uniformen geben – mit Drogengeldern bezahlt und von der UCK ausgebildet. Und während die Stoßtrupps der Banden schon den nächsten Brückenkopf erobern – vielleicht Mazedonien, vielleicht die Goldküste, vielleicht Kalabrien – wird die Journaille ins Schwärmen geraten: vom albanischen Wirtschaftswunder, das doch – wie weiland das deutsche – erst durch den Sieg über einen Hitler und durch einen großzügigen Marshallplan ermöglicht worden sei.

Konkret 09/99, S. 16

Thomas Becker

Ruinen als Chance

Die serbische Opposition gegen Milosevic hat nur eines zu bieten:die endgültige Zerschlagung der Republik Jugoslawien

Die Opposition in Serbien versucht nicht zum ersten Mal, den jugoslawischen Ministerpräsidenten Milosevic zu stürzen und sich dabei den Mühen und Ungewißheiten einer demokratischen Wahl zu entziehen. Nach dem Ende des Kosovo-Kriegs hofft die Opposition zwar, »Kapital aus der Misere zu schlagen, die die Serben wegen des Nato-Bombardements zu erleiden hatten« (»AP«, 23. Juli), ihre Mobilisierungskraft bleibt aber noch weit hinter der von Weihnachten 1996 zurück, als sich das letzte Mal hunderttausend Gegner, ebensoviele Anhänger Milosevics und die serbische Polizei im Zentrum Belgrads gegenüberstanden. Deshalb fordert die Opposition auch keineswegs sofortige Neuwahlen, sondern läßt sich statt dessen lieber etwas einfallen, um die Macht auch ohne Legitimation durch die Wähler zu übernehmen. Der Plan wurde am 2. August von einer Gruppe von siebzehn sogenannten Experten (G17) der Presse präsentiert und sieht eine Übergangsregierung vor, die sofort die Macht übernehmen und Wahlen erst fürs kommende Jahr vorbereiten soll. Man muß allerdings zugeben, daß die Opposition selbst kaum eine Wahl hat, denn sie wird zur Eile gedrängt. Jegliche Wiederaufbauhilfe für Jugoslawien hängt von der Entmachtung Milosevics ab. Zu den Verhandlungen über einen Stabilitätspakt für Südosteuropa, zu denen sich am 30. Juli die Staats- und Regierungschefs von 25 Ländern sowie Spitzenvertreter von 17 internationalen Organisationen trafen, war Jugoslawien immer noch nicht zugelassen. Die serbische Opposition, die von den Gast- und Geldgebern, der Europäischen Union, statt dessen eingeladen worden war, ist jedoch zu schwach, um die ihr zugeschriebene Rolle auszufüllen. Würde die Opposition die Macht in Serbien übernehmen, wäre das Schicksal des jugoslawischen Präsidenten besiegelt. Denn die Zukunft Jugoslawiens wird mehr denn je von der mit 10 Millionen Einwohnern gegenüber den 650.000 Montenegros maßgeblichen serbischen Teilrepublik bestimmt.

Der Krieg wurde gegen eine jugoslawische Armee geführt, vor der sich die Berichterstatter der Invasoren noch fürchteten, als sie durch ihr Zimmerfenster in Pristina die endlosen Kolonnen der sich aus dem Kosovo zurückziehenden Panzer erspähten. Dennoch mußte Serbien zum Hauptgegner der Nato werden, weil die Zukunft Serbiens mit der Jugoslawiens am engsten verknüpft ist, und zwar zuerst, weil Serben in allen ehemaligen Republiken Jugoslawiens beheimatet waren. Hunderttausende Serben wurden aus Kroatien, Bosnien und dem Kosovo vertrieben, um die neue völkische Grenzziehung durchzusetzen. Sie leben heute in Serbien als ärmliches Sinnbild einer katastrophalen Niederlage – die düsteren Prophezeihungen Milosevics vom 28. Juni 1989 eher bestätigend als zur politischen Waffe gegen diesen brauchbar. Der Vorwurf, den die Opposition Milosevic macht, die serbische Niederlage sei Vaterlandsverrat, meint die Niederlage Jugoslawiens und Milosevics.

Die serbische Opposition ist außerstande, an das nationale Bewußtsein der Serben zu appellieren, ohne der jugoslawischen Armee zu applaudieren. In allen anderen Republiken Jugoslawiens wurden die nationalistisch-separatistischen Bestrebungen von denselben Staaten militärisch unterstützt, die Jugoslawien und vor allem Serbien angegriffen haben. In Serbien mußte der in anderen Teilen Jugoslawiens und Osteuropas gelungene Versuch, den Ausverkauf des Landes mit einem nationalen Aufbruchsprogramm zu verbinden, in den Widerspruch führen, daß ein Ausverkauf mit nationalen Interessen nicht zu vereinbaren war. Ein Widerspruch im Widerspruch.

Als Mladjan Dinkic, Koordinator der G17, den Plan für eine Übergangsregierung und die Demonstrationen der Opposition unter das Motto stellte: »Jeder sollte nur eine Fahne mit sich tragen, die Fahne Serbiens« (»International Herald Tribune«, 3. August), bewies er damit nur, daß die Opposition in Serbien seit zehn Jahren nichts dazugelernt hat. Genauso wie Vuk Draskovic, der auf einer Kundgebung in Kragujevac im Julipropagierte: »Die Regierung muß niedergemacht werden und nicht die serbische Fahne.« Nach ihrer Niederlage gegen die Sozialistische Partei gleich bei der ersten Wahl im Dezember 1990, die sie nicht akzeptieren wollte, hatte die Opposition schon einmal versucht, den außenpolitischen Druck, der damals auf Serbien und Jugoslawien lastete, für einen nationalen Aufstand gegen Milosevic zu nutzen. Es waren die Wochen vor den Unabhängigkeitserklärungen Kroatiens und Sloweniens, die Zeit kurz vor dem Krieg. Das einzige, was Vuk Draskovic und Zoran Djindjic, die schon damals als Wortgeber der Opposition auftraten, zustande brachten, war jedoch, die Demonstranten, Belgrader Studenten und junge demokratisch oder national gestimmte Bauern und Arbeiter aus anderen Teilen der Republik, in eine sinnlose Schlägerei mit der serbischen Polizei zu führen.

Der weitere, kriegerische Verlauf der Machtkämpfe in und um Jugoslawien muß die serbische Opposition vollkommen überrascht haben. Sie brauchte lange, um diesen von ihr offensichtlich nicht vorhergesehenen Ausgang der Konfrontation zu vergessen. Erst ein Jahr nach dem Ende des Krieges in Bosnien, im November 1996, wiederholte sich die Szene. Die serbische Regierung hatte die Ergebnisse der Kommunalwahlen in einigen Gemeinden für ungültig erklärt und Neuwahlen angesetzt. Davon betroffen war auch Zoran Djindjic, der für das Bürgermeisteramt in Belgrad kandidiert und seiner Meinung nach die Wahl auch gewonnen hatte. Die Kommunalwahlen waren aber nur der Anlaß, denn die Opposition fühlte

sich schon nach wenigen Tagen zunehmender Straßenproteste wieder im Aufwind, so daß sie den Sturz Milosevics zu ihrem eigentlichen Ziel erklärte.

Am 19. Januar 1997, als Zoran Djindjic in Bonn war, um sich den Deutschen als Vasall anzubieten, drohte Vuk Draskovic in Belgrad mit einer »sozialen Explosion«, mit »Blutvergießen« und »Bürgerkrieg«. Er ahnte wohl nicht, in welcher Weise sich seine wütenden Voraussagen bald bewahrheiten würden. Nur zufällig am selben Tag berichtete AFP von einer seit Wochen anhaltenden und sich verstärkenden Anschlagsserie im Kosovo, bei der in nicht einmal drei Wochen drei bekannte albanische Politiker ermordet worden seien, die der serbischen Regierung in Belgrad nahegestanden hätten. Mit der nächsten Frühjahrsoffensive der UCK begann bereits ein Jahr später der Krieg um das Kosovo.

Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« hatte wahrscheinlich als erste, kaum einen Monat nach Beginn der insgesamt fast drei Monate andauernden Demonstrationen, versucht, die Opposition in Serbien auf diesen Zusammenhang hinzuweisen – vergeblich. Es sei möglich, daß über die Zukunft Milosevics »nicht schon in diesem Winter« entschieden werde (»FAZ«, 10.12.96). Die Opposition sei zwar in der Lage, die jungen Studenten zu mobilisieren, die »nichts mehr zu verlieren« hätten, nicht aber die Arbeiter und Gewerkschaften. Als Massenbasis komme deshalb nur die albanische Minderheit im Kosovo in Frage, die mit knapp einem Fünftel der Einwohner Serbiens »ein gewaltiges Wählerpotential« darstelle. Für das Oppositionsbündnis sei daher die Festlegung auf eine »konsequent minderheitenfreundliche Politik das wichtigste strategische Ziel«.

Dasselbe erklärte Außenminister Klaus Kinkel Zoran Djindjic am 19. Januar 1997 in Bonn. Die wichtigsten Forderungen, die Deutschland an die serbische Regierung stellen müsse, seien die Achtung der »Menschen- und Minderheitenrechte« und eine »weitreichende Autonomie« für die Provinz Kosovo. Auf der Heimreise mag Djindjic sich überlegt haben, wie er das Angebot, deutsche Unterstützung durch die Preisgabe des Kosovo zu erkaufen, beantwortet hätte, hätte er persönlich dazu die Macht gehabt. Auch im Auswärtigen Amt gaben sich im übrigen die Planungsstäbe nicht der Hoffnung hin, das Kosovo könne durch eine demokratische Wahl in Serbien gewonnen werden. Kinkel setzte bereits auf ein anderes Pferd, die UCK. Genau wie Ibrahim Rugova, der sich als unbewaffneter Parteiführer im Kosovo unbeliebt machte und seine Macht nach und nach an die Kriegsparteien verlor, erging es Zoran Djindjic in Serbien.

Zwar pflegte die serbische Opposition ihre Hilflosigkeit bald dadurch zum Ausdruck zu bringen, daß sie deutsche und amerikanische Fahnen mit sich herumtrug, doch währenddessen stahl ihr die Führungsclique in Montenegro die Show, die bereits Ende Dezember 96 damit gedroht hatte, eine eigene Währung einzuführen und die Bundesrepublik Jugoslawien zu verlassen. Als dann noch im Februar 1997 die Aufstände im Nachbarstaat Albanien losbrachen, hatte Djindjic einen weiteren Anlaß, sein Unverständnis jener außenpolitischen Konstellationen unter Beweis zu stellen, die die Politik in Serbien in der nahen Zukunft bestimmen sollten. Gegenüber der oppositionellen serbischen Zeitung »Nasa Borba« äußerte Djindjic am 21. März 1997 seine Hoffnung, infolge des Zerfalls des albanischen Staates würde sich die Lage im Kosovo wieder entspannen.

Enttäuscht wird der deutsche Außenminister darüber gewesen sein, daß die Opposition in Serbien ihren Widerstand gegen Milosevic während des Luftkriegs nahezu aussetzte. Die Opposition lehnte – wie die Regierung – das Nato-Bombardement ab und versucht nun erst nachträglich aus der Niederlage Milosevics für sich Kapital zu schlagen. Aber das Kapital gehört denen, die den Luftkrieg geführt haben. Die Opposition macht deshalb Milosevic öffentlich für den Luftkrieg verantwortlich, den sie abgelehnt hat, an dessen Triumph sie dennoch partizipieren will. Die serbische Opposition ist nicht nur unfähig, Milosevic die Macht aus den Händen zu nehmen, sie hat auch als Bündnispartner des Westens in der Kosovo-Krise versagt. Nach der Zerschlagung Jugoslawiens kann die künftige Regierung Serbiens nur Verwalter eines Vasallenstaates sein.

Der unbeweglichen Machtverhältnisse in Serbien wegen wuchs die Macht Milo Djukanovics, des Präsidenten Montenegros, denn die latente Zwietracht unter den beiden letzten jugoslawischen Teilrepubliken, der sich Djukanovics nationalistischer Führungsstil intensiv widmet, ist eine weitere Methode, Serbien und damit Jugoslawien zu destabilisieren. Am 5. August hat die Regierung Montenegros nun ein Papier vorgelegt, daß die Änderung der jugoslawischen Verfassung fordert, um die Isolierung Serbiens voranzutreiben. Die »Neue Zürcher Zeitung« spekulierte am folgenden Tag, Ziel der Djukanovicschen Politik sei, daß »mit der Abkoppelung der Währung ein eigenständiger Wirtschaftsaufbau in Montenegro ermöglicht und gleichzeitig das Durchsickern von Wirtschaftshilfe nach Serbien verhindert« werde. Durch die Änderung der jugoslawischen Verfassung solle »der Machtapparat Milosevics ins Wanken gebracht werden«. Das nützte »aus westlicher Sicht mehr als die Ausrufung eines weiteren unabhängigen Kleinstaats mit neuen Grenzänderungen und womöglich neuen kriegerischen Wirren als Folge«. Die Sezession der kleinen jugoslawischen Teilrepublik Montenegro würde »wohl nicht nur den westlichen Vorstellungen über den politischen Status Kosovos – weitgehende Autonomie im Rahmen Jugoslawiens – endgültig den Todesstoß versetzen, sondern auch die ohnehin fragile Staatskonstruktion Bosniens zum Einsturz bringen«, hatte die Zeitung schon am 31. Juli geschrieben. Die »Taz« stimmte am 7. August zu: »Montenegro hat nur einen blühenden Fremdenverkehr anzubieten, ansonsten ist es wirtschaftlich in jeder Hinsicht mit Serbien verbunden. Eine weitere Zerstückelung der staatlichen Landschaft auf dem Balkan wäre sinnlos.«

Sinnlos? Was die Wirtschaft betrifft, sicher. Aber was ist mit der jugoslawischen Armee, dem Garanten der jugoslawischen und serbischen Verfassung? Das Papier der Regierung Montenegros fordert die Spaltung der Armee-Führung in zwei getrennte Kommandos und die getrennte Ausbildung der Soldaten. Für den Kriegsfall hätte Montenegro ein Vetorecht gegen den Einsatz der gemeinsamen Streitkräfte.

Zoran Djindjic hat sich noch während des Luftkriegs auf ein Bündnis mit Djukanovic festgelegt. In einer in Belgrad veröffentlichten Erklärung kommt nach mehr als einem Monat Bombardement keine Kritik am Krieg mehr vor. Statt dessen soll dieser nun ein Stück Hoffnung mit sich gebracht haben, »daß nun ein neuer Anfang mit den demokratischen Kräften an der Macht« möglich werde. Es bestehe nun die »Chance, aus den Ruinen etwas Neues entstehen zu lassen« (»New York Times«, 7.5.99). Eine Woche nach Ende des Nato-Kriegs, am 17. Juni, traf sich Zoran Djindjic gemeinsam mit weiteren Repräsentanten der serbischen Opposition mit dem amerikanischen Sonderbeauftragten für Jugoslawien, Robert Gelbard, in Herceg Novi, Montenegro, »um die für den Sturz des Milosevic-Regimes nötigen Millionen von Dollar zusammenzubringen« (»International Crisis-Group«, 28.6.). Eine Zeit lang werden die deutsche und die amerikanische Regierung die Opposition noch als Destabilisierungsfaktor in Serbien brauchen – bis die jugoslawische Armee aufgegeben hat. So lange werden Djindjic, Draskovic & Co. sich noch gedulden müssen.

Konkret 09/99, S. 18

Hermann L. Gremliza, Ignatz Bubis

Denn unser war er auch nicht

Ignatz Bubis hat wohl geahnt, was die Partei- und Staatsführer dieses Landes ihm nachrufen würden. Er hat sie in einem Gespräch, das KONKRET Anfang 1994 mit ihm geführt hat, allesamt dementiert

Ignatz Bubis ist tot. Deutschland atmet auf. Dieser Nörgler hatte gestört, er hatte nicht zu ihnen, den Optimisten ihrer Selbstbetrachtung, gepaßt. Um einer der Ihren zu werden, mußte er seinen Geist aufgeben. Jetzt ist er's.

Jetzt ist er »ein großer Deutscher, vor dem wir uns verneigen«, einer vom Schlage jenes hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch, der, durch eine rassistische Kampagne ins Regierungsamt gelangt, sich die Ehre erweist, indem er Bubis zu seinesgleichen degradiert. Jetzt ist er ein »Mahner und Kämpfer für ein tolerantes Deutschland«, der immer nur gewollt hat wie die nachrufende Bundesregierung, daß die Toleranz gegenüber den Veteranen der Waffen-SS nicht durch unpünktliche Rentenzahlung leide. Jetzt verlieren Gerhard Schröder und sein »Deutschland mit Bubis eine große Persönlichkeit, die wie wenige andere dazu beigetragen hatte, daß für Juden eine Zukunft in Deutschland wieder vorstellbar geworden ist«, auch wenn dessen Kanzler des ermordeten Vaters von Ignatz Bubis am liebsten mit einem nationalen Ausflugslokal (»Hier können Familien Kaffee kochen«) gedacht hätte, und obwohl es der großen Persönlichkeit am Ende ihrer Mühen nicht vorstellbar war, in Schröders Deutschland begraben zu sein.

Wie schwer ihnen der Verlust fiel, illustrierte der Zufall, daß sie an dem einen Tag im August zwei Abschiede feiern durften: den des Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland vom Leben und den der »weltbesten Tennisspielerin der modernen Zeit« vom professionellen Spielbetrieb. Die größte Zeitung der Nation spendierte der einen die erste Seite mit der Schlagzeile »Danke, Steffi! Für all die vielen schönen Tennis-Jahre«, ein Foto in Riesenformat, einen Leitartikel auf Seite 2 und einen ganzseitigen Nachruf im Blattinnern: »So bleibst du in unseren Herzen.« Für Bubis hatte sie einen Zweispalter im unteren Teil der Seite 1 übrig, zwischen »Benzin immer teurer« und einer Zigarettenreklame, ein briefmarkengroßes Foto und 24 Zeilen Text. Nur wenig anders die seriöse Schwester aus demselben Verlagshaus, das »Hamburger Abendblatt«: Zwei Aufmacher: »Ignatz Bubis ist tot«, daneben »Nie wieder Steffi Graf«. Die beiden Fotos so, daß der Kopf von Bubis als Grübchen auf Steffis Kinn gepaßt hätte; ein Bubis-Porträt halbseitig auf Seite 2, ein ganzseitiges Porträt der großen Deutschen auf Seite 3. Wie gut die Deutschen ihre Steffi verstehen, erklärt ein Leitartikel, wie die Deutschen Bubis verstehen sollen, erläutert eine Notiz: »Eine Folge des Anstoßes, den er immer wieder erregte, waren antisemitische Schmäh- und Hetzbriefe. Manche sprachen ihm die Berechtigung ab, sich Deutscher zu nennen. Vermutlich resultierte seine Verbitterung aus diesen Erfahrungen.« Vermutlich wollen sie ihm das nachsehen.

Ignatz Bubis hat, wenige Monate vor seinem Tod, die beiden Interviews, die ich (im ersten Fall begleitet von Boris Gröndahl) 1994 und 1999 mit ihm geführt habe, als die beiden besten bezeichnet, die er je gegeben habe. Im ungedruckten, undruckbaren Teil des ersten Interviews, hatte ich ihn gefragt, ob er denn nicht wisse, was hinter den Türen deutscher Regierungsämter, in denen man ihm gerade höchsten Respekt bekundet habe, gesprochen werde, wenn der penetrante Israelit endlich wieder draußen ist. Er hatte, traurig lächelnd, seine Hand auf meinen Arm gelegt und gesagt: »Ist der Mann böse.« (Ein Wort, das er an anderer Stelle wiederholte.) Wir hatten beide recht.

Aber er war auch nicht unser. Nie konnte er, was jeder von uns, auch der radikalste Opponent, als Mitglied des Kollektivs der Täter genießt: ohne die Furcht, von völkischen Landsleuten als Opfer erkannt und danach behandelt, das heißt: angepöbelt, bespuckt, erschlagen zu werden, auf die Straße gehen. Bubis wußte, mit wem er sprach, wenn er mit Redakteuren von KONKRET sprach: mit Feinden dieses Volks, seiner Gesellschaft und seines Staats, und wir wußten, wer Bubis war: ein im Immobiliengeschäft tätiger Freidemokrat, Träger eines Bundesverdienstkreuzes. Beide respektierten auch diese Distanz, selbst wenn ihnen die Differenz zwischen einem Kapitalisten und einem Kommunisten, die einmal eine ums ganze war und wieder werden müßte, so die Menschheit noch eine Chance haben soll, im Deutschland dieser Jahre minder bedeutsam erschien als der gemeinsame Streit um die richtigen Antworten auf die Frage, wie antisemitisch und rassistisch seine Bewohner seien und warum und was da zu tun sei.

Immer wieder hat Bubis Alarm geschlagen, immer wieder hat er, uns zur Enttäuschung und zum Ärger, eine halbe Entwarnung hinterhergeschickt und die Zahl der deutschen Antisemiten auf ein den Landsleuten, ihren Leitartiklern und ihren Politikern genehmeres Maß heruntergerechnet. Mit zehn oder zwanzig Prozent potentieller Mörder, das wußte er, können die gut leben. Die Meldung von Anfang August, wonach eine Umfrage der »Deutschen Forschungsgemeinschaft« ergeben hat, daß »mehr als die Hälfte der Deutschen ... nicht länger antisemitischen Aussagen widerspreche«, hat er nicht mehr relativieren müssen. Dies politische Geschäft hatte er, den Tod vor Augen, endlich aufgegeben: Nein, er habe in Begegnungen mit 600.000 Deutschen »nichts oder fast nichts bewirkt«, und er wolle, damit sein Grab nicht Wallfahrtsort schmierender Nazis werde wie das seines Vorgängers Heinz Galinski, nicht in Deutschland begraben sein.

Bis zur Erklärung dieses letzten Willens hatte Ignatz Bubis immer den Verdacht geweckt, er wolle sich etwas vormachen, um weiter in Deutschland leben und Politik treiben zu können. Jetzt scheint es, als habe er in Wahrheit nur den Deutschen etwas vorgemacht, damit sie ihm nicht die Tür vor seiner jüdischen Nase zuschlugen. Was immer es war – jetzt wird es gegen ihn verwendet. Jeder zweite Nachruf ignorierte souverän die von Bubis vielfach (und ausführlich in KONKRET 2/99) abgegebene Erklärung, er habe seinen an den Schriftsteller Walser gerichteten Vorwurf der geistigen Brandstiftung nicht zurückgenommen: »Bubis nahm seinen Vorwurf zurück«, heißt es in Springers »Hamburger Abendblatt«, und *irgendwie*, auf eine Art, die ein an Mißverständnissen interessiertes Kollektiv zu seinen Gunsten mißverstehen kann, hat er es ja getan. In zwei, drei Jahren wird er sich bei Walser entschuldigt haben.

Wer wissen will, wie es war, lese das zweite Interview mit Bubis (KONKRET 2/1999) nach. Das erste, aus dem Januar 1994, sei hier dokumentiert. In ihm hat Bubis all seine Nachrufer dementiert:

Herr Bubis, sind Sie stolz, ein Deutscher zu sein?

Ich war noch nie stolz darauf, irgendwas zu sein oder nicht zu sein. Ich bin Jude, bekenne mich dazu, ich bin Deutscher, bekenne mich dazu. Aber ich bin weder auf das eine noch auf das andere stolz. Die gleichen Leute, die sagen, sie seien stolz, Deutsche zu sein, wären, wenn sie als Franzosen geboren wären, stolz, Franzosen zu sein. Auf eine Leistung kann ich stolz sein. Daß ich Deutscher bin, daß ich Jude bin, ist keine Leistung. Ich bin nicht aus eigener Entscheidung Jude und Deutscher geworden.

Aber Sie sind beides aus eigener Entscheidung geblieben.

Ja, aus ganz einfachen Erwägungen. Es gibt für mich keinen Grund, kein Deutscher sein zu wollen. Den hat es bis 1945 sicher gegeben. Damals war ich nicht bereit zu sagen: Ich bin ein Deutscher. Dann habe ich ein neues Deutschland erlebt, ein demokratisches Deutschland mit einem Grundgesetz, zu dem ich mich bekennen konnte.

Sie haben 1945 geschwankt. Es gab gerade in jüngster Zeit immer wieder Anlässe, die Sie schwanken ließen zwischen Verzweiflung, Hilflosigkeit einerseits und einer fast verbissenen Entschlossenheit, an Ihrem Bild vom gutgewordenen Deutschland festzuhalten.

Das ist richtig, ich bin in einem Widerstreit. Wenn ich diese Neonazis sehe und höre, die sagen, sie seien stolz, Deutsche zu sein, sie seien die wahren deutschen Patrioten, dann sage ich: Ihr seid nicht die deutschen Patrioten, wir sind die deutschen Patrioten, wir, das andere Deutschland, die Mehrheit. Und dann gibt es Stunden, wo ich mich frage, warum machst du das alles?

Stunden, in denen Sie sich das nicht mehr glauben, was Sie sich und anderen sonst einreden: daß die große Mehrheit der Deutschen nicht rassistisch oder ausländerfeindlich sei? Die Mehrheit zündet keine Ausländerheime an, aber in Umfragen erklärt die Mehrheit der Deutschen, daß sie Verständnis für die Täter hat.

Das ist die Stelle, wo ich noch nicht weiß: Wo geht's lang? Wenn jemand mir anfängt zu erklären, er verurteile das zwar, aber man müsse doch verstehen ... – dann ist dieses Verständnis der erste, vielleicht noch unbewußte Schritt ins Lager der Täter. Und viele, viele befinden sich auf diesem Trip. Viele.

Es gibt eine Umfrage, nach der nur 43 Prozent der Deutschen Ignatz Bubis für einen Bürger der Bundesrepublik halten.

Es wären vielleicht nur 10 Prozent gewesen, wenn nicht kurz zuvor die Geschichte durch alle Medien gegangen wäre, wo mir dieser Rostocker Stadtrat gesagt hat, daß ich kein Deutscher sei.

Aber Sie sind optimistisch.

Es gibt einen großen Aufklärungsbedarf. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung kennt keinen Juden, weiß nichts über das Judentum und sieht in jedem Juden einen Fremden.

Wäre das so schlimm? Das Problem wäre sofort keines mehr, wenn die Deutschen mit den Fremden nicht so umgingen, wie sie es tun.

Manche meiner jüdischen Glaubensgenossen sagen auch, was gehen dich die Türken an, was gehen dich die Afghanen an, was mischt du dich ein. Du hast das Judentum zu vertreten, kümmere dich darum. Ich tue beides.

Die politischen Repräsentanten der Mehrheit haben in diesem November die Neue Wache als die zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik eingeweiht, mit dem zentralen Gedenksatz: »Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft«. Der Berliner Kultursenator Roloff-Momien, beileibe kein Linksradikaler, hat gesagt, das sei Heitmann in Stein. Der Vorsitzende der Berliner Jüdischen Gemeinde hat an der Veranstaltung nicht teilgenommen, sehr zu Ihrem Unwillen, wie zu lesen war.

Nein, das stimmt nicht. Ich habe Verständnis für seine und er hat Verständnis für meine Haltung.

Es stand so in der »Welt«.

Ich habe mich über etwas anderes geärgert. Ich hatte im Verwaltungsrat gesagt, ich gehe hin. Ich habe im Direktorium gesagt, ich gehe hin. Kein Widerspruch. Nicht einer hat sich gemeldet und gesagt, wir gehen nicht hin, auch der Vorsitzende der Berliner Gemeinde nicht. Am nächsten Tag war die Ratsversammlung des Zentralrats. Nicht einer von den anwesenden 70 Mitgliedern hat gesagt, nee, geh' da nicht hin.

Was hätten Sie denn gesagt, wenn ein größerer Teil gegen die Teilnahme gewesen wäre?

Dann hätte ich gesagt: Laßt uns abstimmen. Ich hätte vielleicht sogar die Vertrauensfrage gestellt. Die Debatte geht ja schon seit zehn Jahren. Es gab in Bonn auf dem Hauptfriedhof diese Inschrift: »Den Opfern der Weltkriege und der Gewaltherrschaft«. Der Hauptfriedhof schien der Bundesregierung nicht der richtige Platz, und deshalb hat sie 1982 angefangen davon zu reden, es müsse ein nationales Mahnmal her. Damals haben sich die SPD, die FDP und auch der Zentralrat wegen der geplanten Inschrift dagegen gewandt. Als dann 1985 der Bundespräsident seine berühmte Rede zum 8. Mai 1945 gehalten hat, kam zuerst die SPD auf die Idee, Weizsäckers Aufzählung der Opfer als Inschrift für ein nationales Mahnmal zu nehmen. Der Zentralrat hat die gleiche Auffassung vertreten und einen entsprechenden Beschluß gefaßt, zu dem wir heute noch stehen.

Kurz vor der Sitzung des Bundestages hat mich damals der parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion angerufen und wollte meine Meinung dazu wissen. Da habe ich ihm sagen lassen, daß der Zentralrat protestieren und auf die Straße gehen wird, wenn es zu einer Vermischung der Opfer mit den Tätern kommt. Wir seien nur einverstanden mit einer Tafel, auf der die einzelnen Opfer aufgezählt werden. Die FDP hat sich dieser Meinung angeschlossen, und die Sache in Bonn war gestorben.

Als die Neue Wache ins Gespräch kam und wieder diese Inschrift mit der Vermischung der Opfer vorgesehen wurde, schienen mir große Teile der FDP umzufallen. Da habe ich dann sowohl mit FDP-Leuten geredet als auch mit den damit befaßten Leuten der SPD wie Conradi und Duve, und habe gesagt: Die Juden finden sich da nicht wieder, das kommt für uns nicht in Frage. Inzwischen aber gab es einen Förderkreis zur Errichtung einer Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum. Und da habe ich gesagt, mir würde es leichter fallen, mich mit der Neuen Wache abzufinden, wenn es eine Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum gäbe. Was die Neue Wache für Deutschland, wäre diese Gedenkstätte für das Judentum. Meine Gedenkstätte wäre die Neue Wache zwar nicht, aber ich würde dann vielleicht nicht auf die Straße gehen.

Ich habe dem Staatsminister Pfeiffer aus dem Bundeskanzleramt gesagt, ich würde mir gerne die Stelle anschauen, wo diese jüdische Gedenkstätte hinkommen soll, weil ich bis dahin den genauen Standort nicht kannte. Am 16. Oktober haben wir uns dann zusammen den Platz für die Gedenkstätte angeschaut. Es ist eine würdige Stelle. ... südöstlich vom Brandenburger Tor. Da ist die Französische Botschaft. Hier kommt die Amerikanische Botschaft hin, hier die Britische Botschaft. Hier kommen die Ländervertretungen hin. An dieser Stelle, auf 20.000 Quadratmetern, kommt die Gedenkstätte hin.

Und dann meinte Herr Pfeiffer, er möchte mich noch fünf Minuten alleine sprechen, zieht ein Papier raus, schönen Gruß vom Bundeskanzler, wir beabsichtigen, in der Neuen Wache zwei Tafeln anzubringen. Eine Tafel mit der Geschichte der Neuen Wache, auf der anderen Tafel: »Wir gedenken der Opfer« – mit der Aufzählung aus der Rede des Bundespräsidenten: Millionen ermordeter Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle, politisch Verfolgte, aber auch, zusätzlich, die unschuldigen Opfer der Flucht und der Vertreibung. Und unten würde die alte Inschrift bleiben. Das war für mich der Kompromiß. Mehr als diese Tafel haben wir nie verlangt. Ich kann nicht sagen, daß die unschuldigen Opfer der Flucht und der Vertreibung keine Opfer sind. Es heißt ja explizit »unschuldige« Opfer. Und da hab ich gesagt: Ist in Ordnung. Die SPD hat es auch akzeptiert. Es wäre unfair von mir gewesen, nachdem unsere Vorstellungen erfüllt wurden: eine Gedenkstätte für das ermordete europäische Judentum und die Tafel, zu sagen, ich gehe trotzdem nicht. Das habe ich widerspruchslos im Verwaltungsrat, im Direktorium, in der Ratsversammlung berichtet. Unsere Gedenkstätte, habe ich gesagt, ist das noch immer nicht. Aber unsere Gedenkstätte kommt.

In einem Interview zur Einweihung habe ich gesagt, die Juden würden sich in dieser Gedenkstätte nicht wiederfinden, wir warteten auf unsere eigene. Wir wollten sie sowieso, aber gerade weil die Neue Wache kommt, sei uns das besonders wichtig. Und warum ich mit der Inschrift allein meine Probleme hätte, habe ich an einem Beispiel erläutert: Ein SS-Täter aus Auschwitz wurde im Januar 44 an die Front versetzt und ist gefallen. Jetzt wird seiner in der Neuen Wache als eines Opfers gedacht. Er war Opfer. Aber er war zuerst Täter.

Warum konstruieren Sie diesen Fall, anstatt einfach das zu sagen, was unter Antifaschisten ein Gemeinplatz sein müßte: daß die deutschen Soldaten, die im Osten an der Front standen, ob nun als arme Teufel oder nicht, ob unter Zwang oder mit Hurra, die Garanten dafür waren, daß im Rücken dieser Front Auschwitz betrieben werden konnte. Selbst Norbert Blüm hat zu besseren Zeiten, die er auch mal gesehen hat, gemeint, daß die Wehrmacht und ihre Soldaten die Voraussetzungen für die Vernichtung des europäischen Judentums geschaffen haben.

Ohne die hätte es Auschwitz nicht geben können.

Wenn also aller Opfer des Kriegs ehrend gedacht wird, dann wird auch jener ehrend gedacht, die Auschwitz erst möglich gemacht haben.

Das ist auch meine Meinung. Aber mehr als die Tafel haben wir nicht verlangt. Wir wollten die Tafel statt der Inschrift. Bekommen haben wir die Tafel und die Inschrift, und das ist der Kompromiß. Für mich hat die Aufzählung der einzelnen Opfergruppen schon eine große Bedeutung: Daß eine Bundesregierung, eine CDU-geführte Bundesregierung, auf dieser Tafel die Homosexuellen mit aufführt und Andersdenkende – so selbstverständlich ist das alles nicht. Dafür hat sich der Bundeskanzler auch bei anderen verteidigen müssen. Bin ich sicher.

Für Sie ist das ein Erfolg?

Was heißt Erfolg? Ein Kompromiß. Ich bin nicht jubelnd hingegangen.

Der Erfolg der Bundesregierung besteht darin, daß sie ihren zentralen Gedenksatz durchgesetzt hat, auf den sie allergrößten Wert gelegt hat.

Sie hat darum gekämpft.

Und es war für sie von größter Bedeutung, daß sie der Wehrmachtsoffiziere und der SS-Männer gedenken kann, ohne daß der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland oder der Zentralrat oder die deutschen Juden vor aller Welt demonstrieren: nicht mit uns.

Wenn ich Ihren Standpunkt, den ich natürlich respektiere, vertreten wollte, und nicht nur in Bezug auf die Neue Wache, sondern überhaupt – das hätte ich nicht durchstehen können. Wenn ich nicht an das neue, demokratische Deutschland glauben könnte, müßte ich weggehen. Das ist im Grunde genommen meine Stärke und meine Schwäche: daß ich nicht mit der Vergangenheit im Herzen leben kann. Dann müßte ich mir das Leben nehmen. Und da heißt es nun für mich: Geht das Leben weiter, geht es nicht weiter? Wenn es weitergeht in einem Deutschland, das anders ist, das demokratisch ist, dann muß ich jeden Tag Kompromisse schließen.

Mit Rücksicht auf die Interessen der Juden in Deutschland?

Nein, mit mir, mit mir persönlich. Ich nehme in solchen Fällen zunächst einmal mich selbst. Ich würde mich nicht verbiegen lassen, auch nicht im Interesse eines Zentralrats, wenn es um mein Inneres geht. Da bin ich unabhängig. Seit meinem 18. Lebensjahr, als ich befreit wurde, war ich immer unabhängig und nur mir und meinem Gewissen verantwortlich. Ich hätte allenfalls – und da komme ich jetzt zurück auf die Vertrauensfrage – gesagt: Ich sehe das so, das ist für mich ein Essential, und nun müßt ihr entscheiden, ob ich euer Mann bin.

Wenn Sie zurückgetreten wären, weil Sie an der Einweihung der Neuen Wache hätten teilnehmen wollen und der Zentralrat der Juden Sie daran hindern wollte – das hätte den Bundeskanzler vielleicht noch mehr gefreut als Ihre Teilnahme.

Ich weiß nicht, ob Sie den Kanzler nicht doch falsch einschätzen.

Man hört das manchmal: Kohl, der letzte Europäer in der CDU.

Ja. Der Kanzler wird der letzte Europäer sein.

Aber er hat doch eine deutlich andere Spur gezogen, von Bitburg bis zur Neuen Wache.

Daß er sich von Bitburg nicht hat abbringen lassen, verstehe ich bis heute nicht. Ich habe bestimmt kein besonderes Verhältnis zum Kanzler gehabt. Aber seit ich mit ihm in den letzten drei, vier Jahren des öfteren Gespräche hatte, wirkliche Gespräche, schätze ich ihn ganz anders. Der Kanzler kennt die Geschichte und respektiert sie. Er kommt manchmal in Zwänge, wo ich sagen würde, ohne mich. So weit geht er nicht.

Die Leute, die den Kohl nach Bitburg zwingen können – das muß ja eine feine und ziemlich mächtige Bande sein?

Der Kanzler hat auch ein gewisses Maß an Sturheit. Wenn es am Ende nur diese Sturheit war, dann wäre es sehr bedauerlich; wenn es anders wäre, wäre es noch bedauerlicher. Mich stimmen so Nebensächlichkeiten, die natürlich keine Nebensächlichkeiten sind, sehr nachdenklich. Es sind nicht die Antisemiten, von denen hab ich nichts anderes zu erwarten, nicht die Rassisten, nicht die Gewalttäter, da habe ich nichts anderes zu erwarten – aber wenn mir CDU-Politiker in Führungspositionen, denen ich überhaupt keinen schlechten Gedanken unterstelle und die mir auch sagen: Nicht daß Sie meinen, daß ich so denke, Herr Bubis, wenn die mir beispielsweise im Fall Heitmann sagen: Bitte, Herr Bubis, halten Sie sich zurück, weil es sonst heißt, die Juden mischen sich ein – das bringt mich zur Verzweiflung.

Einem dieser Politiker habe ich gesagt: Sie versichern mir, daß Sie nicht so denken, aber welche Meinung haben Sie eigentlich vom deutschen Volk, wenn Sie meinen, daß das eine Rolle spielt? Und welche Meinung haben Sie von den Bundestagsabgeordneten? ...

Das Argument, daß man den Antisemitismus weckt, wenn ein Jude sich äußert, ist nicht neu. So haben die nationaldeutschen Juden 1933 argumentiert, die Karl Kraus in der »Dritten Walpurgisnacht« zitiert: Wenn Juden über die

Mißhandlung von Juden durch die Nazis berichteten, werde damit den Juden »ein ganz außerordentlich schlechter Dienst erwiesen« ... Es gab sogar jüdische Frontsoldaten des Ersten Weltkriegs, die sich bei der SA um Aufnahme bewarben.

Und Philipp Rosenthal bei der HJ. Allerdings war der schon getauft.

Auch Ihre Rolle, Herr Bubis, ist nicht unproblematisch. Sie sind, ob Sie das wollen oder nicht, eine Art TÜV für die demokratische Zuverlässigkeit des neuen Deutschland. Solange Bubis zustimmt oder sein Protest zurückhaltend ist, solange Bubis die Mehrheit der Deutschen von Fremdenhaß freispricht und den Kanzler als Demokraten und Europäer approbiert, kann es, trotz Bitburg, so schlimm nicht sein.

Wobei ich Bitburg nicht verstehe. Natürlich wollte er wiedergewählt werden...

Und dazu muß man SS-Gräber ehren?

Man muß es nicht machen. Und ich war dagegen und habe auch protestiert. Aber wenn ich mir anschaue, was die SPD schon alles mitgemacht hat und wie die Grünen sich gewandelt haben...

Das ist verdammt schnell gegangen.

Es war nicht anders zu erwarten. Sonst hätte es die wahrscheinlich gar nicht mehr gegeben. Sie profitieren im Moment davon, daß die SPD noch weiter gegangen ist in ihrer Anpassung nach rechts. Ich habe Angst vor dem Jahr 1994 mit seinen vielen Wahlen. Wie weit werden sich die Parteien nach rechts wenden in dem bösen Glauben, sie müßten es tun.

Müssen sie es nicht? Ist es nicht wahr, daß alle Parteiführungen links von ihren Wählern stehen? Sogar die der Republikaner.

Das stimmt bei den Republikanern ganz sicher, auch Helmut Kohl steht links von seinen Wählern, aber Scharping nicht und Klose nicht und Schröder, wenn es darauf ankommt, auch nicht.

Wenn es darauf ankommt, steht der überall.

Und auch die Grünen stehen nicht mehr links von ihren Wählern.

Sie haben zweimal in den letzten vier Jahren besorgte Stellungnahmen des Jüdischen Weltkongresses zurückgewiesen. Einmal, als es um die deutsche Einheit ging. Warum?...

Ich war für die deutsche Einheit aus Überzeugung, weil dieser DDR-Staat ein unfreier Staat war, stalinistischer als mancher andere, selbst noch mit Herrn Eppelmann als Verteidigungsminister. Als Eppelmann gefragt wurde, warum er nach wie vor die arabischen Terroristen dort ausbilde, hat er geantwortet, erstens sind das alte Verträge und zweitens bilden wir sie nicht als Terroristen aus. Wir unterrichten sie nur im Häusersprengen. Wörtlich, im Fernsehen.

So reden deutsche Friedenspfarrer nun mal.

Und nach dieser DDR sollte ich Sehnsucht haben?

Nach jeder, Herr Bubis. Sind Sie sich heute noch so sicher, daß ein Deutschland besser ist als zwei? Die Einheit war ja nicht aufzuhalten, weder von Ihnen noch von uns. Dennoch ist Ihnen die Haltung, die Sie damals dazu hatten, sehr wichtig gewesen. Ist das heute auch noch so?

Ja, mit allen Unzulänglichkeiten, mit allem, was gekommen ist. Dies immerhin doch noch demokratische Deutschland, in dem nicht alles passieren kann, was Schönhuber und Frey gerne hätten, ist mir noch lieber als diese Zweistaatlichkeit, die auf Dauer zu einem Krieg in Europa geführt hätte. Die Einheit ist auch eine gewisse Kompensation für die Ostgebiete, die Deutschland verloren hat. Ohne die deutsche Einheit hätte es um die Ostgebiete mehr Aufregung gegeben. Nebenbei gesagt: Diejenigen, die heute noch von Schlesien sprechen, das sind amerikanische Juden, die aus Schlesien stammen und sagen: Was wollen denn die Polacken in Breslau. Das sind die »wahren« Deutschen, die dort sitzen und sagen: Wroclaw, Wroclaw, was ist denn das?

Die Deutschen haben die Zustimmung zur Wiedervereinigung so verstanden, daß damit die Nachkriegszeit endgültig vorbei und die Verantwortung endgültig abgeschüttelt ist, die Naziverbrechen »eingeordnet« und »historisiert« werden können.

Da bin ich anderer Meinung, oh, da bin ich anderer Meinung.

Sie mögen anderer Meinung sein – die Deutschen haben es so verstanden.

Ich widerspreche aufs heftigste, daß Deutschlands Nachkriegsgeschichte damit zu Ende gegangen ist.

Das ist offizielle Politik. Das können Sie bei allen Leitartiklern aller bürgerlichen Zeitungen lesen, ob in der »Frankfurter Allgemeinen« oder in der »Welt« ...

Das mag für die »FAZ« und die »Welt« stimmen. Aber damit hat sich's schon.

Sehen Sie keinen Zusammenhang zwischen deutscher Einheit und den Anschlägen auf Flüchtlingsheime?

Überhaupt nicht. Wirklich nicht.

Ein zufälliges zeitliches Zusammentreffen?

Diese Organisation, die mittlerweile besteht, diese Vernetzung unter den Rechtsradikalen, die hat schon lange angefangen. Im Europäischen Parlament hat es angefangen. Dort haben sie die ersten Kontakte zueinander geknüpft. Das hat es alles schon gegeben. Heitmann hätte das durch seine Äußerungen indirekt gefördert. Und deshalb war mir die Verhinderung von Heitmann ein ganz wichtiges Moment.

Die Nominierung von Heitmann war schon ein Resultat dieser Entwicklung.

Glaube ich nicht. Jedenfalls konnte man es noch stoppen.

Und jetzt kommt der, den die CDU eigentlich wollte.

Aber warum haben sie ihn dann nicht gleich nominiert, wenn sie ihn wollten?

Der kommt jetzt problemlos. Roman Herzog hätte Schwierigkeiten gehabt ohne Heitmann vorneweg.

Heitmann hat aus meiner Sicht nicht nur dumm geredet, er hätte nachher auch so gehandelt.

Darauf habe ich mich gefreut.

Sie sind ja ein böser Mensch.

Was kann Besseres kommen als ein Bundespräsident, der mindestens einmal im Vierteljahr durch eine Äußerung oder eine Tat das gesamte Mißtrauen der Welt auf dieses Land lenkt?

Also das will ich nicht, das unterscheidet uns.

Sie haben gesagt, die Regierung stelle Ihnen drei Leibwächter, weil sie Angst davor hat, was das Ausland sagen würde, wenn Ihnen etwas passiert.

Unterschätzen Sie nicht den Export, auf den Deutschland angewiesen ist und um den es fürchten würde.

(Geringfügig gekürzt)

Konkret 09/99, S. 22

Ralf Schröder

Saisonbilanz
Die Aufrüster

Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

Als Joschka Fischer im Herbst letzten Jahres sein Amt als Außenminister antrat, stellte er umgehend folgendes klar: »Es gibt keine grüne Außenpolitik, es gibt nur eine deutsche.« Einen Krieg später, Mitte Juli, erklärte er zwei Redakteuren des grünen Fanzines »Taz«, die das nicht recht verstanden hatten: »Ich bin nicht der grüne Außenminister, das ist ein großer Irrtum. Die Grünen stellen den deutschen Außenminister, und der macht deutsche Außenpolitik.« Eine wohlwollende und auf die Abfrage individualpsychologischer Befindlichkeiten verzichtende Deutung muß daraus den Schluß ziehen: Deutsche Außenpolitik kennt keine Parteifarben, und irgendjemand muß sie machen. Das ist, wie Fischers graugefärbte Miene während des Feldzuges gegen »Milosevics SS« (Fischer) demonstrierte, nicht immer einfach, doch wird die Last der eigenen Verantwortung dadurch kompensiert, daß der Amtsinhaber immer sicher sein kann, lediglich die »deutsche Außenpolitik« zu exekutieren. Andernfalls – siehe oben – wäre er schließlich nicht deutscher Außenminister.

Eine ähnliche Sicht auf die Notwendigkeiten eines nicht immer angenehmen außenpolitischen Auftrags zeichnet jenen namenlosen »deutschen Panzerkommandanten, 31« aus, dessen »Tagebuch« die »Welt am Sonntag« abdruckte: »Früh-Patrouille. Als wir durch das Dorf Planja fahren, brennt ein Haus. Es gehört laut Aussagen der Dorfbewohner einem albanischen Kollaborateur, der als Spitzel für die Serben arbeitete. Jetzt will man sich rächen und auch sein Haus anzünden. Er steht weinend davor und bestreitet die Vorwürfe. Was sollen wir tun? Das Haus brennt schon lichterloh. Uns sind die Hände gebunden. Ein junger Mann aus dem Dorf, der deutsch spricht und übersetzt, versucht uns zu erklären, daß dies alles gerecht und gut ist. Wir fahren betroffen weiter.« Wenig später, beim Frühstück, »bekommt keiner von uns einen Bissen runter. Es geht uns schon sehr nahe, daß praktisch vor unseren Augen einer Familie mit acht Kindern das Haus angezündet wurde.«

Es ist begrüßenswert, daß Außenminister und Panzerkommandant die deutsche Außenpolitik als objektives Verhältnis darstellen, als ein System von Sachzwängen und Durchsetzungsmitteln also, das unabhängig vom Willen und Verstand des Amtsinhabers und des Panzerkommandanten existiert oder – andersherum – nur richtig verwaltet werden kann, wenn der Amtsinhaber (und der Panzerkommandant) mit den Zwecken der deutschen Außenpolitik einen vertrauten Umgang pflegen. Bei den Realos und in den linksliberalen Redaktionen nennt man letzteres »Realismus«, aber das ändert nichts an der Sache. Nimmt man mit Fischer die Außenpolitik einfach als objektives Verhältnis, beantwortet sich die Frage, ob es von der allgemeinen Krise des Kreditkapitalismus, von expansionshungrigen Imperialisten oder von Jürgen Habermas gesetzt wird, von selbst: in den angestrebten oder tatsächlichen Resultaten der außenpolitischen Aktivitäten. Authentisch wiedergegeben werden diese Resultate derzeit von der linksliberalen Presse: Die ist hier momentan besonders vertrauenswürdig, weil ihr Redaktionspersonal in idealtypischer Weise das Bündnis verkörpert und überwacht, das als »Neue Mitte« zum eigenen und damit zu Deutschlands Fortkommen – oder umgekehrt – angetreten ist.

Medium und Maßstab eigener Erfolge ist für die Neue Mitte immer noch der Wettbewerb der Nationen, und hier orientiert man sich an den Besten. Rot-Grün hat das verstanden und einiges in Bewegung gebracht. Wenige Wochen nach seiner Vereidigung riskierte der Außenminister einen mittleren Streit mit den USA, indem er die Nato-Doktrin des First-use von Atomwaffen in Frage stellte. Die genervten Reaktionen aus den USA erklärte die »Taz« damit, »daß die Atommächte aus ihrem Status ein Mehr an Macht auch in der Nato ableiten«. Ende Juni reiste eine Delegation von EU-Regierungschefs nach Rio de Janeiro, um mit südamerikanischen Staatsmännern über einen Ausbau des gegenseitigen Warenhandels zu sprechen. Bundeskanzler Schröder nannte das Gipfeltreffen »historisch« und auch die Pressesprecher der Neuen Mitte waren angesichts der Umstände halbwegs zufrieden: »Um eine offene Konfrontation mit den USA zu vermeiden, wurde während des Gipfels in Rio von allen Seiten immer wieder betont, man wolle sich nicht gegen die Supermacht verbrüdern« (»Taz«).

Während diese Geplänkel lediglich und wie selbstverständlich die Frontstellungen in der Konkurrenz der Staaten illustrieren, kann die deutsche Außenpolitik in strategischen Kernbereichen echte Geländegewinne vorweisen. Erstens: Die eigene Nation ist »zum ersten Mal als sogenannte ›Lead-nation‹ gemeinsam und auf demselben Level wie Amerikaner, Briten, Franzosen und Italiener« aufgetreten (Scharping). Das läßt den Kamm bei einigen Herren und Damen so sehr schwellen, daß Angelika Beer, die »verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen«, ohne Umschweife die nächsten Waffengänge samt zugehöriger Materialbeschaffung ankündigt: »Zumindest für Europa fürchte ich, daß es zu weiteren

ethnischen Auseinandersetzungen kommen wird. Deshalb muß es ... eine Bundeswehr geben, die im Notfall in der Lage ist, einzugreifen. Und dazu muß sie fairerweise auch richtig ausgestattet sein.«

Zweitens: Rot-Grün hat die Formierung und das Profil des deutschen Machtblocks energisch vorangebracht. In zahlreichen Interviews hatte Außenminister Fischer während der Nato-Intervention gegen Serbien mit Nachdruck darauf hingewiesen, daß der Krieg ein Prüfstein für den »europäischen Einigungsgedanken« sei. Das richtete sich einerseits gegen Milosevics »nationalistische, faschistische Politik«, hatte aber auch noch einen anderen Adressaten: »Die USA sind eine Gewichtsklasse für sich, ein Superschwergewicht. Die Europäer sind dabei, aus verschiedenen leichteren Klassen allmählich ein oberes Mittelgewicht zu formen. Das wird die entscheidende Herausforderung der nächsten Jahre für die EU sein.« Auch für Scharping war der Krieg ein »Katalysator«, denn er habe »beschleunigt, was sich in den Banden der Europäer« – Tusch für diesen Lapsus linguae! – »in den letzten Jahren als Konsens herausgebildet hat.«

Die notwendigen praktischen Schritte zur Emanzipation der EU von den USA sind eingeleitet: Das bereits von der Kohl-Regierung verfolgte Projekt zur Abschaffung des Konsens-Prinzips bei Entscheidungen in EU-Gremien wurde durch den Beschluß des Kölner Gipfels Anfang Juni befördert, die geplante intensive Zusammenarbeit der EU mit Rußland notfalls per Mehrheitsvotum anzuleiten. Der angestrebten, auch den Militärsektor umfassenden Kooperation mit Rußland bescheinigte die konservative »FAZ« etwas atemlos nicht nur »besondere Bedeutung«, sondern auch eine »gewisse Brisanz« hinsichtlich »der künftigen transatlantischen Beziehungen«. Die eigenständige Armee des deutsch-europäischen Machtblocks allerdings harrt noch der Realisierung: Dazu wurde ebenfalls in Köln die Umwandlung des bisher weitgehend inaktiven Militärpaktes Westeuropäische Union (WEU) in ein handlungsfähiges Organ der EU beschlossen. »Bis zum Ende des Jahres 2000« sollen laut Scharping dafür alle Voraussetzungen getroffen sein. Die dann anstehenden Einsätze haben, so Scharping in dankenswerter Offenheit, »nichts zu tun mit der kollektiven Beistandsgarantie weder des Washingtoner noch des Brüsseler Vertrages«.

Konkret 09/99, S. 23

Manfred Sohn

Saisonbilanz
Die Dreckarbeiter

Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

Erinnern Sie sich noch? Im Vorfeld des letzten Bundestagswahlkampfes gab es in tonangebenden Blättern deutscher Wirtschaftskreise eine Diskussion, ob nicht eine SPD-geführte Regierung gegenüber der innenpolitisch kaum durchsetzungsfähigen Kohl-Truppe die bessere Wahl wäre. Zwar gab es dann im eigentlichen Wahlkampf Fanfaren aus »Wirtschaftswoche« und »FAZ« zugunsten der alten Regierung. Aber schon am Wahlabend konnte Kohl, statt niedergeschlagen zu sein, wie sich das für einen richtigen Wahlverlierer gehört, seine Freude über den Wahlausgang kaum verbergen.

Von Friedrich Engels stammt der Hinweis, die Regierungen in den kapitalistischen Staaten seien nichts anderes als die geschäftsführenden Ausschüsse der jeweiligen herrschenden Klassen. Demzufolge bestimmen sie nicht die Richtlinien der Politik, sondern nur ihre Konkretisierung im Alltag. Die wirklich herrschende Klasse dieses Landes, also die Herren der Deutschen Bank, von Siemens, Allianz, Thyssen, VW und anderen Konzernen, denkt – anders als ihr geschäftsführender Ausschuß – nicht in Vierjahres-Schritten, sondern allenfalls in Vierteljahrhunderts-Abschnitten. Die letzten beiden Quartale dieser Art waren erfolgreich: Deutschland, das bei seinem zweiten Versuch, erst beherrschende europäische Kontinentalmacht und dann Weltmacht zu werden, noch derber auf die Nase gefallen war als beim ersten Anlauf, hat sich wieder hochgerappelt. Es hat im ersten Quartal nach 1945 seine ökonomische Heimatbasis wiederhergestellt und von ihr ausgehend kräftig zum Zertrümmern des ersten sozialistischen Anlaufs auf deutschem Boden beigetragen. Auf dieser Grundlage hat es mit der Durchsetzung des Euro das erste Etappenziel, an dem seine herrschenden Klassen zweimal – 1914 wie 1939 – scheiterten, erreicht: die unbestrittene ökonomische Herrschaft in Kontinentaleuropa.

Der Konkurrent ist klar benannt: die USA. Deren herrschende Klasse ist unter anderem deshalb weltweit so dominant, weil es ihr über den Dollar als (noch) unangefochtene Leitwährung der Weltwirtschaft gelingt, die Früchte fremder Volkswirtschaften in die eigenen Scheuern zu fahren und weil sie, seitdem die sozialistische Alternative als ernsthafte Bedrohung verschwunden ist, ihr bescheidenes Sozialsystem zugunsten der Profite und der Sanierung ihrer Staatsfinanzen rigoros schlachtet. Das Ergebnis ist das, wovon die Herrschenden hierzulande seit der letzten Jahrhundertwende träumen: ein von sozialem Klimbim entrümpelter Staatshaushalt und an seiner Stelle eine schimmernde Wehr, die weltweit einsetzbar ist.

Die Aufgabe der Sozialentrümpelung ist unangenehm, und sie wird die politische Kraft, die sie verantwortet, verschleißen. Das ist eine Aufgabe, die traditionell der Sozialdemokratie auf den Leib geschneidert ist: Sie stimmte 1914 den Kriegskrediten freudig zu, als der Kaiser rief, er kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche. Sie ließ sich verantwortlich machen für die Folgen der kapitalistischen Krise nach 1929, um sodann der Brüning-Regierung Platz zu machen, die sie – wieder gegen ihren eigenen linken Flügel und die KPD – bis zum bitteren Ende »tolerierte«.

Was sich heute abspielt, ist ein damit vergleichbarer Prozeß. Die SPD übernimmt, die Grünen an ihrer Seite, mit der Geste der nationalen Verantwortung die Dreckarbeit, um Deutschland fit zu machen für den dritten großen Anlauf zur Weltherrschaft. Das Schröder-Blair-Papier nennt das Ziel: »... zu den Vereinigten Staaten aufzuschließen«. Die Kritik von Klimmt, Mikfeld und anderen Sozialdemokraten an diesem Papier liest sich gut und ist – vor allem mit der Klage, damit verschwinde die soziale Gerechtigkeit aus der SPD – richtig. Weil sie aber in Anklage und Jammern verharren und den Kern – nämlich die Dienstbarmachung der SPD für die Expansionsziele der Herrschenden – nicht benennen, werden sie ebenso rührend wirkungslos bleiben wie ihre Großväter, die 1914ff. gegen den Krieg und 1933ff. gegen die Politik der Tolerierung der Brüning-Regierung gekämpft haben.

Das Muster der Wirtschafts- und Sozialpolitik, das Kernelement der vor uns liegenden Etappe, wird von Maßnahme zu Maßnahme klarer. Eisenhart – so das von der Presse gezeichnete Bild – werde der Kaschmir-Kosovo-Kanzler das 30-Milliarden-Sparprogramm durchziehen. Unangetastet bleiben dabei die knapp 300 Milliarden, die aus öffentlichen Mitteln jährlich in die Luft- und Raumfahrt, Schwerindustrie, Bürobauten, Militärgerät und andere wirtschaftsnahe Bereiche fließen. Unangetastet bleiben die Zinszahlungen, die über die Banken an die Vermögenden weiterfließen, die dort ihre Aktienpakete und Staatsanleihen halten. Noch weitgehend geschont werden die von Rappe, Schmoldt und anderen seit längerem als die eigentliche Kerntruppe sozialdemokratischer Regierungsfähigkeit ausgemachten Stammbelegschaften großer Konzerne. Nach Zahlen, die jüngst aus dem DGB zu hören waren, kompensieren für sie die Verbesserungen der Kindergeld- und Steuerregelungen sowie der Senkung der sogenannten Lohnnebenkosten tatsächlich die Steuererhöhungen

bei Energie- und Transportkosten. Bezahlen müssen das die Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger, denen beispielsweise die Kindergelderhöhung postwendend wieder von der Stütze abgezogen wird. Um sich diesen Bescheid vom Amt erläutern zu lassen, müssen sie die höheren Fahrkartenpreise der öffentlichen Nahverkehrsmittel zahlen, die aufgrund der Mineralölsteuererhöhung fällig geworden sind. Klimmt hat recht – das verletzt die »Seele der Sozialdemokratie«.

Aber es hieße, diese Sozialdemokratie sowohl in ihrer Hartherzigkeit als auch in ihrer Verlogenheit zu unterschätzen, wenn man händeringend fragen würde, ob denn Schröder & Co. nicht sähen, daß damit die SPD vor die Hunde geht. Das ist eben auch die Partei, die dem Kaiser noch die Treue hielt, als ihre Wähler in Schützengräben und deren Frauen und Kinder an Kohlrübensuppe verreckten. Das ist auch die Partei, die am 19. Juni 1933 in der illusorischen Hoffnung, damit die Organisation zu retten, einen judenfreien Parteivorstand wählte. Und es gehört zu den von links irrtümlich oder gegen besseres Wissen verbreiteten Unwahrheiten, daß der Kurs auf Sozialabbau zu Beginn der 80er Jahre mit Kohl begonnen hätte. Die »Operation 82«, die am 12. November 81 vom Bundestag noch unter der Kanzlerschaft Schmidt beschlossen wurde, leitete die massiven Kürzungen ein, die dann von Kohl und nun von Schröder fortgesetzt wurden.

Das taktische Kalkül der Parteiführung lehnt sich dabei offenbar an eine Erkenntnis aus den USA und Großbritannien an: zwei Drittel reichen. Wenn bei dem deklassierten Drittel der Gesellschaft – also Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern, Geringstverdienern – die Resignation die Rebellion besiegt, dann mag die Seele der Partei ja weinen, aber die Wahlen können doch gewonnen werden. Das hat als Voraussetzung, daß zumindest während dieser Operation an den sozial Schwachen diejenigen, die (wie Schröder im Wahlkampf betonte) jeden Morgen zur Arbeit gehen, bei der Stange gehalten werden. Der Mohr SPD wird seine Schuldigkeit exakt dann getan haben, wenn es im Kampf um den dritten deutschen Griff nach der Weltherrschaft auch an die Einmachgläser der Arbeiter und Angestellten geht, die vorher mit der Drohung, sonst ins Bodenlose zu stürzen, zu Höchstleistungen getrieben wurden. Erst dann und nicht wieder zu früh wie damals gilt das, was Brüning über die Ablösung der SPD von 1930 schrieb: »Der Wechsel in der Regierung ..., ohne daß vorher die SPD hätte gezwungen werden können, selbst an die Sanierung der Finanzen heranzugehen, habe schon damals zu früh konservative Kräfte verbraucht.«

Das war – aus der historischen Nachschau reaktionärer deutscher Kreise – also ein Fehler. Die Herrschenden lernen aus solchen Fehlern. Also wird die SPD noch eine Weile weitermachen müssen, ihre Seele verraten, ihre Besten zur Verzweiflung treiben – um dann, wenn die vorbereitende Dreckarbeit erledigt ist, bei irgendeiner Affäre über die Klinge gejagt zu werden. Mitleid von links wird’s dann nicht geben – wer aus der Geschichte nicht lernt, muß ihre Strafen ertragen können.

Manfred Sohn ist Autor der »Marxistischen Blätter« und lebt in Edemissen (NDS)

Konkret 09/99, S. 25

Peter Hacks

Jetztzeit

Denkmal für ein Denkmal (1)

Wenn ich mit meiner Gemahlin
Im Traum ins Kino geh,
Steht ein schöner schwarzer Stalin
Auf seiner gelben Allee.

Von marmornem Sockel gibt er
Den Sieg der Völker bekannt.
In die Litewka schiebt er
Die müde rechte Hand.

Noch hält er in der Linken
Den großen Schlachtenplan.
Er läßt ihn achtlos sinken.
Die Arbeit ist getan.

Er blickt sehr würdig, seiner
Sehr sicher auf die Stadt,
Unangestrengt wie einer,
Der sie gerettet hat.

Der plumpe Narr Nikita
Zog ihn aus dem Betrieb.
Er tat es seinem Gebieter
In Washington zulieb.

Der Weltlauf ist gewendet.
Die Helden stürzen hin.
Die Alte Zeit geschändet,
Die Zukunft ohne Sinn.

Allein die Heimatgedichte
Beklagen das klaffende Loch
In der Heimatgeschichte.
Gäb Gott, er stände noch

Konkret 09/99, S. 25

Gaby Hommel

Saisonbilanz
Die Abschieber

Ein Jahr Rot-Grün: Ralf Schröder, Manfred Sohn und Gaby Hommel beschreiben die enormen Fortschritte Deutschlands in Sachen Großmachtpolitik, Sozialabbau und ethnische Säuberung

»Wir setzen uns mit Nachdruck für eine gemeinsame europäische Flüchtlings- und Migrationspolitik ein, die die Genfer Flüchtlingskonvention und Europäische Menschenrechtskonvention beachtet. Ziel der gemeinschaftlichen Regelung muß eine ausgewogene Verantwortungs- und Lastenverteilung sein. Während der deutschen Ratspräsidentschaft werden wir vorschlagen, die Kompentenz für alle Fragen der Flüchtlings- und Migrationspolitik bei einem Mitglied der Europäischen Kommission zu bündeln.« So lauten die ersten drei Sätze im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Thema Flüchtlingspolitik, und bereits sie sprechen Bände. Weniger weil mit Vehemenz schlichte Selbstverständlichkeiten wie die Einhaltung internationaler Verträge versprochen werden, sondern vor allem weil darin ein Europa beschworen wird, in dem die Bundesregierung bestimmt, wie mit dem ökonomischen Faktor »Mensch« zu verfahren ist. Der Begriff »Verantwortungs- und Lastenverteilung« steht dafür, jüngst ergänzt durch das Unwort »humanitäre Katastrophe«, hinter dem die Erbauer und Verteidiger der »Festung Europa« gezielt wie nie ihre Interessen durchsetzen.

»Wir erkennen an, daß ein unumkehrbarer Zuwanderungsprozeß in der Vergangenheit stattgefunden hat und setzen auf die Integration der auf Dauer bei uns lebenden Zuwanderer, die sich zu unseren Verfassungswerten bekennen.« Nahtlos fügt sich dieses Eingeständnis an die Eingangspassage im rot-grünen Deal an. Als habe es nie eine offensive Anwerbestrategie ausländischer Arbeitskräfte gegeben – zum Wohle der eigenen Volkswirtschaft und auf Kosten der sogenannten »Gastarbeiter«, die sich nichtsdestotrotz erstaunlich schnell an die hiesigen Verhältnisse anpaßten. »Leider«, muß man sagen und nicht so tun, als würden die seit mehr als zwanzig Jahren hier Bier und »Bild« konsumierenden »Zuwanderer« erst durch den Goodwill der neuen Regierung zu eingliederungsfähigen und damit passablen Bürgern diesen Staates.

»Im Zentrum unserer Integrationspolitik wird die Schaffung eines modernen Staatsangehörigkeitsrechts stehen«, geht es weiter im Text und der auf den Oppositionsbänken gelandeten CDU/CSU erstmals gegen den Strich. Denn – so das Bonbon, an dem die Grünen lutschen durften – an die Stelle des seit mehr als 85 Jahren geltenden »Abstammungsprinzips« sollte, wie in anderen europäischen Ländern längst üblich, das »Territorialprinzip« sowie die Möglichkeit zur doppelten Staatsbürgerschaft gesetzt werden. Beides zwar nur in ausgewählten Fällen und unter der Bedingung, daß die neuen Deutschen im Unterschied zu einem Großteil des bisherigen Staatsvolkes weder auf Sozialleistungen angewiesen sind noch jemals straffällig wurden. Aber immerhin: Das geplante Reförmchen konnte ins Feld geführt werden, wenn in den eigenen Reihen genauso angestrengt wie in der bürgerlichen Öffentlichkeit nach Unterschieden zwischen der »Ära Kohl« und der »Wende-Regierung« gesucht wurde. Und mehr noch: Angesichts von Meinungsumfragen, Leserbriefkampagnen und der braun-schwarzen Unterschriftenaktion gegen die Einführung des sogenannten »Doppelpaß« ließ sich der Eindruck erwecken, als bilde ausgerechnet die »Neue Mitte« die letzte Bastion im Kampf gegen Ausgrenzung und Rassismus.

Dann kam die Landtagswahl in Hessen, bei der vor allem Bündnis 90/Die Grünen dramatisch einbrachen, und die – wir erinnern uns – noch am Wahlabend als Volksvotum gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und nicht etwa als Quittung für den Haufen fauler Kompromisse und gebrochener Wahlversprechen gewertet wurde, welche sich die neuen Machthaber in Bonn bis dato schon geleistet hatten. Im Ergebnis wurde der ursprüngliche Gesetzentwurf zur Änderung des »Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes« zurückgezogen und durch eine Regelung ersetzt, die hinter das ursprüngliche, schon bescheidene Vorhaben noch weit zurückfällt. Denn zukünftig erhalten in Deutschland geborene Kinder ausländischer Eltern – so jene denn seit acht Jahren hier leben und eine Aufenthaltsberechtigung oder seit mindestens drei Jahren eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis besitzen – zwar automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, müssen bis zum 23. Lebensjahr aber entscheiden, ob sie diese oder die ihrer Eltern weitertragen wollen. Von einer grundsätzlichen Zulassung der doppelten Staatsbürgerschaft kann hier also genauso wenig gesprochen werden wie in jenen handverlesenen Fällen, bei denen aus besonderen persönlichen Gründen der Besitz zweier Pässe erlaubt wird. Ansonsten gilt wie gehabt: Mindestens acht Jahre berechtigt und nicht etwa nur geduldet, wie eine Vielzahl von Flüchtlingen, muß jemand in der BRD leben, um überhaupt die Grundvoraussetzung zur Einbürgerung zu erlangen. Weder mit dem Gesetz in Konflikt gekommen sein noch »Vater Staat« auf der Tasche liegen darf er oder sie. Und: Wer sich demnächst »deutsch« nennen will, muß nicht nur über »hinreichende Kenntnisse« der Sprache, sondern vor allem über Treue zur Verfassung verfügen. Wobei die Prüfung der »Kommunikationsfähgkeit« praktischerweise den Ausländerämtern vor Ort überlassen bleibt. Geht es um »verfassungsfeindliche Bestrebungen« oder »in der zweiten, voraussichtlich bedeutsameren Alternative um Ausländerextremismus«, entscheiden die bekannten Dienste. Mit welchem Ziel, ist ebenfalls den Erläuterungen zum

Gesetz zu entnehmen, vorgelegt dem Deutschen Bundestag als Drucksache 14/533: »Dadurch soll die Einbürgerung etwa von PKK-Aktivisten oder radikalen Islamisten auch dann verhindert werden, wenn entsprechende Bestrebungen nicht sicher nachgewiesen werden können.«

Über Monate beherrschte die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts die Schlagzeilen; als es verabschiedet wurde, flogen weder Sektkorken noch Steine. Bestenfalls nebenbei wurde das Ergebnis einer Auseinandersetzung wahrgenommen, die noch kurz zuvor als Nagelprobe der Gesellschaft galt. Auf dem Weg ins nächste Jahrtausend hatten sich Parteien und Stammtische, Medien und Intellektuelle längst auf ein anderes Ziel eingeschossen. Begriffe wie »ethnische Säuberung«, »humanitäre Intervention« und die »Lehre von Auschwitz« vernebeln es bis heute. Daß die Bundesrepublik Deutschland schlicht und einfach Krieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien führte, fiel unter den Tisch. Ebenso der historische Umstand, daß die Bundeswehr in die Fußstapfen der Wehrmacht trat und dieses Mal Seite an Seite mit einstigen Kriegsgegnern das Land zerbombte sowie einen Teil besetzte. Und während die rasante Karriere einer Gruppe bewaffneter Separatisten zu international hofierten Verhandlungspartnern immerhin noch als diplomatischer Treppenwitz gehandelt wird, scheint die wundersame Verwandlungsfähigkeit (kosovo-)albanischer Flüchtlinge kaum der Rede wert.

Rund 180.000 »ausreisepflichtige« Albaner und Albanerinnen aus dem Kosvo lebten vor dem Krieg in Deutschland. Ähnlich sonstigen Asylsuchenden aus Ex-Jugoslawien, darunter vor allem Roma, galten und gelten sie als nicht politisch verfolgt. Die praktische Abschiebung drohte ihnen nicht zuletzt aufgrund eines unter Kanther ausgehandelten »Rückführungsabkommens« mit der Regierung Milosevic, das auch nach dem Machtwechsel in Bonn und ungeachtet der zu dieser Zeit bereits offensichtlichen Bürgerkriegssituation im Kosovo munter weiter benutzt wurde. »Die Wahrscheinlichkeit, daß Kosovo-Albaner im Falle ihrer Rückkehr in ihre Heimat massiven staatlichen Repressionen ausgesetzt sind, ist insgesamt gering einzuschätzen«, hieß es noch im November vergangenen Jahres in einem Lagebericht aus dem Hause Fischer. Und Kollege Schily reagierte auf die wiederholten Forderungen von Pro Asyl und anderen Organisationen nach einem generellen Abschiebestopp in den Kosovo noch kurz vor Kriegsbeginn mit der Behauptung, es seinen ausschließlich Kriminelle, die nach Pristina ausgeflogen würden. Mitglieder jener berühmten »Albaner-Banden« also, die – das verstand nicht nur die Leserschaft der Boulevard-Presse – in deutschen Landen ihr mafiöses Unwesen treiben, über »Blutsbande« international verknüpft Waffen, Frauen, Heroin handeln, mit dem Messer so flink sind wie beim Hütchen-Spiel. »Ein ständig wachsendes Problem«, bescheinigte bereits 1997 das BKA. »Ethnisch-albanische Straftäter« seien dabei, im Drogenhandel und Rotlicht-Milieu eine »regionale Monopolstellung« zu erobern.

So sah »der Albaner« bis zum 24. März 1999 aus. Über die Nacht, in der die ersten Bomben auf Belgrad fielen, wandelte er sich vom »Scheinasylanten« zum Vertriebenen, vom notorischen Kriminellen zum »Völkermordopfer«. In endlosen Reihen zog er über die Fernsehbildschirme; alt, krank, schwach, in der Gestalt von Frauen und Kindern oder dem heroischen Widerstandskämpfer, der seine Zuflucht in Deutschland oder der Schweiz aufgab, um gegen den serbischen »Schlächter« und »Irren« anzutreten. Da blieb kein Auge trocken, kein Spendenaufruf unerhört, kein Tornado auf dem Boden. In einer beispiellosen Aktion schloß sich die rot-grüne Regierung an die bekannte Gastfreundschaft ihrer Vorgänger während des Bosnien-Krieges an. Nicht weniger als 10.000 Menschen wurden aus mazedonischen in deutsche Lager gebracht. Umringt von Kamera-Teams, musterhaft versorgt mit Teddy-Bären und sonstigen Beweisen öffentlicher Anteilnahme. Zehn Wochen lang. Und dann, kaum war der Krieg gewonnen, tauchte das Schreckgespenst genauso schnell wieder auf, wie es verschwunden war.

»Banden aus dem Kosovo ernste Gefahr«, titelte die »Rheinische Post« am 29. Juni. »Bild« verkaufte sich eine Woche später mit der Geschichte von »Albaner-Willi«, dessen »mieses Millionen-Geschäft mit dem schnellen Sex« ein Ende fand, als er von Hamburger Kripo-Beamten »in den Staub« gelegt wurde. »Sprache der Morde«, lautet eine Story im »Spiegel« vom 2. August, in der ein »kosovarisches Einbrecherkollektiv«, das »tausend Mann stark, die wie Heuschrecken über Straßenzüge herfielen und ein Haus nach dem anderen aufbohrten«, noch zu den harmlosen Beschreibungen der Sitten und Gebräuche von »ethnischen Albanern« zählt. Gegenüber deren Verschwiegenheit »wirkt die Omerta der Mafia geradezu löchrig«, ist zu erfahren – und daß ihre Gewaltbereitschaft, »getragen von den männlichen Mitgliedern der Sippe«, dem Motto folgt: »Der Wolf leckt sein eigenes Fleisch, das fremde aber frißt er.« Die Leserin schaudert's, das Autorenkollektiv erklärt: »Es sind Relikte einer archaischen Stammesgesellschaft, die sich nicht nur in vielen einheimischen Arenen zeigen, sondern gerade bei der Unterwanderung der westlichen Zivilisation einen normalen Wettbewerbsvorteil mit sich bringen.« Weshalb »Albaniens Gangsterkultur«, so der Schluß des zwölfseitigen Beitrags, »durch ein funktionierendes Rechtssystem in Schach gehalten« werden muß.

Der Anthroposoph Schily benötigt derartige Belehrungen nicht. 1.800 der sogenannten »Kontingentflüchtlinge« aus dem Kosovo hat er bereits wieder außer Landes komplimentiert. Der Rest soll so bald als möglich folgen; und mit ihm auch jene 180.000 Menschen, die bereits vor Jahren aus dem »Armenhaus Europas« flohen und heute dort nicht einmal mehr ein zerstörtes Haus oder mit Minen bestücktes Feld besitzen. »Und wer nicht will...«, wurde er gefragt, »... der muß trotzdem gehen«, hat er geantwortet (»Spiegel« 30/99). Auf welche Art, erfahren Hunderte von Betroffenen vor allem in der Hauptstadt Berlin, denen auf Grundlage der letzten Verschärfung des »Asylbewerberleistungsgesetzes« keine medizinische Versorgung, kein Einkaufsgutschein, kein Lebensmittelpaket mehr zukommt.

Wer nicht »freiwillig« geht, wird ausgehungert. Wer trotzdem aushält, landet in jenen Abschiebeknästen, die im Kungel von CDU/CSU/FDP/SPD vor acht Jahren etabliert, später auf Landesebene und seit Jahresfrist bundesweit von Bündnis 90/Die Grünen mitgetragen werden. Ähnlich dem berüchtigten »Flughafenverfahren« und im »Lichte des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes«, wie es in den 18 Zeilen heißt, die der Koalitionsvertrag insgesamt der Flüchtlingspolitik und ihren Folgen widmet. Die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl, die hermetische Abriegelung der Grenzen, die Leichen in Oder und Neiße, die Kette von (Selbst)morden vor, während und nach der Abschiebung tauchen nicht darin auf. »In einer geringen Zahl von Einzelfällen«, steht vielmehr zu lesen, habe die Anwendung des Ausländergesetzes zu Ergebnissen geführt, die auch vom Gesetzgeber nicht gewollt seien. Verwaltungsvorschriften könnten hier helfen; zur Not müsse eine Änderung des Paragraphen 30 Ausländergesetz (Aufenthaltsbefugnis aus humanitären Gründen) ins Auge gefaßt werden. Und dann wird die Absicht erklärt, in Absprache mit den Ländern eine sogenannte »Altfallregelung« zu beschließen.

Letzterer Punkt wurde auf der Konferenz der Landesinnenminister wiederholt verschoben. Vielleicht weil sie mit den Ausweisungen der »Krawallkurden« im Februar, dem Deal zum Staatsbürgerschaftsrecht oder der Abwehr der Kosovo-Flüchtlinge beschäftigt waren. Aber nach allem, was zu hören ist, kann die Sache in Zukunft genauso vergessen werden wie eine Neufassung der engen Regelung im Ausländergesetz zur Berücksichtigung humamitärer Härten. Was bleibt, ist die Überarbeitung administrativer Vorschriften, wo sich in der Tat einiges getan hat. Widerständigen »Abschüblingen« zum Beispiel wird demnächst kein Motorradhelm mehr aufgesetzt, unter dem sie in Lufthansa-Flügen zu Tode kommen wie zuletzt der Sudanese Amir Ageeb am 28. Mai. Alternative Sondercharter, insbesondere von Düsseldorf nach Nigeria und Guinea, sind bereits erprobt, neuartige Formen der »Ruhigstellung« in experimenteller Entwicklung des Bundesgrenzschutzes. Wertvolle Hilfe erhält der dabei von seinen algerischen Kollegen, die seit dem 1. Juni schon an deutschen Abflughäfen präsent sind, um geflohene Landsleute gebührend in Empfang und mit »nach Hause« zu nehmen.

Konkret 09/99, S. 28

Otto Köhler

Sie sind wieder wer
Verblaßte Schuld

Die NS-Verbrechen dienen der Rechtfertigung eines Angriffskrieges, die Entschädigungsforderungen von Zwangsarbeitern werden wie eine Attacke aufs völkische Gemeinwohl behandelt: Otto Köhler und Rolf Surmann resümieren ein Jahr rot-grüne Erinnerungskultur

Es habe keinen Sinn, um die Dinge herumzureden, sagte der Bundespräsident. Das scheußliche Unrecht, das sich am jüdischen Volk vollzogen habe, ja, vollzogen habe, müsse zur Sprache gebracht werden, und zwar so: Sind wir, bin ich, bist du schuld, weil wir in Deutschland leben, sind wir mitschuldig an diesem teuflischen Verbrechen? Schuld? Der Bundespräsident wollte mit dieser Frage die »Unbefangenheit im Verhältnis von Mensch zu Mensch« wiedergewinnen. Kollektivschuld? Das lehne er ab. »Aber etwas wie eine Kollektivscham ist aus dieser Zeit gewachsen und geblieben.« Dabei hatten die Deutschen gewiß doch mehr zu leiden als zu tun gehabt: »Das Schlimmste, was Hitler uns angetan hat – und er hat uns viel angetan – , ist doch dies gewesen, daß er uns in die Scham gezwungen hat, mit ihm und seinen Gesellen gemeinsam den Namen Deutsche zu tragen.«

Das war – vor einem halben Jahrhundert, am 7. Dezember 1949 – die amtliche Verkündigung der Kollektivscham durch den Bundespräsidenten Theodor Heuss in seiner großen Rede »Mut zur Liebe«. Tatsächlich hatte uns der Bundespräsident seinen ganz besonderen Grund zur Scham gegeben. Er hatte 1932 ein nicht unkritisches Buch über *Hitlers Weg* veröffentlicht. Dann hatte er – nicht ohne Bedenken, versteht sich – 1933 »ja« zu Hitlers Ermächtigungsgesetz gesagt. Das eine aber, das wir uns nach einem Jahr rot-grüner Bundesregierung nun kaum noch vorstellen können, gilt es dennoch festzuhalten: Heuss hat eben 1949 tatsächlich als Staatsoberhaupt den Vorschlag gemacht, die Deutschen sollten sich schämen. Und innerhalb ihrer Möglichkeiten, sich hie und da ein ganz klein wenig zu genieren, sind sie doch die lange Nachkriegszeit, die, wie wir wissen, nur eine Vorkriegszeit gewesen ist, ganz gut damit gefahren. Sie schämten sich ab und an.

Natürlich durften sie nicht völlig aus der Übung kommen. Schon gar nicht im Umgang mit dem, was Theodor Heuss das »jüdische Problem« genannt hat. Und so gab es schon zu seiner Zeit immer mal wieder umgeworfene Grabsteine auf jüdischen Friedhöfen. Mit seiner feinen Witterung für das, auf was es ankommt, hatte Heuss schon in seiner »Mut-zur-Liebe«-Rede gemeint: »Jede solche Friedhofsschändung ist für Deutschland in seinem Kampfe um seine Stellung unter den Nationen eine verlorene Schlacht; aber sie hat nichts zu tun mit Antisemitismus, sondern das ist die bewußte politische Lausbüberei von Menschen, die diesen Staat, in dem es Juden als Mitwirkende erst wenige gibt, die die Stellung dieses Staates zwischen den Völkern gefährden will.«

Die Lausbübereien sind uns in dem halben Jahrhundert, das seither vergangen ist, treu geblieben. Aber zur großen Tat gediehen sie erst mit der rot-grünen Machtübernahme. Am 27. September 98 siegte Gerhard Schröder bei der Bundestagswahl – einen Tag später wurde in Berlin das Grab Heinz Galinskis, des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden verwüstet. Und weil das so einfach war, wurde im Dezember schließlich gleich die ganze Grabplatte in die Luft gesprengt.

Galinskis Nachfolger Bubis, der sich noch im Februar in diesem Blatt als »deutscher Patriot« – er meinte es nicht so schlimm, wie das klingt – bekannte, hat nun im »Stern« resigniert: »Ich habe fast nichts bewegt. Die Mehrheit hat nicht einmal kapiert, worum es mir ging.« Jetzt sei er »Galinski näher, auch was das Verbittertsein anbetrifft«. Und dann gab er Heuss, der vor fünfzig Jahren, kurz vor seiner »Mut-zur-Liebe«-Rede, die Juden zur Rückkehr nach Deutschland aufgefordert hatte, die Antwort eines zurückgekehrten deutschen Juden: »Ich möchte in Israel beerdigt werden, weil ich nicht will, daß mein Grab in die Luft gesprengt wird.«

Bubis weiß, welche Friedensrede die rot-grüne Machtübernahme begleitet hat. Martin Walser verkündete das neue Programm der Schamlosigkeit für das wieder groß gewordene Deutschland. Auschwitz so erläuterte er, eigne sich nicht als »jederzeit einsetzbares Einschüchterungsmittel«, es eigne sich nicht als »Moralkeule«. Die endlich von dieser »Instrumentalisierung« ihres Massenmordes befreiten Deutschen jubelten am Ende dieser Paulskirchen-Verkündung des neuen Geistes ihrer Berliner Republik und erhoben sich von den Plätzen. Nur Ignatz Bubis, seine Frau und Friedrich Schorlemmer blieben sitzen.

Das war Anfang Oktober 98, als Bubis trotz alledem noch glaubte: »Wie jetzt der Regierungswechsel vonstatten ging – das war ein Stück gelebte Demokratie.« Gleich nach dem Aufbruch aus der Paulskirche folgte am 16.Oktober die vorläufige Kriegserklärung des Bundestages mit überwältigender rot-grüner Mehrheit: »Der Deutsche Bundestag stimmt dem Einsatz bewaffneter Streitkräfte ... zu den von der Nato zur Abwendung einer humanitären Katastrophe im Kosovo-Konflikt

geplanten ... Luftoperationen für die von den Nato-Mitgliedstaaten gebildete Eingreiftruppe unter Führung der Nato zu.« Damit war – vier Tage bevor sie am 20. Oktober verabschiedet wurde – die Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und Grünen verletzt, die vorsah, daß eine »Beteiligung deutscher Streitkräfte an Maßnahmen zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit« an die »Beachtung des Völkerrechts und des deutschen Verfassungsrechts gebunden« bleibe. Nur vier Monate später warf Rot-Grün Völker- und Verfassungsrecht auf den Schindanger der Geschichte. Kohl und Rühe hatten den letzten Schritt zum neuen deutschen Krieg nie gewagt, unter Rot-Grün ging das ruckzuck. Heute, da die in Bundeswehr umbenannte Wehrmacht wiedereinmarschiert ist, rennen Serben, Roma und Juden, so weit es dort noch welche gibt, um ihr Leben, um den humanitären Dienstleistungen unseres kosovarischen Hilfsvolkes zu entgehen. Gerhard Schröder aber fliegt, ohne die notwendige Genehmigung aus Belgrad, als oberster Kriegsherr im Kosovo ein, dankt den deutschen Soldaten für ihr »Engagement«, stellt, angetan mit einer Panzerweste, die Serben unter deutschen Schutz, was für die-

se einem Todesurteil gleichkommt, und kehrt, ehe noch die Nacht einbricht, wieder zurück. Zuvor aber hat er als Summe und Programm der vereinten vergangenheitspolitischen Bemühungen seiner Regierung den letztgültigen Schlußstrich unter die leidige deutsche Geschichte gezogen: Der »Einsatz« der Bundeswehr im Kosovo, erklärte Schröder, trage dazu bei, »historische Schuld und historische Verbrechen, die in deutschem Namen begangen wurden«, durch ein neues Bild Deutschlands zu ersetzen, ja, »die historische Schuld Deutschlands auf dem Balkan verblassen zu lassen«.

Die neue Schamlosigkeit, mit der Rot-Grün unverzüglich in den dritten deutschen Angriffskrieg dieses Jahrhunderts marschierte, räumt auch auf mit den Resten des Sozialstaates – kaum kaschiert noch mit Formulierungen, die jeder Warenhauskommis besser hinbekäme: »Qualitätsvolle soziale Dienstleistungen sind ein zentrales Anliegen der Sozialdemokraten, aber soziale Gerechtigkeit läßt sich nicht an der Höhe öffentlicher Ausgaben messen.« Natürlich aber militärische Effektivität im Angriffskrieg, und darum darf Rudolf Scharping ein ums andere Mal verkünden, man könne »nicht außenpolitisch erste Liga spielen und sicherheitspolitisch in die zweite abrutschen«. Der Mann will, um seine Soldaten zu humanitären Einsätzen in alle Welt zu transportieren, neue Großraumflugzeuge und dazu Waffen jeder Sorte. Joschka Fischer droht als strategische Konsequenz des Kosovo-Krieges an, es gebe »für die deutsche Außenpolitik« – und das heißt: auch für ihren militärischen Arm – »keine Begrenzung der Verantwortung mehr«. Und Gerhard Schröder, der erste Kriegskanzler der Bundesrepublik, kann es immer noch nicht fassen, daß ihm keiner in den Arm fällt: »Ich habe mich immer gewundert, wie wenig wahrgenommen worden ist, daß die Entscheidung zum Krieg eine fundamentale Veränderung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bedeutet.«

Konkret 09/99, S. 29

Rolf Surmann

Sie sind wieder wer
Spiel auf Zeit

Die NS-Verbrechen dienen der Rechtfertigung eines Angriffskrieges, die Entschädigungsforderungen von Zwangsarbeitern werden wie eine Attacke aufs völkische Gemeinwohl behandelt: Otto Köhler und Rolf Surmann resümieren ein Jahr rot-grüne Erinnerungskultur

Wie der Besuch des Wiener Opernballs an der Seite von VW-Piëch oder die Bestellung eines Staatsministers für Kultur sollte die Wahlkampfankündigung des Kandidaten Schröder wirken, er werde als Kanzler für einen Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern sorgen. Es handelte sich jedoch auch in diesem Fall um eine Ankündigung, die bloß für »Wechselstimmung« sorgen sollte.

Dabei waren die Umsetzungsmöglichkeiten für die neue Regierung keineswegs schlecht. Beide Koalitionsparteien hatten in den Oppositionsjahren eine klare Beschlußlage geschaffen und waren Mal für Mal – dies gilt besonders für die Grünen – an der alten Regierungskoalition gescheitert. Jetzt war es also durchaus an der Zeit, die eigenen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Außerdem zwang internationaler Druck, durch die Sammelklagen in den USA sowie durch Stellungnahmen israelischer und US-amerikanischer Politiker forciert, zum Handeln. Die Regierung brauchte deshalb auch die übliche deutsche Kritik nicht zu fürchten, Bereitschaft für Entschädigungszahlungen ohne äußeren Zwang sei ein unangemessener »Kniefall« vor den Opfern. Der Koalitionsvertrag mit der Einigung auf Bundesstiftungen zur »□Entschädigung für NS-Unrecht□ für die □vergessenen Opfer□« und zur »Entschädigung für NS-Zwangsarbeit« schien dann auch in diese Richtung zu weisen.

In zwei Schritten erfolgte jedoch die tatsächliche Festlegung der Regierungspolitik. Der erste wurde beinahe unbeachtet getan, und man war im ersten Augenblick versucht zu glauben, es handle sich um einen schlechten Witz. Tatort war die erste »Talk-im-Turm«-Show von Stefan Aust, zu der Medienkanzler Schröder des glanzvollen Auftakts halber solo bestellt war. Beinahe in den Abspann hinein antwortete dieser auf die Frage, wie er es denn mit der Entschädigung von NS-Zwangsarbeit halte, natürlich werde er im Interesse der deutschen Konzerne und der deutschen Arbeiter hier tätig werden. Vermutlich hat es dem Talkmaster Aust nicht die Sprache verschlagen, als er darauf verzichtete, diese seltsame Begründungsverschiebung zu hinterfragen, sondern er wird, wie 99 Prozent der deutschen Öffentlichkeit, dieses Statement einfach okay gefunden haben. Denn eine wahrnehmbare Resonanz auf Schröders Statement hat es in diesem Land, in dem intensiv über »Erinnerungskultur« geredet wird, nicht gegeben.

Der zweite Schritt wurde durch die Erklärungen Bodo Hombachs als erstem Regierungsbeauftragten für die Entschädigungsverhandlungen und andere offizielle Stellungnahmen eingeleitet. Schamhafte Charaktere haben deren eindeutig chauvinistische Diktion eine Zeitlang mit der Entschuldigung zu relativieren versucht, sie seien von den über Jahrzehnte eingeübten Ministerialbürokraten verfaßt, denen der »neue Geist« noch fremd sei. Inzwischen jedoch ist diese Redeweise zur offiziellen geworden – jetzt ist von Mitmenschlichkeit, nationaler Selbstachtung und der Kultur des zusammenwachsenden Europas die Rede. Die Worte Schuld und Verantwortung werden systematisch gemieden. Das ist Kontinuität und Wandel zugleich. Denn bereits die sozialliberalen Koalitionen unter Brandt und Schmidt gingen im Hinblick auf die Entschädigung von NS-Opfern von einer »politisch-moralischen Verjährung« aus, was symbolhaftes Handeln bekanntlich nicht ausschloß. Bezogen auf die Entschädigungsfragen leugneten sie deshalb eine historische Verpflichtung und waren lediglich bereit, gegenwarts- und zukunftsorientierte Begründungszusammenhänge zu akzeptieren. Zum Schlüsselwort wurde, den Erfordernissen der »Neuen Ostpolitik« entsprechend, die »Förderung künftiger Zusammenarbeit« zwischen den Staaten.

Die Auseinandersetzung über Ausgleichszahlungen für NS-Zwangsarbeit erfordert heute von der rot-grünen Koalition die Aktualisierung dieser Legitimationsideologie, weil nach vorherrschendem gesellschaftlichen Verständnis die Zahlungen allein durch die an den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern begangenen Verbrechen nicht begründet werden können. Es wundert nicht, daß in Zeiten der »Standort«-Politik und der Etablierung Deutschlands als führende Macht in Europa diese Interessenlage die neue Legitimationsideologie prägt. Entsprechend agiert die Regierung bekanntlich auch. Nie hat sie verhehlt, daß es ihr – Stichwort: Rechtssicherheit – bei den Entschädigungsverhandlungen in erster Linie um die Interessen deutscher Konzerne geht. Die Klagen in den USA sollen als Voraussetzung jeglicher deutscher Entschädigungsbereitschaft vom Tisch. Denn der juristische Instanzenweg dürfte für die deutsche Industrie, abgesehen vom Imageverlust, erheblich teurer werden als jede politisch ausgehandelte Lösung. So wundert es nicht, daß bisher kein Wort von der Regierung zu hören war, mit dem die in ihrer überwiegenden Mehrheit weiterhin halsstarrigen Konzerne zur politischen Räson hätten gebracht werden können.

Gesetzt ist, was die Täter und ihre Nachfolger zu zahlen bereit sind. Weil dies den historischen Anforderungen jedoch in keiner Weise genügt, machen sich die Nachfolger der Tätergeneration Gedanken über größtmögliche »Gerechtigkeit« hinsichtlich der Verteilung des vorhandenen Geldes. Die Probleme sollen durch die Hierarchisierung der Opfer entsprechend ihres Leidenswegs und ihrer aktuellen Lebensumstände gelöst werden. Auf weitgehende Ablehnung ist dabei die Vorstellung gestoßen, Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die in Ländern mit hohem Rentenniveau leben, großzügiger zu entschädigen als die oft unter der Armutsgrenze lebenden Opfer in Osteuropa. Durchweg akzeptiert wurde jedoch die Vermischung von Zwangsarbeit mit den Umständen, unter denen sie geleistet werden mußte. So sollen in einem KZ Inhaftierte vorrangig entschädigt werden.

Diese Stufung hat den »Schönheitsfehler«, daß KZ-Haft nach bisheriger Gesetzgebung ein eigenständiger Entschädigungsgrund ist. Die Vermengung der Entschädigung für KZ-Haft und der Entschädigung für Zwangsarbeit pur läuft letztlich darauf hinaus, daß die KZ-Häftlinge für ihre Haftzeit nicht hinreichend entschädigt und die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der UdSSR zum Beispiel, die nach den Worten des Regierungsberaters Professor Niethammer auf deutschen Bauernhöfen »die schönste Zeit ihres Lebens verbrachten«, zusätzlich verhöhnt werden. Letztlich zeigt diese Haltung der bundesdeutschen Zivilgesellschaft, die ein so feines Gespür für Formen »nationaler Unterdrückung« entwickelt hat, daß Formen von Arbeitszwang – in den Nürnberger Prozessen ein wichtiger Anklagepunkt – für durchaus akzeptabel gehalten werden. Es grenzt deshalb an Selbsttäuschung, wenn einige meinen, es ginge der neuen Regierung ernsthaft um die Aufarbeitung der Vergangenheit und um ein Minimum an Fairneß gegenüber den Menschen, die von den Deutschen so skrupellos behandelt wurden. Durch internationalen Druck gezwungen, ihnen einen Schritt entgegenzukommen, geschieht dies in dem Maß, wie es den Interessen Deutschlands entspricht. Es ist durchaus wörtlich zu nehmen, wenn es in der Erklärung der deutschen Industrie heißt, die (Entschädigungs-)Stiftung solle »Kampagnen gegen den Ruf unseres Landes und seiner Wirtschaft den Boden ... entziehen«. Vor allem die Beseitigung möglicher internationaler Schwierigkeiten ist für die deutsche Seite die treibende Kraft bei den Verhandlungen.

Die Gegenprobe bestätigt eine solche Sichtweise: Wer keinen Druck ausüben kann, hat auch keine Chancen auf Berücksichtigung seiner Forderungen. Selbst die akademische Zeitgeschichtsforschung hat mittlerweile entdeckt, daß die Opfer für die Anerkennung ihrer Leiden durch die deutsche Gesellschaft selbst verantwortlich sind: »Es kommt dabei darauf an, wer jeweils in der Lage ist, solche Fragen zu artikulieren und sie im politischen Diskurs der Bundesrepublik zu verankern« (Constantin Goschler). Das spüren im Augenblick zum Beispiel die »Opfer der NS-Militärjustiz«, denen in Aussicht gestellt worden war, eine rot-grüne Regierung werde den elenden Kompromiß zwischen SPD und CDU/CSU nachbessern. Der 8. Mai dieses Jahres war den wenigen noch Lebenden symbolträchtig als mögliches Datum hierfür genannt worden. Aber wer rehabilitiert schon Deserteure, selbst die der Wehrmacht, wenn gerade Krieg geführt wird, pardon: der Diskursschwerpunkt sich verlagert hat? Das spüren auch die NS-Opfer in den Staaten, die nicht über den politischen Einfluß verfügen, ihre Forderungen »im politischen Diskurs der Bundesrepublik zu verankern«. Seien es die in Griechenland, seien es die in denjenigen Staaten, deren Regierungen nach 1945 aus politischen Gründen auf Entschädigungsforderungen verzichteten. Die rot-grüne Regierung hat bisher in keinem Fall einen Schritt gemacht, zu dem sie nicht durch die Umstände gezwungen worden wäre.

Sie ist selbst hinter den Standards zurückgeblieben, nach denen Dutzende von Staaten, angestoßen durch die Raubgold-Debatte, mittlerweile prüfen, inwieweit sie sich der Kollaboration mit Nazi-Deutschland schuldig gemacht bzw. nach 1945 nicht alles daran gesetzt haben, Versäumnisse auszugleichen und selbst verursachtes Unrecht zu entschädigen. In Rede steht das Projekt, das von der US-Regierung emphatisch als »Kreuzzug für Gerechtigkeit« und »Kampf für die Durchsetzung der Wahrheit« (bis zum Ende dieses Jahrhunderts!) bezeichnet wird. Eher gestört hat es hier wohl, daß, beschäftigt mit der Rückforderung von »Beutekunst«, in Bayern nicht rückerstattete Bilder auftauchten und auch weiterhin »arisierte« Kunstgegenstände rückgefordert werden, weil die hierfür notwendige Akteneinsicht erst in den letzten Jahren möglich wurde. Selbst Skandale wie die Vernichtung der Reichsbank-Akten, die von den Alliierten zur dauerhaften Aufbewahrung übergeben worden waren und die über den Verbleib des Raubgolds, speziell des »Opfergolds«, hätten Auskunft geben können, wurden ignoriert. Während Ende 1998 die von der US-Regierung initiierte Washingtoner Konferenz über Holocaust und NS-Raubpolitik zur Öffnung der relevanten Archive aufforderte, verfügen in diesem Land weiterhin die Täter und ihre Nachfolger in den Konzernen und Banken über die Archive, die diese Verbrechen dokumentieren.

Im Unterschied zur aufgeregten Debatte über das 620-Mark-Gesetz und zu anderen die Nation bewegenden Themen wird Rot-Grün für diese Politik öffentlich kaum kritisiert. Die »Engagierten« begrüßen in der Regel ohne Rücksicht auf das Mindestnotwendige jeden Schachzug der Regierung mit der Begründung, es komme allein darauf an, die noch Lebenden rasch zu entschädigen. Sie lassen sich in ihrer Haltung auch keineswegs von der Position der Gegenseite irritieren, die im deutschen Vorgehen ein geschicktes Spiel auf Zeit von durchaus Adenauerschem Format sieht.

In einem Punkt allerdings unterscheidet sich die heutige Schäbigkeit wesentlich von der der ersten Bundesregierungen. Mußten Adenauer und seine Nachfolger mit Schuldeingeständnissen und Entschädigungszahlungen noch darum ringen, international akzeptiert zu werden, so dienen heutige Zahlungen auch der Fähigkeit, sich ungeniert als Lehrmeister

aufführen und selbst Staaten, die vom Nazi-Regime überfallen wurden, erneut mit Krieg überziehen zu können. Diesen Umschlag von der ideologischen Defensive in die politische Offensive formulierte en passant die »FAZ«. Ohne der spezifischen deutschen Verantwortung besonders Beachtung zu schenken, begrüßte sie die Ernennung des Flick-Geld-(Ab-)Kassierers Lambsdorff zum Hombach-Nachfolger bei den Entschädigungsverhandlungen mit dem Hinweis auf sein Eintreten für die Rechte der Tibeter. Gerade dieses Engagement für Menschenrechte qualifiziere ihn für den neuen Job. So gesehen wäre es dann allerdings konsequent, wenn Finanzminister Eichel einen Teil der Kosten für den künftigen Fonds, mit dem die Regierung die Industriestiftung ergänzen will, gleich durch Entnahmen aus Rudolf Scharpings Etat für Öffentlichkeitsarbeit decken würde.

Konkret 09/99, S. 31

Justus Wertmüller

Öcalans Dünger

Die PKK garniert ihre Kapitulation mit antisemitischen Weltverschwörungsphantasien

»In einer Hinsicht haben wir den Sieg errungen«, erklärte Osman Öcalan, der Bruder Abdullah »Apo« Öcalans und Mitglied im Rat der Vorsitzenden der PKK, der Parteizeitung »Özgür Politika« Anfang August. Ein eigenartiger Sieg: Die Basen in Syrien geschlossen, der Parteivorsitzende erst auf der Flucht und seit Februar 1999 auf der Insel Imrali inhaftiert und inzwischen zum Tode verurteilt, der Rückzugsraum Nordirak nach regelmäßigen grenzüberschreitenden Militäraktionen der türkischen Armee nur noch beschränkt nutzbar, die Berge Türkisch-Kurdistans weitgehend entvölkert, also für die Guerilla ohne den strategischen Wert früherer Jahre; und seit dem 2. August liegt gar die vom großen Vorsitzenden verkündete militärische Kapitulation vor, der sich sämtliche Führungsgremien der Partei eilfertig angeschlossen haben: Der Kampf ist eingestellt, die Guerilla wird sich bis zum 1. September aus der Türkei zurückziehen. Osman Öcalan ficht das nicht an: »Wir haben unsere Nation hervorgebracht, unsere nationale Identität gewonnen und wieder alle Voraussetzungen und Möglichkeiten für den politischen Kampf erreicht. In diesem Sinne wurde unser bewaffneter Kampf mit einem Sieg beendet.«

Bekanntlich hat die offizielle Türkei keinerlei Gesprächsbereitschaft mit der PKK oder ihren Unterorganisationen gezeigt. Gewiß, Öcalans Kapitulationserklärung ist der Besuch eines der ranghöchsten türkischen Generale auf Imrali vorausgegangen. Und Anfang August empfing Staatspräsident Demirel auch einige der im Frühjahr gewählten Bürgermeister kurdischer Städte, die der kurdischen Hadep-Partei angehören. Über die Gewährung einiger kultureller Rechte und die Rückkehrerlaubnis plus Wiederaufbauhilfe für aus ihren Dörfern vertriebene Bauern wird in der türkischen Öffentlichkeit ganz offen diskutiert. Für die PKK und ihre Kader ist allerdings auf der politischen Bühne auch in Zukunft kein Plätzchen vorgesehen. Insbesondere die ideologische Basis der neuen PKK-Linie, »das brüderliche Miteinander des türkischen und kurdischen Volkes in einer demokratischen Türkei«, wird von Ankara niemals akzeptiert werden. Wenige Tage nach dem Beginn der Nato-Strafaktion gegen die Bundesrepublik Jugoslawien stellte in der sozialdemokratischen Tageszeitung »Cumhurriyet« deren einflußreicher Chefkolumnist Ilhan Selcuk nicht ohne Süffisanz fest, daß man sich in 75 Jahren Türkischer Republik mit gutem Grund immer an die Maxime, »ein Land, ein Volk« gehalten habe. Jugoslawien mit seiner verfassungsmäßigen Vielvölkerei habe gerade mal 45 Jahre Bestand gehabt, um in einem Schrecken ohne Ende zu versinken. Genau dieses zugrunde gerichtete Jugoslawien propagiert heute Osman Öcalan, stellvertretend für die ganze Bewegung. Auf die Frage von »Özgür Politika«, was geschehen würde, wenn die Türkei sich nicht auf den Demokratisierungsprozeß einließe, antwortet er: »Dann gibt es Probleme. In Kosovo, Palästina, Osttimor und vielen anderen Gegenden sieht man, daß, wenn es nicht gelingt, die Blockaden aufzubrechen, und die richtigen Schritte hin zu einer Lösung nicht gemacht werden, die internationalen und die regionalen Mächte dem nicht mit Geduld zusehen werden.« Osman Öcalan kleidet die unverhohlene Drohung mit der ethnisierten Weltordnung in eine optimistische Formulierung: »Die Türkei wird weder den Entwicklungsprozeß Serbiens durchlaufen, noch in den Zustand irgendeines anderen Landes verfallen. Die richtige Lösung ist, wenn das kurdische Volk und seine Repräsentanten und die Vertreter der Türkischen Republik verantwortungsvoll nachdenken und den Erneuerungsprozeß einleiten.«

Doch solche Erwartungen, die sich dem Größenwahn gescheiterter Bürgerkrieger genauso wie der durchaus plausiblen Einsicht in die völkischen Optionen der Weltpolitik nach dem jüngsten Jugoslawienkrieg verdanken, könnten sehr leicht enttäuscht werden. Schon im Herbst 1998 wurden Apo Öcalans Hoffnungen auf Europa blamiert, an ihrem Ende stand seine Verschleppung. Wenn er nun in einer nachgeschobenen Erklärung zum Kapitulationsangebot in staatsmänischer Diktion ein »Projekt demokratische Republik« entwickelt und gar von der Integration der Türkei in die Europäische Union phantasiert, dann ist das ungefähr so realitätstüchtig wie ansonsten die Höhenflüge der grünen »Türkeiexpertin« Claudia Roth. Viel mehr Aufmerksamkeit verdient ein bemerkenswerter Kommentar, den »Özgür Politika« am selben Tag auf derselben Seite wie Öcalans Beitrag druckte. Darin schrieb sich der Chefkolumnist des Blattes, Haydar Isik, stellvertretend für die Zweifler an den Erfolgsaussichten einer demokratischen türkisch-kurdischen Republik schon mal das ganze Ressentiment erfolgloser Volkstumsideologen vom Leib. Nach der beliebten Beschimpfung solcher Kurden, die an der kurdischen Nation und ihrer selbsternannten Repräsentantin PKK kein rechtes Interesse haben (»niederträchtige Menschen, die sich selber als Kurden präsentieren und ihrem Volk den Dolch in den Rücken stoßen«), kommt Isik zu der Person, die er schon in der Titelzeile anvisiert hat, zum türkischen Außenminister Ismail Cem: »Der ehrenwerte Cem ist ein aus Saloniki eingewanderter Jude.« Von einem Juden, der »nur um Haaresbreite« der Vernichtung seines Volkes durch die Nazis entronnen sei, darf man schon etwas erwarten: »Sie werden jetzt denken, daß der Angehörige eines solchen Volkes gegen jede Form des Rassismus und der Massaker eingestellt ist. Als Angehöriger eines Volkes, das vernichtet werden sollte, würde ich niemals wollen, daß anderen Völkern ein ähnliches Leid angetan wird, und dagegen kämpfen.« Und Ismail Cem? »Er macht den höchsten Verteidiger des türkischen Staates. Er unternimmt alles in seiner Macht Stehende, um

den Völkermord an den Kurden zu vervollständigen.« Was wäre der Jude Cem, gäbe es seinesgleichen nicht überall dort, wo das am kurdischen Volk begangene Unrecht gutgeheißen wird? »Dieses Paradox trifft man nicht nur hierzulande an. Die Außenministerin des Weltbeherrschers USA ist auch jüdischer Herkunft. Ein großer Teil der einflußreichen Politiker der Clinton-Regierung sind ebenfalls Juden. Und vom deutschen Außenminister wird behauptet, daß auch er Jude sei. Das sind Tatsachen, die auf verschiedene Weise in die Medien gekommen sind. Den Rest zu vermuten ist nicht schwer. ... Wenn die natürlichsten Verbündeten der Juden also die Kurden sein müßten, dann schauen Sie sich Ismail Cem an, der das türkische Schwert schwingt und die Kurden niedermetzelt. Und natürlich sind auch die jüdischen Geschäftsleute (in der Türkei) auf Seiten des Staates ... Nach 2.000 Jahren in der Diaspora haben die Juden einen Staat gegründet. Dank Ismail Cem sind wir Kurden dabei, in die Diaspora geschickt zu werden, und Frau Albright hat mitgeholfen.«

Das Ziel der PKK, gegen einen unmenschlichen Staat eine nicht weniger unmenschliche Alternative durchzusetzen, hat 32.000 Opfer gefordert. Jetzt, da die trostlose Bilanz der kurdischen Irredenta offensichtlich und die Niederlage komplett ist, alles auf das segensreiche Wirken »internationaler und regionaler Mächte« (O. Öcalan) zu setzen, die vollenden sollen, was der PKK nicht gelang, muß zu noch übleren Verschwörungstheorien führen, als man von der PKK ohnehin schon gewohnt ist. Statt den Scherbenhaufen, der von der nationalkommunistischen Politik der früheren Jahre übriggeblieben ist, zu sichten und die gesamte Führungsclique zum Teufel zu jagen, statt den Toten das bißchen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, das heute noch möglich ist, und sie zu betrauern und nicht ihre Gebeine zum »Dünger der heiligen kurdischen Erde« zu erklären (A. Öcalan 1994), wird die nächste Generation von Glaubenskriegern für Kurdistan ideologisch zugerichtet, die dann vollends verfolgungswahnsinnig gegen die antikurdische Weltverschwörung anrennen werden.

Konkret 09/99, S. 32

Joachim Rohloff

Intensiver Opportunismus
Der Krötenschlucker

Interessieren sich grüne Politiker überhaupt noch für Politik? Joachim Rohloff und Pascal Beucker porträtieren zwei prominente Funktionsträger der Öko-Partei: Jürgen Trittin und Rezzo Schlauch

Warum eigentlich mag den Minister Trittin keiner leiden? Er trägt einen sympathischen Schnauzbart, »die Frauen schauen ihn gern an«, »in seiner Fanpost sind sehr eindeutige Angebote«, wie »Life&Style, das Lifestyle-Magazin von Gala« zu berichten weiß. Und auf den Fotos, die eben dieses Presseorgan von ihm machen ließ, sieht er auch nicht viel dümmer aus als jeder andere, der so etwas mit sich machen läßt. Trotzdem habe eine Umfrage ergeben, daß Trittin zu den »unerotischsten Männern des Landes« gezählt wird. Seine schriftlichen Dienstanweisungen seien bisweilen von einer Herzlichkeit, die jeden seiner Mitarbeiter zutiefst anrühren müsse. Aber »einen langen Blick hält er nicht leicht aus«. Er bevorzuge dunkle Kleidung, »das wirkt weniger bürgerlich und verleiht zugleich so etwas wie Django-Flair. Trittin, der ewige Rebell, macht auch beim Shooting zuerst mal auf grummelig, schiebt einen Kaubonbon unruhig hin und her«. Es steckt ein Widerspruch in diesem Mann – oder können Sie sich den wahren Django vorstellen, wie er beim Shooting nervös mit Süßigkeiten hantiert? Selbst seine Parteifreunde achten ihn nicht sonderlich. Joschka Fischer, vom »Spiegel« gebeten, doch ausnahmsweise etwas Nettes über Trittin zu sagen, findet an ihm nur eines lobenswert: »Er kann gut wegstecken.« Oswald Metzger, der haushaltspolitische Sprecher, schätzt den Trittin-Malus auf mindestens zwei Prozent der Wählerstimmen: »Ich bin der Auffassung, wir würden einen Befreiungsschlag erleben, wenn Jürgen Trittin selber den Hut nähme.« Immer kleiner wird die Zahl derjenigen, die da meinen, es wäre ein Eigentor, wenn Trittin in den Sack haute. »Ich schmeiß ihn raus!« soll Schröder gebrüllt haben, als Freund Piëch sich über den Umweltminister und dessen impertinenten Ton beschwerte.

Vermutlich lieben sie ihn deshalb nicht, weil sie ihn für einen Linken halten. In der Tat äußerte er während seiner langen politischen Karriere manch abwegige Idee. Mehr als zwanzig Jahre des Planens und der Forderungen wurden jedoch in dem Moment vollkommen nichtig, da er ins Bundeskabinett eintrat. Seitdem wird täglich aufs neue aus dem Interesse der Industrie die Meinung Schröders, und Schröders Meinung wird Kabinettsmeinung, und Trittin muß sie vertreten. Er selbst nennt das die »Realität«: »Was kann eine kleine Partei bewirken? Und was passiert mit den Idealen, den Zielen, wenn sie auf die Wirklichkeit treffen? Werden sie abgeschliffen, vielleicht sogar umgedreht, werden sie an manchen Stellen verwirklicht? Es ist naiv zu glauben, man könne alles eins zu eins umsetzen.« Davon ahnte bisher die Erkenntnistheorie kaum etwas: Die Realität offenbart sich nur den Regierenden, alle anderen arbeiten sich an Schimären ab.

Doch er hätte es eigentlich wissen müssen. Denn von 1990 bis 1994 saß Trittin in Schröders niedersächsischem Kabinett, und in dieser Zeit duldeten die grünen Koalitionspartner, ihren Überzeugungen und Programmen zuwider, den Bau einer Mercedes-Teststrecke im Emsland, sie stimmten für die »Expo 2000«, die sie zuvor bekämpft hatten, sie akzeptierten eine Vertiefung der Ems im Interesse der Papenburger Meyer-Werft, und sie tolerierten schließlich ein Konzept zur Sondermüllbeseitigung, obwohl es die Verbrennung von industriellen Abfällen vorsah. Einmal allerdings riskierte Trittin eine Lippe: »Gerhard Schröder hat auf dem Sonderparteitag für die SPD die Kröte Asylrechtsänderung schluckfähig gemacht. Nur wußte Schröder wohl damals noch nicht, wie häßlich diese Kröte sein wird.«

Trittin ist beileibe nicht der einzige Bundesminister, der als Jugendlicher einem linksradikalen Verein angehörte. In seinem Fall war es der Kommunistische Bund, in anderen Fällen waren es die Stamokaps oder die Frankfurter Putzgruppe. Aber für ihn liegt die Zeit der Unvernunft manchmal nur ein, zwei Jahre zurück. Noch im letzten Bundestagswahlkampf überraschte er mit dem Vorschlag, das Auswärtige Amt abzuschaffen, das zu nichts nütze sei als zur Versorgung bedürftiger Parteifunktionäre. Joschka Fischer und Ludger Volmer verstanden ihn längst nicht mehr.

Im Juni 1994 durfte man in KONKRET von niedrigen Dingen lesen, »die mit uns nicht zu machen sind: also zum Beispiel irgendwelche rechtlichen Grundlagen für Out-of-area-Einsätze zu schaffen«. 1995 wollte er die Nato auflösen. Wiederum in KONKRET (3/95) analysierte er die deutsche »Großmachtpolitik«: »Die Geschwindigkeit, mit der der in der BRD jahrzehntelang geltende Konsens über die Außen- und Sicherheitspolitik aufgekündigt wird, nimmt im neuen großen Deutschland atemberaubende Formen an. Zug um Zug werden die Tabus gebrochen ... Man sprach wieder vom führbaren Krieg. Zum zweiten wurde die Bundeswehrdoktrin von der reinen Verteidigungsarmee aufgegeben. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom letzten Juni erlaubt weltweite Kriegseinsätze. Zum dritten wurde in den vergangenen Monaten Helmut Kohls Placebo einkassiert, die Bundeswehr nie mehr dort einzusetzen, wo die deutsche Soldateska in zwei Weltkriegen blutig gewütet hatte. Die im Doppelspiel zwischen Generalität und Bundesregierung inszenierte Anforderung deutscher Tornados zum Kampf gegen die Serben hat diesen Rest schamhafter Konsequenz aus der

Geschichte einkassiert ... Wir haben einzelne Partei-Prominente, die mit dem Verweis auf die Sicherung der Menschenrechte ein Eingreifen der Bundeswehr im Rahmen der Uno befürworten. Diese Position lehne ich ab.«

Im Oktober 1997 gratulierte Trittin der Kampagne gegen Landminen zum Friedensnobelpreis: »Einen würdigeren Träger hätte das Nobelkomitee kaum finden können. Medico International und all denjenigen, die sich auf der Straße und in Initiativen und in den Parlamenten für diese Kampagne eingesetzt haben, von denen eine Reihe heute hier im Raum sitzen (liebe Angelika Beer), meine herzlichen Glückwünsche!« Anderthalb Jahre später amtiert er in einem Kriegskabinett, das mitverantwortlich ist für den Abwurf von Splitterbomben über Jugoslawien. Diese Waffen sind nicht eben menschenfreundlicher als Landminen, elftausend Blindgänger sollen noch immer auf jugoslawischem Boden liegen; die ersten Kinder, deren Beine sie abgerissen haben, wurden bereits im Fernsehen vorgeführt. Trittin hat den Einsatz dieser Bomben kritisiert, immerhin. Er war kein Propagandist des Krieges, irgendwelche Einsätze out of area fielen ja auch nicht in sein Ressort. Er empfahl nach Wochen einen einseitigen Waffenstillstand, aber wenn es verlangt wurde, hob er brav zur Abstimmung die Hand.

Im Juni 1998 kamen den lieben Freundinnen und Freunden erhebliche Zweifel an Trittins Eignung für höhere Aufgaben. Der Verteidigungsminister Rühe ließ ausgerechnet am Jahrestag des Massakers von Lidice vor dem Roten Rathaus in Berlin ein öffentliches Gelöbnis der Bundeswehr abhalten, und Trittin sprach auf der Gegendemonstration. Er habe unsere demokratische Armee in die Tradition der Wehrmacht gestellt, so wurde seine Rede kolportiert. In der grünen Partei brach darob »helle Empörung« aus (Gerd Poppe), Trittin stürze sie »in Ratlosigkeit, statt sie nach vorn zu bringen« (Waltraud Schoppe). Er solle nach seinen »radikalen Pöbeleien«, meinte der Bundestagsabgeordnete Manuel Kiper, wenigstens »die Courage haben, sich bei den Soldaten zu entschuldigen«. Und Oswald Metzger forderte Trittin auf, endlich zu akzeptieren, »daß ein demokratisches Land Streitkräfte hat. Sein Berliner Vergleich der Bundeswehr mit der Wehrmacht, die auf Adolf Hitler vereidigt war, ist grotesk, unhistorisch, unpolitisch und auch unanständig gegenüber Mitgliedern der Bundeswehr«. Trittin solle vom Amt des Parteisprechers zurücktreten. Joschka Fischer gab zu Protokoll, er teile die Kritik an der Bundeswehr, die bekanntlich eine »Parlamentsarmee« sei, nicht. Vielmehr dankte er ihr im Namen der grünen Bundestagsfraktion für die »riskante Arbeit« in Bosnien.

Was aber hatte Trittin wirklich gesagt? Zunächst und »mit Nachdruck: Wir sind jederzeit an jedem Ort und in jedem Jahr gegen öffentliche Gelöbnisse ... Es hat nur eine Zeit in Deutschland gegeben, wo öffentlich gelobt und vereidigt wurde, und das waren nicht die Zeiten der Demokratie, sondern des blanken faschistischen Terrors ... Wer am Jahrestag von Lidice hier ein Gelöbnis veranstaltet und sich dabei auf Traditionen beruft, der stellt die Bundeswehr selbst in die Tradition der Wehrmacht, und deswegen mit allem Nachdruck: Nein zu dieser Tradition.« Diese Rede enthielt keineswegs eine Kritik oder gar eine Beleidigung der Bundeswehr, sondern nur eine Kritik am Verteidigungsminister Rühe. Trittin meinte offenbar, die Bundeswehr habe mit der Wehrmacht nichts zu schaffen und müsse vor einer falschen Traditionsbildung bewahrt werden. Auf diese Interpretation einigte sich schließlich auch der grüne Parteivorstand. Am nächsten öffentlichen Gelöbnis, dessen Termin der Verteidigungsminister Scharping etwas geschickter wählte, fand Trittin nichts mehr auszusetzen.

Trotz aller notwendigen Anpassung an die Realität bewahrte sich Jürgen Trittin auf seinem langen Weg vom KB Göttingen bis ins Bundeskabinett doch wenigstens eine kostbare Grundüberzeugung: »Blumenkohl mit Kartoffeln und einer Käse-Sahne-Sauce ist in Ordnung.« Im Gegensatz zu den Genossen vom KBW, »diesen Lustfeinden, waren wir die Pragmatiker, die Hedonisten. Da war nix mit Askese, keine Regularien beim guten Leben.« Zwanzig Jahre später kann er alles kochen, »Confit de Canard, Pot au Feu, was Sie wollen«. Deshalb handelt auch sein wichtigster publizistischer Beitrag zum ökologischen Umbau der Industriegesellschaft von einem pragmatischen hedonistischen Gegenstand. »Fest steht: Mit Abstand das ökologischere Grillen ist Langsamgrillen.« Behutsames, nachhaltiges Grillen, ein verantwortungsbewußter Umgang mit fossilen Energieträgern ist auch »ein guter Beweis für die soziale Kompetenz«. Wenn die Leute ihren Grill anzünden, geht es »in der Regel um soziale Events«. Das Soziale wiederum beginnt schon mit dem Salat: »Den sollten Sie bei einem Bauern kaufen, den Sie persönlich kennen.« Zur Einsicht, daß die Nahrungszubereitung unter freiem Himmel auch unsere traditionellen Geschlechterrollen in Frage stellt, brauchte es zweifellos den akademisch gebildeten Soziologen Trittin. »Das ist letztlich das Kuriosum an der Grillkultur: Die Männchen imitieren die Weibchen. Im Grillen drücken sich überhaupt viele soziale Strukturen und Kompetenzen aus: Wer ist wofür zuständig?« Und wer muß am Ende den ganzen Schmadder wieder wegmachen? »Ich finde, wer mitißt, muß mit saubermachen. Den fettigen Grillrost steckt man am besten einfach in die Geschirrspülmaschine, das ist außerdem umweltfreundlicher, als von Hand zu spülen.« Kondome kommen »nicht ins Klo, sondern in die Biotonne, weil das Latex verrottet«.

Das einzige, was man von der grünen Partei noch erhoffen darf, ist ihr Sturz unter die Dreiprozent-Marke. Und der Umweltminister Trittin wird keines seiner ehrenwerten Ziele erreichen: Weder wird er die Industrie zwingen, alte Autos zurückzunehmen, noch wird er die Wiederaufbereitung von Kernbrennmaterial verbieten, kein einziges Atomkraftwerk wird vorzeitig stillgelegt werden, und es wird kein Tempolimit geben. Vielleicht wird er es zu einer Verordnung bringen, die das ökologische Langsamgrillen steuerlich begünstigt. Auf die Frage, ob denn der Bau des Transrapid ein Rücktrittsgrund wäre, antwortete Trittin: »Ich bin ein Ausdauersportler. Ich verfüge über einen langen Atem, ich kämpfe.«

Er wird uns also, wenn Schröder ihn nicht doch noch entläßt, bis zum Ende der Legislaturperiode erhalten bleiben und weiterhin alle Kröten schluckfähig finden. Denn »was für die Grünen spricht, ist übrigens, daß wir bei Feierlichkeiten in Bonn meistens die letzten sind, die den Ort des Geschehens verlassen«.

Konkret 09/99, S. 34

Pascal Beucker

Intensiver Opportunismus
Der Seelenfänger

Interessieren sich grüne Politiker überhaupt noch für Politik? Joachim Rohloff und Pascal Beucker porträtieren zwei prominente Funktionsträger der Öko-Partei: Jürgen Trittin und Rezzo Schlauch

Auf Rezzo ist Verlaß. Grüne Sozialpolitik? »Wir müssen die alte Gießkanne aus der Hand legen.« – »Der Sozialstaat mit seinen hohen Standards ist nicht zu halten.« Grüne Wirtschaftspolitik? Als Oskar Lafontaine zurücktrat, meinte Rezzo, jetzt müßten »positive Signale für Wirtschaft und Unternehmen« im Vordergrund stehen. Grüne Menschenrechtspolitik? Schon vor der Bundestagswahl erklärte er, daß die Grünen die Grundgesetzänderung des Asylrechts »akzeptieren« würden. Grüne Friedenspolitik? Natürlich stand er beim Nato-Angriffskrieg seinen Mann an vorderster Propaganda-Front. Grüne Atompolitik? Die Restlaufzeiten der Reaktoren seien für ihn von nachrangiger Bedeutung, erzählte er Gerhard Schröder bei einem Schoppen Wein. Das sei natürlich nur seine persönliche Meinung. Hätten die Grünen einen Besseren als Rezzo Schlauch zum Fraktionschef machen können?

Vorsitzender der grünen Bundestagsfraktion in Zeiten der Regierungsbeteiligung – mit dem Job hatte eigentlich Werner Schulz fest gerechnet. Brav und ohne zu murren hatte der grüne Vorzeige-Ossi 1994 den Fraktionsvorsitz an Fischer abgetreten, als die Westgrünen nach vier Jahren Pause wieder im Bundestag mitspielen durften. »Ich bin davon ausgegangen, daß ich diesen Platz genauso anstandslos zurückbekomme«, so Schulz. Er hatte die Rechnung ohne Rezzo Schlauch gemacht – und ohne den Machttaktiker Fischer. Schon bei der Vorauswahl innerhalb des Realo-Lagers in der Bundestagsfraktion unterlag Schulz seinem schwäbischen Kontrahenten, nachdem Fischer hinter den Kulissen deutlich gemacht hatte, wen er als seinen Nachfolger im Fraktionsvorsitz zu sehen wünschte. Damit war Schulz aus dem Rennen. »Personalpolitik nach der Methode Fischer, das heißt Personalplanung wie bei der FDJ«, beschrieb der Zonen-Grüne nachher gegenüber der »Leipziger Volkszeitung« seine Erfahrungen.

Politisch hätte die Wahl von Schulz keinen Unterschied gemacht, und in seinen rhetorischen Fähigkeiten steht er dem fülligen Schwaben auch in nichts nach. Gegen Schulz sprach allerdings, daß dieser Überzeugungstäter ist. Das ist Schlauch nicht. »Als Anwalt und Verteidiger habe ich gelernt, Sachverhalte zu artikulieren, von denen ich selbst nie hundertprozentig überzeugt sein mußte«, erklärt der 51jährige seine Flexibilität. Also genau der Richtige an der Spitze der grünen Bundestags-Fraktion. Er habe von jeher »zu jenen Grünen mit bürgerlichem Habitus (gehört), die eine arrivierte Mittelschicht repräsentieren«, urteilte der »Tagesspiegel« über ihn.

Der Außenminister kann auf seinen Statthalter rechnen. Schlauch ist Fischer eng verbunden. Schließlich haben die beiden einige prägende biographische Gemeinsamkeiten. Ein halbes Jahr vor dem derzeit beliebtesten deutschen Politiker wurde Schlauch wie dieser im baden-württembergischen Gerabronn geboren; im selben Krankenhaus, vom selben Personal wurden sie auf die Welt geholt. Beide engagierten sich früh für die Sache des Herrn: Fischer als Meßdiener in der katholischen Kirche, Schlauch als »Läutbube« in der evangelischen. Dann allerdings schlugen sie unterschiedliche Wege ein. Während Metzgerssohn Fischer die Schule abbrach und sich nach Frankfurt durchschlug, machte Schlauch, wie es sich für ein Pfarrerssöhnchen gehört, Abitur und blieb im Ländle. Auch sein Jura-Studium in Freiburg und Heidelberg absolvierte er zügig, in sechs Jahren. Die unterschiedliche Sozialisation der beiden Jungs mit derselben Hebamme zeigt heute kaum noch Wirkung. Zur Politik haben beide ein archaisches Verhältnis. »Bei Joschka ist alles Instinkt, bei mir geht alles durch den Bauch«, charakterisiert Schlauch sich und seinen Außenminister.

Nicht nur im Parlament vermeidet Schlauch ausdauerndes Arbeiten. »In Stuttgarter Gerichtsälen reiben sich seine Gegner die Hände, wenn der 51jährige Anwalt selbst Mandanten vertritt. Penibles Aktenstudium und den Hang zum Detail sagen ihm selbst Freunde nicht nach«, lästerten die »Stuttgarter Nachrichten« bei seinem Amtsantritt als Fraktions-Chef der Grünen. Na und? Schlauch ist politischer Generalist. Detailwissen besitzt er nicht, aber er kann über alles reden. Wenn er von seinen Beratern und Mitarbeitern entsprechend gebrieft wird. Beispielsweise von Mathias Wagner. Der 25jährige hessische Realo ist Schlauchs persönlicher Referent. Und darf manchmal auch selber an die innerparteiliche Front. So ist Wagner einer der beiden Autoren des Ende Juni von Matthias Berninger und Cem Özdemir präsentierten nachwuchsgrünen Positionspapiers, in dem die Jungen verquast das formulieren durften, was die Alten denken: »Wir treten dabei ein für eine klare, machtbewußte, pragmatische Positionierung, aber auch eine teilweise Auswechslung der Mitgliedschaft.« Wer sich beispielsweise »in Netzwerken zusammenschließt, einzig mit dem Ziel, Mehrheitsbeschlüsse der Partei zu torpedieren« – gemeint ist mit letzteren der Kriegsbeschluß auf dem Bielefelder Parteitag – , der solle sich doch bitteschön »überlegen, ob er nicht in einer linken Folkloregruppe besser aufgehoben ist, als in einer Partei«. Notwendig sei für die Grünen »die

Anerkennung von Führungspersönlichkeiten und Loyalität«. Schlauch, das weiß er, hätte das so nicht sagen dürfen. Aber er war, wie es sich für einen guten Chef gehört, der erste, der das Traktat der grünen Jungschar öffentlich begrüßte.

Ohnehin sucht Schlauch gerne den Kontakt zur Jugend. Besonders zu der von vorgestern. So schaut er nicht nur öfter mal bei der »Pizza-Connection« junger grüner und CDU-Bundestagsabgeordneter vorbei, sondern auch immer wieder bei studentischen Verbindungen. Schlauch stünde »dem verbindungsstudentischen Gedanken und auch den burschenschaftlichen Prinzipien ›Ehre – Freiheit – Vaterland‹ noch aufgeschlossen gegenüber und ist gern zu Gast bei den Stuttgarter Verbindungen«, sagt ein Burschenschafter, dessen Saufverein ihn auch schon mal zu Besuch hatte. Er »spüre, daß sich da was bewegt«, erklärt Schlauch. Ob farbentragend oder schlagend – mit diesen Überbleibseln aus vordemokratischer Zeit diskutiert er gerne. Schließlich gibt es auch Folklore-Gruppen, deren Mitglieder bei den Grünen erwünscht sind. »Es gibt inzwischen höchst unterschiedliche Verbindungen«, weiß er zu berichten. »Auch Grüne und Linke sind dabei.« Wagner? Berninger?

Auf jeden Fall weiß Schlauch, wovon und vor wem er redet. Schließlich war er früher selbst aktiv dabei. In der Burschenschaft Saxo-Silesia Freiburg. Er soll in der schlagenden Verbindung als guter Fechter bekannt gewesen sein. Als er 1968 von Freiburg nach Heidelberg wechselte, war's für ihn vorbei mit der Burschenherrlichkeit. Denn die glorreiche Zeit der Studentenrevolte war angebrochen. Der Zeitgeist stand links, die Bürgersöhnchen spielten nicht mehr mit Fechtutensilien, sondern Revolution. Und für die Burschen mit ihren lächerlichen Hütchen setzte es Hiebe. Besonders an der Uni Heidelberg. Da galt es, auf der richtigen Seite zu stehen.

Rudi Dutschke soll mal wieder schuld gewesen sein. Eine Diskussion zwischen dem 68er-Helden und Ralf Dahrendorf habe ihm den Kick gegeben, in die Politik zu gehen, behauptet der Vorsitzende der Grünen Bundestagsfraktion. Fasziniert habe ihn dabei »die Intensität, nicht die Argumente«. Also machte Rezzo mit beim Revoluzzen, irgendwie. »Ich fühlte mich quasi als undogmatischer Linker.« Doch das sind, wie es sich für die Polit-Aktivisten seiner Generation gehört, Geschichten, wie man sie den Enkeln erzählt. »Geblieben sind nur die künstlichen Vornamen, die sie sich in den Jahren des großen Andersseins zugelegt hatten: Halo, Rezzo, Joschka«, schrieb Peter Gauweiler im letzten Jahr in der »Taz«. Er irrt. Nicht einmal das trifft auf den barocken Schwaben zu. Der »Rezzo« ist echt; den haben sich Schlauchs Eltern ausgesucht. Sein Namenspatron ist ein Ritter, der 1320 starb. Im Ländle wird eben Wert auf Tradition gelegt. Und so hält es auch Schlauch, über den die »FAZ« bereits 1984 urteilte, er sei ein »Glücksfall« für die Grünen, weil er »eher linke, politisch bewußte Positionen mit Heimatverbundenheit und Traditionsbewußtsein in Einklang« zu bringen verstehe.

Im Ländle ist Schlauch schon lange ein Star. »Ich bin der Seelenfänger der Partei«, sagt er selber von sich. In den Bierzelten der Provinz kommt er mit seiner Bollerrhetorik und seinem Hang zur Zote ebenso gut an wie in den Szenekneipen der Landeshauptstadt. Nur Polizisten scheinen seine rhetorischen Fähigkeiten nicht recht würdigen zu können. So nahm es ihm die Gewerkschaft der Polizei (GdP) übel, als er bei einem Einsatz gegen Castor-Gegner am AKW Neckar-Westheim im März letzten Jahres zwei Polizisten als »Wichser« bezeichnete. »Für einen kurzen Moment hat der Bundestagsabgeordnete den Schafspelz abgelegt und seine wahre Einstellung zur Polizei und den Vorgängen in unserem demokratischen Staate gezeigt«, empörte sich der baden-württembergische GdP-Landesvorsitzende. Das war natürlich Unsinn. Und Schlauch leistete auch umgehend Abbitte. Das Wort sei ihm nur »herausgerutscht«. Er sei gerne bereit, sich bei den Beamten nicht nur schriftlich, sondern auch persönlich zu entschuldigen.

Schlauchs Traumjob war immer, Oberbürgermeister im Ländle zu werden. Er findet, das Amt sei ihm »auf den Leib geschrieben«. Dreimal hat er versucht, seinen Traum zu verwirklichen. Im kleinen Crailsheim schaffte er 1984 mit zwölf Prozent einen Achtungserfolg. Ebenso wie bei seiner ersten Kandidatur in Stuttgart 1990: Da kam er auf fast 21 Prozent. Sechs Jahre später hätte er's um ein Haar geschafft. Mit dem überzeugenden Wahlslogan »Niemand kennt den Roten. Niemand kennt den Schwarzen. Alle kennen Rezzo«, war er in die Schlacht um das Erbe Manfred Rommels gezogen. Empfänge geben, Weinfeste besuchen und einmal im Jahr der Faßanstich auf dem Cannstatter Wasen – er hätte sich nichts Schöneres vorstellen können. Und hätten die Sozialdemokraten seinerzeit darauf verzichtet, ihren aussichtslosen Kandidaten auch noch in den zweiten und entscheidenden Wahlgang zu schicken, wäre er heute der wohlbestallte Oberbürgermeister Stuttgarts. Doch sie verzichteten nicht. So siegte der CDU-Bewerber. Gerade mal 5.000 Stimmen fehlten Schlauch. Das nahm er übel: »Für die SPD habe ich keine Gefühlsregung mehr.«

Das ist lange vorbei. Auch seine schwarz-grünen Gedankenspiele aus früheren Jahren. Zumindest solange Rot-Grün hält. Es ist auch eigentlich egal. Denn Schlauch weiß, wo's langgeht: »Die Jungen kriegen wir nicht in ein Wahllokal mit Inhalten, sondern mit einem Feeling, und dieses Feeling kann nur über Personen vermittelt werden.« Über solche wie Rezzo. Wie bei der ARD-Gala »Willkommen im Fußball-Land«. Da durfte er sein Stuttgart als eine der Austragungsstätten für die Fußballweltmeisterschaft 2006 anpreisen.

Konkret 09/99, S. 36

David Melzer

Neues Denken

Überholen, ohne einzuholen: die PDS in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der rot-grünen Regierungspolitik

Was sich denn hinter dem Begriff »Demokratischer Sozialismus« verberge, fragte auch in diesem Jahr Gregor Gysi seine Genossinnen und Genossen. Daß er keine Definition hat für ein Label, unter dem er und sein Trupp agieren, müßte nicht sein. Hatte ihm doch Wolfgang Thierse die Sache vor mehr als neun Jahren während einer Diskussion erklärt: »Der Name >Demokratischer Sozialismus< ist ein Kampfbegriff der SPD gegen den Kommunismus und realen Sozialismus gewesen, ein wichtiges Fahnenwerk der SPD zur Unterscheidung.« Da hatte Gysi angedockt: » >Demokratischer Sozialismus< (ist) für mich nicht nur Geschichte, sondern auch Zukunft.« Vielleicht hat der Dissidenten-Anwalt damals den Begriff nicht verstanden, aber doch verinnerlicht. Nach links treten, nach rechts buckeln. So, als ihm eine Zeitung 1998 unterstellte, er habe angekündigt, Oskar Lafontaine werde als Kanzlerkandidat unterstützt, Gerhard Schröder aber nicht. Eiligst dementierte Gysi: Wir wählen alles mit.

Wohin das führt, wurde unter der doppelrosa Regierung in Mecklenburg-Vorpommern deutlich. Als sich während der Debatte zur doppelten Staatsbürgerschaft der innenpolitische Sprecher der PDS nach vorne traute, meinte er ohne Not, man könne im Bundestag ja auch für das FDP-Modell stimmen. Die zu diesem Opportunismus passende Praxis demonstrierte über die Jahre hinweg die SPD/Grüne-Regierung in Sachsen-Anhalt bzw. deren aktive Tolerierung durch die PDS. Von etwa fünfzig in Kriegs- und Krisengebiete abgeschobenen Flüchtlingen ist für dieses Bundesland bis 1998 die Rede. Nicht einmal der Selbstmord eines 16jährigen Abschiebehäftlings Ende vergangenen Jahres konnte die Geschäfte stören, obwohl es der PDS-Fraktionsvize Matthias Gärtner war, der die Tat als »eine logische Konsequenz der Abschiebepraxis des Landes« bezeichnete. Eine logische Konsequenz zu der von ihm und seiner Fraktion mitgetragenen Regierungspraxis ergab sich aber für niemanden. In MeckPomm wurde der übereifrige Abgeordnete nochmal zurückgepfiffen. Dabei konnte die PDS noch nicht einmal die über Jahre hinweg geforderte Stelle eines Ausländerbeauftragten in der Koalitionsvereinbarung durchsetzen.

Auch andere Punkte des PDS-Wahlprogramms wurden in Meck-Pomm kampflos aufgegeben. Der Bau der Ostseeautobahn A 20 sollte nicht vollzogen werden, wurde aber im Koalitionsvertrag festgeschrieben. Auf die formale Gegnerschaft zum Transrapid einigten sich die Parteien, allerdings, so Umweltminister Wolfgang Methling (PDS): Das Land »wird in dieser Richtung nichts tun ... Die anderen Mitglieder, einschließlich die der PDS, haben es so gesehen, daß wir zwar gegen den Transrapid sind, aber aktiv nichts tun, weil sonst die Industrie mit Schadensersatzansprüchen kommt ... Der Transrapid ist aber kein Gegenstand für mich, sich einerseits wie Don Quichotte in der Welt zu bewegen und hierbei Kräfte zu verschleißen, andererseits die sehr gut arbeitende SPD/PDS-Regierung zu belasten.« Spätestens nun ist klar, warum es im Osten der FDP oder der Grünen als Umfaller nicht bedarf.

Von der ebenfalls lauthals angekündigten Lehrstellen- und Beschäftigungsoffensive ist unter PDS-Arbeitsminister Helmut Holter nur noch ein Bruchteil übriggeblieben, was der Arbeitslosenverband als »große Schau« bezeichnete. Holter erscheint es aber wichtig, »jede Chance zu nutzen, Arbeitsplätze zu schaffen ... Ich möchte, daß bei Gesprächen zwischen Unternehmensvertretern und Gewerkschaftern, dem Chef des Landesarbeitsamtes und dem Ministerpräsidenten tabulos (!) über neue Wege nachgedacht wird.« Es gehe um die gemeinsame Sache, die einer großen Kraftanstrengung bedürfe. »Damit geht nicht zusammen, daß man seine ideologischen Vorbehalte und Prägungen wie eine Monstranz vor sich her trägt. Jeder weiß: Bremser sind immer die anderen. Es wäre schlimm, wenn jemand am Bündnistisch versuchte, über Schuldzuweisungen die Kämpfe von gestern zu gewinnen. Selbstdarstellungen blockieren nur. Unter Konstruktivität verstehe ich etwas anderes, als Unternehmen vorzuwerfen, zuwenig unternommen zu haben.« Zu diesem Neuen Denken gehören passenderweise auch Streichungen im Sozialbereich. So wird das Landesblindengeld in den nächsten Jahren nicht erhöht, die Bewohner von Alten- und Pflegeheimen müssen zuzahlen, und das Landeserziehungsgeld wird kraß zusammengestrichen. Die zuständige Ministerin Bunge kommt von der PDS.

Auch in Sachsen-Anhalt gehören Kürzungen im Sozialbereich zur Bilanz der »konstruktiv-gestalterischen Opposition« (Fraktionschefin Petra Sitte). Als nach den letzten Landtagswahlen das ganze Ausmaß der künftigen SPD-Austeritätspolitik zum Vorschein kam, so die Einsparungen von über 200 Millionen Mark an Zuweisungen für die Kommunalhaushalte und eine Kürzung in zweistelliger Millionenhöhe bei der Kinderbetreuung, sprachen die Landesvorsitzende Rosemarie Hein und Frau Sitte von »einer CDU-light-Politik«. Der Fraktionsvize Gärtner nannte insbesondere die Kürzung bei den Kindertagesstätten einen »neoliberalen Kurs«, der ihm als Beleg galt, daß die SPD versuche, die CDU »rechts zu überholen«. Wie nicht anders zu erwarten, schwenkte die PDS-Fraktion während der Haushaltsberatungen auf SPD-Linie ein, was wiederum den Protest von Eltern und Betreuern hervorrief. Daraufhin kippte die PDS erneut um, erklärte den Protestierenden ihre Unterstützung und verhalf einem CDU-Antrag auf Aufschiebung der Einsparungen zur Mehrheit. Doch die SPD ließ sich nicht erweichen und drohte mit der Beendigung des Tolerierungsbündnisses mit der PDS, was

deren Fraktionsvize Birke Bull zur letztgültigen Klarstellung drängte: »Wir werden das Magdeburger Modell nicht an der Kinderbetreuung scheitern lassen.«

Wer auf Landesebene so seine Inhalte der Machtbeteiligung opfert, wird es auch auf höherer Ebene nicht besser machen. Wenige Wochen nach den Nachwuchs-Technokraten der Grünen und der Jusos legten die jungen Besserverdienenden der PDS - der erwähnte Gärtner, sein sächsischer Landtagskollege Heiko Hilker und der Bundesjugendreferent Stefan Grunwald - in Magdeburg und Dresden ein Papier zur Zukunft des Rentensystems vor. Mit den voller juristischer Fehler steckenden Thesen signalisieren die Youngsters, worum es ihnen zukünftig geht: kein Sozialabbau mehr ohne uns. Im Zentrum steht die asoziale Forderung nach einer »zweiten Säule« der Altersvorsorge, »Eigensicherung« genannt. Abgesehen von der Frage, wie realistisch diese Vorsorge individuell überhaupt ist, tun die jungen Wilden so, als würde über den Abzug der Rentenbeiträge vom Bruttolohn nicht schon Eigenvorsorge betrieben. Von der bisherigen PDS-Forderung nach einer Grundsicherung von 1.400 Mark plus Warmmiete wollen sie schon gar nicht mehr reden. Gysi ging noch weiter: In seinen von den Erz-Reformern Michael Brie und Dieter Klein von der parteieigenen Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeiteten Vorstellungen vom »modernen Sozialismus« fordert er nicht nur die Renten-»Eigenvorsorge«, sondern zusätzlich noch eine weitere Flexibilisierung der Arbeitszeit statt steigender Reallöhne.

Obwohl die PDS alles tut bzw. tun würde, um dabei zu sein, ist momentan im Vorfeld der Landtagswahlen im Herbst eher lautes Oppositionsgedöns angesagt. Die Brandenburger SPD-Politik nennt Lothar Bisky »CDU-light«, legt seine Genossinnen und Genossen aber gleichzeitig darauf fest, alle Türen offenzuhalten. .Kein Argument scheint der Berliner PDS-Chefin Petra Pau zu dumm: Auf Bundesebene würde man angesichts des Krieges nicht koalieren, da man sonst selbst zur Kriegspartei würde. Auf Landesebene aber könne man mit einer Regierungsbeteiligung SPD und Grüne unter Druck setzen, um eine »Reformpolitik« zu betreiben. Ähnlich klingt es aus Thüringen, wo der SPD-Chef Richard Dewes, ein ausgewiesener Scharfmacher und Linkenhasser, den Innenminister der großen Koalition gibt. Der Krieg gegen Jugoslawien habe das Verhältnis sehr belastet, klagten dortige PDS-Promis. Und im jetzigen Zustand sei mit dieser Partei keine Zusammenarbeit möglich. Das sind dieselben Töne wie in Sachsen-Anhalt, wo PDS-Chefin Hein während des Krieges ebenfalls das »belastete Verhältnis« beklagte. Doch, so ihre Konsequenz, gerade deswegen müsse die Tolerierung fortgesetzt werden, um die »Kriegsbefürworter nicht zu stärken und um Druck auf die SPD auszuüben«.

Auch von der PDS-Spitze gab es Flankenschutz für die SPD-Kriegspolitik. Obwohl etwa der Juso-Chef von Meck-Pomm seiner Bundesvorsitzenden Andrea Nahles aufgrund ihres Abstimmungsverhaltens im Bundestag »Kriegstreiberei« vorgeworfen hatte, wollte Gysi seiner Partei diese Wortwahl gegenüber der Bundesregierung nicht durchgehen lassen. Während des Krieges ermahnte er auf jeder Veranstaltung die Genossen, daß man so nicht sprechen dürfe, denn auch bei den Regierungsparteien gebe es ja Kriegsgegner. Überhaupt sei der Anteil der neuen Bundesregierung an der Eskalation auf dem Balkan eher sekundär. Der Hauptfeind sei Amerika, hierzulande gebe es nur Getriebene und Irrende, was man - so Gysi im Bundestag - schon daran ersehen könne, daß der Dollar steige, der Euro aber falle. Die Dresdner PDS-Lokalmatadorin und bekennende Anti-Antifaschistin Christine Ostrowski hatte ihren Hauptgegner schon im August 1998 ausgemacht: »Damit keine Mißverständnisse aufkommen: Hauptverantwortlich ist die serbische Regierungspolitik gegenüber den Kosovo-Albanern. Mit der Aufhebung der Autonomie, der Unterdrückung von kultureller und politischer Identität hat sie den militanten Widerstand extremistischer Gruppen erst heraufbeschworen.«

Warum die PDS so ist, wie sie ist, und auch nicht anders sein kann, hat ausgerechnet die »FAZ« nach dem Rostocker Parteitag kurz und schlüssig erklärt: »Ansonsten fielen die Abstimmungen eindeutig aus; befürwortet wurde jeweils die Empfehlung des Vorstandes. In den Gängen machte dafür das Stichwort >keine Fehlerdiskussion< die Runde ... Der Unmut, der sich in Basisorganisationen wegen der einsamen Entscheidungen der Parteispitze angestaut hatte, kam kaum zur Sprache ... die >Viererbande< an der Spitze (bestehend aus Gysi, Brie, Geschäftsführer Bartsch und Parteichef Bisky) mit einer eigentümlichen Mischung aus Leninismus und Marketing. Leninistisch ist das Prinzip der Avantgarde, die die richtigen Ideen (diesmal: die Demokratie) in die Massen hineinträgt und dabei acht gibt, daß es zu keinen Abweichungen kommt. Und den Gesetzen des Marketings folgt die sorgsam ausgetüftelte Außendarstellung, deren leitende Ideen offenbar Buntheit, Verblüffung und allseitige Anschlußfähigkeit sind ... Die avantgardistische Marketing-Abteilung schwebt weit über der Basis, die nicht dazu ermuntert wird, sich zu artikulieren. Ihre Meinung ist so, irrelevant wie die Meinung der Belegschaft eines Joggingschuh-Herstellers zu dessen Werbekampagne. Die heutige PDS reproduziert weniger die Muster etablierter Parteien als die der von ihr rhetorisch bekämpften Markt-Dynamik.«

David Melzer ist PDS-Dissident und lebt in der inneren Emigration

Konkret 09/99, S. 38

Georg Fülberth

In diesem Sinne - Ein Besinnungsaufsatz

Gerhard Schröder ist ein Segen für Gregor Gysi. Durch seine Proklamation der »Neuen Mitte« öffnete der Kanzler eine Marktlücke. Wahlkampf-Leitung und PR-Agentur der PDS wären ihr Geld nicht wert, hätten sie diese nicht bedient: durch zwölf Thesen mit der Überschrift »Gerechtigkeit ist modern«, herausgegeben von der Bundesstiftung Rosa Luxemburg und am 3. August kommuniziert vom Fraktionsvorsitzenden.

Mehrheitlich handelt es sich um eine Art Besinnungsaufsatz, dem Vernehmen nach vor allem aufgeschrieben von den Gelehrten Michael Brie und Dieter Klein. Sie traktieren ihr altes Lieblings-Thema: die »Moderne«. Diese sei in unterschiedlichen Formen vorstellbar: »fordistisch«, neoliberal oder-und das wäre dann das PDS-Vorhaben - durch das Bemühen gekennzeichnet, »an die Stelle der Dominanz der Kapitalverwertung über Richtung, Gestalt und Tempo des Wandels der menschlichen Zivilisation die Dominanz sozialer, kultureller und ökologischer Zielstellungen zu setzen«. Das ist eine ziemlich idealistische Angelegenheit, weil es im gegenwärtigen Kapitalismus keine Vergesellschaftungstendenz in dieser Richtung gibt. Falsch muß es deshalb nicht sein.

Das Papier von Blair und Schröder verfährt insofern materialistisch, als es sich strikt - wenngleich affirmativ - am Kapitalverhältnis orientiert. Gysi, auf keine konfliktfähige gesellschaftliche Kraft gestützt, setzt ihm die Forderung nach öffentlicher Kontrolle und Lenkung der gesellschaftlich relevanten ökonomischen und stofflichen Ressourcen entgegen. Das Konzept ist recht konsequent durchgehalten. Die Einführung von Vermögens- sowie »Devisenumsatz- (Tobin) und Kapitalverkehrssteuern« wird nicht in erster Linie fiskalisch begründet, sondern gehört sozusagen zum System.

Der folgende Satz ist rätselhaft: »Eine Reihe öffentlicher Dienstleistungen kann durch staatseigene Betriebe in ihrer bisherigen Form offensichtlich nicht effizient gewährleistet werden.« Man wüßte gern, was gemeint ist. An die Gefängnisse zu denken, wäre wohl unfair. Durchaus vernünftig ist der Vorschlag für die »Generalisierung der Sozialversicherung«, in welche alle Bezieher von Einkommen aus Kapital und Arbeit einzahlen müßten. So könnte eine beitragsfinanzierte Grundsicherung bezahlt werden. Den Hinweis, aufgrund der Arbeitslosigkeit sowie der veränderten demographischen und Beschäftigungsstruktur sei die bisherige Rentenhöhe nicht zu halten, darf man wohl nicht kapitalismus-kritisch verstehen, sondern er soll eher eine neue Besonderheit der letztlich ja doch sehr geschätzten »Moderne« charakterisieren. Der Vorschlag, wer mehr wolle als die Grundsicherung, möge selbst Vorsorge treffen, ist ein kostenloser Service vom freundlichen Anlage-Berater für die Begriffsstutzigen, die es sich einerseits leisten könnten, es andererseits bisher versäumt haben.

Die »Kommunistische Plattform« wird vielleicht kritisieren, daß eine »Bundesstiftung Rosa-Luxemburg« einen Text herausgibt, welcher der Namenspatronin mißfallen, dem Eduard Bernstein dagegen zugesagt hätte. Aber das ist halt die Freiheit des Andersdenkenden.

Konkret 09/99, S. 38

Tjark Kunstreich

In diesem Sinne - Kein Quatsch ist illegal

Deutsche sind, zumal in Polen und Tschechien, nicht gerade für historische Sensibilität bekannt. Man ist vor allem in den Grenzregionen viel gewohnt. Jede Woche karren Busse hunderte Berufsvertriebene durch die Landstriche, die vormals unter anderem von Deutschen bewohnt wurden. Auch Antirassisten finden Grenzen scheiße. Alle sollen da wohnen können, wo sie wollen. Nach dem Sieg des Antinationalismus im Kosovo-Krieg haben ihre Parolen einen neuen Klang: Statt »Freies Fluten« heißt es jetzt »Keine Grenze ist für immer«, so jedenfalls das Motto eines »Grenzcamps« der Kampagne »Kein Mensch ist illegal«, das im August am deutsch-polnisch-tschechischen Grenzdreieck in der Nähe von Zittau stattfand.

Gerade erst wurde unter maßgeblicher deutscher Beteiligung Jugoslawien zerschlagen; alte Grenzen sind gefallen, neue sind gezogen worden. Insofern hatten die Veranstalter dieses Alternativurlaubs fürs gute Gewissen objektiv recht. Und mit der Wahl des Ortes für ihr Zeltlager erwiesen sie sich sogar als Avantgarde deutscher Begehrlichkeiten -der Eindruck, daß es sich hier nicht um Linke, sondern um die Jugend der Vertriebenenverbände handelt, wurde jedenfalls nicht vermieden. Auch die deutschen Aborigines in dieser Gegend konnten sich freuen: Obwohl sie den Bundesgrenzschutz bei der Jagd auf Flüchtlinge tatkräftig unterstützen und ein paar Erziehungsmaßnahmen deswegen nicht schaden könnten, galten die Attacken der Antirassisten nicht ihnen, sondern »der Grenze«, dem vermeintlichen Symbol des »staatlichen Rassismus«.

Das Veranstaltungsprogramm – viel Ringelpiez mit Anfassen, Badeausflüge und Schwoof auf dem Zittauer Marktplatz – läßt erahnen, wieviel Energie und Kreativität die Organisatoren darauf verschwendeten, die arischen Eingeborenen von ihrer Zutraulichkeit zu überzeugen. Daß ihr naßforsches »Keine Grenze ist für immer« von den osteuropäischen Nachbarn als Provokation aufgefaßt werden mußte, war ihnen dagegen offensichtlich gleichgültig - das sind ja nur Slawen. Doch es geht nicht nur um Gedankenlosigkeit: Das Motto verweist vielmehr darauf, daß deutscher Antirassismus bisweilen auch zur Ideologie derer werden kann, die von den deutsche Verbrechen - etwa der gewaltsamen Beseitigung der tschechischen und polnischen Grenze - nichts mehr hören wollen. Deshalb ist es reichlich absurd, wenn »Jungle World«-Kommentator Burkhard Schröder moniert, daß die kreuzfidelen Grenzcamper »nicht die selbe Sprache wie die Stinknormalen« sprechen. Vielmehr geht es auf diesem Zeltplatz zu wie im August auf jedem anderen in Europa: Man spricht deutsch.

–

Konkret 09/99, S. 38

Horst Pankow

In diesem Sinne – »Mama, wirf Geld ein«

Die Fragwürdigkeit historischer Analogien scheint inzwischen so offenkundig zu sein, daß sie fast nur noch spöttisch genutzt werden. »Von alten Soldaten, die sich auf den flandrischen Schlachtfeldern ausgezeichnet hatten, pflegten die Kameraden in den tiefen Ledersesseln der Londoner Herrenclubs zu sagen, sie hatten einen)guten Kriegs. Diese Redewendung... wird heute gebraucht, ... um einen bestimmten Typus zu karikieren« (»FAZ«). Gemeint ist George Robertson, britischer Verteidigungsminister und designierter Nato-Generalsekretär. Mit seinem Vorgänger Solana und dem zeitweilig von den USA ins Spiel gebrachten Scharping verbindet ihn neben der plebejischen Herkunft und dem sozialdemokratischen Ticket das biographische Detail, selbst nicht »gedient« zu haben. 1922, der Eindruck »flandrischer Schlachtfelder« war noch frisch, veröffentlichte Virginia Woolf ihren Roman Jacob's Room. Der Nachname des Titelhelden lautet Flanders, nach seinem Todesort. Über die Umstände seiner Tötung schreibt Woolf: »Diese (militärischen) Aktionen zusammen mit den unaufhörlichen Umtrieben der Banken, Laboratorien, Kanzleien und Geschäftshäuser sind die Ruderschläge, die unsere Welt vorwärtsschießen lassen, sagt man. Und diese Ruderschläge werden von Männern durchgezogen, die so ebenmäßig gestaltet sind wie der ungerührte Polizist am Ludgate Circus. Aber man bemerkt vielleicht, daß sein Gesicht - weit entfernt, zu Rundlichkeit ausgestopft zu sein - steif ist vor Willenskraft und mager von der Anstrengung, es so zu halten. Wenn sein rechter Arm sich hebt, fließt alle Kraft ... geradewegs von der rechten Schulter in die Fingerspitzen; nicht ein Gramm wird in plötzliche Impulse gelenkt, in sentimentales Bedauern, spitzfindige Unterscheidungen. Die Busse bleiben prompt stehen. « Heute werden die Ruderschläge von Leuten wie Robertson, »Sohn eines Polizisten von der Insel Islay« (»FAZ«), durchgezogen. Von Physiognomie und Charakter kaum ein Ebenbild seines Vorfahren vom Ludgate Circus, wenngleich nicht weniger gefährlich. Als er sich im April auf einem Bomber posierend fotografieren ließ, erschien er dem Journalisten Mark Steel »wie ein Dreijähriger in einem jener Flugzeuge in den Ecken der Supermärkte, der kreischt:)Mama, wirf Geld ein, damit ich eine Autofabrik in die Luft jagen kann«. Die Porträtierung dessen, was Deutsche nachsichtig »kindliche Begeisterung für die Waffentechnologie« (»FAZ«) nennen, kostete Steel seinen Job beim »Guardian«.

Konkret 09/99, S. 39

Rayk Wieland

Krämer gegen Krämer

»Das Maultier sucht im Nebel seinen Weg.«
J. W. v. Goethe

Der Sommer war, wenn auch die ersten Schatten sich schon auf die Sonnenuhren legen, zweifellos sehr groß. Wir tranken wieder, was man nicht tun soll, zuviel vom billigen Weißwein, den wir aber Abend für Abend für teures Geld aus den Tankstellen der Umgebung herausklauben mußten. Denn weit und breit fand sich keine einzige geöffnete Kaufhof-Filiale, wo man wenigstens einen passablen Sancerre hätte antreffen können, der allerdings auch mit reichlich Wasser verfeinert gehört. Und so erwachten wir jeden Morgen mit stummen Qualen, und kein Gott gab uns zu sagen, was wir litten.

Uns nicht – aber unseren ostdeutschen Mitbürgern, Brüdern und Schwestern in Halle und Dessau, in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern lieh er seine Stimme, das zum Himmel schreiende Unrecht des willkürlichen Ladenschlusses anzuprangern und womöglich abzuschaffen. Unter ihrer Losung »Shop around the clock« umlagerten sie am Tage des Herrn in dichten Trauben die Eingänge der Kaufhäuser, um qua Abstimmung mit den Füßen die Herausgabe dringend benötigter Souvenirs, lebensnotwendiger Kuckucksuhren oder Badematten zu erreichen. Und während die Verwaltungsgerichte Eilentscheidungen trafen, formierten sich Kirchgänger und Geschwerkschaftsleute zu Protestzügen, richteten Bundespräsident und Bundesregierung Worte der Mahnung an die zu jedem Einkauf besinnungslos entschlossenen Menschen.

Die Ostdeutschen sind, man weiß es, protesterfahren, protestgeübt. Gerade erst 1989 haben sie mit friedlichen Mitteln ihren eigenen Laden geschlossen bzw. für eine symbolische Mark und ein bißchen Feuerwasser der Konkursverwaltung übergeben. Seither gibt□s Bananen, Westreisen und was dergleichen Errungenschaften der Wende mehr sind praktisch rund um die Uhr – nur am Sonntag eben nicht. Am Sonntag steht nach wie vor eine symbolische Mauer vor den Geschäften mit den Waren des sonntäglichen Bedarfs; Stacheldraht und Minenfelder haben die schikanösen Behörden zwischen der Freiheit und dem Umsatz errichtet. Zwar zählen Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zu den ärmsten Bundesländern, doch dafür waren die Menschen damals bestimmt nicht auf die Straße gegangen, daß sie nun das Geld, das sie nicht haben, auch nicht ausgeben können. Dafür brannten damals keine Kerzen, wurden keine Mahnwachen abgehalten, dafür hatte man nicht der Stasi die Türen eingerannt, daß man jetzt wieder rechtlos und entmündigt den Ladenhütern gegenüberstehen muß.

Halle kämpfte. Berlin demonstrierte. Dessau ging in den Untergrund. Die Freiheit, die sie meinten, war die gleiche wie die, die sie vor zehn Jahren schon anstrebten, als sie auch nur ein Ziel hatten: mit Dummbeuteln und Plastiksäcken behangen durchs Bild laufen zu können, gerne auch sonntags, denn staatlich verordnete Feiertage gab es in der DDR bekanntlich genug. Was 1989 seinen Anfang nahm, vollendete sich dergestalt unter dem Motto: Einkaufen, bis der Arzt kommt, wobei gerade der am Sonntag seine Praxis wohlweislich verschlossen hält.

Ökonomisch handelt es sich bei dieser Einkaufspalastrevolution um einen Kampf von Krämern gegen Krämer, großen gegen kleine, welcher am Ende eine weitere Flexibilisierung des Arbeitsmarktes zeitigen dürfte sowie den schönen Effekt, daß diejenigen, die jetzt für unbeschränkte Ladenöffnungszeiten demonstrieren, diese nicht für sich in Anspruch nehmen können, weil sie arbeiten müssen. Die Geldmenge wird nicht wachsen, der Umsatz nicht steigen, der Mehraufwand nicht lohnen. Das alles ist banal, und da alle das alles wissen, wenn sie auch nicht so aussehen, erhebt sich die Frage, was die Gemüter so erregt.

Kulturpolitisch handelt es sich natürlich um den Abbau von »Kultur«, der in Deutschland verfassungsrechtlich zum Zweck der Handentspannung und Autowäsche garantierten Sonntags- und Ruhetagskultur vor allem, die, auch sämtlichen ostdeutschen Pastoren zufolge, die diesmal den Anschluß ans Protestgebet irgendwie verpaßt haben, flöten zu gehen droht. »Wird dieser Prozeß nicht gestoppt«, schreibt der Thüringer Landesvorsitzende der Gewerkschaft HBV, Angelo Lucifero, in der »Jungle World«, »so wird er auf andere Bereiche übergreifen und erhebliche Konsequenzen für die Kultur dieses Landes haben.« Die Sonntagsarbeit verhindere nämlich, daß demokratischer Widerstand, für den ja nur am Wochenende Zeit ist, weiterhin ordnungsgemäß geübt werden kann. Luciferos Widerpart auf derselben Seite der »Jungle World« meint hingegen, die Aufhebung der Ladenschlußzeiten hätte »Vorteile geradezu zivilisatorischer Natur«: »Wer sonntags antanzen muß, um die Regale aufzufüllen, die Kasse zu bedienen oder auch nur ein wenig sauberzumachen, hat Samstagabend keine Zeit mehr, Jagd auf Ausländer zu machen. Ein gutes Argument dafür, aus der ehemaligen DDR ein 24-Stunden-Einkaufsparadies zu machen – sieben Tage die Woche.« Das gute Argument funktionierte bereits bei Hitler, der schon einmal die Arbeitslosen von der Straße holte, um, wie bekannt, die Juden vor Übergriffen zu schützen.

So macht jeder passend, was ihm paßt. Was bei dem ostdeutschen Feldversuch auf dem Spiel steht, ist der Anspruch der politischen Exekutive, die als die eigentlich Düpierte gelten darf. Bisher hat sie noch unterlassen, deutsche Einkaufspassagen mit einem Polizeikordon vor sonntäglichen Kundenattacken abzuschirmen, wie das Gesetz es geböte. Frech treten die schnauzbärtigen Kaufhauschefs vor die Kameras, gelassen nehmen sie die Strafbescheide der örtlichen Behörden hin. Das Volk ist auf der Straße und steht an ihren Kassen an, um den ominösen Aufstand zu finanzieren. Die Lage könnte sich dramatisch zuspitzen. Wird die Menge an den kommenden Sonntagen die Türen der Läden aufbrechen und sich zur Kasse durchkämpfen? Oder errichtet die Polizei einen Sperriegel vor Schaufenstern und Eingängen und fährt Wasserwerfer auf?

Bleibt aber diesmal, wie von vielen befürchtet, die »Kultur« endgültig auf der Strecke? Wenn damit die Religionsausübung gemeint ist, so wäre der Verlust ein Gewinn. Die Sonntagspredigten könnten Interessierte im Internet abrufen wie übrigens auch, ein weiteres wichtiges Stück Wochenendkultur, die Lottozahlen. Ansonsten sind so ziemlich alle anderen unter »Kultur« firmierenden Beschäftigungen wie etwa Kinobesuch oder Bundesliga längst Geschäftsakte, die unabhängig von jedem Ladenschluß über die Bühne gehen – und kein Kaufhof kann mit den Öffnungszeiten eines Fernsehsenders mithalten, wenngleich nachts um drei der Erwerb einer neuen Bettwäschegarnitur dringlicher zu sein vermag als die dritte Wiederholung von Vormittagstalkshows.

Bedroht ist freilich ein, wenn nicht *der* originäre Beitrag des Bürgertums zum Weltkulturerbe: der Sonntagsspaziergang. Die alte Menschheit kannte weder das gemeinschaftliche Trotten über Uferpromenaden, noch das ziellose Queren von eigens zum Gequertwerden angelegten Busch- und Baumgruppen, noch das Vorbeidefilieren an den Auslagen geschlossener Geschäfte. Diese seltsame Sorte Freizeitbeschäftigung wird nun auch künftigen Generationen, deren Läden immer offen sein werden, fremd bleiben. In Amerika spaziert schon kein Mensch mehr, der nicht in den Verdacht eines psychischen Defekts geraten will, und abgesehen von ein paar Ostküsten-Intellektuellen, leidet auch niemand darunter.

So gesehen ist der Osten die Neue Welt der neuen Welt, das Land, wo die Zitronen zwar nicht blühen, aber around the clock ausliegen. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, wann es seine Unabhängigkeitserklärung abgeben wird. Und Einwanderer aus allen Regionen des alten Europa nach Dessau und Halle aufbrechen, um ihr von keinem Ladenschluß mehr eingeschränktes Glück zu machen.

Konkret 09/99, S. 40

F. W. Bernstein

Buch des Monats: Grandiose Frablandschaften

Zwei große, schöne Bildbände von Bernd Pfarr liegen vor: Eines Tages war Zeus das Blitzeschleudern leid und Kleine Nachtmusik. Ferner sind, laut Auskunft meiner Buchhandlung, noch im Handel: Der doppelte Sondermann und, als Taschenbuch, Gefährlicher Alltag. Das ist ein Rest vom Schützenfest – ach, wie rasch sind Bücher verramscht und vergriffen! Aber zum Glück können wir uns an den beiden großen, schönen Bilderbüchern freuen. In besseren Kreisen werden Bücher dieser Größe XXL »Coffeetable-books« genannt, aber ob auf Couch- oder Küchentisch: Allein die Kleine Nachtmusik vermag bis zu sieben Personen gleichzeitig vor nichtsnutzigem Diskurs zu schützen und abzulenken von schwerem Geschwätz. Wie dies? Etwa mit Sätzen wie: »Meine schon leicht entflammte Liebe zu Hilmar entzündete sich mehr und mehr, wenn ich hörte, wie täuschend echt er das sanfte Knarren der Scharniere meiner Schlafzimmertür auf der Blockflöte nachzuahmen wußte ...«

Bernd Pfarr malt ein Bild dazu, das eben gerade nicht augenzwinkernd eine Frivolität illustriert. Sondern ... Halt! Vor der Feier Pfarrscher Farbenpracht und Bildstruktur kurz Hinweise auf den Künstler. In den Printmedien ist er regelmäßig vertreten in »Titanic« mit der Serie »Sondermann«, in der Schweiz im wöchentlichen »Magazin« des Zürcher »Tagesanzeiger« mit wechselnden Folgen, zuletzt mit »Fin de siècle«; hierzulande nach dem Hinschied der Magazine nur noch im »Reformhaus-Kurier« (»Ihr Magazin für gesundes Leben«). Ja, dem »Reformhaus-Kurier«! Trauen Sie sich in den Laden, kaufen Sie zur Tarnung ein Pfund »Gold-Hirse« oder einen Haselnuß-Riegel; an der Kasse liegt o. g. Kundenzeitschrift – »kostet nix, könnse so mitnehmen«. Und auf der vorletzten Seite! Ja – »Alex der Rabe«. Seit vielen Jahren schon erscheinen die Folgen dieser ganzseitigen Bildergeschichten; und siehe, ich verkünde euch große Freude: Bald wird's ein Buch davon geben! Soweit die Medienpräsenz.

In »unseren Kreisen« (Michael Rutschky) gehört Bernd Pfarr zur ästhetischen Grundausstattung. Sowieso! Von einem seiner ersten Verleger ist der Satz überliefert: »Pfarr? Der hat diesen komischen Humor.« Das ist die lautere Wahrheit. Humor und Komik treten selten zusammen auf. Nicht wahr: Humor – das ist ein philosophisches Lächeln bzw. Schmunzeln über den Lauf der Welt; Komik – das ist Harpo Marx, der dem Humorang Utan auf den Arm hüpft.

Im Jahr 1968 schrieb Manuel Grasser in einem Katalog: »Der Sprung von der Karikatur zur Kunst, in unseren Tagen von manch einem erfolglos getan, ist ...« wem gelungen? Bernd Pfarr war anno 68 zehn Jahre alt, ein junger Hüpfer noch. Wem ist's gelungen? Sag's schon!: Saul Steinberg. Wem sonst. Gott hab ihn selig. Aber Sprung muß sein, und Kunst bleibt Kunst! Christoph Siemes wiederum, Ex-Chefredakteur des »Zeit«-Magazins, sagt im Vorwort der *Kleinen Nachtmusik*: »Bernd Pfarr regt die Leute auf, weil er Ansprüche stellt. Wer so viel Aufwand treibt, macht nicht einfach Comics und Cartoons. So einer will seine Gattung ins Kunstmuseum malen. Und im streng dialektischen Prozeß (Frankfurt!) gleichzeitig die großen Vorbilder auch seiner eigenen Pinselführung freundlich vom Sockel herunterbitten. Das kann natürlich jenen, die zwischen U und E, zwischen hehrer und Gebrauchskunst scheiden wollen, nicht in den Kram passen. Wo bleibt da die Orientierung, wenn jeder Scherzkeks es in die Annalen der Kunstgeschichte schafft ...«

Also: Eine Kunstgeschichte, in der künftig Bernd Pfarr nicht vorkommt, bleibt eine Kunstgeschichte. Oder? Im allgültigen Lexikon der bildenden Künstler, dem *Thieme-Becker*, kommt kein Bernd Pfarr vor. Und in der bislang ersten (und guten) Geschichte der deutschen Karikatur – Gisold Lammel: *Deutsche Karikaturen vom Mittelalter bis heute*, Stuttgart 1994 – Fehlanzeige. Die großen, schönen Küchentischbücher erschienen auch später. Als erstes das sehr große, sehr schöne *Komische Bilder*, 1996 bei Zweitausendeins.

Hinter dem »streng dialektischen Prozeß« hat Siemes in seinem Vorwort in Klammern »Frankfurt!« notiert. Aha! Wir wissen: »Frankfurter Schule«, philosophische Neubegründung des Marxismus durch Horkheimer, Adorno et al., Stichwort »Kritische Theorie«; an deren Ruf und Ruhm sich ranschmeißend wir von der »Neuen Frankfurter Schule« der Zeichner und Schreiber; Gernhardt, Henscheid, Waechter, Knorr, Eilert, Bernstein. Zur zweiten Generation unbedingt und zentral gehört Bernd Pfarr, der einzige Frankfurter Schulmeister, der aus Frankfurt kommt und auch in Frankfurt zur Schule ging. Bevor aber Bernd Pfarr im »Bund Bildender Künstler« aufgenommen, in die »Akademie der Künste« gewählt wird und seine Werke das Prädikat »besonders wertvoll« erhalten: Schluß des Vorhergehenden.

»Parallel-Universum« – so nennt der verdienstvolle Herausgeber von *Komische Bilder* den Ort, an welchem Pfarr seine Szenen lokalisiert. Auf den ersten Blick ist soweit alles in Ordnung. Aber schon und sogleich möchte man wie in Waechters Cartoon auf den Gruß »Alles klar?« antworten: »Nein. Wieso?« Bernd Pfarr malt. Und die Verbindung von Bild und Text setzt Schönheit, Pracht und Komik frei. Manchmal explodiert eine Pointe, wie auf Gottvaters Foto vom Urknall.

Die Hintergründe und Kulissen seiner Szenen sind Landschaften, Häuser, städtische Umwelt, urbane Biotope. Nie sind es irgendwelche schematischen Haus-Baum-Mensch-Kombinationen; doch man kann die Schauplätze auch nie genau

verorten. Kein spezifischer Kiez, keine pittoreske Romantik. Immer sind es überraschende und immer durchaus mögliche Orte. Detailreich, auch bei leicht vergröberter Malweise. Und jetzt kommt der Pfarr-Faktor ins Bild: aus mächtigen prächtigen Frab – »Frab« ist gut! Im Parallel-Universum bestimmt die Frabstimmung die Bildwirkung; wir realexistierenden Pfarr-Fans haben es ja sonst eher mit Farben zu tun. Der Pfarrsche Frabeffekt nun widerspricht der traditionellen Ökonomie des Komischen: größte Wirkung bei geringstem Aufwand. Bei Pfarr herrschen im Bild Überfluß und Überschuß. Wir kriegen immer mehr an Farben und Formen, als der Witz benötigt. Hochexpressive Kompositionen serviert er uns wie mit links, mit leichter Hand. Und hier sind Große Namen fällig, denn immer kommen Bilder auch von anderen Bildern her und den Bildern anderer: Matisse also; und Hockney. Und Max Beckmann. Pfarr macht Gebrauch von den Errungenschaften der klassischen Moderne. Zu unserm Glück. In diesen Frablandschaften treten Leute auf, immer in der Einzahl, sie heißen: Herr Kuhn, Erich Scholle, Knut Lamprecht; oder Antje, Herwig, Petra. Tiere sind gleichberechtigt. Der Bär heißt Bruno Bär und hat mehrere Solo-Auftritte. Solche Einzelleute erhalten Sinn und Aura durch die Bildlegende. »Legende« stimmt hier im doppelten Sinn des Wortes: Als Bildunterschrift erzählt sie Geschichten sonderbarer Heiliger. »Antje hatte zu ihrem Bottich eine Beziehung, die so kompliziert war, daß selbst anerkannte Bottichspezialisten Antjes Haus mieden wie der Teufel das Weihwasser.«

Dem antiken Chore gleich, aus dem Off, ertönt es an anderem Ort: »Nach heftigem Streit hielt Petra das Versöhnungsgeschenk ihres Lebensabschnittspartners, ein selbstgebasteltes Objekt aus einem Joghurtbecher und Achselhaarbüscheln, durchaus für angemessen.« Die trockenen Worte des Chores halten uns auf Distanz und lassen uns das Bild lachhaft fremd und vertraut zugleich erscheinen: Ein fest gefügtes dunkelglühendes Rotbett, noch dunklere Blau- und Grünkissen vor schwarzer Wand, sockenförmiges Türkis und Deckweißakzente in hellerem Blau – wir wären diesem Farbfest rettungslos verfallen ohne Ton.

In vielen Interieurs sind in Bild und Wort Satiren gut aufgehoben. Bei Witzlichtbeleuchtung kommt oft Schadenfreude auf: »Knut Lamprecht war allmählich der Verzweiflung nahe: Nie, nie konnte er abends ein wenig lesen, ohne daß seine Stehlampe über seine Schulter mit ihm ins Buch starrte.« (Die letzten Beispiele sind aus dem 98er-Band mit dem langen *Zeus*-Titel.) Ich darf an dieser Stelle gestehen, daß ich für viele seiner betörenden Landschaften unter erdbeerfarbnen Himmeln gar keinen Ton und Text mehr brauche. Im Parallel-Universum ist alles selbstverständlich und überraschend.

Zum Schluß noch ein bilderloser Text, der uns die Türen zum Paralleldings aufzutun vermag: In *Komische Bilder*, herausgegeben von Hans Traxler, ist auf mehreren Seiten das Protokoll einer Gesprächsrunde abgedruckt. Ein wunderbares Terzett: Traxler, der Zeichner Volker Reiche und Bernd Pfarr. Wir schalten uns ein auf Seite 228; Hans Traxler hat das Wort:

Einmal hast du mich mit einer Bildunterschrift verstört, das ist dieser Cartoon, wo vor einer Stadtlandschaft und einem Festungsturm eine deiner Comicfiguren eine andere, weibliche, in einem Schubkarren entlangschiebt. Die Bildunterschrift lautet etwa: »Richard Wagner feiert mit seiner späteren Frau Cosima die gelungene Uraufführung der ›Meistersinger von Nürnberg.‹«

Pfarr: Was ist daran problematisch?

Traxler: Alles.

Reiche: Superwitzig!

Traxler: Alles! Ich glaube, hier hast du's übertrieben. Da reißt das Spannungsverhältnis zwischen Bild und Unterschrift. Im Bild gibt es nicht den geringsten Verweis auf Wagner. Das nenn ich Beliebigkeit.

Pfarr: Das hängt aber damit zusammen, daß du Wagner nicht sonderlich schätzt, mein lieber Hans.

Traxler: Da kann ich nicht widersprechen.

Reiche: Eine Schande für einen Cartoonisten! Wagners »Siegfried« ist unglaublich lustig!

Traxler: Vielleicht auf sächsisch.

Reiche: Hans, darf ich dir den Witz von Bernds Cartoon erklären?

Traxler: Meinetwegen.

Reiche: Bernd nimmt einen berühmten Menschen, Richard Wagner. Nicht nur berühmt, sondern auch problematisch. Du kennst die Diskussion: Wagner und die Juden, Wagner und die Nazis. Jetzt wird's interessant. Wagner feiert eine gelungene Uraufführung. Wie macht man das? Nun, Wagner könnte ein Glas Sekt trinken oder mit König Ludwig feiern. Aber da sagt Cosima: »Nein, du setzt mich mal schön in die Schubkarre und fährst mich ein bißchen rum.« Ist doch an sich schon sehr lustig zu sehen, daß jemand ein bedeutendes Ereignis dadurch feiert, daß er die Freundin in eine Schubkarre setzt und ein bißchen durch die Gegend schiebt. Das ist supermatt. Es geht nicht darum, Wagner niederzumachen oder mit spitzer Feder seine Schwächen aufzuspießen. Es geht auch nicht darum, diese beiden Comicfiguren lächerlich zu machen, denn sie

machen das offenbar gern, das Schubkarrenschieben ... Aber es muß Wagner sein, dieses hochaufgeladene und umstrittene Kulturgut ... Bernd spielt damit und bringt es runter, ins Lieb-Matte. Sehr komisch ...

Pfarr: Öh – ich möchte doch kurz darauf hinweisen, daß es eine Schubkarrenaffäre im Leben Wagners gab ...

Bernd Pfarr: *Eines Tages war Zeus das Blitzeschleudern leid.* Zweitausendeins, Frankfurt a. M. 1998, 144 Seiten, 129 meist farbige Abbildungen, 44 Mark

Kleine Nachtmusik. Kein &Aber, Zürich 1999, 64 Seiten, 38 Mark

Konkret 09/99, S. 42

Kunst & Gewerbe

Mißverständnis

Viktor Jerofejew resümiert in der »Zeit« die »natürlich pompösen« Feierlichkeiten in Rußland anläßlich des 200. Geburtstags von Alexander Puschkin: »Den Rekord in diesem ganzen Jubiläumsidiotismus stellte allerdings Odessa auf, wohin Puschkin anläßlich seiner frühen atheistischen Gedichte verbannt wurde. Im Gefängnis von Odessa wurde unter den Häftlingen ein Wettbewerb um das beste Gedicht über Puschkin durchgeführt, und der glückliche Gewinner erhielt Dosenfleisch, Huhn, Halva, Kompott, ein Kilo Tee, 40 Päckchen Zigaretten und 20 Schachteln Streichhölzer.« Was da zu mosern ist, leuchtet nicht ein. Der Siegerpreis jedenfalls scheint, zumal angesichts der allgemeinen Versorgungslage, mehr als angemessen, und es schmälert auch nicht das Ansehen eines Gefängnisses, wenn es einen Lyrikwettbewerb durchführt, der im offenen Vollzug etwa einer deutschen Universität undenkbar wäre. Glückliches Land, dessen größten Dichter sogar die Knackis besingen! Lyrikwettbewerbe in russischen Gefängnissen: Da nimmt es nicht Wunder, daß im Kreml ein Delikt nach dem andern begangen wird.

Renegation der Renegation

Mit dem Glauben und der wissenschaftlichen Weltanschauung sind auch die Renegaten auf der Strecke der Weltgeschichte geblieben. Keiner fällt mehr ab. Keiner läuft mehr über; wohin denn auch. Es gibt Vereinswechsel, Auslandspraktika. Tiere kommen in ein anderes Gehege. Die Irrenanstalt zieht um. Reichlich spät immerhin hat jetzt Sergej N. Chruschtschow, der Sohn des bekannten sowjetischen Schuhausziehers, die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen. Chruschtschow jr., der als Kybernetiker Held der sozialistischen Arbeit und Leninpreisträger geworden ist, wird von den Amerikanern nicht weniger bestaunt als sein Vater. Er kann sprechen, und seine Frau kann sogar schon die amerikanische Nationalhymne singen. Gefragt, was ihn dazu veranlasse, in die USA überzusiedeln, statt in Rußland die Präsidentschaft anzustreben, antwortet er: »Gott bewahre. Politik, nein danke. Ich bin glücklich mit meiner Forschung und mit dem Schreiben. Ich bin überhaupt glücklich hier. Die Amerikaner sind unglaublich freundlich, und es ist einfach vergnüglicher, in den Nachrichten zu verfolgen, wie der Haushaltsüberschuß ausgegeben werden soll, als Meldungen zu hören, wer eine weitere Milliarde auf die Seite gebracht hat, Jelzin oder Beresowskij oder alle beide.«

Die Ratten betreten das sinkende Schiff.

Ferienlektüre

Eine Zensur findet ja bekanntlich nicht statt, und auch die sogenannte Zensur des Marktes ist nicht wirklich befriedigend. Im Bücherregal der Urlaubsherberge findet sich ein von Hella von Sinnen und Jürgen Domian verantwortetes Buch namens *Jenseits der Scham* (vgs, 1998); es enthält ein paar ausgewählte Telefontalkshowabschriften der kaum zu erduldenden WDR-Sendung »Domian« von ebenjenem Biolek für Autisten sowie beigeordnetes Geräusch der prominenten Anstandslesbe des deutschen Fernsehens. Das geht mitunter so: »*von Sinnen:* Lieber Jürgen, ich habe manchmal das Gefühl, daß du etwas schwanzfixiert bist. Erzähl uns doch mal von deiner Beziehung zu deinem Schwanz. Dein Schwanz und du. Hast du zum Beispiel einen Kosenamen für dein bestes Stück? *Domian:* Nein, ich habe keinen Kosenamen. Aber das ist wahrscheinlich nur schwerlich nachzuvollziehen für dich als Mädchen. (Gelächter) Es ist natürlich ein exorbitantes Körperteil für einen Mann. *von Sinnen:* Vor allen Dingen exorbitant, ja. Wie lang ist er denn im unerigierten Zustand? *Domian:* Das erzähl ich nicht – ätsch! Es müssen noch einige Geheimnisse übrigbleiben. Nein, aber er ist für jeden Mann ein ganz wichtiges Körperteil. Und ich liebe ihn. Ich finde es wunderbar, als Mann auf die Welt gekommen zu sein – und nicht als Frau. *von Sinnen:* Das einzige Problem ist nur, wenn du auf nicht so gut gepflegten Toiletten dein Geschäft verrichten mußt. Da weiß man nicht genau, wohin mit dem armen Schwanz. *Domian:* Ich bin ein Stehpinkler. Ich finde Männer, die im Sitzen pinkeln, weibisch. *von Sinnen:* Ich freue mich, daß ich keinen Schwanz habe, aber dieses Stehpinkeln macht mich manchmal schon ein bißchen neidisch. *Domian:* Ich glaube, daß sehr viele Frauen darauf sehr neidisch sind! *von Sinnen:* Erzähl doch mal ein bißchen von den Ritualen auf Männerpissoirs, was da so abgeht, wenn man so da steht. *Domian:* Ich gehöre zu den Männern, die nicht pinkeln können, wenn neben ihnen ein Mann pinkelt. Das ist für mich psychologisch unerklärbar. Ich bin weder schamhaft, noch habe ich Angst vor anderen Männern oder anderen Schwänzen. Ich habe überhaupt keine Idee. Ich gehe manchmal aus dem Pissoir wieder raus, wenn dort Männer pinkeln, oder gehe auf ein Häuschen und schließe mich dort ein. *von Sinnen*: Ich glaube aber, das haben andere Männer auch. Würdest du mit dir selbst ins Bett gehen? *Domian:* Sofort. Ich würde auch alles mit mir machen, was ich selber gern habe. *von Sinnen:* Du hast in deinem letzten Buch geschrieben, daß du unglaublich neidisch auf Lars bist, der Autofellatio beherrscht hat. War das Ironie? *Domian:* Nein, nein. Autofellatio ist die Fähigkeit, sich selbst oral zu befriedigen, also sich

selbst einen zu blasen. Ich würde es so gerne können. Grandios. Mit meinem Mund meinen Schwanz zu berühren, ist mir mit einigen akrobatischen Akten schon mal gelungen. Aber es war dann so anstrengend, daß es doch nicht mehr schön war. Es gibt ja auch Frauen, die das können. Goethe, die alte Sau, schreibt darüber in der *Italienischen Reise*. *von Sinnen:* War der nicht auch eher schwul?«

Brechen wir hier ab. Bzw. brechen wir. Und denken wir, wenn wir das nächste Mal einschalten und die beiden auch physiologisch bedenklichen Visagen betrachten, daran: Das Auge kotzt mit.

Dream car

Daß Siemens mit seiner Kunstförderung nicht an einer kritischen Aufarbeitung seiner exponierten Stellung als Atom- und Rüstungskonzern in der Gegenwart sowie als Wehrmachtslieferant und Profiteur von den Slavendiensten der Zwangsarbeiter gelegen ist, hat die zensurierte Präsentation »Kritischer Malerei« in Münster (vgl. KONKRET 9/98, S. 58) deutlich gezeigt. Im Kunstverein und Kunstraum München sowie in der Villa Stuck hat das »Siemens-Kulturprogramm« nun eine neue Ausstellung »Dream City« anberaumt und gleich einen neuerlichen Eklat zu verzeichnen. Zur Eröffnung distanzierte sich Kunstvereinsleiter Dirk Snauwaert von einem Projekt, bei dem das Künstlerduo Plamen Dejanov und Swetlana Heger durch den Verkauf von Ausstellungsraum und Katalogseiten an BMW einen ca. 70.000 Mark teuren Sportwagen realisierte. Der Piratenakt der Künstler zum Zwecke der privaten Vorteilsnahme spiegelt nebenbei die als Sponsoring firmierende durchaus feindliche Übernahme öffentlicher Kunstinstitutionen – der Konzern kontrollierte die gesamte Öffentlichkeitsarbeit – durch die Siemens AG. Die Idee hat Charme, und sie düpiert zugleich die Illusion einer Art staatsbürgerlicher Kunst, die allein durch ihr Vorhandensein Vielfalt und Weite einer kritischen Öffentlichkeit demonstrieren möchte.

Rayk Wieland

Lieber F. L.

Für Ronald M. Schernikau, so meinte einer, könnte man schwul werden. Oder Communist, möchte man anfügen. Oder beides. Und wenn es für nichts von beidem reicht, durch Schernikau wird man klüger. Und froher.

Als der frisch in die DDR zurückgekehrte Schernikau auf dem letzten Schriftstellerkongreß des Landes im März 1990 seinen Kollegen die Wahrheit sagte, mußte er sich von Dummköpfen das Wort Dummkopf an den klugen, schönen Kopf werfen lassen: »... der schriftstellerverband der ddr protestiert gegen die subventionen, die er vom staat erhält. sie sind allesamt verrückt geworden.«

Hätte es in Leipzig, der Stadt, in der der Communist Literatur studierte, in der Du, lieber Freund, wohnst, wenigstens einen Sprachgelehrten gegeben, welcher nur einen annähernd so guten Gedanken gehabt hätte, wie sie sich in Schernikaus Büchern auf jeder Seite finden, und wäre es diesem Einen gelungen, den Gedanken zu formulieren, das kleine dicke Land wäre so elend nicht gewesen. Aber es gab diesen Gelehrten nicht. Es gibt ihn nicht. Ich weiß das, ich war da.

Mehr als ein Jahr später, er ist von der Krankheit gezeichnet, zwei Wochen vor seinem Tod, vollendet Schernikau *legende*. Noch Zeit, um fünf Kopien zu erstellen und sie an Verlage zu senden. Deren Reaktionen muß er nicht mehr erleben. Zum gedruckten Buch konnte das 700seitige Manuskript bis heute nicht werden, weil es »zu gut war, gedruckt zu werden«, wie Gremliza schrieb. Nun aber hat sich ein kleiner Dresdner Verlag der *legende* angenommen, wo es auf Seite 99 heißt: »die menschen haben die götter gemacht. die menschen sind also kleine götter, also sehr kleine. sehr sehr sehr kleine götter.«

Freund, das Schernikau-Buch muß erscheinen! (Buch? Sagte ich Buch? Ein Werk! Sagte ich Werk? Hohe Literatur!) Um das zu erreichen, bietet der Verlag eine auf 500 Exemplare begrenzte Vorzugsausgabe an. Diese Bücher werden in feinstes Leinen gebunden, mit einer Prägung versehen und einzeln numeriert. Vorbestellung und Erwerb dieser Ausgabe heißt also: große Literatur in einer angemessenen Ausstattung. Des weiteren ermöglicht man damit eine spätere »Volksausgabe«. Der wichtigste Grund, mein Lieber, weshalb Du dieses Werk für Dich und Deine argentinische Freundin subskribieren wirst, aber ist: Sollte *legende* erscheinen, »dann hätten wir ja noch eine chance« (Schernikau).

Dein Dir gewogener Schubert

Ronald M. Schernikau: legende. *(Vorzugsausgabe, 135 Mark). Informationen und Bestellungen: Verlag ddp goldenbogen, Weiße Gasse 6, 01069 Dresden, Tel.: 0351-4906533, Fax: 0351-4906543*

Gunnar Schubert

Hamburger Anthologie*

Hans Magnus Enzensberger

Optimistisches Liedchen

Hie und da kommt es vor,
daß einer um Hilfe schreit.
Schon springt ein andrer ins Wasser,
vollkommen kostenlos.

Mitten im dicksten Kapitalismus
kommt die schimmernde Feuerwehr
um die Ecke und löscht, oder im Hut
des Bettlers silbert es plötzlich.

Vormittags wimmelt es auf den Straßen
von Personen, die ohne gezücktes Messer
hin- und herlaufen, seelenruhig,
auf der Suche nach Milch und Radieschen.

Wie im tiefsten Frieden.

Ein herrlicher Anblick.

Hans Magnus Enzensberger, von dem einem seit Jahrzehnten immer mal wieder ein Gedicht zustößt, pflegt wie kein zweiter sein Talent zur Eitelkeit sowie den Jargon dessen, der nichts mitzuteilen hat und sich darauf aber viel zugute hält. Ein Fatzke der leichten Form, ist er einer der seltenen Epigonen, denen sich kein Originalvorbild zuordnen laßt; immerhin kann gesagt werden, daß alles, was von Enzensberger stammt, unmöglich hätte von Brecht stammen können. Im Eröffnungsgedicht seines neues Bandes »Leichter als Luft. Moralische Gedichte« (Suhrkamp Verlag, 130 Seiten, 32 Mark) gefällt sich Enzensberger in der gespielten Verzückung darüber, daß in unserer Gesellschaft, »mitten im dicksten Kapitalismus«, zivile Mindeststandards noch eingehalten werden. Wunder geschehen, Märchen, man greift sich an den Kopf: 's wird »vollkommen kostenlos« gerettet, 's silbert, 's kommt schimmernd »um die Ecke«, und 's zücket auf der Suche nach Radieschen nicht das Messer. Sondern Bargeld. Nicht zu fassen. Optimismus, Leute, alles halb so wild! Alles »wie im tiefsten Frieden«, also quasi genauso »herrlich«. Zwar legt das »wie« uns nahe, daß es nicht so sei / doch gerade das geht HME am Arsch vorbei / wie dito uns infolgedessen dieser Adabei.

*schnöder Gedichte

Konkret 09/99, S. 44

Ingrid Strobl

»Nichts wird uns retten«

Über den bewaffneten jüdischen Widerstand gegen den deutschen Vernichtungskrieg in Osteuropa

»Wir fahren nach Polen, Juden versohlen«, stand auf einem Zug, der deutsche Truppen vor 60 Jahren, im Herbst 1939, in das östliche Nachbarland transportierte. Das Foto zeigt strahlende Wehrmachtssoldaten, die aus den Abteilfenstern in die Kamera lachen. Dieselben jungen Strahlegesichter sieht man später, auf anderen Fotos, grinsend ihre Opfer betrachten: erschlagene, erschossene, erhängte Juden. Sie ließen es nicht beim Versohlen bewenden.

Anders als in den besetzten Ländern Westeuropas errichteten die deutschen Besatzer in Polen vom ersten Tag an ein Terrorregime. Sie versuchten nicht, die Gefühle einer Bevölkerung für sich zu gewinnen, die auf der rassistischen Werteskala des Nationalsozialismus weit unterhalb der »nordischen Rasse« rangierte. Polen wurde seiner Ressourcen beraubt, 2,5 Millionen polnische Frauen und Männer wurden zur Zwangsarbeit ins Reich verschleppt, Hunderttausende vertrieben. Teile des Landes verleibten die Eroberer dem Deutschen Reich ein, »Restpolen« wurde als »Generalgouvernement« mit der Hauptstadt Krakau von Hans Frank verwaltet.

Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung gehörte zu den vordringlichen Interessen der deutschen Besatzungspolitik in Polen. In einer ersten Phase – nach ihrer Stigmatisierung, Enteignung und Ghettoisierung – sollten die Juden im deutsch besetzten Teil Polens durch Hunger und Krankheiten getötet werden. Die Lebensbedingungen in den großen Ghettos wie Warschau und Lodz waren darauf ausgerichtet, eine im Wortsinne tödliche Verelendung der Bewohnerinnen und Bewohner zu erzeugen. In den nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 eroberten ostpolnischen Gebieten und in den baltischen Ländern ermordeten Einsatzgruppen und Polizeibataillone in den ersten Tagen der Besatzung Hunderttausende Juden durch Erschießen, oder indem sie sie in den Synagogen lebendigen Leibes verbrannten. Anfang September 1941 fanden in Auschwitz an sowjetischen Kriegsgefangenen die ersten Versuche statt, Menschen durch Zyklon B zu ermorden. Drei Monate später wurde das Lager Chelmno in Betrieb genommen, in dem erstmals Menschen systematisch mit Gas umgebracht wurden. Es folgten die Vernichtungslager Belzec, Treblinka, Majdanek und Auschwitz-Birkenau. Im Laufe des Jahres 1943 liquidierten die Besatzer bis auf Lodz alle Ghettos in Polen. Insgesamt wurden von den Deutschen an die drei Millionen polnische jüdische Frauen, Männer und Kinder ermordet.

Die jüdische Bevölkerung war, aus ihren Häusern und Wohnungen vertrieben, in Ghettos eingesperrt, Hunger, Kälte und Krankheiten ausgesetzt, geschwächt durch harte Zwangsarbeit und eingeschüchtert durch den Terror der Besatzer, im wörtlichen wie im übertragenen Sinne wehrlos. Sie hatte keine Möglichkeit, sich gegen ihre Ermordung zu verteidigen, und angesichts des polnischen Antisemitismus noch nicht einmal eine Chance zu fliehen. »Selbst wenn die Menschen sich überlegten: Ich laufe weg! – wohin sollten sie laufen? Wo sollten sich drei Millionen Juden verstecken?« resümierte die ehemalige jüdische Widerstandskämpferin Chaika Grossman die ausweglose Situation der größten jüdischen Gemeinschaft in Europa.* Einzelne konnten überleben, weil Polen sie versteckten. Die jungen Frauen und Männer, die den Widerstand in den Ghettos organisierten und sich gegen die Mörder erhoben, waren eine kleine Minderheit, die in dem Bewußtsein kämpfte, daß es keine Rettung gab. Die einzige Chance, dem Massenmord zu entgehen, war die Flucht in den Wald, zu den Partisanen.

Die Widerstandsorganisationen in den Ghettos führten erbitterte Diskussionen über die Frage: Kampf im Ghetto oder im Wald? Die Zionisten, deren Priorität die Rettung des Volkes und, als dieses nicht zu retten war, die Rettung der Ehre des jüdischen Volkes war, plädierten für den Kampf im Ghetto: Wer dabei entkommen könnte, egal, ob Kämpferin, Kämpfer oder »Zivilist«, sollte sich in den Wald durchschlagen. Die anderen, vor allem die organisierten Mitglieder des Ghetto-Widerstands, sollten im Kampf fallen, »aufrecht sterben«, und damit der Nachwelt ein heldenhafteres Bild hinterlassen als das von den hilflosen Massen, die »wie die Lämmer zur Schlachtbank gingen«. Die Kommunisten, die im Gegensatz zu den Zionisten nicht ethnisch motiviert waren, sondern sich auch im Ghetto als Teil der antifaschistischen, was für sie hieß: kommunistischen Bewegung sahen, optierten für den Kampf außerhalb des Ghettos: Nur im Wald, in – relativer – Freiheit könnten die jüdischen Widerständlerinnen und Widerständler einen effektiven Beitrag zum internationalen Kampf gegen den Faschismus leisten. Diese Linie war von Moskau vorgegeben und führte immer wieder zu heftigen Konflikten innerhalb der Kampfbündnisse, die sich, angesichts der Gaskammern und Krematorien, über ideologische Differenzen hinweg in den Ghettos gebildet hatten. Die Kommunisten forderten ständig, daß die besten Kämpferinnen und Kämpfer mitsamt ihren Waffen das Ghetto verließen. Die Zionisten wandten dagegen ein, dies sei eine Art darwinistischer Auslese, nur die Stärksten bekämen so eine Chance zu überleben, alle anderen würden den Deutschen schutzlos ausgeliefert.

Tatsächlich überlebten nur diejenigen die deutschen Liquidierungsaktionen, die das Ghetto rechtzeitig hatten verlassen können. Doch auch ihr Leben war damit nicht auf Dauer gesichert. Die Mitglieder des Ghetto-Untergrunds und Flüchtlinge aus den Ghettos, den Konzentrations- und Arbeitslagern, denen es gelang, sich bis in die dichteren Waldgebiete

durchzuschlagen, waren völlig auf sich gestellt. Sie waren lediglich mit Pistolen und Messern bewaffnet, verfügten kaum über Gewehre und ausreichend Munition. Die Bauern weigerten sich, ihnen Lebensmittel abzugeben, häufig wurden sie denunziert oder von Dorfbewohnern erschlagen. Sowjetische Kriegsgefangene, die gleichfalls hatten fliehen können, waren manchmal eine Hilfe, manchmal aber beraubten sie die jüdischen Partisanen ihrer Waffen oder brachten sie um. Die Gruppen konnten niemals lange in einem Gebiet bleiben, sie wurden immer wieder entdeckt und mußten sich eine neue Zuflucht suchen. Erst als die sowjetische Partisanenbewegung nach Westen vordrang, erhielten die kleinen jüdischen Gruppen Unterstützung, Zugang zur Infrastruktur der großen Bataillone und bessere Waffen. Sie wurden aber auch häufig als jüdische Einheiten aufgelöst und als Juden diskriminiert. Den Frauen wurden in vielen Fällen die Waffen, die sie sich unter Lebensgefahr beschafft hatten, abgenommen, manchmal wurde ihnen auch verboten, an Kampfhandlungen teilzunehmen. Der größte Teil der Jüdinnen und Juden, die in den Wäldern Polens und Litauens lebten und kämpften, fiel dem Hunger, der Kälte oder Krankheiten zum Opfer, wurde denunziert, von deutschen Suchtrupps entdeckt oder in Kampfeinsätzen getötet.

Bereits in den späten vierziger Jahren erschienen die ersten Darstellungen des jüdischen Widerstands und Partisanenkampfes in Osteuropa. In Polen (herausgegeben von der Jüdischen Historischen Kommission in Warschau), den USA und Israel wurden die Berichte und Erinnerungen überlebender Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer gesammelt und publiziert, die meisten in jiddischer, einige in polnischer und hebräischer Sprache. In der DDR wurden einige wenige Texte zum Thema veröffentlicht, wie etwa Bernard Marks Darstellung des Warschauer Ghettoaufstands oder die Anthologie *Im Feuer vergangen*, die Tagebücher aus verschiedenen Ghettos enthielt. In der Bundesrepublik erschienen während und statt dessen Landserromane und die Kriegserinnerungen »verdienter« Wehrmachtsgeneräle in hohen Auflagen. Die Mehrheit der Nachkriegsdeutschen (vermutlich nicht nur im Westen) assoziierte mit dem Begriff Partisanen die Wehrmachtslegende von den roten Banditen, die den ehrlichen Landser feige aus dem Hinterhalt überfallen und grausam ermordet hatten. Während in den ehemals deutsch besetzten Ländern der Partisanenkampf und seine (vorzugsweise nichtjüdischen) Protagonisten von Historikern erforscht und in Romanen, Filmen und Heldenlegenden verewigt wurden, war das Thema hierzulande insgesamt tabu oder Objekt der revanchistischen Hetzpropaganda. Das ändert sich erst jetzt allmählich, und erstaunlicherweise gerade in bezug auf die Geschichte der jüdischen Partisanen. In den letzten Jahren wurden mehrere Bücher zu diesem Thema ins Deutsche übersetzt. Sie erschienen, von Ausnahmen abgesehen, in kleinen engagierten Verlagen, sie sind keine Bestseller, aber sie finden ein Publikum.

Drei sehr unterschiedliche Bände zum Thema wurden in den letzten Monaten veröffentlicht, alle drei führen den Begriff »Partisanen« im Titel, doch jeder einzelne Band berichtet über eine jeweils andere Region, andere Bedingungen und andere Menschen. Harold Werner, der zu einer jüdischen Partisaneneinheit im südöstlichen Polen gehörte, erzählt in seinem Bericht *Partisan im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen eines polnischen Juden*, wie ein jüdischer Arbeiter aus Warschau zum Partisanen wurde und überlebte. Nach dem Einmarsch der Deutschen flüchtete Harold Werner in Richtung Osten. Er kam als Viehhirte bei einem Bauern unter, floh erneut, wurde gefangengenommen, konnte noch einmal entkommen und landete schließlich im Wald, der Zuflucht für alle, die sonst keine Zuflucht hatten. Im Laufe der Zeit fand sich eine Gruppe zusammen, die sich schließlich zur Partisaneneinheit formierte. Werners Buch zeigt anschaulich, wie prekär die Lage der jüdischen Partisanen war und wie grundsätzlich sie sich von den anderen Partisanen unterschieden. Ohne Unterstützung durch die lokale Bevölkerung, ohne Rückzugsmöglichkeiten in den Dörfern beanspruchte der Kampf um die bloße Existenz schon fast alle Kräfte. Die jüdischen Partisanen begriffen sich zudem nicht nur als Kampftruppe, sondern auch als Zuflucht für alle, die der Vernichtung – vorläufig – hatten entkommen können. Eines ihrer wichtigsten Ziele war somit die Rettung von Menschen. Die Einheit von Chiel Grynszpan, der Werner angehörte, war eine der wenigen Partisanengruppen, denen es gelang, ein Familienlager zu organisieren und bis zur Befreiung zu verteidigen. Sogenannte Familienlager der Partisanen konnten nur in dicht bewaldeten Sumpfgebieten errichtet und gehalten werden. Chiel Grynszpans »Tabor« (Lager) war wie ein kleines Dorf, in dem Verwundete gepflegt, Kleider hergestellt und ausgebessert, Lebensmittel verarbeitet und Waffen repariert wurden. Mütter mit ihren Kindern, Alte, Kranke lebten hier, geschützt von der Kampfgruppe, aber auch Rückhalt und »Familie« für die Kämpfenden.

Ohne materielle Unterstützung durch die Bauern hätte das Familienlager allerdings nicht auf Dauer bestehen können. Werner berichtet ausführlich und nachvollziehbar, wie die Haltung der einheimischen Bevölkerung zu den jüdischen Partisanen sich im Laufe der Zeit veränderte. Drei Faktoren spielten dabei eine entscheidende Rolle: Als sie sich stark genug fühlten, um einen größeren Angriff durchzuführen, überfielen die jüdischen Partisanen einen Bauernhof, dessen Besitzer für die Ermordung mehrerer Juden verantwortlich gewesen war. Sie brannten den Hof nieder und hinterließen mehrere Tote. Die Lektion wurde verstanden. Als Mitglieder der Gruppe wenig später auf der Suche nach Lebensmitteln in das Dorf kamen, wurde ihnen bereitwillig gegeben, was sie brauchten. Nach der Niederlage der Deutschen in Stalingrad und vor allem nach Beginn der sowjetischen Offensive erschien es zumindest im östlichen Polen nicht mehr opportun, mit den Nazis zu kollaborieren. Einem oder gar mehreren Juden geholfen zu haben, konnte von Nutzen sein, wenn die Stunde der Abrechnung kam. Und als schließlich die sowjetischen Partisanen in das östliche Polen vordrangen, stellte man sich mit den künftigen neuen Herren auf guten Fuß. Davon profitierten eine Zeitlang auch die jüdischen Partisanen. Nach der

Befreiung, diese Erfahrung teilt Harold Werner mit den meisten Überlebenden, brach der traditionelle polnische Antisemitismus wieder durch und forderte nicht wenige Opfer: Das Pogrom von Kielce ist nur das bekannteste Beispiel.

Harold Werner benennt in seinen Erinnerungen noch einen weiteren wichtigen Punkt, in dem die jüdischen Partisanen sich von den nichtjüdischen unterschieden: Was sie zum Kampf motivierte, war, neben dem Schutz der überlebenden Juden, vor allem auch das Bedürfnis nach Rache. Sie wußten, daß ihre Eltern, Geschwister, Verwandten, ihre Nachbarn, Freundinnen, Schulkameraden, die Bewohnerinnen und Bewohner ihres ganzes Städtchens oder Stadtviertels ermordet worden waren. Sie hatten deren Tod nicht verhindern können, und so wollten sie wenigstens die Mörder bestrafen. Während kommunistische und sozialistische ehemalige Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer in ihren Erinnerungen und in Interviews häufig betonen, es sei ihnen nicht um Rache gegangen, sondern einzig um den Sieg der gerechten Sache, geben viele jüdisch organisierte ehemalige Widerständlerinnen und Widerständler umstandslos zu, daß Rache für sie ein wichtiges Motiv war.

Rache schworen auch Alex Faitelson und seine Kameradinnen und Kameraden, die aus Kowno in die litauischen Wälder geflohen waren und dort im Verbund mit einer großen sowjetischen Partisaneneinheit überlebten und kämpften. Alex Faitelson schrieb seine Erinnerungen in Israel, wohin er 1971 aus Wilna ausgewandert war. Zuvor hatte er lange Zeit in sowjetischen Archiven recherchiert und viele unbekannte Dokumente zutage gefördert. Sein Buch *Im jüdischen Widerstand* enthält, ineinander verwoben, seine persönlichen Erfahrungen und eine Vielzahl Dokumente aus sowjetischen und israelischen Beständen und ergibt so eine ausführliche und detaillierte Geschichte der Vernichtung der Kownoer Juden und der jüdischen Partisanen in Teilen Litauens. Der erste Teil des Buches handelt von der unvergleichlichen Schlächterei der deutschen Einsatzgruppen im Baltikum nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941. »Dieses Judentum traf die ›Endlösung‹ als erstes«, schreibt Dina Porat von der Universität Tel Aviv in ihrem Vorwort: »Das Tempo und das Ausmaß der Greueltaten waren einzigartig: Ende 1941, ein halbes Jahr nach dem Einmarsch des nationalsozialistischen Deutschlands, waren bereits 80 Prozent der jüdischen Bevölkerung nicht mehr am Leben.« Auch in Litauen gelingt es, wie in Polen, nur wenigen, in die Wälder zu entkommen und dort gegen die Deutschen zu kämpfen. Faitelson gehört zu diesen wenigen, und sein ungewöhnliches Gedächtnis, seine sorgfältige Recherchearbeit und seine lebendige Darstellung der einzelnen Frauen und Männer, die mit ihm um das Überleben und gegen die Vollstrecker der »Endlösung« kämpften, machen sein Buch zu einem wichtigen Beitrag zur Historiographie des jüdischen Widerstands.

Nach der Befreiung Krakaus bargen ehemalige Häftlinge des Frauengefängnisses eine Blechdose, in der sich Aufzeichnungen einer Mitgefangenen befanden, die den Krieg nicht überlebt hatte. Auf Toilettenpapierstreifen hatte Gusta Davidson-Draenger, Mitglied der Untergrundführung des jüdischen Widerstands in Krakau, Anfang 1943 die Geschichte und Entwicklung, die Aktionen, Ziele, Erfolge und Niederlagen dieses Widerstands notiert. Sie verfaßte ihre Aufzeichnungen aus Sicherheitsgründen in der dritten Person, nannte sie »Das Tagebuch der Justyna« und stellte ihnen ein Blatt mit dem Titel »Letzter Wille und Testament« voran. Darin heißt es: »Aus dieser Gefängniszelle, die wir nie mehr lebend verlassen werden, grüßen wir jungen todgeweihten Kämpfer Euch ... Die Kämpfer, deren Taten in dieser Erzählung gedacht wird, waren Mitglieder verschiedener jüdischer Jugendbewegungen. Diese überwanden ideologische Unterschiede, um sich zum Kampf gegen jene unmenschlichen Kräfte zusammenzuschließen, die sie als Rasse, Religion, Kultur und Volk vernichten wollten ... Wer immer nach dem Krieg diese versteckten Zettel findet, sende sie an eine der folgenden Adressen: Kibbuz Akiba, Hadera, Palästina oder Beit Yoshua, Palästina-Hasharon.« Gelandet sind die »Zettel« schließlich in Lohamei Haghetaot, dem Kibbuz der Ghettokämpfer in Israel, in dessen Archiv die Originale verwahrt werden.

Das *Tagebuch der Justyna* wurde erstmals von der Jüdischen Historischen Kommission in Warschau 1946 veröffentlicht. 1952 erschien die hebräische Ausgabe in Israel. In deutscher Übersetzung wurde das *Tagebuch* (unvollständig) Ende der fünfziger Jahre in der DDR in der Anthologie *Im Feuer vergangen* publiziert. Anfang der sechziger Jahre erschien es in der Bundesrepublik, auch hier als Beitrag zu einem Sammelband. Diese Bücher sind längst vergriffen. Gusta Davidson-Draengers Darstellung des jüdischen Widerstands gegen die deutsche Vernichtungspolitik und der Akteurinnen und Akteure dieses Kampfes in Krakau war über Jahrzehnte nur noch Expertinnen und Experten zugänglich, die sie in Fachbibliotheken entdeckten.

Nun haben Jochen Kast, Bernd Siegler und Peter Zinke den Text neu und in vollständiger Fassung herausgegeben (*Das Tagebuch der Partisanin Justyna. Jüdischer Widerstand in Krakau*). Daneben enthält der Band einen sorgfältig recherchierten, informativen und für das Verständnis des *Tagebuchs* hilfreichen Überblick über die jüdische Geschichte Krakaus, die Beziehungen zwischen Polen und Juden in der Vorkriegszeit und während des Krieges, die deutsche Besatzungs- und Vernichtungspolitik in der Hauptstadt des »Generalgouvernements« und den jüdischen Widerstand. Und last not least haben die drei Herausgeber Artikel und Aufrufe aus »Hechaluz Halochem«, der Zeitung der »Kampforganisation der Jüdischen Pionierjugend«, ausgewählt und erstmals in deutscher Übersetzung publiziert. Diese äußerst verdienstvolle Veröffentlichung wird noch bereichert durch Fotos der Akteurinnen und Akteure des jüdischen Widerstands in Krakau und ausführliche Zitate aus den Interviews, die Kast, Siegler und Zinke mit vier überlebenden Krakauer jüdischen Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfern in Israel geführt haben.

An die 60.000 Juden lebten zu Kriegsbeginn in der alten Hauptstadt Polens. Im Oktober 1939 erklärte Generalgouverneur Hans Frank, er wünsche »seine« Hauptstadt so bald wie möglich »judenrein« zu sehen. Bis zum März 1941 wurden bis auf 12.000 Menschen, die in den »jüdischen Wohnbezirk« in Podgórze, einem südlichen Vorort, umgesiedelt wurden, alle jüdischen Bewohner Krakaus vertrieben. Im Ghetto formierten sich Widerstandsgruppen, deren stärkste von Akiba gebildet wurde, der führenden zionistischen Jugendbewegung in der Stadt. Akiba war sowohl religiös als auch politisch liberal und verband, wie die anderen Jugendbewegungen, Elemente des Pfadfinderlebens mit zionistischer Ideologie und der Vorbereitung auf ein Leben in einem Kibbuz in Palästina. Geleitet wurde die Krakauer Gruppe von Dolek Liebeskind und dem Ehepaar Simon und Gusta Draenger. Die Gruppe in Krakau unterschied sich in vielem von anderen jüdischen Widerstandsgruppen. Sie kämpfte weder im Ghetto noch im Wald, sondern mitten in der Stadt. Die Frauen spielten hier, im Gegensatz zum linkszionistischen Haschomer Hazair zum Beispiel oder auch zu den jüdischen Kommunisten, keine Rolle in der Führung. Sie waren Kurierinnen, sie kümmerten sich um die Moral der Mitglieder, sie beschafften Waffen, Lebensmittel, alles, was zum Überleben notwendig war. Die Entscheidungen aber trafen die Männer. Selbst Gusta Davidson-Draenger, die der Leitung von Akiba angehörte und die vom ersten Tag an den Widerstand in Krakau mit organisiert hatte, wurde aus dem Zimmer geschickt, wenn ihr Mann und die anderen Kommandanten die Lage analysierten und Aktionen beschlossen.

Neben Akiba bildeten Haschomer Hazair unter der Führung von Hersch Bauminger und die Kommunisten unter der Leitung von Gola Mirer in den ersten Monaten des Jahres 1942 eine gemeinsame Widerstandsorganisation, die im Sommer ihre ersten Anschläge durchführte. Im Ghetto begannen 1942 die »Aussiedlungsaktionen«. Im Frühling 1942 erhielt die Leitung von Akiba aus Warschau Informationen über die Vergasungsautos in Chelmno. Angesichts der »Aktionen« und der Gewißheit über die Massenvernichtung verbanden sich die Kampfgruppen zur Vereinigten Jüdischen Kampforganisation, ZOB, und beschlossen, von nun an in der Stadt, also außerhalb des Ghettos, gegen die Deutschen zu kämpfen. Am 22. Dezember 1942 schlug die jüdische Stadtguerilla in einer konzertierten Aktion zu: Um sieben Uhr abends wurden das Café Cyganeria, in dem deutsche Offiziere und Beamte der Zivilverwaltung verkehrten, und ein weiteres »deutsches« Restaurant mit Handgranaten angegriffen und Garagen der Wehrmacht und SS in Brand gesetzt. Sofort nach der – gelungenen – Aktion wurde ein großer Teil der Akteurinnen und Akteure festgenommen: Ihre konspirative Wohnung war verraten worden. Auch die meisten anderen ZOB-Mitglieder wurden verhaftet, unter ihnen Gola Mirer und Simon Draenger. Dolek Liebeskind wurde bei der Verhaftung erschossen. Als Gusta Davidson-Draenger von den Verhaftungen erfuhr, stellte sie sich freiwillig, um das Schicksal ihres Mannes zu teilen. Im Gefängnis schrieb sie ihr »Tagebuch der Justyna«. Am 29. April wurden dreißig ZOB-Kämpferinnen zum Männergefängnis transportiert. Vor dem Gefängnistor versuchten sie, ihre Bewacher zu überrumpeln und zu fliehen. Gusta Davidson-Draenger und drei weiteren Frauen gelang es zu entkommen. In einem Versteck nahm sie, zusammen mit ihrem Mann, der gleichfalls hatte fliehen können, die Untergrundarbeit wieder auf. Am 8. November 1943 wurden sie erneut festgenommen. Ihr weiteres Schicksal ist nicht bekannt. Bis zu ihrer Entdeckung schrieben und druckten sie »Hechaluz Halochem«, das Untergrundblatt der Bewegung. Sie berichteten darin über Neuigkeiten von der Front, sie diskutierten Themen wie »kollektive Verantwortung«, sie gaben Anleitungen zum Bau von Erdbunkern und warnten vor Spitzeln.

Der Ton dieser Artikel ist vom Pathos der Jugend und der Verzweiflung getragen. Die Autoren sehen sich und ihre Mitstreiter als Retter der jüdischen Ehre, sie verdammen die – angeblich – »passive« Haltung der Mehrheit der Bevölkerung, flehen die noch Lebenden an, nun endlich den Kampf aufzunehmen, sich nicht auch noch abschlachten zu lassen. Im Gefängnis hatte Gusta Davidson-Draenger es teils noch besser gewußt. In eindringlichen Passagen beschreibt sie in ihrem *Tagebuch der Justyna*, warum die »Masse« sich nicht wehren oder gar erheben konnte. Bei allem desperaten Stolz auf die kämpferische Jugend sieht sie doch auch die reale Lage der »normalen« Bevölkerung. In der Zeitung, die politisches Fanal und Zeugnis für die Nachwelt in einem ist, überwiegt das ideologische Moment. Die beiden von den Resten ihrer Gruppe isolierten Verfasser dieser Texte wußten, daß sie alleine waren, daß vielleicht einzelne entkommen konnten, daß aber der Kampf für sie zu Ende war. Sie wußten, daß kaum jemand von all den Menschen, die sie geliebt, mit denen sie gelebt und von einer besseren Zukunft geträumt hatten, noch am Leben war. Der heroisch überhöhte Ton ihrer Artikel ist das letzte Aufbäumen einer Jugend, die im Zentrum des Schlachthauses vergeblich versucht hatte, den Schlächtern in den Arm zu fallen. In ihrem *Tagebuch der Justyna* hatte Gusta Davidson-Draenger über die Anfänge der jüdischen Stadtguerilla in Krakau geschrieben: »Heute ist das Schicksal unseres Volkes auf dieser Erde besiegelt. Nichts wird uns retten. ... Wir können entweder gemeinsam mit ihnen sterben oder überleben und sie rächen. ... Es wird schwer sein, das alles zu verlassen, was wir hier geschaffen haben. Es hat uns gut getan, unsere inneren Werte zu pflegen und zu wissen, daß sie den um uns brodelnden Haß überragen. In unserem Inneren werden sie uns immer teuer bleiben – aber jetzt haben wir keine Zeit mehr für sie. Es wird schließlich auch keinen mehr geben, dem wir sie weitergeben könnten, wir können sie nur mit uns ins Grab nehmen.«

Literatur:

Harold Werner: *Partisan im Zweiten Weltkrieg. Erinnerungen eines polnischen Juden*. zuKlampen!, Lüneburg 1999, 252 Seiten, 38 Mark

Alex Faitelson: *Im jüdischen Widerstand*. Elster, Zürich 1999, 448 Seiten, 56 Mark

Jochen Kast/Bernd Siegler/Peter Zinke: *Das Tagebuch der Partisanin Justyna. Jüdischer Widerstand in Krakau*. Elefanten Press, Berlin 1999, 320 Seiten, 39,90 Mark

Konkret 09/99, S. 48

Joachim Rohloff

Zielgruppe Verwender

Peter Schneider hat endlich den Hauptstadt- und Wende-Roman geschrieben, den man von ihm erwarten durfte

»Nicht mehr jung, noch nicht alt -Dilemma oder Dominanz?« - das fragt sich, wenn ich einer Broschüre glauben will, die mir mit freundlicher Empfehlung von meinem »Bild/Bild am Sonntag-Anzeigenteam« überreicht wird, heute mancher, der im magischen Jahr 68 ein Teen oder ein Twen gewesen ist. Scheiß doch drauf, wird er sich antworten, man ist nur einmal im mittleren Alter! Immerhin gehört er nun als 45- oder 59jähriger zu einer »Premium Zielgruppe«. Die Wahrscheinlichkeit, daß er einen »BMW 5er-Serie oder BMW 7er-Serie oder Mercedes 200-300/13 oder Mercedes S-Klasse« besitzt, liegt bei 6,2 Prozent. Und mit 9,2prozentiger Wahrscheinlichkeit zählt er zur »Zielgruppe Verwender von Weinbrand/ Brandy/Cognac in den letzten 3 Monaten Courvoisier oder Hennessy oder Martell oder Remy Martin«. Sollte er tatsächlich einen der genannten Schnäpse verwenden, so steigt die Wahrscheinlichkeit, daß er dabei die »Bildzeitung« liest, auf sagenhafte 24,1 Prozent. (Daß die tägliche »Bild«-Lektüre wohl kaum noch vermeiden kann, wer Premium-Spirituosen der Marken Scharlachberg oder Goldkrone bevorzugt, interessiert die Akquisiteure natürlich nicht.) Er hatte schon 1993 ein Geldvermögen von 90.400 DM angesammelt, das er aber, wenn es sein maß, mit einer Lebenspartnerin teilt.

Die Achtundsechziger, so resümiert das Anzeigenteam die vom »Institut für Demoskopie Allensbach« erhobenen Daten, »wollten im Geld sitzen - nun sitzen sie im Geld«. Wer hat, dem wird gegeben. Folglich ist »die 68er-Generation vor allem die Generation der Erben. Es steht ein Vererbungspotential an, das es noch nie in der Geschichte gegeben hat! In. den neunziger Jahren ist mit einem Gesamtvolumen von 800 Milliarden DM an Geldvermögen, 700 Milliarden DM an Immobilienwerten und über 360 Milliarden DM aus fälligen Lebensversicherungen, das heißt insgesamt ca. 2 Billionen DM, zu rechnen.«

Nun horteten wohl zu keiner Zeit Kinder oder Greise den Löwenanteil des gesellschaftlichen Reichtums, und nicht jeder, der heute in den besten Jahren ist, war in seiner Jugend ein Revoluzzer. .Problematisch wird das materielle Erbe, das über die Achtundsechziger kommt, leider deshalb, weil die Erblasser sich insbesondere beim Erwerb der »700 Milliarden DM an Immobilienwerten« nicht immer an die Regeln eines zivilisierten bürgerlichen Gemeinwesens hielten. Peinlich der Verdacht, das Erbteil könnte womöglich in brauner Vorzeit arisiert worden sein. Besser, man weiß davon nichts. Wer trotzdem gegen seinen Willen von der Möglichkeit erfährt; findet neuerdings Trost in der Literatur.

Peter Schneider verhilft seit je den Bedrängnissen der Zielgruppe Venceremos oder Cohiba oder Orgasmusschwierigkeiten in den letzten 3 Monaten oder Zivilgesellschaft zu literarischem Ausdruck. Auch in *Eduards Heimkehr,* seinem neuesten Roman, geht es wieder um das Eine: »Mit einem entschlossenen Schwung hob Jenny ihren nackten Hintern auf den schraffierten Kalkstein der Brüstung, legte sich darauf und beschrieb mit den Beinen das Victory-Zeichen.« Trotzdem will es mit Jenny auf den ersten vierhundert Seiten nicht recht klappen, denn Eduard verlangt allnächtlich im Charlottenburger Schlafzimmer »ein Echo des Urknalls, der nach einer Legende der Wissenschaft der Beginn aller Schöpfung war«: Statt dessen hört er immer nur ein verlogenes Stöhnen und Wimmern. Doch der Liebesroman zweier Eheleute, soviel sei hier verraten, findet ein glückliches Ende.

Neben der doofen Sexualität bearbeitet Schneider das Hauptstadt- und Wende-Thema. Der große Berlin-Roman, auf den wir seit zehn Jahren, gewartet haben, nun ist er endlich da. Und es steht alles drin, was drinstehen maß. Der Kapitalismus beweist seine Überlegenheit, geht dabei aber ziemlich skrupellos vor; deshalb gibt es einige, die noch immer am Sozialismus hängen. Die Ostdeutschen haben ihre eigene Befindlichkeit. Was in Berlin gebaut wird, Wahnsinn! Heiner Müller. In den östlichen Randbezirken ist die Architektur ganz furchtbar, und die Spaghetti sind nie al dente. Manchmal war der eigene Bruder bei der Stasi. Autonome und Neonazis. Das neue deutsche Selbstbewußtsein. Mit der Freiheit kam die Russen-Mafia. Der Palast der Republik wurde »Erichs Lampenladen« genannt, weil aber viele DDR-Bürger in dem asbestverseuchten Bau Hochzeiten und Jugendweihen feierten, symbolisiert er heute ostdeutsche Identität. Hätten Sie's gewußt? Wenn Sie's nicht schon vor fiinf Jahren .auf der Kulturseite des »Remscheider Tageblatts« gelesen hätten?

Eduard, ein Biologe, der in Schneiders vorletztem Roman von militanten Tierversuchsgegnern bedrängt wurde und deshalb emigrieren mußte, kehrt nach dem Fall der Mauer in seine Heimatstadt zurück, wo ihn sein Erbe, ein Mietshaus in Friedrichshain, und ein gutbezahlter Job erwarten. Während ausgedehnter S-Bahnfahrten vollstreckt er die Poetik seines Herrchens und wälzt den Stoff unzähliger alter Feuilletons noch und noch einmal um und um. Doch der Roman hat nicht nur einen Anspruch, sondern auch eine Botschaft: Es müsse endlich Schluß sein mit dem »Kult der Verdächtigung«!

In der baufälligen Immobilie, die Eduard von seinem Großvater geerbt hat, stecken Hausbesetzer. Um sich gegen den neuen Eigentümer zu wehren, der sie vertreiben will, denunzieren sie ihn als späten Arisierungsprofiteur. Der Großvater habe das Haus einem jüdischen Fabrikanten abgepreßt. Die Presse und das Fernsehen ergreifen die Partei der Ankläger,

ohne Näheres zu wissen. Und tatsächlich findet Eduard im Dahlemer Document Center heraus, daß der Großvater seine Briefe als »Pg Hoffmann« unterzeichnete und das Friedrichshainer Mietshaus 1933 von seinem Arbeitgeber erwarb, einem jüdischen Schuhfabrikanten. Nach der Arisierung der Fabrik stieg er sogar zum Geschäftsführer auf und feuerte fast alle jüdischen Arbeiter. Der Verdacht scheint also wohlbegründet.

Doch die ganze Wahrheit kommt an den Tag, als Eduard nach Florida reist, zur Tochter des Fabrikanten: Der Pg Hoffmann war die große Liebe ihres Lebens. Er zahlte für das Haus einen angemessenen Preis und verhalf so ihrer ganzen Familie zur Flucht aus Nazideutschland. Und überhaupt tarnte er sich nur deshalb als Nazi, um verfolgten jüdischen Mitbürgern beistehen zu können: Die vielen jüdischen Arbeiter maßte er entlassen, um die wenigen behalten zu können. Er war ein Oskar Schindler en miniature. Von einem solchen literarischen Hieb wird sich besagter Verdächtigungskult wohl nicht mehr erholen.

Man weiß zwar nicht, wer die Priester dieses Kults sind und wo seine Tempel stehen. Vielleicht war ja auch bloß eine Kultur gemeint. Trotzdem ist es infam, einem Parteigenossen zu unterstellen, er könnte womöglich ein Nazi gewesen sein. Und daß ausgerechnet zur selben Zeit, da sein Roman erscheinen sollte, die Gier der gewöhnlichen Volksgenossen, sich am Eigentum deportierter Juden zu bereichern, noch einmal zum öffentlichen Thema werden würde, konnte Schneider nicht ahnen, als er sich den Pg Hoffmann ausdachte. Am besten hat ihn wohl der Rezensent der »Berliner Zeitung« verstanden: Schneider sei zwar ein miserabler Literat, aber »man möchte dem Autor durchaus auf die Schulter klopfen, um ihm für die erwiesene Lernbereitschaft zu gratulieren. Ein bißchen möchte man ihn allerdings auch beiseite nehmen: Ist seine Metamorphose zum aufgeklärten Autor wirklich schon abgeschlossen? Nach diesem schönen Erfolg in der politischen Selbstkritik maß er sich als nächstes an der Verfeinerung seiner ästhetischen Mittel versuchen.« Die Rezension trägt die Überschrift: »Denktabus brechen!« Und da möchte man auch Sie für gratulieren, Jens Balzen

Peter Schneider: *Eduards Heimkehr.* Roman. Rowohlt Berlin 1999, 409 Seiten, 45 Mark

Konkret 09/99, S. 49

Marit Hofmann

Buch & Deckel

Helmut Krausser: Schweine und Elefanten. Roman. Rowohlt, Reinbek 1999, 235 Seiten, 22 Mark

Viele Zigaretten, viel Bier (respektive Racke Rauchzart) braucht der Typ mit dem aufdringlich unoriginellen Namen Hagen Trinker, um »des Lokalpropheten Schwänereien und Schweinegesang« runterzuleiern. Dem Leser allerdings würden selbst große Mengen der genannten Genußmittel nicht über die uninspirierten und offenbar autobiographischen Tagebuchkritzeleien eines pubertären Möchtegernbohemiens (respektive »Semipenners«) hinwegtrösten. Hätte man nämlich selbst das Stadium einer infolge Drogenkonsums gewachsenen Selbstüberschätzung erreicht, brächte man – im Vergleich mit Trinkers (respektive Kraussers) dürftigem Kerouac-Epigonentum – weitaus Grandioseres hervor; vor allen Dingen aber hätte man weißgott Besseres zu tun, als sich ausgerechnet mit dem ersten Teil von Kraussers sog. »Hagen-Trinker-Trilogie« rumzuschlagen. Da sich der Autor nicht mal auf ein noch unreifes Erstlingswerk herausreden kann (nachdem den 86 bis 88 entstandenen Roman kein Verlag drucken wollte, hat Krausser ihn jetzt zur Vervollständigung der Trilogie vollkommen neu bearbeitet), muß der durch Lektüre vieler Zigaretten und ungezählter Biere in die Abstinenz gezwungene Leser allerdings nicht mehr fürchten, rückfällig zu werden und jemals wieder ein Krausser/Trinker-Buch anzurühren.

Konkret 09/99, S. 49

Joachim Rohloff

Buch & Deckel

Kursbuch 136: Schluß mit der Moral. Rowohlt Berlin 1999, 174 Seiten, 18 Mark

Als wir noch Bomben warfen auf Belgrad, um Auschwitz zu verhindern, da forderte das »Kursbuch« schon: »Schluß mit der Moral«! Die Befürchtung aber, hier würden im Sinne Westerwelles sozialdemokratische Gutmenschen zurechtgewiesen, die Untüchtige aus moralischen Gründen durchfüttern wollen, erfüllt es fast gar nicht. Drei Beiträge fragen nach der Moral in der Bomberkanzel, ansonsten geht es um die Fälle Lewinsky und Pinochet, um weibliche Moral, angewandte Ethik, Alltagsmoral und Strafjustiz.

Nach der moralischen Dickfelligkeit der jungen Bundesrepublik und der Hypermoral der Siebziger und Achtziger, meinen die drei mit dem Krieg befaßten Autoren, sei nun das moralische Normalmaß gefragt. Heinz D. Kittsteiner macht sogar einen praktischen Vorschlag, wie Kriege zu verhindern seien. Künftig solle man, anstatt zu bombardieren, gleich einen Marshall-Plan realisieren und abwarten, was geschieht. Zwar werde dann jeder Diktator belohnt, der ethnische Minderheiten mordet. Aber »die Stillstellung des Gegners in der kapitalistisch produzierten Ware das ist die eigentliche Politik der handeltreibenden Nationen; man muß sich nur darauf besinnen«. Genau: Der Kapitalismus ist, zumal im Zeitalter der Globalisierung, ein weltumfassender Marshall-Plan. Man wundert sich, daß es überhaupt noch Konflikte gibt.

Cora Stephan versucht offensichtlich, ihren Rentenanspruch auf die bescheidene Idee zu gründen, Kriege sollten nicht länger im Namen einer Moral geführt werden, sondern für ein Interesse. Ihre Behauptung, eine unnötige Moralisierung des Krieges führe zwingend zu seiner Eskalation, wurde vom jüngsten Fall erneut widerlegt. Wer sich vom Begriff der Ideologie verabschiedet hat, dem muß wohl der Zusammenhang von Interesse und Moral rätselhaft bleiben. Dank eines einzigen Wortes ist Stephans Aufsatz trotz allem lesenswert: »grünerseits«. Wunderschön, und ein tödliches Argument gegen diese Partei. Antonia Grunenberg möchte die internationalen Beziehungen lieber auf das Recht gründen als auf die Moral, und man möchte ihr zustimmen. Was aber die »Banalität des Bösen« mit dem Kosovo-Krieg zu schaffen hat, in dem das Böse ziemlich spektakulär auftrat, bleibt unerfindlich. Ohnehin sollte man mißtrauisch werden, sobald der klassische Circulus vitiosus ein Janusgesicht trägt.

Am Ende gibt es doch noch eine Antwort auf die Frage, ob der Arbeitsscheue, wenn er die Stütze kassiert, verwerflicher handelt als der Minister, wenn er sie ihm kürzt. Bernd Ulrich ist »z. Zt.« Redakteur beim »Tagesspiegel«, also über jeden Zweifel an seiner Mobilität erhaben. Da die Gewerkschaften sich nur um die Arbeitsplatzbesitzer kümmerten, behauptet er, seien die wirklich Bedürftigen ohne Lobby. Das stimmt nicht; denn sie haben den Unternehmerverband. Gewisse »Privilegien« sollten im Interesse der Arbeitslosen beseitigt werden: hohe Löhne, Kündigungsschutz etc. Wer kein Geld hat, müsse deshalb nicht arm sein. Wirklich arm sei nur, wer keine Freunde oder Verwandten hat, ihn zu unterstützen, wer Gebrauchsanweisungen nicht versteht, wer die richtigen Ärzte nicht kennt und nicht in der Lage ist herauszufinden, wann die Sperrmüllabfuhr kommt. Um also die Armut wenigstens in Berlin ein für allemal zu beheben: Die Sperrmüllabfuhr kommt überhaupt nicht mehr. Es sei denn, man ruft sie. (Telefon, nicht Fenster oder Balkon!)

Konkret 09/99, S. 49

Jürgen Roth

Buch & Deckel

Gerhard Fischer / Ulrich Lindner: Stürmer für Hitler. Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1999, 304 Seiten, 34 Mark

»Sport und Politik sind nie gänzlich voneinander zu trennen«, wissen Gerhard Fischer und Ulrich Lindner*;* sie spendierten ihrem Dreihundertseiter den aparten Untertitel *Vom Zusammenspiel zwischen Fußball und Nationalsozialismus.* Das Buch enthält (mindestens) eine Lüge (»*Stürmer für Hitler* ist ... nicht nur das erste, sondern vorerst auch einzige Buch, daß sich ausführlich mit dem Zusammenspiel zwischen Fußball und Nationalsozialismus befaßt«) und zahllose haarsträubende Urteile und Vergleiche, die nicht allein dem Ritual des Fachverlagsgewerbes anzulasten sind, die Bezüge zwischen Sport und Außersportlichem zwanghaft in Bilder der Sportsprache zu packen (»Die Verbände und Vereine begannen in vorauseilendem Gehorsam, Juden auszuschließen und fleißig Wehrsport zu betreiben. Auch hier hatte die DT [Deutsche Turnerschaft, d. Verf.] die Nase vorne«). »Viele Spitzenfußballer kamen in der Wehrmacht unter und durften, sofern sie sportfreudige Vorgesetzte hatten«, freuen sich unsere Sportsfreunde, »ungeachtet ihrer Dienstpläne trainieren ... Manche kamen später an die Front als Otto Normalverbraucher, viele erhielten über Gebühr Heimaturlaub, einige wurden aufgrund sportlicher Leistungen in einer NS-Organisation befördert.« It was a sports world.

Leider hatte sie ihre »Schattenseiten« (G. Schröder). »Jüdische Fußballer wurden drangsaliert, von Wettkämpfen ausgeschlossen, einige gar getötet.« Nicht eher drangsaliert, deportiert, ermordet? Und wie erging es den reichsdeutschen »Kickern«? »Bekannte Kicker wurden instrumentalisiert als Aushängeschild für das Nazi-Regime.« Das Nazi-Regime instrumentalisierte aber auch den Fußball an und für sich, weil »die Nationalsozialisten das Fußballgeschehen in den Jahren 1933 und 1945 in erheblichem Maße beeinflußten«.

Die geschlossene Opferkette rasselt: Der Fußball wurde vom nationalsozialistischen Sportwesen mißbraucht, das nationalsozialistische Sportwesen vom Nazi-Regime, das Nazi-Regime von – ? »Hitler und der Fußball. Ignorierte der Führer die Kicker? Führte man eine kühle Zweckgemeinschaft? Oder half der populäre Fußball dem populistischen Regenten, die Volksgemeinschaft enger an sich zu binden?« Besaß der populistische Regent überhaupt die Legitimation, den Fußball zu lenken? »Wenn sich die Nationalsozialisten die alten Germanen allerdings etwas konsequenter zum Vorbild genommen hätten, wäre der Nichtsportler Hitler der Welt als ›Führer‹ erspart geblieben.«

Wo endet die Flapsigkeit, wo beginnt die rohe Dummheit? Und wieviel Gespür und Verstand versammeln Fischer/Lindner auf ihren Häuptern, da sie eruieren: »Die Nationalsozialisten waren ja grundsätzlich keine sehr ideologieorientierte Strömung (ganz im Gegensatz etwa zum Marxismus-Leninismus), so war ihr Programm zum Thema Sport auch nicht allzu konsistent«? Nennt man all das: ungeschickt? Oder hat die Suche nach den verführten Deutschen einen neuen Typus des schuldlos Verstrickten ermittelt, den mitlaufenden Mittelläufer wider Willen? Wir fragen bloß.

Konkret 09/99, S. 50

Günther Jacob

Stille Post V

Immer massiver werden in Deutschland Biographien und Traumata der Täter- und der Opferkinder analogisiert. Das Unternehmen ist ebenso ahistorisch wie obszön

In einer Situation, in der sich die 68er im Medium des Krieges als neue politische Elite Superdeutschlands konstituieren und dabei einen Teil ihrer Legitimation aus dem Rückgriff auf die Metaphern des Holocaust zu ziehen suchen, müssen die von ihnen praktizierten Vergleiche auf ihre historische Konsistenz geprüft werden. Wenn Kriegskanzler Schröder auf die Frage nach Beweisen für Konzentrationslager im Kosovo (von denen heute keine Rede mehr ist) lapidar entgegnen konnte: »Es kommt darauf an, was man dem Begriff Konzentrationslager unterlegt. Wir wissen, daß Menschen zusammengefaßt werden und unglaublicher Brutalität ausgesetzt sind. Das reicht, um zu handeln«, dann zeigt das, wie wenig das rot-grüne Milieu an wahrheitsgemäßen Aussagen über den Holocaust interessiert ist. Diese Nonchalance geht auf die spezifische Art zurück, in der die linke »Protestkultur« seit 1968 mit der Tätergeneration umgegangen ist.

Schröders »Definition« hält einer historischen Überprüfung nicht stand. Sie unterläuft aber antifaschistische Diskurse, in denen zum Beispiel »Lager« ebenfalls nur als Metapher vorkommen. Sie mußten in hoffnungslose Konkurrenz zu Joschka Fischer treten, der mit seiner Behauptung, Auschwitz wiederhole sich im Kosovo, die linke Parole »Nie wieder deutsche Bomber über Belgrad!« überbieten konnte. Auf jeden Fall machte der Nato-Krieg gegen Jugoslawien deutlich, daß die Folgen der nationalsozialistischen Vernichtungspraxis auch noch die Gegenwart prägen. Darum bleibt die Auseinandersetzung darüber aktuell, was genau vor über 50 Jahren in den nationalsozialistischen Konzentrations- und Vernichtungslagern geschah und was aus den wenigen wurde, die sie überlebten.

Linke werden heute nicht nur in Kommentaren zum *Schwarzbuch des Kommunismus* verdächtigt, von der Singularität des Holocaust lediglich aus propagandistischen Gründen zu sprechen. Mit dem Verweis auf Auschwitz, so Michael Naumann, würde die »Meßlatte für Völkermord derart hoch gelegt, daß nun Menschenschlächter aller Art bequem darunter hindurch spazieren können«. Das sei eine umgekehrte Auschwitz-Keule, die für den Gulag und für aktuelle Massenverbrechen blind mache. Und nicht nur dafür. Andere Vorwürfe lauten, auch die Leiden der Tätergeneration, die schließlich deren Kinder und Enkel belasteten, würden von links äußerst zynisch abgetan. Eine neue Sensibilität ist also gefragt, die keine Opfergruppe ausspart. Deshalb bekennt Joschka Fischer sich nun dazu, ein Flüchtlingskind zu sein. Klaus von Dohnanyi wehrt sich »gegen alle Formen moralischer Überheblichkeit seitens der Nachgeborenen«. Otto Schily möchte, daß »jeder einzelne von uns sich fragt, wie er selbst in einer Extremsituation gehandelt hätte«.

Die Nachkommen der Tätergeneration beanspruchen für ihre Eltern den Raum des Traumas und für sich selbst das Recht auf Einfühlung. Die gegenüber den Täter-Eltern empfundenen Gefühle von Liebe und Zuneigung, aber auch von Ablehnung und Wut beschreiben sie selbst als tragischen Konflikt, der dem Muster einer Neurose entspricht. Besonders die Holocaust-Studien über die transgenerationale Weitergabe historischer Traumatisierungen stoßen in diesem Zusammenhang auf steigendes Interesse und werden als Modell rezipiert, das auch den »deutschen Generationenkonflikt« aufklären kann. Dieses zunächst befremdlich anmutende Begehren nach einer eigenen Opferrolle erweist sich als politisch zweckmäßig: Das Problem kann nur durch einen offenen Dialog zwischen den (deutschen) Generationen gelöst werden. Es gilt Schluß zu machen mit pauschalen Verurteilungen. Und dabei wird man lernen, »die Anfechtungen des einzelnen Menschen in einem verbrecherischen System zu akzeptieren, ihn als ganze Person mit all ihren Facetten und nicht nur als Mitläufer oder Täter zu sehen« (Ulla Roberts).

Die Kinder und Enkel der Täter haben also das Thema der unbewußten intergenerationalen Übertragung psychischer Traumatisierungen und politischer Orientierungen selbst in die Hand genommen, um sich als Abkömmlinge zu präsentieren, die ihre Lektion gelernt haben und es diesmal besser machen werden. Gegner dieses Vorhabens müssen sich nun mit der Frage beschäftigen, wie das Konzept der transgenerationalen Weitergabe historischer Traumatisierungen der Holocaust-Opfer dem Zugriff des neuen deutschen Trauma-Diskurses entzogen werden kann, wenn man nicht ignorieren will, daß es – neben anderen – auch psychische Kontinuitäten zwischen der Tätergeneration und ihren Nachkommen gibt. Die Antwort lautet: Nur eine möglichst genaue Beschreibung der Folgen des Holocaust für die Nachkommen der überlebenden Deportierten, eine Rekonstruktion der Aneignungsdiskurse in Deutschland wie auch der wirklichen Beziehungen zwischen der Tätergeneration und ihren Nachkommen können die Unzulässigkeit dieser Parallelisierung deutlich machen.

Es gehört zu den Folgen des Holocaust, daß auch ein halbes Jahrhundert danach immer noch massive Abwehrreaktionen zu beobachten sind. Dabei handelt es sich einerseits um Einfühlungsverweigerung, also um Gleichgültigkeit und andere Vermeidungsstrategien bis hin zur Verleugnung, und auf der anderen Seite – der der überlebenden Opfer und ihrer Nachkommen – um Belastungsreaktionen, also um Maßnahmen gegen das Überwältigtwerden von Bildern, Gedanken und Gefühlen. Im Holocaust wurden alle Arten von Traumatisierungen betrieben und bewirkt. Verfolgt, gequält und schließlich

auf verschiedene Weisen ermordet wurden Menschen aller Altersgruppen und beiderlei Geschlechts. Sie hatten dabei von Beginn an meistens nur einen minimalen Handlungsspielraum, zunächst, weil sich nur wenige auf ihre Seite stellten, und später wegen des mitleidlosen Vernichtungswillens ihrer Mörder. Für sie gab es, besonders in den Lagern, keine Verknüpfung von Ursache und Wirkung, auf die sie ihr Handeln hätten einstellen können. Auch Hilfe für andere (im Versteck oder bei der Selektion) war oft nicht möglich. Der KZ-Überlebende und Trauma-Forscher Hans Keilson hat 1979 in dem Buch *Sequentielle Traumatisierung* die Auswirkung der organisierten Verfolgungswellen auf verfolgte Jugendliche in den Niederlanden untersucht, die in Verstecken überlebt hatten. In der ersten Periode mußten sie die Entrechtung ihrer Eltern miterleben. Dann kam deren Deportation und das Verstecken bei nichtjüdischen Familien. Nach 1945 folgte die Konfrontation mit dem endgültigen Verlust der Eltern und anderer Verwandter und schließlich die Regelung der Vormundschaft oder die Auswanderung nach Israel. Jede dieser Situationen ging mit besonderen Traumatisierungen einher. Nicht anders war es bei denen, die, körperlich und seelisch schwer verletzt, die Konzentrations- und Vernichtungslager überlebt oder sich in Wäldern versteckt gehalten hatten. Anders als es der lange Zeit gebräuchliche Begriff »KZ-Syndrom« nahelegt, der eine Einheitlichkeit der Leiden suggeriert, sind die Folgen der Verfolgung tatsächlich sehr heterogen.

Bei den meisten Überlebenden ist der allergrößte Teil der Verwandtschaft und der Freunde ausgelöscht worden. Die früheren Lebenszusammenhänge waren zerschlagen, die früheren Lebensorte verloren. Wenn sie dann emigrierten, hatten sie überdies den dafür üblichen psychischen Preis zu entrichten: die endgültige Trennung von Kultur, Sprache und Kindheit. Keilson nennt drei Stufen der Traumatisierung: die Trennung von den Angehörigen, den Prozeß des Überlebens und die Rückkehr zu dem, was nicht mehr existiert. Sie hatten durch einen Zufall überlebt, und nun zeigte sich, daß gerade die letzte Stufe besonders traumatisch war, weil jetzt offensichtlich wurde, daß das Geschehen irreversibel war. Derart mit unaussprechlichen Erlebnissen alleingelassen, zogen sich viele in eine innere Welt zurück. Sie trafen zudem auf den Haß der Täter, die mit ihrer Rückkehr nicht gerechnet hatten. Niemand hat die Überlebenden willkommen geheißen. Ausgerechnet in Deutschland wurde ihnen lange Zeit die Anerkennung ihrer Leiden verweigert. Man berief sich auf eine Grundsatzentscheidung des Reichsversicherungsamtes aus dem Jahr 1926, nach der eine traumatische Neurose nicht rentenpflichtig war. In den 60er Jahren kam es in Deutschland darüber zu einem Gutachterstreit. Einige hielten die Traumatisierungen der Verfolgten für »anlagebedingt«, andere für einen Ausdruck von hinterlistigem Rentenbegehren. Nur ganz wenige begannen sich mit der gravierenden Symptomatik, dem »KZ-Syndrom«, auseinanderzusetzen.

Der Zweck der nationalsozialistischen Judenverfolgung war Tod und Massenvernichtung. Da die Deutschen, die die Lager schufen, sich nicht vorstellen konnten, besiegt zu werden, konnten sie sich auch nicht vorstellen, daß jemand die Lager überleben wird und daß die Folgen der Lagerhaft einen Verlauf nehmen, der weit über die Grenzen einer Generation hinausreicht. Doch der Alptraum der Konzentrationslager und des Vernichtungskrieges greift, entgegen den Erwartungen der Tätergemeinschaft, in die Zukunft. Heute zeigt sich, daß die Erinnerungen der Überlebenden auch für ihre spätere soziale Umgebung traumatisierend sein können, insbesondere für ihre nach dem Holocaust geborenen Kinder. Vor allem diese seit Mitte der sechziger Jahre als »zweite Generation« bezeichneten Nachkommen (1966 erschien mit Rakoff/Signal/Epsteins *Children and Families of Concentration Camp Survivors* die erste Untersuchung) müssen sich in die traumatische Erlebniswelt der Eltern einfühlen und damit umgehen. Während den Tätern und ihren Kindern jede Form der Derealisierung Schutz bietet und es ihnen daher leicht fällt, Skrupel zu verdrängen und ihr Leben zu leben, werden die Opfer und ihre Kinder von den Erinnerungen gequält und können sich auch von einer Verdrängung keine Entlastung erhoffen.

Es sind einige Millionen Menschen, die als Nachkommen von Verfolgten deren Traumatisierungen aushalten müssen. Und nicht wenige von ihnen wurden von den Folgen der Verfolgung ihrer Angehörigen selbst traumatisiert. Sie wuchsen ohne Großeltern, Onkel, Tanten und Cousins auf. Und die eigenen Eltern sind nicht gerade ideale, lebenslustige und optimistische Eltern geworden, sondern mehr oder weniger deutlich gebrochene Menschen, häufig sehr eigenartig und mit starken emotionalen Schwankungen. »Wer der Folter unterlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt. Die Schmach der Vernichtung läßt sich nicht austilgen«, schrieb Jean Améry 1977, ein Jahr, bevor er sich das Leben nahm. Die Kinder müssen da unfreiwillig ganz unterschiedliche Rollen einnehmen, etwa die von ermordeten früheren Bezugspersonen der Eltern. Sie sollen für die Eltern nach der jahrelangen Konfrontation mit dem Tod »die Brücke zum Leben« sein und leben schon als Kleinkinder mit den Gefühlen und Affekten der lebensbedrohlichen Gesamtsituation; damit sind sie unaufhörlich überfordert. Sie spüren, auch durch das Schweigen bzw. das Verschwiegene hindurch, diese Vergangenheit. So wird auf vielen Wegen das Trauma der Überlebenden an die zweite Generation und – abgeschwächt – auch an die Enkel weitergereicht.

Aber auch hier gilt, daß es nicht »das« Trauma der zweiten und dritten Generation gibt. Analytiker und andere Autoren kommen deshalb zu unterschiedlichen Ergebnissen. Der Bostoner Psychoanalytiker James Herzog sieht bei der zweiten Generation »gestörte Objektbeziehungen, geringes Selbstwertgefühl, negative Identitätsbildung und narzißtische Verwundbarkeit«. Nach Martin Bergmann aus New York fühlen Kinder von Überlebenden sich verpflichtet, das Trauma, das ihren Eltern zugefügt wurde, »ungeschehen« zu machen – oder aber sie rebellieren gegen diese Aufgabe, weil sie das Gefühl haben, daß dieses Trauma ihnen willkürlich auferlegt wurde. Er bezweifelt, daß es für Kinder von Überlebenden

überhaupt möglich ist, psychisch gesund zu bleiben, Liebesfähigkeit und Freude an Arbeit und Muße zu entwickeln. Reinhard Saloch und Dieter Thiehle berichten von dramatischen Spannungen, z. B. von einer Mutter, die bei jeder Mißhelligkeit ihres Sohnes auszurufen pflegt: »Habe ich dafür Auschwitz überlebt?« Die in Israel lebende Psychotherapeutin Dina Wardi, die eine große Zahl von Angehörigen der zweiten Generation behandelt hat, bezeichnet diese als »Gedenkkerzen« ihrer Eltern. Sie tragen oft die Namen der Ermordeten und sollen so die Kontinuität des Lebens verbürgen. Wenn sie sich von den Eltern lösen wollen, entwickeln sie eine spezifische Form von Trennungsschuld. Judith Kestenberg sieht jedoch positive Möglichkeiten, wenn sich die Kinder künstlerisch und politisch betätigen und nicht nur auf die eigene Familie fixiert sind.

James Herzog erinnert daran, daß die konkrete Lebenssituation der zweiten Generation sehr unterschiedlich ist. Einige der Eltern hatten noch vor dem Holocaust geheiratet und die Kinder aus dieser Zeit verloren. Wo die Eltern erst nach 1945 heirateten, mußten die Nachkommen nicht die Rollen ermordeter Geschwister übernehmen. In vielen Fällen ist es zudem so, daß bei Geschwistern oft nur ein Kind die ganze Last trägt. Gabriele Rosenthal wiederum berichtet von Familien, in denen die jüdische Verwandtschaft der Mutter und diese selbst verfolgt wurde, während die meisten Angehörigen des (kommunistischen) Vaters der Täterseite angehörten. Gerade solche uneindeutigen Konstellationen zeigen, daß pauschale Aussagen über die Traumatisierung unmöglich sind. Manche Analytiker halten die Kinder für die aktive Kraft dieser Beziehung, andere sehen sie in den auf unterschiedliche Weise traumatisierten Eltern. Dan Bar-On, der in seinem Buch *Furcht und Hoffnung. Von den Überlebenden zu den Enkeln* auch die Jüngeren einbezieht, bemerkte, daß für deren Wissen über den Holocaust die konkrete Familiengeschichte bereits eine abnehmende Rolle spielt.

Alle Beispiele in der Literatur, die immer mit der Darstellung der Traumatisierungen der Überlebenden beginnen, belegen indes die immensen Schwierigkeiten der nach der Befreiung geborenen Kinder. Viele von ihnen tun Dinge, die sie sich selbst nicht erklären können, weshalb sie schließlich zur Therapie gehen. Eine Frau führt bewußt einen Autounfall herbei, eine andere leidet darunter, daß sie alle Liebesbeziehungen mutwillig abbricht, ein Mann verletzt seinen Vater, als dieser ihn vom Selbstmord abhalten will. Doch die psychoanalytische Literatur, die solche Therapien öffentlich macht, ist durchaus ambivalent. Nicht alle Autoren schränken, so wie Dina Wardi, ihre Schlußfolgerungen auf die »klinische Population« ein, also auf jene, die sich einer Therapie unterziehen. Denn auch hinsichtlich der Kinder der Opfer gilt, daß in diesem Status nicht ihre gesamte Individualität verschwindet und daß vieles von den sozialen und politischen Rahmenbedingungen abhängt. In einigen Büchern werden die methodischen Schwierigkeiten ausgespart: Wie lassen sich Folgen des Holocaust von anderen Problemen abgrenzen? Außerdem wirken sich auch in diesem Forschungsbereich berufliche Profilierungszwänge aus, was zum Beispiel dazu führt, daß periodisch spektakuläre Thesen (z. B.: »die zweite Generation leitet an einer Identifikation mit dem Aggressor«) die Runde machen oder daß die »heilende Wirkung« professioneller Hilfe stark übertrieben wird. Für die Angehörigen der zweiten Generation ist diese psychoanalytische Literatur häufig Ermutigung und Reibungsfläche zugleich. Nur hier werden die eigenen Erfahrungen wirklich ernstgenommen. Zugleich kann durch Zurückweisung umstrittener Ratschläge (etwa Ilany Kogans wohlfeiler Rat, die Kinder der Verfolgten sollten sich von der Familiengeschichte lösen, um leben zu können) die eigene Praxis reflektiert werden.

Was die inzwischen sehr umfangreiche Literatur sehr deutlich macht, ist, daß bei Kindern von Überlebenden und bei Kindern von Nazi-Tätern zwar vergleichbare Belastungen auftreten können, daß aber die Kinder der Deportierten keinerlei Möglichkeit haben, den Holocaust aus ihrer Welt auszublenden, weil er dort die dominierende psychische Realität darstellt. Sie haben keine Gelegenheit, sich *nicht* mit dem Schicksal ihrer Eltern auseinanderzusetzen.

Genau hier liegt der entscheidende Unterschied zu den Nachfolgern der Tätergeneration. Auch wenn etliche der Täterkinder an den »Verstrickungen« ihrer Eltern bzw. an den Folgen, die ihre Taten für sie selbst hatten, leiden, haben sie doch jede Gelegenheit, der Auseinandersetzung mit Tat und Tätern auszuweichen und die Opfer zu ignorieren. Gerade dieser entscheidende Unterschied wird derzeit immer offener in Frage gestellt. Und das geschieht längst nicht mehr nur auf Fachtagungen, etwa anläßlich der Symposien zur Traumatisierung auf dem »XI. Weltkongreß für Psychiatrie«, der Anfang August in Hamburg stattfand oder auf der »Internationalen Konferenz für Überlebende und Nachkommen von Opfern und Tätern des Nationalsozialismus«, die am 1. September in Wien beginnt. Vielmehr ist das Vergleichen und Parallelisieren im Zuge des Booms der deutschen Erinnerungskultur geradezu zur Massenerscheinung geworden. In Schulen und Uniseminaren, in den Medien und im Zusammenhang mit Ausstellungen, auf dem Buchmarkt und im Bundestag – überall ist derzeit die Rede von der Traumatisierung der Täter und der Verpflichtung der nichtjüdischen deutschen »zweiten Generation« wie auch der Enkel zum »intergenerationalen Dialog«. Neu daran ist nicht der Vergleich, denn Beispiele für eine Parallelisierung von Tätern und Opfern, die übrigens immer mit der Infragestellung dieses »Dualismus« einherging (die Täter als Opfer und die Opfer als »Komplizen« der Täter), finden sich in Deutschland seit 1945. Schon Améry hat sich dagegen verwahrt: »Unmöglich kann ich den Parallelismus akzeptieren, der meinen Weg nebenher laufen ließe mit dem der Kerls, die mich mit dem Ochsenziemer züchtigten.« Neu ist das Ausmaß, in dem nun die Kinder und Enkel der Tätergeneration, die mehrheitlich nicht einmal wissen, wer und wo ihre Nazi- und »Mitläufer«-Vorfahren wirklich waren, unter Berufung auf die Holocaust-Literatur Ähnlichkeiten und Verwandtschaften zwischen sich und den Nachkommen der

Holocaust-Überlebenden konstruieren. Wer das kritisiert, dem wird, in Umkehrung der Tatsachen, vorgeworfen, einer Rivalität des Leidens das Wort zu reden. Lediglich aus politischem Kalkül, so hört und liest man von Leuten, die eine Vertreibung nicht von der »Endlösung« unterscheiden wollen, würden einige Linke neben dem Holocaust kein anderes Leiden anerkennen.

Während man sich, so monierte Anita Eckstaedt schon vor zehn Jahren in dem Suhrkamp-Band *Nationalsozialismus in der zweiten Generation*, dem Schicksal der Verfolgten zugewendet habe, »wurde das Leid deutscher Mütter und Kinder während des Krieges und der Nachkriegszeit weitgehend übersehen«. Eckstaedt referierte bereits 1980 auf einer psychoanalytischen Arbeitstagung in Bamberg am Beispiel eines »Dresden-Überlebenden« über die »Wiederkehr von Krieg und Verfolgung in Psychoanalysen«. In ihrem Kampf gegen die »Einfühlungsverweigerung gegenüber Deutschen, die den Krieg erlebt und erlitten hatten«, führt sie »Fälle« von Patienten an, die sie in objektivistischer Manier als Kinder von Kriegsversehrten, von Toterklärten und von aus Ostpreußen Vertriebenen identifiziert. Indem sie deren psychische Verletzungen auf diese Weise kontextualisiert, entwirft sie das Bild einer deutschen Opfergemeinschaft, deren Mitglieder »extremen Belastungen und traumatischen Situationen ausgesetzt waren, ob sie mitschuldig waren oder nicht«. Und damit hatte sie Erfolg: »Später haben mir einige gesagt, daß sie geweint hätten.« Wolfgang Schmidtbauer beruft sich bei seiner Beschreibung seiner »Täterkinder-Patienten« gar auf Primo Levi: »Hier wiederholt sich das Thema von den Untergegangenen und den Geretteten.« Dies sind, wie gesagt, nicht Konstruktionen der Tätergeneration, sondern Deutungen, die ihr von ihren Nachkommen im Tausch gegen das politische und materielle Erbe offeriert werden.

Seit Ende der 80er Jahre und dann verstärkt seit 1995 hat die internationale Forschung zur Übertragung von Traumatisierungen und zur unbewußten Weitergabe politischer Prägungen an die zweite Generation spezifische deutsche Begehrlichkeiten geweckt. Man hatte instinktiv erfaßt, daß eine Parallelisierung von Opferkindern und Täterkindern ein ganz neuartiges Diskursfeld schaffen würde. Einerseits ist dieser Vergleich weniger verdächtig als der von Holocaust-Überlebenden und Nazis. Andererseits lassen sich die überwiegend straffrei gebliebenen eigenen Eltern bzw. Großeltern vorteilhaft in diesen Diskurs einfügen – als psychisch beschädigte Menschen, die an ihren Taten ebenso leiden wie an Flucht und Vertreibung. Vor allem aber bietet sich hier ein Modell für einen exklusiven »Dialog der Generationen«, der alle Nichtzugehörigen (deutsche Juden, Immigranten) ausschließt.

In der Holocaust-Literatur kennzeichnet die Unterscheidung zwischen erster, zweiter und dritter Generation etwas ganz anderes. Die »erste Generation« sind dort die wenigen, die die Vernichtung der Juden in Europa überlebten. Mit ihrer Befreiung beginnt eine neue Zeitrechnung, jedoch außerhalb der chronologischen Zeit, denn die Welt, in die sie hineingeboren wurden, existiert nicht mehr. Auf ihre Kinder, die nach der Befreiung bzw. in der Emigration geboren wurden, ist bereits der Schatten des Holocaust gefallen. Sie werden allein deshalb als »zweite Generation« bezeichnet, weil sie nicht mehr zu den Verfolgten gehören. Das Wort »Generation« steht hier gerade nicht wie bei den »Herrenmenschen« für Abstammung, Tradition und »nationale Kontinuität«. Die Aneignung des Begriffs »zweite Generation« durch die Nachkommen der Täter ignoriert also den zentralen Grund dieser Zählweise. Täterkinder können zwischen 1930 und 1965 geboren sein. Die Angehörigen der Jahrgänge 1930 bis 1940 sind noch im Sinn des Nationalsozialismus erzogen worden, und die danach Geborenen zerfallen in verschiedene politische »Generationen«.

Indem man nun die Bezeichnung »zweite Generation« zwecks Konstruktion einer deutschen Leidensgemeinschaft okkupiert, wird der Generationenbegriff der Holocaust-Literatur gewendet und in den Zusammenhang von Ursprung, Erbe, Nation und Landschaften gestellt. Dabei ist das Interesse an diesem Begriff, insbesondere an seiner Verknüpfung mit »Nation« im wiedervereinigten Deutschland, nicht zufällig: Man kombiniert so die Diskurse des Deutschseins und der Erinnerung. Die Jahre 1968 und 1989 stellen in diesem Zusammenhang Verdichtungsmomente dar, die beide rückwärtig mit dem Nationalsozialismus verbunden sind. Die ausgehenden 90er Jahre sind wiederum mit dem Machtverlust der Tätergeneration und der Konstitution der »68er-Generation« als neue Elite verbunden, die dabei auch die »Flakhelfer-Generation« beerbt. Der alte »Generationenkonflikt« wird damit zur allseitigen Zufriedenheit aufgelöst. Nur die Nachkommen der Holocaust-Überlebenden, die mit den Kindern und Enkeln der Täter angeblich so gut zurechtkommen, müssen sich mit Ignatz Bubis' Resümee auseinandersetzen, daß ein Jude in Deutschland sich nicht begraben lassen sollte, wenn er sicher sein will, daß sein Grab nicht in die Luft gesprengt wird – wie das von Heinz Galinski.

Literatur:

Dan Bar-On: *Furcht und Hoffnung. Von den Überlebenden zu den Enkeln. Drei Generationen des Holocaust*. Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 1997, 476 Seiten, 48 Mark

Gabriele Rosenthal (Hg.): *Der Holocaust im Leben von drei Generationen. Familien von Opfern und Tätern.* Edition Psychosozial, Gießen 1997, 461 Seiten, 48 Mark

Ilany Kogan: *Der stumme Schrei der Kinder. Die zweite Generation der Holocaust-Opfer*. S. Fischer, Frankfurt 1998, 282 Seiten, 44 Mark

Ulla Roberts: *Spuren der NS-Zeit im Leben der Kinder und Enkel. Drei Generationen im Gespräch.* Kösel, München 1998, 234 Seiten, 29 Mark

Manfred Endres/Gerd Biermann (Hg.): *Traumatisierung in Kindheit und Jugend*. Ernst Reinhardt Verlag, München 1998, 250 Seiten, 39 Mark

Christian Schneider/Bernd Leineweber/Cordelia Stillke: *Das Erbe der Napola. Versuch einer Generationengeschichte des Nationalsozialismus.* Hamburger Edition, Hamburg 1996, 394 Seiten, 58 Mark

Dan Bar-On: *Die Last des Schweigens. Gespräche mit Kindern von Nazi-Tätern*. Rowohlt, Frankfurt 1993, 352 Seiten, 18 Mark

Martin S. Bergmann/Milton Jucovy/Judith Kestenberg (Hg.): *Kinder der Opfer, Kinder der Täter. Psychoanalyse und Holocaust*. Fischer, Frankfurt 1995, 420 Seiten, 26 Mark

Wolfgang von Buch: *Wir Kindersoldaten*. Siedler Verlag, Berlin 1998, 304 Seiten, 39 Mark

Tilmann Moser: *Dabei war ich doch sein liebstes Kind. Eine Psychotherapie mit der Tochter eines SS-Mannes.* Kösel, München 1998, 188 Seiten, 34 Mark

Wird fortgesetzt

Konkret 09/99, S. 52

Günther Jacob

Dialektik des Authentischen

Die Einheit des Weltgeschehens, wie sie in dem Begriff der »Geschichte« unterstellt wird, ist ein Konzept, das sich erst im 18. Jahrhundert durchgesetzt hat. Damals verlor das Zeugnis der Zeit- und Augenzeugen seine Bedeutung. Geschichte als Gesamtzusammenhang beruht seither auf einigen grundlegenden Annahmen: geschichtliche Vernunft, geschichtsphilosophisch konzipierte Zukunft, gewisse Gesetzmäßigkeiten des Geschichtsverlaufs, tendenzielle Weltgesellschaft, einheitliche Wissenschaftsmethodologie. Alle diese (»eurozentristischen«) Annahmen waren zwar stets umstritten – bereits aus Sicht der Arbeiterbewegung zerfiel die Geschichte in eine bürgerliche und eine proletarische – , aber erst mit dem Holocaust wurde die Konzeption endgültig fragwürdig, denn der Holocaust läßt sich in eine übergeordnete Vernunft, die ja auch die Sicht der Verfolger umfassen müßte, nicht integrieren. Die entschieden »subjektiven« Erinnerungen der Überlebenden kollidieren mit den »objektiven« Gesetzen dieser hegemonialen Geschichtskonzeption, nicht zuletzt mit ihrer Zeitrechnung, wie z. B. die neue Generationenzählung der Holocaust-Überlebenden zeigt. Diese können die relativierende »Erklärung« nicht ertragen, da sei ein »Prozeß«, eine »Struktur« oder ein »Gesetz« am Werk gewesen, denn sie haben die Täter selbst gesehen. Sie pochen deshalb auf ihre persönlichen Erinnerungen und fordern, daß diese als historische Zeugnisse anerkannt werden. Die seit den 70er Jahren zu beobachtenden Trends zur Alltags- und Mikrogeschichte, zur Betonung von konkreten Wahrnehmungen und Verantwortlichkeiten, zur Aufwertung der Oral History und zu kulturwissenschaftlichen und poststrukturalistischen Forschungsansätzen können deshalb durchaus als Reaktion auf die positivistische Suche nach historischen Gesetzen und hermeneutischem Sinnverstehen interpretiert werden.

Im Zuge dieser Veränderungen entwickelten sich schließlich die heute so dominanten, partiellen »Erinnerungskulturen«. Sie haben sich an die Stelle des emphatischen Begriffs von Weltgeschichte gesetzt. Exakt in diesem neuen Feld ist nun das Buch Erinnerungsräume *von Alaida Assmann positioniert. Ungezählte Beiträge im anspruchsvollen Feuilleton über das kulturelle Gedächtnis haben die Literaturwissenschaftlerin und Ägyptologin in den letzten Jahren zu einer wichtigen Vordenkerin der neuen Erinnerungskultur in Deutschland gemacht. In ihrem neuen Buch fragt sie nun am Beispiel literarischer und philosophischer Texte sowie von Kunstwerken nach den verschiedenen Funktionen kultureller Erinnerung, ihren Medien (Schrift, Fotos, Körper, Orte) sowie nach den Umgangsformen mit den technischen und diskursiven Archiven. Assmann hat unter anderem beobachtet, daß der Holocaust, obwohl es immer weniger Überlebende gibt, die ihn mit »lebendiger Erinnerung« bezeugen können, mit zunehmender zeitlicher Distanz näher gerückt ist. Dieses Phänomen, so meint sie, blamiere die Logik der Chronisten und Historiographen, die von einer Linearität des zeitlichen Verlaufs ausgehen. Die historische Zunft, die bisher das Monopol der Gedächtnisbewahrung beansprucht, habe mit den Erinnerungskulturen ernsthafte Rivalen bekommen, als deren Anwältin Assmann sich versteht. Sie hält Erinnerungspolitik für die zivilgesellschaftliche Alternative zum alten Nationalismus. Statt die deutsche Vergangenheit zu leugnen, müßten »wir« Nationalbewußtsein ganz neu bestimmen: als reflexives Geschichts- und Identitätsbewußtsein, das auch die »dunklen Seiten« integriert. Und diese Politik des kulturellen Gedächtnisses, die auch den Holocaust als Teil der Memorialkultur zur Sache der Staatsrepräsentation macht, muß nach Assmanns Überzeugung durch medial vermittelte Kodifizierung, Ritualisierung und Kanonisierung stabilisiert werden.*

Für die Problematik dieser Entwicklung hat Assmann als deren Propagandistin allerdings keinen Blick. Daß mit der neuen Erinnerungskultur gerade in Deutschland der Kampf um die Bedeutung *der historischen Ereignisse direkter und persönlicher geworden ist, daß deutsche »Zeitzeugen« sich der Oral History bemächtigen und in aggressiven Anerkennungskämpfen ihre Deutungsmuster durchsetzen, daß sie sich dabei auf die besondere moralische Autorität berufen können, die das persönliche Zeugnis in dieser Erinnerungskultur hat, zu all dem findet sich bei ihr kein Wort. Die Relativierung des Absolutheitsanspruchs des »historischen Urteils« zugunsten der »authentischen Erfahrung« hat es eben auch der deutschen Tätergeneration leichter gemacht, auf ihre eigene »Erfahrung« und ihre eigene »Zeitzeugenschaft« zu pochen. Und dabei zeigt sich, daß sich mit der Erinnerung auch die Vergangenheit verändert, weil sich der Bezugspunkt zur politischen Gegenwart, auf den sich die Erinnerung bezieht, verschiebt.*

Nun stellt sich also heraus, daß das Aufblühen vieler Erinnerungskulturen keine unproblematische Alternative zur hegemonialen Geschichtskonzeption darstellt. Der Historiker Lucian Hölscher hat deshalb schon vor einigen Jahren (in: Platt/Dabag: Generation und Gedächtnis*, Opladen 1995) den Vorschlag gemacht, diese, im Kontext der neuen Erinnerungskulturen stattfindenden Kämpfe um Bedeutung selbst als reale geschichtliche Ereignisse zu begreifen und zu untersuchen. So ist zum Beispiel das Ereignis »Zweiter Weltkrieg« vom Kampf um seine Bedeutung – als Vernichtungskrieg und Bedingung des Holocaust, als patriotische Rettung vor dem Bolschewismus, als Selbstzerstörung des alten Europas und Beginn einer langen Teilung – nicht zu trennen. Versteht man daher gesteigerte bedeutungsuchende und bedeutungschaffende gesellschaftliche Aktivitäten (z. B. die dichte Folge von Debatten um Goldhagen,*

»Wehrmachtsausstellung«, Mahnmal, Walser etc.) selbst als geschichtliches Ereignis, dann ist die »Logik der Historiographen« durchaus wieder gefragt, auch wenn sie ein Monopol auf Gedächtnisbewahrung nicht mehr beanspruchen können. Die »Gesetze der geschichtlichen Vernunft« können nicht erneut über die »subjektiven« Erinnerungen gestellt werden, aber wenn die »authentischen Erfahrungen« der Verfolger neben die der Verfolgten gestellt werden, dann ist »Erinnerungskultur« auch nur eine andere Variante von Hegemonie.

Aleida Assmann: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses. *C.H. Beck, München 1999, 200 Seiten, 68 Mark*

Konkret 09/99, S. 55

Peter Nowak

Arische Eigenwerte

Wer ein Mahnmal für die Opfer des NS-Euthanasieprogramms fordert, wird in Deutschland sogleich des □ Schwachsinns□ verdächtigt

»Man läßt sie sich auf die Bänke setzen. Eine stellt sich in die Ecke. Eine zieht es vor, sich auf den Boden zu setzen. Die Pflegerinnen winken: □Ruhig sein, warten□ und schließen die Tür. Die Kranken sind allein. ... Da rauscht es. Es scheint, die Duschen gehen. Eine auf der Bank läßt den Kopf sinken und plumpst, ihrem Kopf nach, stumpf auf die Steinplatten. Die im Kreis gegangen war, blickt auf und sackt in den Knien zusammen. Auf der Bank lehnt sich eine neben der anderen, rutschen, zwei zusammen und einzeln, herunter, fallen übereinander. Die Duschen rauschen.«

Unter der Überschrift »Die Fahrt ins Blaue« berichtete der damalige französische Besatzungsoffizier Alfred Döblin 1946 in der Freiburger »Badischen Zeitung« über ein Mordprogramm, dem zwischen 1939 und 1941 über 275.000 zuvor als »entartet« und »lebensunwert« stigmatisierte Menschen zum Opfer fielen. Die detaillierten Angaben bekam der ehemalige Psychiater Döblin von einem an der Euthanasieaktion der Nazis beteiligten Kollegen, der nach Kriegsende in einem Schwarzwalddorf untergetaucht war. Lange wird er dort wohl nicht haben ausharren müssen. Die überwiegende Mehrheit der Ärzte, Pfleger und Krankenschwestern, die an den Euthanasiemorden beteiligt waren, blieben nach 1945 sowohl in West- wie Ostdeutschland in ihren Ämtern und machten weiter Karriere. In der DDR wurden einige zu »Verdienten Ärzten des Volkes« oder gar Ordinarius an der Humboldtuniversität. Im Westen avancierten Euthanasieärzte zum Berater für Wiedergutmachungsfragen bei der Bundesregierung, wie Professor Werner Villinger, oder zum Gründer der Kinderklinik an der FU-Berlin, wie Gerhardt Kujath.

Die Spuren der meisten Euthanasieopfer verloren sich mit ihrer Einweisung in die psychiatrische Anstalt und wurden mit ihrer Ermordung endgültig getilgt. Natürliche Nachkommen hatten sie in der Regel keine, und Verwandte setzten sich äußerst selten in der Nachkriegszeit für die Rehabilitierung ihrer ermordeten Angehörigen ein. Die wenigen Überlebenden wurden nie als Verfolgte des NS-Regimes anerkannt. Wenn ein Überlebender Entschädigung forderte, konnte es ihm ergehen wie Werner K., der in der Nazizeit in den Wittenauer Kliniken in Berlin zwangssterilisiert worden war. Nachdem er Gerhard Kujath und den damals noch in den Wittenauer Kliniken amtierenden Oberarzt Willi Behrendt die Beteiligung an der Ermordung von Erwachsenen und Kindern vorgeworfen hatte, wurde er mit der Begründung, von ihm gehe eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung aus, weil er sich offenbar krankheitsbedingt in die Vorstellung hineinsteigere, »daß ihm in der Zeit seiner Unterbringung in den hiesigen Karl-Bonhöffer-Heilstätten Unrecht geschehen sei, für das er Entschädigung verlangen könne«, 1964 zwangsweise in eine Düsseldorfer Nervenklinik eingewiesen.

Ganz so rabiat geht man heute mit den Kritikern nicht mehr um. Doch als »Verbreiter von politisch korrektem Schwachsinn« und »ominöse Initiative mit abstrusen Argumenten« muß sich der Bundesverband der Psychiatrieerfahrenen titulieren lassen, seit er ein Mahnmal für die Euthanasieopfer der NS-Zeit in der Berliner Tiergartenstraße 4 fordert. Dort amtierten in einer heute längst verschwundenen Villa zwischen 1939 und 1941 die Schreibtischtäter und regelten detailliert alle die Euthanasiemorde betreffenden Angelegenheiten – von der Einstellung des Personals bis zur Abrechnung mit den Krankenkassen und den Fürsorgeverbänden. Nach dem von Hitler am 24. August 1941 verfügten Stop der Massentötungen wurden die Planer nach Polen exportiert, wo sie für den Aufbau der großen Vernichtungslager auf die in der Tiergartenstraße gesammelten Erfahrungen zurückgreifen konnten.

Durch die Bezeichnung »T4-Aktion« für das NS-Euthanasieprogramm wurde diese Adresse zu einem Synonym für die nazistische Vernichtungspolitik, doch vor Ort fehlte lange Zeit der kleinste Hinweis darauf. Schließlich sollte dort nach den Vorstellungen des Westberliner Senats mit dem »Kulturforum« Deutschland als Land der Dichter und Denker präsentiert werden. Mit den nach Entwürfen des Architekten Hans Scharoun errichteten Gebäuden der Philharmonie, der Neuen Nationalgalerie und des Musikinstrumenten-Museums wurde die Vergangenheit zubetoniert. Erst 1989 ließ man auf Initiative der Lokalgeschichtswerkstatt »Aktives Museum« nach zähem Ringen mit den Berliner Kommunalpolitikern vor dem Eingang der Philharmonie eine unauffällige, schwer entzifferbare Tafel in den Boden ein, die an die Terrorzentrale erinnert. Geht es nach den Plänen des Berliner Stadtentwicklungssenators Peter Strieder (SPD), wird das »Kulturforum« demnächst um ein »Haus der Mitte« ergänzt, daß als Künstlergästehaus Verwendung finden soll. Ein Mahnmal für die Euthanasieopfer ist in diesen Planungen nicht vorgesehen.

Aber nicht nur Berliner Politiker, sondern auch die Heidelberger Universitätsverwaltung legt der Initiative für das Denkmal der Euthanasieopfer Steine in den Weg. Seit Jahren lagert im Keller der Uni Heidelberg Beutekunst der besonderen Art, die sogenannte Prinzhorn-Sammlung. Benannt ist sie nach dem Heidelberger Psychiater Hans Prinzhorn, der bis 1921 Gemälde und Skulpturen von Psychiatrie-Insassen gesammelt hat. Die Künstler interessierten ihn dabei nicht. Häufig ist nicht mal deren Name in den Katalogen aufgeführt. Aber nirgends fehlt das Krankheitsbild, zu dessen Illustration Prinzhorn die Kunstgegenstände als Teil der Patientenkartei sammelte. Für die Heidelberger Klinik sind sie das bis heute. Deshalb

denkt sie auch gar nicht daran, die Kunstwerke der Berliner »Initiative Haus des Eigensinns« zu übereignen. Die will sie in der Gedenkstätte ausstellen, um damit an die Künstler zu erinnern, von denen einige bei den T4-Aktionen ermordet worden sind. Doch die Heidelberger Universität will, unterstützt von der Landesregierung Baden Württemberg, ab 2001 die Bilder zum Gedenken an den Sammler Prinzhorn auf ihrem Gelände präsentieren. Der starb schon 1933 und hatte also keine Gelegenheit mehr, am Euthanasieprogramm mitzuwirken, aber doch noch genügend Zeit, um seine antisemitische Gesinnung auszudrücken, wie Dr. Thomas Röske in seinem Buch *Der Arzt als Künstler – Ästhetik und Psychotherapie bei Hans Prinzhorn* nachgewiesen hat. Gegen »die rasend schnelle, in kaum zwei Generationen geschehene Überflutung mit jüdischem Geist« empfiehlt Prinzhorn »in Werk und Tat nämlich die dem Judentum unbequemen arischen Eigenwerte auf so hohem Niveau zum Ausdruck zu bringen, daß nur offensichtlich tendenziöse Gehässigkeit noch Angriffspunkte findet«.

Als Ausstellungsort wird in Heidelberg ein ehemaliger Hörsaal umgebaut, in dem Euthanasieärzte gelehrt haben. Unter den in der berüchtigten Ausstellung »Entartete Kunst« gezeigten Bildern befanden sich auch Werke aus der Prinzhornsammlung.

»Beutekunst für den Hörsaal der Mörder?« – mit diesem Transparent protestierten einige Psychiatriekritiker gegen die Pläne der Heidelberger Klinik. Doch die Wahrscheinlichkeit ihrer Realisierung ist groß. Es sei denn, dem Freundeskreis des Museums »Haus des Eigensinns«, dem sich unter anderen der Leiter des Hauses der Wannseekonferenz, Norbert Kampe, Dorothea Buck vom Bund der Euthanasie-Geschädigten und Zwangssterilisierten und der langjährige Ärztekammerpräsident von Israel und zeitweilige Präsident der World Medical Association, Dr. Ram Ishay, angeschlossen haben, gelingt es, genügend Druck im Ausland zu erzeugen, wie etwa beim 11. Internationalen Kongreß der World Psychiatric Association (WPA), zu dem sich vom 6. bis 11. August erstmals in Deutschland Psychiater aus aller Welt trafen. Die Israeli Association Against Psychiatric Assault und der Bundesverband Psychiatrie-Erfahrener forderten im Vorfeld des Kongresses seine Verlegung in ein anderes Land, um nicht die Mitschuld der Psychiatrie an den Naziverbrechen zu vertuschen.

Konkret 09/99, S. 58

Gerhard Scheit

Teddy für alle

Waren Adorno und Horkheimer die Identitätsstifter der BRD? Aus diesem Bierwitz ist jetzt ein Buch geworden

Was ist los in Frankfurt? Sind die Institutsmitglieder der dreißiger Jahre als Geistererscheinung zurückgekehrt? Spuken Horkheimer und Adorno, Benjamin und Marcuse durch die Seminar-Räume in der Senckenberganlage und stellen tückische Fragen in einer Pressemitteilung, die zu einer Internationalen Konferenz zum Thema »Kritik der Gesellschaft« aufruft? 75 Jahre nach der Gründung des Instituts, so heißt es hier, entspreche die Welt »jenem Gesellschaftsbild, das Max Horkheimer und Theodor W. Adorno in der *Dialektik der A□ fkl□ r□ ng* entworfen hatten. Andererseits ist bei vielen Erben der Tradition kritischer Gesellschaftstheorie ein entschiedener Auszug aus den Schützengräben marxistischer Totalkritik am Kapitalismus zu beobachten und die Ausbildung von theoretischen und empirischen Interessen an politischen, kulturellen und sozialpsychologischen Widerstandspotentialen und Reformressourcen. Die Frage drängt sich auf, ob die Spaltung zwischen dieser neuen Bescheidenheit in der Gesellschaftskritik und der sich totalisierenden kapitalistischen Realität nur Ausdruck einer temporären Ungleichzeitigkeit ist oder selbst ein Teil des Problems der Dialektik der Aufklärung, das heißt des Verstummens jeglicher politisch folgenreicher Gesellschaftskritik.«

Es ist nur ein kurzer Spuk. Der Auftritt der kritischen Gespenster dient lediglich dazu, der Sozialforschung wieder irgendeine Art von Aufmerksamkeit zu verschaffen – noch einmal eine Atmosphäre wie im Grand Hotel Abgrund zu simulieren, um vermutlich die Empiriker und Technologen ein wenig aufzuschrecken. Einer Ausbreitung des herumgeisternden Denkens wird schon in der Pressemitteilung vorgebeugt durch quantitative Vorgaben: »Um diese Frage beantworten zu können, sollten während der Konferenz drei Reflexionen angestellt werden.« Der Sozialforscher von heute fragt aber nicht nur, wieviel er soll, sondern auch, was er überhaupt darf: »Zunächst soll die Frage diskutiert werden, wie □stark□ oder in welchem Maß kontexttranszendierend die normativen Maßstäbe sein dürfen, mit denen eine Kritik der gesellschaftlichen Verhältnisse heute durchzuführen ist.« Nicht zuletzt geht es auch um den deutschen Theorie-Standort, der gegenüber dem angelsächsischen verteidigt werden muß, und zu diesem Zweck soll offenkundig die Kritische Theorie wie eine Art geistiger Sozialstaat behandelt werden: Man beruft sich zwar irgendwie auf ihn, wenn es um die heroische Vergangenheit und die eigene Identität geht, muß ihn aber gleichwohl abbauen, um konkurrenzfähig zu bleiben: »Den Hintergrund der damit angeschnittenen Debatte stellt die vor allem in der angelsächsischen Diskussion vertretene Theorie dar, daß es für die Verwendung von normativen Kriterien, die den Werthorizont einer Gesellschaft transzendieren, keine philosophische Rechtfertigung gibt ... Weil ein solcher Einwand auch den normativen Kern der Kritischen Theorie berührt, sollen die Alternativen überprüft und diskutiert werden, die mit der Verwendung von starken oder schwachen Kriterien angesichts der Aufgaben einer kritischen Gesellschaftstheorie einhergehen.«

Schwache Kriterien: Schröder; starke: Lafontaine? Wie die Gesellschaft jedenfalls einem deutschen Sozialdemokraten nur unter dem Gesichtspunkt des Staates erscheint, so das Bewußtsein einem deutschen Sozialforscher unter dem der Norm – und die Debatte ist ausschließlich darüber zu führen, ob und inwieweit die Gesellschaft und das Bewußtsein mit starken oder schwachen Kriterien bearbeitet werden sollten, damit wohl niemand mehr auf die Idee käme, der sich totalisierenden kapitalistischen Realität mit Marxscher Totalkritik zu begegnen.

Die Vortragenden dürften jedenfalls in der Mehrzahl der Norm entsprechen: Statt um Totalkritik soll es um das Ende der Eindeutigkeiten gehen (Zygmunt Bauman); anstelle der Tyrannei des Kapitals darf die Tyrannei der Intimität begriffen werden (Richard Sennet); die »Spielräume eingreifender Gesellschaftskritik« (Ute Gerhard, Otto Kallscheuer, Jürgen Seifert ...) werden den Werthorizont der Gesellschaft nicht allzusehr transzendieren, aber manchem Spielchen der Intellektuellen mit starken und schwachen Kriterien Platz bieten; und die geforderten drei Reflexionen »zur Aktualität des philosophischen Werkes der Kritischen Theorie« (Alfred Schmidt, Herbert Schnädelbach, Albrecht Wellmer) sollen verhindern, daß womöglich weitere sich anschließen.

Eine gerade erschienene »Wirkungsgeschichte der Frankfurter Schule« (Albrecht et al.: *Die intellekt□ elle Gr□ nd□ ng der B□ ndesrep□ blik*) versucht das einstige intellektuelle Zentrum der Studentenbewegung auf andere, geradezu entgegengesetzte Weise ins (akademische) Rampenlicht zu rücken. Sie schreckt nicht mit dem alten Geist der Kritik, sondern erklärt, daß es in diesem Hause Kritik sowenig gegeben habe, wie es Gespenster gibt. Auf über 600 Seiten werden dafür die internen Machtkämpfe, die Strategien intellektueller Konkurrenz und die Anpassung an Nachkriegsgesellschaft und -staat minutiös dokumentiert. Es ist die erste Geschichte der Kritischen Theorie ohne jede kritische Theorie. Das an deren Stelle tretende, ironische Erkenntnisinteresse beruft sich auf die banale Einsicht, »daß man aus den Lehren der Kritischen Theorie nicht unmittelbar auf die Handlungen ihrer Vertreter schließen darf« – ihm ist die Lehre egal, wenn nur die Handlungen ihrer Vertreter einiges Aufsehen erregen können. Diese heute so beliebte Süffisanz, die überall in der Vergangenheit der Linken den Gegensatz zwischen Anspruch und Wirklichkeit aufspürt, reicht an Entmythisierung, die im

Falle der Frankfurter Schule durchaus nötig wäre, in keinem Punkt heran; denn sie ist nur die Häme derer, die solchen Gegensatz gar nicht mehr kennen, da eben ihr Anspruch bereits mit der Wirklichkeit vollkommen identisch geworden ist.

Der Anspruch, von dem die Autoren dieses Buchs allerdings ausgehen, ist dem der Kritischen Theorie genau entgegengesetzt, wie sich etwa an der Beschreibung jener Situation unschwer ablesen läßt, die den Emigranten einst die Rückkehr ermöglichte: »Die Kehrseite der Befreiung von Hitler war die Ächtung eines ganzen Volkes, das wehrlos über die Leiden und Grausamkeiten der Vertreibung nicht einmal laut klagen (!) und das Selbstbestimmungsrecht nicht beanspruchen durfte.« Die Rede ist wohlgemerkt vom deutschen Volk. Das wiedererrichtete Institut für Sozialforschung habe daraufhin »die intellektuelle Gründung der Bundesrepublik« betrieben und agiert als »die maßgebliche Kraft in einem Prozeß, in dem sich die westdeutsche Intelligenz den Staat zu eigen machte, der den Deutschen von den Siegern des Zweiten Weltkriegs aufgenötigt worden war«.

Das ist nun wirklich ein aufsehenerregender Paradigmenwechsel: Die vor nicht allzu langer Zeit als Ziehväter des Terrorismus Inkriminierten werden nun – wenn auch mit maliziösem Grinsen – als heimliche Zuchtmeister der FdGO wiederentdeckt. Einer List der völkischen Vernunft folgend erscheinen sie damit den von aller Kritik verlassenen und von der Nation besessenen Intellektuellen, die dieses Buch gemacht haben, als notwendige Stufe auf dem Weg zum wiedervereinigten Deutschland, das – da ihm von den Siegern des Zweiten Weltkriegs nichts mehr aufgenötigt wird – aus seiner Vergangenheit endlich Kapital schlagen kann, statt mit ihr sich selbst in Frage zu stellen: »Das wiedervereinigte Deutschland bezieht sein Selbstverständnis und Selbstbewußtsein, seine Eigenheiten und sein Sendungsbewußtsein (!) aus der dauernden, nicht abgeschlossenen und auch nicht abschließbaren Auseinandersetzung mit den dunklen Seiten seiner Geschichte; denn diese Erfahrung, so hatte Horkheimer geschrieben, hat es anderen Völkern voraus.« Eben darum geht es nun auch, wie hinzuzufügen ist, den anderen – im Falle Jugoslawiens etwa – gerne voran. So wäre das heutige Institut für Sozialforschung doch gut beraten, mit der Regierung nach Berlin zu übersiedeln.

Clemens Albrecht, Günter C. Behrmann, Michael Bock, Harald Homann, Friedrich H. Tenbruck: *Die intellekt□ elle Gr□ nd□ ng der B□ ndesrep□ blik. Eine Wirk□ ngsgeschichte der Frankf□ rter Schule*, Campus, Frankfurt/New York 1999, 649 S., 98 Mark

Konkret 09/99, S. 59

Martin Büsser

Melodie & Rhythmus

Sogenanntes Linksradikales Blasorchester, 1976-81. Trikont/Indigo

Ende der siebziger Jahre, als Heiner Goebbels noch nicht für das Theater arbeitete, spielte er in zwei bemerkenswerten Formationen, in der Avant-Jazz- und No-Wave-Band Cassiber und beim Sogenannten Linksradikalen Blasorchester. Beide Gruppen zeichneten sich dadurch aus, daß sie an eine bereits im klanglichen Material vorhandene politische Dissidenz glaubten. Cassiber gelang eine Vermischung der radikal nichtkommerziellen Extreme aus Jazz und damaliger Rockmusik, also Punk, Industrial und Wave. Ähnlich stilübergreifend und zitathaft ging das Sogenannte Linksradikale Blasorchester aus Frankfurt vor, dessen komplettes, auf LP nur schwer zugängliches Œuvre nun von Trikont auf einer Doppel-CD wiederveröffentlicht wurde. Die Musik der Sogenannten Linksradikalen ist aus den verschiedensten musikalischen Traditionen zusammengestoppelt, die ihrerzeit als links oder doch zumindest emanzipatorisch galten. Darunter finden sich – beinahe selbstredend – Brecht, Weill und Eisler verarbeitet, lateinamerikanische Revolutionsmusik, Free Jazz, eine Eindeutschung von Frank Zappas »I'm The Slime« (»Ich bin halt die Kotze aus deiner Glotze«) und eine Bearbeitung zweier Peter-Paul-Zahl-Texte. Vieles, was dem Orchester eine freche und zugleich avantgardistische Note verleiht, ist der bloßen Tatsache zu verdanken, daß ein Großteil der Beteiligten Laien gewesen sind. Alfred Harth und Heiner Goebbels waren die einzigen Berufsmusiker im Ensemble. Der Rest bläst dann und wann auch unbekümmert falsche Töne an.

Im ersten Moment könnte der Eindruck entstehen, daß es sich bei dieser Wiederveröffentlichung um ein rein historisches Dokument mit durchaus liebevollem, aber antiquiertem Straßentheater-Touch handelt. Der politische Kontext, in dem diese Aufnahmen entstanden – die Zeit zwischen RAF-Paranoia und Startbahn West – , ist in der Tat historisch – die musikalische Herangehensweise bleibt erstaunlich zeitgemäß. Das Stück »Ohne daß ich sagen würde, ich bin der neue Führer« untermalt beispielsweise die Rede eines jungen Nationalsozialisten und geht damit ästhetisch ähnlich vor wie später die Goldenen Zitronen auf ihrer Platte »Economy Class«.

Die Zitathaftigkeit der Musik, der ironische Umgang mit musikalischen Vorbildern und der Versuch, einen Großteil der politischen Aussage instrumental zu artikulieren – all das würde man heute allenthalben als postmodern bezeichnen. Die Bricolage des Sogenannten Linksradikalen Blasorchesters hatte allerdings gerade nicht zum Ziel, die verschiedenen Entwürfe linker Musikästhetik zu relativieren; der Humor und die manchmal clowneske Schrägheit sind im Gegenteil Wege gewesen, die Musik von beispielsweise Hanns Eisler einem Jazz- und Rock-Publikum als durchaus zeitgemäß und also sympathisch zu vermitteln. Ende der Siebziger ist diese Methode so klar gewesen, daß sie nicht hat erklärt werden müssen. Heute könnte ihre Wiederentdeckung auf einige Fragen zur Musik unserer Zeit Antworten geben. Das Problem beispielsweise, wie Musik links politisiert werden kann, ohne in abgenutze Slogans zu verfallen, ist hier elegant gelöst worden. Alec Empire sollte sich diese CD dringend anhören.

Flanger: Templates. Ninja Tune/Zomba

Rückwärts gewandt nach vorne: Bernd (Burnt) Friedmann (Drums, Percussions, Sampling) und Atom Heart (Rhodes, Yamaha, Vibraphone, Guitars, Sampling) haben in Santiago de Chile eine Platte eingespielt, die nachdrücklich darauf hinweist, daß der Jazz nicht tot ist und daß er nicht einmal, wie Frank Zappa behauptet hatte, seltsam riecht. Nebenbei: Auch auf dieser Veröffentlichung wird Frank Zappa über den Track-Titel »Studio Tan« zitiert. Während sich das Sogenannte Linksradikale Blasorchester dem Gestus nach eher auf den absurdistisch frechen Zappa der Mothers-Phase bezogen hat, rekapitulieren Flanger die instrumentalen, geradezu seriösen Fusionjazz-Platten, die Zappa immer wieder mal zwischen seinen Ulk-Phasen in den Siebzigern aufgenommen hatte.

»Templates« ist eine der wenigen Veröffentlichungen im Rahmen neuerer elektronischer Musik, auf der Jazz nicht auf ein paar Samples reduziert wird, die lediglich dazu dienen, ein Klischee von Jazz als ›Stimmung‹ zu verarbeiten. Seit »Cantaloop« von US 3, dem Remake einer Herbie-Hancock-Nummer, ist es ja zur Mode geworden, sämtliche Spielarten des Dancefloor, von House bis Drum'n'Bass, dadurch aufzuwerten, daß ihnen ein Jazz-Sample beigegeben wird. Distinktionsgewinne dieser Art krankten allerdings schon immer an einer völlig falsch verstandenen Musik-Hierarchie: Weil House- und Dance-Musik sich selbst oft bezichtigt hat, nur spaß- und konsumorientiert zu sein, glaubten einige, es wäre möglich, den Viervierteltakt durch seriös-anerkannte Jazz-Klänge aufzuwerten. Flanger dagegen haben eine reine, sehr spärlich instrumentierte Fusion-Platte aufgenommen, die durchgängig groovt und die zugleich eine Spannung aufrechterhält, einen Drive, der den Frühsiebziger-Platten von Miles Davis sehr nahe kommt.

Ihre Aufnahme, die sowohl als Jazz wie auch als Dancefloor rezipiert werden kann, macht vor allem deutlich, daß es nicht darum gehen sollte, in Hierarchien zu denken, schon gar nicht in solchen, die den Jazz inzwischen zur bürgerlichen

Kunstmusik zählen, Technohouse dagegen unter »Proll« verbuchen. »Templates« nämlich zeigt als unprätentiöse Duo-Aufnahme, wie viel Jazz schon immer in Technohouse gewesen ist und wie viel (angeblich ausschließlich hedonistischer) Tanz- und Spaßfaktor dem Jazz seit seinen Swing-Jahren innewohnt.

V.A.: Polish Jazz. Modern Jazz From Poland 1963-75; Novi Singers. Vocal Jazz From Poland 1965-75 (LPs); Go Right. Jazz From Poland 1963-75 (CD). Compost Records/PP Sales Forces

Kurios, daß sich ausgerechnet ein Techno/Dance-Label (wohl bloß aufgrund der Geographie) vergessener Jazz-Perlen annimmt. Bereits der DDR-Jazz-Sampler von Compost Records warb damit, daß solche Sounds unentberlich für ein DJ-Set seien. Handelt es sich dabei um bloße Strategie? Sind die Aufnahmen nur Material für den Turntable-Kampf, bei dem derjenige die Nase vorne hat, der möglichst unbekannte Vorlagen sampelt? – Wie auch immer die Rezeption verlaufen wird: Das Label selbst hat gute Editionen abgeliefert, die kein bißchen verpoppt und reißerisch cool daherkommen, sondern die mit informativen Liner Notes versehen sind. Die auf den drei Platten mit Jazz aus Polen veröffentlichte Musik spannt einen Bogen von Modern Jazz bis zum Fusion und hat dabei einen ganz eigenen, von osteuropäischer Folklore geprägten Charakter, besitzt Eigenschaften, die der deutsche Jazz nie hat ausbilden können. Unverständlich ist nur, warum die Nummern auf »Polish Jazz« nicht chronologisch angeordnet wurden, so daß es zu ständigen, unüberhörbaren Stilbrüchen kommt. Homogener klingt da die Edition der Novi Singers, nicht aber deren Musik: Ihre Mixtur aus Vokaljazz, Easy Listening, Samba, Beat und Psychedelic ist, vorsichtig ausgedrückt, höchst unorthodox. Wer bislang glaubte, daß so unbekümmerte Stilsprünge eine Spezialität der Neunziger, also postmoderne Errungenschaft von Leuten wie Stereolab, John Zorn und Jim O'Rourke seien, wird sich vor allem über diese Platte freuen und wundern können.

Konkret 09/99, S. 60

Georg Seeßlen

Der gedachte Film

Über Stanley Kubricks radikal-aufklärerisches Kino und seinen nachgelassenen Film »Eyes Wide Shut«

Es gilt als ausgemacht: Stanley Kubrick war ein monomaner Pessimist, ein Visionär der Hoffnungslosigkeit, einer, der, wie Pauline Kaël einmal schrieb, die Objekte liebte, weil er die Menschen verachtete. Stanley Kubrick war ein Regisseur, der uns überwältigte und der uns nichts zu sagen hatte über die »world of shit«, in der seine Figuren rotierten wie in einem bizarren Menschenzoo. Das Kino des Stanley Kubrick habe den Menschen aus seiner Geschichte vertrieben, Fortschritt sei bei ihm nur als Barbarei erschienen, Mitleid und Parteilichkeit seien nicht gefragt. Das Kino habe bei ihm den Pakt mit der Aufklärung gekündigt.

Man kann das, wie beinahe alles, auch anders sehen. Auch wenn es dann etwas komplizierter wird: Wenn wir die Entwicklung des Bewegungsbildes in der zweiten Hälfte der Kino-Geschichte betrachten, seine Sucht danach, immer fließender zu werden und damit das Denken in Zeitintervallen und von Raumperspektiven aus aufzuheben, seine Beschleunigung und Subjektivierung, so scheinen Kubricks Filme beinahe konservativ, ja ein großer Schritt zurück zu einer klar strukturierten Wahrnehmung. Selbst ein Film wie »2001«, den wir auch als »Drogenfilm« begriffen haben, ist in seiner Gliederung so klar und eindeutig, daß er in jedem Moment auch »gedacht« werden kann.

Als Henri Bergson zu Beginn der Kino-Geschichte den »kinematographischen Mechanismus des Denkens« beschrieb, ging er von einer Erfassung der Bewegung in zwei Strukturen aus:

1. Die Bewegung in Zeitpunkten: Wir denken – jedenfalls wenn wir uns nicht in »transzendentalen« Zuständen des Rausches, der Ekstase oder der Versenkung befinden – in eindeutigen Zeit-Komplexen, in »Momenten«, die sich dadurch auszeichnen, daß sie beendet werden. So wie wir die »große« Geschichte in Epochen einteilen (die mit einer »Dämmerung« beginnen und in einer Katastrophe enden), so teilen wir offensichtlich auch jede biographische oder alltägliche Empfindung in die Abfolge dramaturgischer »Momente« (die wir filmisch gesehen auch »Einstellungen« nennen könnten).

2. Die Konstruktion der Raumposition: So wie unsere Wahrnehmung an die Dramaturgie des Moments gebunden ist, so verlangt sie nach einer klaren Perspektive; so wie ein Mensch auf der Jagd oder auf der Flucht beständig kurz innehalten muß, um sich zu orientieren, und eher aus diesen »Standbildern« seine Raum-Empfindung zusammensetzt als durch die Randwahrnehmung in der Bewegung selbst.

Stanley Kubricks Filme »übertreiben« diese beiden Elemente, die Dramaturgie des Moments und die Konstruktion der Raumposition, so sehr, daß sie als »Abbildung« des Bergsonschen »kinematographischen Mechanismus des Denkens« erscheinen mögen. Jeder Übergang von einer Einstellung zur anderen, sei es als Schnitt, sei es – besonders deutlich in »The Shining« – als Überblendung, ist bei Kubrick insofern rhetorisch, als er zugleich eine innere Verbindung schafft (am berühmtesten natürlich der *Match-cut* in »2001«, in dem sich ein hochgeworfener Knochen in ein Raumschiff verwandelt, nicht weniger konsequent aber etwa auch die Verknüpfung des realen Labyrinths und seines Modells in »The Shining«, auf das der Nicht-Schriftsteller Jack Torrance mit bösem Grinsen schaut) und die Konstruktion von Moment und Raumposition neu bestimmt. Daher sind Kubricks ungewöhnliche Kamerapositionen weder willkürlich noch effekthascherisch; sie zwingen uns, den Vorgang der Konstruktion nachzuvollziehen. Sie zwingen uns, um es noch deutlicher zu sagen, den Film zu denken.

Die deutliche Gliederung, die Zusammensetzung des Geschehens aus erkennbar eigenständigen Elementen, manchmal sogar eine im Verhältnis zur Narration überdeterminierte Trennung dieser Teile (etwa durch die in der Art eines Rondos wiederkehrenden Bilder, durch Kapitelüberschriften, durch die Musik oder durch den Einsatz des Off-Erzählers) kennzeichnen seinen Stil. »Barry Lyndon« etwa setzt seine Erzählung durch die Off-Narration und die Musik immer wieder neu an, gerade hier aber wird diese Erzählung in »Kapiteln« oder entsprechenden Einheiten auch in seiner Willkür deutlich. Würde man versuchen, die Konstruktion von Moment und Raumposition nun mathematisch nachzuvollziehen, ja noch in der Metrik einer klassischen Musik-Komposition, bekäme man allenfalls vage Beschreibungen wie »Beschleunigung«, »Komprimierung« oder »Retardierung« heraus. Die Gliederung in klare Elemente, die uns als ein genau beobachtendes Gegenüber voraussetzt, steht einer inneren Dynamik des Geschehens gegenüber, die die Abfolge der Elemente unberechenbar macht.

So sehr uns also Kubrick, etwa durch den berühmten »Tunneleffekt« seiner Kamera, in seinen Film hineinzulocken versteht, so sehr setzt er – nicht allein durch seine Dramaturgie und den Einsatz eines distanzierenden Erzählers, sondern auch in der Bildgestaltung selber – doch immer wieder die Sprache und das Bild als der Betrachtung nicht ohne weiteres kommensurabel ein. Kubricks Filme sind nicht »bewohnbar«; es sind Kunstwerke, wie sie am ehesten den Ideen der Aufklärung des ausgehenden 18. Jahrhunderts entsprechen mögen. Vermittelnd zwischen dem reinen Geist und der

Anschauung und dabei fragend nach dem Wirken des Bewußtseins. Das Empfinden von Raum und Zeit in Kubricks Filmen ist weder von barocker Fülle noch von manieristischem Taumel bestimmt, sondern von einer neuerlichen Paradoxie: Sein Blick, der nicht versucht, einen natürlichen zu imitieren, sondern der immer den Betrachter, vielleicht den Forscher beschreibt, versucht eine Ordnung zu errichten, von der er im gleichen Augenblick weiß, daß sie den Suggestionen der Welt nicht zu entreißen sein wird. Die klare Gliederung, die Ordnung von Moment-Dramaturgie und Raumposition, wird daher zu ihrer eigenen Farce. In seiner Bild-Konstruktion, und die ist bei einem Film nun einmal mindestens ebenso bedeutend wie die »Story« und die »Charakterisierung«, wiederholt Kubrick also den Blick der Aufklärung und stellt ihn gleichzeitig in Frage.

Das Bild (die Einstellung, der Moment) scheint bei Kubrick, wir hören diesen Begriff immer wieder in den Beschreibungen seiner Filme, zur »Vision« zu werden. Das bedeutet zunächst freilich nichts anderes, als daß sich der Blick (die Wahrnehmung der materiellen Welt vor unseren Augen) nicht vollständig mit der »Sicht« der Dinge (der Erkenntnis der Welt in ihrer inneren und äußeren Ordnung) deckt. Gerade weil das Bild im Kino zugleich Bild und Sicht produziert, kann es auch auf Bilder verzichten, wir produzieren sie auf dem Umweg über die Sicht selber. Vermutlich funktioniert das Kino eben so, nämlich, um Gilles Deleuze ein wenig abzuwandeln, indem sich Bilder in uns »einschreiben« und indem wir mit dieser imaginären Schrift sowohl das Bild als auch seine Abwesenheit »lesen«. Ein Film wäre demnach nur »lesbar« in dem Text, den er selber in uns eingeschrieben hat.

Und gerade so funktionieren Stanley Kubricks Filme nicht. Sie sind nicht um das abwesende Bild herum konstruiert, das wir »aus unserer Sicht« selber rekonstruieren, und nie ist das Bild auf der Leinwand so eingesetzt, daß es sich in uns auch fortsetzt, wenn es verschwunden ist. Es verlangt statt dessen nach Rückkehr. Kubricks Kamera ist genau dort, wo das Bild entsteht, und der Moment seines Filmes hat die Dauer einer vollständigen Erkenntnis seines Inhalts. Dieser Blick ist, mit anderen Worten, nicht mythisch, sondern »wissenschaftlich«. Nichts versteht sich da von selbst, aber nichts verschwimmt auch in mystischem Nebel.

Die Beziehung zwischen dem Filmemacher und dem Zuschauer besteht nicht auf einem Einverständnis der Sicht, sondern aus einem gemeinsamen Erkenntnisinteresse. (Dazu paßt im übrigen Kubricks Wunsch, keineswegs nur das Publikum, sondern vor allem auch immer wieder sich selbst mit jedem neuen Projekt, mit jedem neuen Film, mit jeder neuen Einstellung, mit jedem neuen Übergang des Bewegungsbildes zu überraschen.) So ergibt sich eine denkwürdige Dreieinigkeit der Wahrnehmung in Kubricks Filmen: Der wissenschaftliche Blick, der das Material zunächst ordnet und einteilt, zu einem neugierigen Gang durch die Schaukästen der Träume. – Die »Sicht« eines Aufklärers an den Rändern der Aufklärung, dessen Furor nur allzu leicht mißverstanden werden konnte als »verzweifelter Kampf eines Moralisten gegen das Böse in allen seinen Erscheinungsformen« (Dieter Krusche). – Das ästhetische Bild, das offenkundig um so schöner (und geheimnisvoller) zurückblickt, je schärfer der wissenschaftliche Blick es erfaßt.

Erinnern wir uns: An Pudowkin, nicht an Eisenstein, orientierte sich der junge Kubrick, an jenem Pudowkin, der erklärte, das filmische Bild entstehe »Schritt für Schritt«, wobei jede Einstellung die »direkte Fortsetzung der anderen« sei. Und mehr noch: »Die Reihenfolge der Einstellungen ist der Ausdruck einer spezifischen Logik, welche nur dann vorhanden ist, wenn jede Aufnahme den Anreiz zur Übertragung des Interesses auf die nächste gibt.« Welch ein Unterschied zu Eisensteins »Montage der Attraktionen«! Auch Kubricks Übergänge sind vorwiegend additiv, wenngleich schon in seinen frühen Filmen, etwa in »Killer's Kiss«, eine Vorliebe für den radikalen Perspektivwechsel zu beobachten ist, eine harte Störung der Identifikation, die nichts mit Eisensteins argumentativem Schnitt zu tun hat. In »Killer's Kiss« werden wir beständig von einer subjektiven Empfindung aus dem Blickwinkel des Helden in eine objektive Betrachtung gestoßen, und beides bestätigt einander weniger, als daß es sich kommentiert. Kubrick, so könnte man wohl sagen, lockt uns durch seine Kamerafahrten immer wieder in die Labyrinthe seiner Filme hinein, um uns dann mit einem harten Schnitt und einer objektiven Aufnahme »vor den Kopf zu schlagen«. Dieses Stilmittel schien effektiv gerade in den phantastischen Filmen über die Gewalt, in »A Clockwork Orange« oder »The Shining«, am radikalsten aber wendet er es in »Barry Lyndon« an, wo wir uns auf (über-)langen Fahrten durch traumhaft schöne Landschaften und Bauten befinden, um dann mit einem radikalen, harten Schnitt aus der elegischen Melancholie gerissen zu werden. Kubrick zerstört selbst das Raum-Empfinden in seinen Filmen; nicht nur, um uns immer wieder auf das filmische Wesen seiner Erzählung aufmerksam zu machen, sondern vor allem, um dieses Raum-Empfinden als Illusion, als Produkt der Gesellschaft kenntlich zu machen.

Aber das Additive der Montage und die klassische Einheit von Ort und Zeit in den einzelnen (langen) Sequenzen sollten nicht darüber hinwegtäuschen, daß Kubrick mit einer anderen Konstante der filmischen Erzählweise ziemlich radikal bricht, nämlich mit dem Prinzip von Ursache und Wirkung. Weder folgt bei ihm aus Einstellung eins Einstellung zwei, noch folgt bei ihm aus Einstellung eins plus Einstellung zwei Einstellung drei etc. Seine Übergänge sind gerade deswegen so grandios und so schmerzhaft, weil sie über eine ganze Reihe von ästhetischen und thematischen Elementen miteinander verbunden sind, nicht jedoch über die Logik von Ursachen und Wirkungen. Am radikalsten hat Kubrick dies wohl in »Full Metal Jacket« zum eigentlichen Thema des Films gemacht, als er zeigte, daß der erste Hauptteil seines Films – die brutale Ausbildung der Soldaten – und der zweite Teil – die blutige Realität des Krieges in Vietnam – sich nicht logisch zueinander verhalten (und damit auch eine »humanistische« Argumentation unmöglich machen). Diese »Logik« im Kino ist nämlich

ganz und gar nicht logisch, sondern im Gegenteil konventionell. Das heißt: Wir lesen den »normalen« Film vor allem aus Gewohnheit, wir lesen ihn, weil sich unser Blick abgeschliffen hat. Aufklärung im Kino heißt daher nicht: eine dem Projekt der Aufklärung und seinem Scheitern konforme Geschichte erzählen. Aufklärung im Kino heißt: unserem Blick seine analytische Autonomie zurückgeben.

Montage bedeutet bei Kubrick weder Natur noch Argumentation. Er dreht Pudowkin gewissermaßen um, der gesagt hat, daß »die Montage Schöpferin filmischer Wirklichkeit ist und daß die Natur uns nur das Rohmaterial zu unserer Arbeit gibt. Dies ist das eigentliche Verhältnis von Wirklichkeit und Film.« Während Pudowkin die Wirklichkeit zerlegt, um sie nur desto wirkungsvoller zusammenzusetzen, läßt Kubrick dem Zerlegten sein Recht. Es ist, zum Beispiel, höchst bewundernswert, wie er das Hotel Overlook in »The Shining« aus verschiedenen *Settings* »zusammensetzt«, so daß wir in jedem Augenblick das Gefühl haben, uns in einem wirklichen »ganzen« Gebäude zu befinden (ein Gebäude, das wir nur allzu gerne selbst einmal betreten würden), aber zur gleichen Zeit zerlegt er dieses Gebäude auch wieder und läßt uns durch seine Montage ahnen, daß diese Ganzheit eine Illusion ist: Es zerfällt vor unseren Augen nicht nur der Raum, sondern auch die Zeit.

Jean-Luc Godard, der gewiß in vielem ein Antipode Kubricks in der Geschichte des modernen Films ist, hat zu Beginn der siebziger Jahre erklärt, in einer Welt, die unablässig sinnlose Bilder in den Medien und in der Werbung produziere, müsse der neue Filmemacher lernen, »wenig Bilder zu machen, um sie besser kontrollieren zu können«. Wenn man Kubricks visionäre Filme näher betrachtet, ist man verblüfft, daß sie in der Tat aus wenigen Bildern bestehen. Und diese Bilder nun sind aufs beste »kontrolliert«.

»Eyes Wide Shut«, der Kubricks letzter Film geworden ist, setzt das Spiel fort. Einerseits handelt es sich dabei um eine erstaunlich werkgetreue Verfilmung der *Traumnovelle* von Arthur Schnitzler, übertragen in ein »unwirkliches« New York von heute. Andrerseits geht es genau um das, was der Titel vorschlägt: um ein Sehen in den Traum hinein. Nicht im Sinne der Psychoanalyse, der Kubrick so wohlwollend-distanziert gegenüberstand wie Schnitzler, sondern als Frage nach seiner Konstruktion. Auf den ersten Blick geht es um einen Mann (Tom Cruise), der sich, ausgelöst durch die Erzählung seiner Frau (Nicole Kidman) von einem Beinahe-Ehebruch, auf eine erotische Traum-Reise durch die Nacht begibt, bei der sich die Bilder seines Begehrens immer wieder in Bilder der Angst und des Todes verwandeln und die Objekte seiner Begierde sich um so mehr entziehen, je näher er sie anzuschauen versucht. Auf den zweiten Blick schon geht es um mehr als um einen kleinen psychotischen Schub, der von der unlösbaren Beziehung von Gier und Angst ausgelöst wurde, es geht auch um die gesellschaftliche Konstruktion dieses Alptraumes. Der Held ist einer, der, wie vordem »Barry Lyndon«, in einer Gesellschaft aufgestiegen ist, der er nicht wirklich angehört. Er läßt sich von ihr korrumpieren (verspricht als Arzt sein Schweigen über einen Beinahe-Drogentod), und doch gelingt es ihm nicht, in ihr Innerstes vorzudringen. Die Bilder, die er da zu sehen bekommt, sind vielleicht nur für ihn inszeniert, Bilder, die ihn fernhalten sollen, die seine Angst zwischen sich und der Welt aufrichten.

Der Wissenschaftler, der Voyeur, der Künstler, das Kind im ödipalen Drama: Sie alle müssen sich, um zu leben, ein Bild machen. Und dieses Bild ist von zwei Seiten bedroht: Wieviel enthält es vom eigenen Wahn, und wieviel Inszenierung ist darin? Wieviel von dem, was ich sehe, ist, was ich sehen soll? Kubrick entläßt seine Helden in ein »normales« Leben: Man wird nicht mehr träumen, nicht mehr forschen; man wird einander nicht mehr folgen in die Seitenwege von Angst und Begehren. Damit ist freilich nicht nur das Projekt des so oder so Aufklärung erzeugenden Blickes, sondern auch das Projekt der Liebe gescheitert (das in nichts anderem besteht als in einem Bild des anderen, das von sich behauptet, zugleich ideal und wahrhaftig zu sein, zugleich Bild und Sicht). Aber wir beginnen nun, darüber nachzudenken, worin dieses Scheitern besteht. Die zweite Aufklärung, für die es Zeit wird, wird durch das Bild gehen müssen. Kubricks Filme haben damit begonnen.

Von Georg Seeßlen und Fernand Jung erscheint zum Filmstart von »Eyes Wide Shut« im Schüren Verlag »Stanley Kubrick und seine Filme«

Konkret 09/99, S. 62

Marit Hofmann

Cookies Fortune

Regie: Robert Altman. Mit Glenn Close, Julianne Moore, Charles S. Dutton, Chris O'Donnell. USA 1999 (Arthaus); 118 Minuten; seit 26.8. im Kino

»Hier passierte 1861-65 nichts«, versichert ein Schild im Spirituosenladen von Holly Springs, in dem der dicke Willis (Dutton) regelmäßig den Wild Turkey nachkauft, den er sich nachts zuvor in der Bluesbar heimlich »geborgt« hat. Tatsächlich wäre es nicht erstaunlich, wenn in diesem erbärmlichen Südstaatennest, in dem sich die Polizei mit Haut und Haar dem Kampf gegen das Falschparken verschrieben hat, niemand was vom Sezessionskrieg mitgekriegt hätte. Wahrscheinlicher ist allerdings, daß man unangenehme Ereignisse der Einfachheit halber lieber verdrängt. Und wenn eine eigensinnige alte Dame (Patricia Neal als Cookie) ohne Rücksicht auf die Familienehre ihrem Leben eigenmächtig ein Ende setzt, dann gebietet die Moral einer so musterhaft frommen Frau wie Cookies Nichte Camille (Close), in ihrer Vorbildfunktion als Leiterin der kirchlichen Laientheatergruppe, sich so eine Schmach nicht gefallen zu lassen, sondern den Freitod zu vertuschen und als Raubmord umzuinszenieren. Verständlich, daß die ansässige Gendamerie mit dieser Situation restlos überfordert ist (schließlich sollen die als Laiendarsteller unter Camilles Fuchtel stehenden Beamten neben den Mordermittlungen noch ihre Rollentexte für die Osteraufführung pauken – und können dabei schon mal die Ritterrüstung mit der Dienstuniform verwechseln). Da scheint es naheliegend, sicherheitshalber erst mal Cookies farbigen Haushälter Willis zu verhaften.

Sozialdrama! könnte man jetzt denken, der Beginn eines leidenschaftlichen Kampfes um Wahrheit und Gerechtigkeit. – Alles falsch. Der bestens aufgelegte Altman jongliert mit den Klischees des Genres und funktioniert den Blues zum Komödiensoundtrack um: Während sich die halbe Stadt in Willis' Gefängniszelle zum Scrabbeln und Zechen trifft, stürmt das Einsatzkommando die Theaterpremiere, und die Salomé aus dem Stück (Moore als Camilles herrlich unbedarfte Schwester) feiert auf dem Revier ihren ersten echten Triumph. Womit die scheinbar disparaten Handlungsstränge wieder einmal in »Short Cuts«-Manier zusammengeführt wären. Am Ende ist jeder mit jedem irgendwie verwandt, der Schwarze eigentlich weiß, die Weißen schwarz, und die Moral sitzt hinter Gittern. Aber sonst? Nicht viel passiert. Sagen Sie selbst, ist heute nicht ein wunderschöner Tag, um angeln zu gehen und sich dabei den einen oder anderen Schluck Wild Turkey zu genehmigen?

Konkret 09/99, S. 63

Kay Sokolowsky

filmtheater

Georg Seeßlen: Copland. Geschichte und Mythologie des Polizeifilms. Schüren Verlag, Marburg 1999, 530 Seiten, 48 Mark

Felix Moeller: Der Filmminister. Goebbels und der Film im Dritten Reich. Henschel Verlag, Berlin 1998, 480 S., 58 Mark

François Truffaut in Zusammenarbeit mit Helen Scott: Truffaut / Hitchcock. Vollständige Ausgabe. Diana Verlag, München/Zürich 1999, 326 Seiten, 68 Mark

Filme sind Fabriken von Mythen und deren Produkte zugleich, ob ihre Autoren das wollen oder nicht. Schauspieler, die in einem Blockbuster figurieren, werden entrückt und strahlen fortan als Stars (und waren sie schon vorher welche, überglänzt ihre Legende mühelos alles Bemühen der Regie, den Stern zurück auf die Erde zu holen). Die Helden des Kassenschlagers müssen sich, da kann ihr Darsteller nichts machen, und machte er gar mehr als sein Mögliches, einreihen lassen in die Typologie des Genres. Man kann ein Hundert-Millionen-Publikum nicht anpeilen, ohne der populären Mythologie Konzessionen zu machen. Andererseits wird selbst ein Film, nennen wir ihn »Pulp Fiction«, der Kino-Mythen nach Herzenslust deformiert und travestiert, vom Hundert-Millionen-Moloch, der ihn unerwartet heimsucht, umstandslos ins mythologische Reservoir gestopft: Und plötzlich reden alle Gangster wie Samuel L. Jackson, obwohl sie bis dahin wie Al Pacino geredet haben.

Während das Kino sich unablässig an den Mythen abarbeitet, die es selber geschaffen hat und die es nur loswürde, schüfe es sich selber aus der Welt, muß es die vornehmste Aufgabe von Kinokritik und -wissenschaft sein, ihr Objekt zu entmythologisieren – eine Dechiffrierung von Filmbildern, welche die Meute im dunklen Saal und ihre Sehnsüchte oder Idiosynkrasien außer acht läßt, haust weit unter dem Niveau ihres Gegenstandes, und heiße der »Rocky IV« oder »Stadtgespräch«. Georg Seeßlen, der beste Filmexeget hierzulande seit Siegfried Kracauer, ist sich dessen immer bewußt gewesen; seine ersten bedeutenden Bücher, in denen er systematisch die Genres des Mediums charakterisierte, waren mit dem programmatischen Untertitel »Geschichte und Mythologie des populären Films« versehen. Ende der 70er bis Anfang der 80er Jahre zunächst im Eigenverlag, dann bei Rowohlt gedruckt und lange vergriffen (bzw. von den Adepten, die dergleichen Synopsen nirgendwo sonst geboten bekamen, heillos zerlesen), wird Seeßlens monumentales Werk, stark revidiert und erweitert, inzwischen beim Schüren Verlag neu aufgelegt.

Mit *Copland*, soeben erschienen, hat Georg Seeßlen ein Genre definiert und beschrieben, das er in den alten Bänden selber noch gar nicht kannte, den Polizeifilm. Was er einst generös (und etwas beliebig) auf die Analysen des Thrillers, des Gangster- und Detektivfilms verteilte, erhält endlich sein Recht, und der Verfasser zieht alle Register, um die Sache wieder gut zu machen. »In der langen Geschichte seiner Leinwand-Präsenz«, schreibt Seeßlen im einleitenden Kapitel, »hat sich der Kino-Cop zur perfekten Metapher auf die Situation des Kleinbürgertums entwickelt«. Folgen 500 Seiten Beweisführung, in denen von den Keystone-Cops bis zum »Beverly Hills Cop«, von den ersten Maigret-Filmen bis zu Schimanski nichts fehlt, was einen Stern trägt. Die mehr oder weniger bewußte Mythisierung, welche die permanente Krise des Spätkapitalismus (»der kontrollierte Bürgerkrieg«) im Polizeifilm erfährt, der mal besser, mal gar nicht gewollte Versuch seiner Produzenten, dem Umschlag des Mythos vom »Gesetzeshüter« in die pure Ideologie auszuweichen, wird lückenlos, mit geradezu monströser Detailkenntnis ausgeführt. Hier schreibt einer, der mit großem Vergnügen abertausend Filme in sich hineingeschaufelt hat und darüber nicht blöde geworden ist. Eben: der Beste, den wir haben.

Dem man allerdings auch den besten Lektor, der zu haben ist, wünschen möchte. Er hat mit Fernand Jung leider nur einen netten bekommen. Die außerordentliche Zurückhaltung Jungs im Umgang mit dem Manuskript hat nicht allein Eingriffe in bisweilen reichlich (wenngleich schön) geschwätzige Textweichteile verhindert. Sie hat leider auf jederlei Korrektur verzichtet. Und so stehen die Kommata, wo sie wollen, trägt es Grammatik und Stil gelegentlich voll aus der Kurve, bleibt jeder Tippfehler geistiges Eigentum des Autors. Etwas weniger Respekt des Korrektors hätte diesem außerordentlich klugen und anregenden Buch keineswegs geschadet.

Zur Fabrikation von Film-Mythen, Seeßlen wird nicht müde, dies zu belegen, gehört das Teamwork von Studio und Publikum resp.: Überbau und Basis. Ansatzweise scheint das auch Joseph Goebbels begriffen zu haben. *Der Filmminister* – so der Titel einer akribischen Monographie Felix Moellers – wünschte sich Propagandastreifen, die ihr Movens eben nicht ausstellen, sondern gleichsam subkutan operieren. Er hat dergleichen nur selten von seinen »Filmschaffenden« bekommen: Wolfgang Liebeneiners »Ich klage an«, ein Film, der auch Peter Singer und Alice Schwarzer wohl gefallen könnte, so »zart«, wie er für die »Notwendigkeit« der Euthanasie plädiert, und natürlich Veit Harlans »Jud Süß« trafen Goebbels'

Vorstellungen noch am ehesten. Allerdings interessiert Historiker Moeller sich weniger für das mythisch besetzte Filmbild als für die Mythen, die rund um die NS-Filmindustrie und ihren Häuptling seit 45 gewuchert sind.

Anhand der – zugänglichen – Tagebücher Goebbels', stets abgeglichen mit dem, was Archive, Memoiren und andere Quellen hergeben, gelingt es Moeller, den »Filmminister« vollständig zu entdämonisieren. Wohl besaß Goebbels die Macht, etwas zu verfügen; und er verfügte, was ihm gerade durch den unsortierten Schädel rauschte. An der Zähigkeit des Apparats, den er sich unterworfen hatte (seit 1942 waren alle deutschen Filmfirmen verstaatlicht), biß er sich dennoch immer wieder die Zähne aus. Das betraf allerdings nicht die Durchsetzung politischer Maßgaben – Leute wie Emil Jannings, Karl Ritter oder Heinrich George waren in Sachen Propaganda oft forscher als ihr Dienstherr. Unendliche Schwierigkeiten schildert Goebbels bei seinem Kampf gegen das »Gagenunwesen«: Die »Filmkünstler«, die nach dem Krieg allesamt behaupteten, mit der Pistole ins Atelier getrieben worden zu sein, bekamen den Schlund einfach nicht voll; sie griffen nach jedem braunen Schein, der zu kriegen war. Dem abschließenden Kapitel der Monographie, das die Stars des NS-Films und ihr Verhältnis zu Goebbels untersucht, wäre denn auch ein etwas polemischerer als der ansonsten waltende staubtrockene Ton angemessen – aber Moeller, der ein wirklich seriöser Historiker ist, läßt sich leider nicht hinreißen.

»Ein Filmemacher hat nichts zu sagen, er hat zu zeigen.« Meint François Truffaut. Und Alfred Hitchcock bestätigt: »Genau.« Um dieses Verdikt herum kreist und mäandert ein Interview, das Truffaut 1962 mit seinem Meister führte. Daraus wurde das lehrreichste und vorzüglichste aller Filmbücher – und in seiner neuen deutschen Fassung, anläßlich des 100. Geburtstags des großen Zauberers ediert, auch das schönste (welches es im französischen Original schon lange ist). Mit der Beigabe eines Kapitels, das 1983 entstand, und endlich im prächtigen Großformat, üppig und kundig illustriert, lesen sich die Gespräche zwischen Hitchcock und seinem durchaus nicht devoten Bewunderer frisch wie am ersten Tag. Das »Rechteck der Leinwand muß mit Emotion aufgeladen sein«, verkündet Hitchcock; es ist das zeitlose Verdienst dieses Buchs, die Taschenspielertricks und Hütchenspielermanipulationen, die unsereins in den Sessel drücken, minutiös erklärt zu haben – ohne der Magie solcher Meisterwerke wie »Vertigo« oder »Berüchtigt« wirklich etwas nehmen zu können. Professionell, witzig, uneitel durchwandern die beiden Regisseure eines der erstaunlichsten und opakesten Œuvres der Filmgeschichte. Und nachdem die Mythologie der Hitchcock-Filme mit ihren »MacGuffins« und »Red herrings« restlos aufgeklärt ist, klärt sich der Blick für eine Kunst, deren Bilder viel mehr erzählen, als der ganze »Suspense«-Hokuspokus uns ahnen ließ.

Konkret 09/99, S. 65

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

Von Murmansk nach Nausikaa

Die Unterdrückung des Bubblegumkauens
In Kabul durch die IRA
Und die Scharmützel an der Lebertranpipeline
Murmansk/Nausikaa

Giebts womöglich ein Techtelmechtel
Zwischen der Wallstreet und den Ethnien
Und ist der Keynesianismus
Noch brauchbare Medizin

Die Finanzierung des Terrors der Cloum Pat'sch
Durch des Heiligen Vaters Bank
Und ist der Türke der Berge
Oder der Mann am Bosporus krank

Ist Clinton gekauft von Concernen
Oder von seiner Frau
Und vollzieht sich der Anschluß Montenegros
An Unter- oder Oberammergau

Die bulgarische Gewerkschaftsfrage
Und die Koks-Achse Schröder/Blair
Ja – für solche Tralalaismen
Giebt sich die Zeitschrift KONKRET gerne her

Doch wenn sich die Heimat verdunkelt
Mitten am helllichten Tag
Und die Störche stürzen vom Kirchturm
Wie heruntergeholt von der Flak

Dann zeigt sich KONKRET unbeeindruckt
Und mißachtet eselsstur
Wie gewohnt in der Nase bohrend
Diese Oper der Natur

Auf meine Verwundrungsbekundung
Warum dies denn so sey
Daß die Jahrhundertekleipsis dem Blatt glatt

Am Anus gehe vorbei

Sagte mir Wolfgang Schneider
Der Sprecher von KONKRET
(das unter der Fuchtel eines stockorthodoxen
Naturverächters steht)
Wörtlich:

»Nur das menschheitliche Treiben
Ist Gegenstand von KONKRET
Des Universums Interaktionen
Sind KONKRET schlicht&einfach zu blöd

Denn was ist schon des Mondschattens Reise
Gegen Hombacchus' Butterfahrt
Als Kosovokolonisator
Im Bundeswehrleopard

Und der Korona Protuberanzen
Was bedeuten sie angesichts
Der Aura ›Struppi‹ Thierses
Wenn nicht weniger als wie nichts

Kuriositäten wie der Sonne Bläckaut
Sind leider in und gelten als chic
Doch das Credo KONKRETs ist menschen
Bezogne Erhellungspolitik!«

All meine Liebe gehört dem Weltall
Doch ein bißchen auch KONKRET
Der Zeitschrift die am Lehrsatz festhält:
Daß der Mensch sich um den Menschen dreht

Vom »Sonntagsmagazin« des Hessischen Rundfunks aufgefordert, eine Woche nach Greifen der Rechtschreibreform eine (ruhig subjektiv kolorierte) Fünfminutenbilanz dieser Revolution, die endlich mal eine buchstäbliche ist, zu ziehen, zitierte ich zunächst die »Rhein-Main-Schiffahrt«, die (wiewohl von den Kosten der Indruckgebung orthographiereformierter Prospekte wie der Kopf vom Schußß getrophphen) übers dritte aufeinanderfolgende »f« in der Skifahrt (sorry: Schifffahrt) vor Freude aus dem Häuseken sei »wie der Schneck an der Gabel des Gourmets«; während hinwehdrum in der Augustausgabe (Jahrgang 173) von »Rektum Perfektum«, der Wartezimmerillustrierten der deutschen Proktologen, über den sprachlichen Eingriff in die Hauptsache des Standes Klage geführt werde, nämlich: »Namentlich älteren Kollegen fällt es schwer, sich beim Attestieren des Patientenbefundes das zweite ›h‹ und das zweite ›o‹ zu verkneifen und lediglich (wie gesprochen) zu schreiben ›Hämmoriden‹.« Von einem militantkriminellen Verbrechen an der deutschen Sprache in der »Bildzeitung« erzählte ich sodann, und daß ich mich per Fax an den Stellvertreter des Chefredaktörs (Udo »Gladbeck«-Röber) gewandt habe mit den Worten: »Sehr geehrter Herr Doktor Paul C. Martin! Wir sprachen just (20 Uhr 15 des vierten August) über die Schlagzeile in Ihrem Blatt ›Neue Krebshoffnung aus einer Muschel‹. Würden Sie, freundlicherweise, den Hörern des Hessischen Rundfunks erklären, was ›Krebshoffnung‹ bedeutet ... Bedeutet sie die Hoffnung der Krankheit namens Krebs auf gleichbleibend menschliche Unzulänglichkeit, ihrer Herr zu werden? Oder bedeutet sie etwas anderes? Ich bitte Sie höflich, Ihre möglichst ausführliche Erläuterung auch an meine bayerische Fax-Nummer zu richten.« Doktor

Martin entsprach binnen innertst meiner Aufforderung, was nur heißen kann, die selige Kampagne »Enteignet Springer« mit derartigen Attacken zu revitalisieren.

Konkret 09/99, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Die »Bildzeitung« vernahm

Signale aus dem Jenseits: Was ist dran? Lore Strack, die Witwe des großen Schauspielers. In »Bild« bekannte sie: »Nachts geht in unserem Haus das Licht an – ich glaube, es ist Günter.«

Weil er zu Lebzeiten keines war?

»15 Uhr Aktuell Hamburg«, eine gratis verteilte Tageszeitung, setzt den Titel:

Volk ohne Raum

Die Rede ist aber noch nicht von Oberschlesiern und anderen Sudetengaunern, die ihr Heim ins Reich holen wollen, sondern vom Deutschen Mieterbund und der Wohnungsnot. Tschechen, Polen! Entspannen!

Horst Ehmke, einst Minister in Willy Brandts Kanzleramt, hat, weil auch aller scharfen Dinge drei sind, eine Trilogie oder Triole verfaßt. Die zuständige »Bildzeitung« zitiert daraus:

Dann revanchierte sie sich für das Einseifen unter der Dusche, daß er sie fast mit Gewalt umdrehte und von hinten bediente, was sie mit kurzen, kehligen Wonnelauten quittierte.

Das kommt heraus, wenn ein Bürohengst sexuell phantasiert: ein Fucksimile.

Der Korrespondent der »Frankfurter Allgemeinen« beim Vatikan hatte einen Unfall:

Dabei sieht es auf dem Papier günstig aus für Ministerpräsident D'Alema. In beiden Häusern des Parlaments hat er die absolute Mehrheit hinter sich und, noch wichtiger, wohl keine gegen sich.

Armer Heinz-Joachim Fischer! Er muß auf den Kopf gefallen sein, ausgerutscht auf Heiligem Stuhl.

Im Urlaubsgepäck des Bundeskanzlers hat die »Bildzeitung« was entdeckt:

Bücher wie »Eduards Heimkehr« von Peter Schneider, ein Berlin-Roman mit Sex und Hausbesetzermilieu.

Das, Reich-Ranicki, nenne ich Literaturkritik! Kein Wort zuviel und keines zuwenig.

Die eine Vorsitzende der Grünen, Antje Radke, von der die fundamentalistischen Realos sagen, sie sei keine von ihnen, will sich dennoch den Realitäten nicht ganz und gar verschließen:

Die Partei müsse manche ihrer Grundsätze »weiter entwickeln, sich aber nicht von ihnen verabschieden«. So habe die Debatte um den Kosovo-Krieg deutlich gemacht, daß das Prinzip der Gewaltfreiheit bedeutet: »Wir wollen nicht zuschlagen, aber auch nicht zulassen, daß zugeschlagen wird.«

Getreu dem Motto des ersten menschgewordenen Fundis: Wenn dir einer auf die Linke haut, erschlag ihn mit der Rechten.

Das Letzte von Angelika Beer:

Die verteidigungspolitische Sprecherin der Grünen wies darauf hin, daß ihre Partei alle Versuche, einen Generalstab einzuführen, strikt ablehne.

Die Partei und ihre Pazifistin der eisernen Reserve werden sich von diesem strikten Grundsatz nicht verabschieden, sondern ihn immer weiter entwickeln, jawoll.

Herta Däubler-Gmelins letzte Warnung:

Wenn allein der Markt herrscht, werden unsere Werte zerstört.

Der Markt ist mörderisch genug, aber wenn sie anfangen, ihre Werte zu verteidigen, trifft es serbische Schulbusse.

»Hier schreibt Claus Jacobi – jeden Sonnabend«: So warnt ein Insert auf der Seite 2 der »Bildzeitung«, und daneben geht jedes Wochenende die Welt unter, mal an Teuerung, mal an Haschisch, an Promiskuität, an Insubordination und an vielen anderen Todesviren. Auch an mangelhafter Pädagogik:

Zur Zeit haben wir einen neuen Tiefpunkt erreicht. Die derzeitige Malaise hat dreifache Wurzel: Der Zerfall von Familien, Ehen auf Zeit, die Zunahme von Alleinerziehenden, Scheidungs-Welle, der Drang der Frauen in den Beruf ... Zerstörung der Klassengemeinschaft, Mengenlehre und Rechtschreibreform ... Humanismus, Gottesfurcht und Patriotismus sind weithin abgeschafft.

Oder die Welt geht an falscher biologischer Auslese zugrunde:

Wir haben eine Welt geschaffen, in der die Adler sterben und die Quallen gedeihen, nicht nur bei den Tieren.

Welcher Segen andererseits gerade in Volkskrankheiten liegen kann, und besonders der Alzheimerschen, daran erinnert jeden Sonntag die Serie »Claus Jacobi erinnert sich« in der »Welt am Sonntag«. Diesmal erinnert sich Claus Jacobi an den Verlegersohn Axel Springer jr.:

Eine studierte Volontärin beschwerte sich empört bei uns, ein Redakteur habe versucht, sie im Treppenhaus zu küssen. »Gäben alle Küsse Flecken, wären alle Frauen Schecken«, meinte Axel. Und schon lachte der Blaustrumpf. So war Axel.

Aber er war nicht immer so, einmal war er auch anders:

Gegen zwei Uhr früh hatte er mit seinem schwarzen Labrador »Grouse« sein Haus am Oberlauf der Alster verlassen, ging hinaus in die Nacht und ließ zurück, wen er liebte. Er setzte die Mündung seines »Smith & Wesson« zwischen seine Augen, die Stelle der Tapferen.

Daran erinnert Claus Jacobi sich nun schon zum zweiten Mal, in denselben Worten, und es wird nun endlich Zeit, daß sich im Umkreis der Freunde, die Axel gehabt hat, ein Adler findet, der diesem Nachrufer in seine empfindliche Stelle tritt. Aber wo haben Quallen das Arschloch?

Johannes Gross irrt in den Fußstapfen von Karl Marx herum:

Wer ein Taxi benutzt, wird über die soziale Ordnung belehrt. Der Fahrer muß nicht fragen, ob er seine Radiomusik weiter dröhnen lassen dürfe; der Fahrgast ist es, der um Ruhe bitten muß.

Ja so ist sie, die Klassengesellschaft.

Elke Leonhard? Sie kennen Elke Leonhard nicht? Dann wissen Sie vielleicht nicht einmal, was die Vermögenssteuer ist:

Die Vermögenssteuer ist unmodern.

Und warum? Weil es den Anhängern der Vermögenssteuer

schlichtweg um die alten Shakespeareschen Motive im Mantel der Rationalisierung und anderer Verdrängungsmechanismen geht.

Schwachheit, dein Name ist Elke? Nicht ganz. Es ist nämlich so:

Die konzeptionelle und strategische Richtung Gerhard Schröders ist klar, ihm Ausblendung des Faktors Gerechtigkeit zu unterstellen absurd. Überfällig ist eine Modernisierungsdebatte. Ohne Modernisierung, konkret: ohne ideologiefreie Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik wird Gerechtigkeit auf der Strecke bleiben.

Nicht verstanden? Also, Modernisierung geht so:

Eine Chance des gesellschaftlichen Aufbruchs – dessen zündender Funke kein steuersystematischer sein kann, sondern in erster Linie ein kultureller sein muß – bietet eine Reform des Stiftungsrechts, die die Errichtung von Stiftungen attraktiver macht.

Wodurch? Nicht durch eine Shakespearesche Vermögenssteuer, sondern

durch steuerliche Vergünstigungen muß der Anreiz erhöht werden.

Früher, zu ideologischen, altmodischen Zeiten, hätte man gesagt, die Vermögenden sollen nicht besteuert werden, sondern beschenkt. Modern und unideologisch ist anders:

Gemeinnützige Stiftungen sind Ausdruck einer solidarischen Bürgergesellschaft.

Wie das? Ganz einfach:

Die Stiftungsrechtsreform bietet die Möglichkeit, positive Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung des Staatswesens als Teil einer dynamischen und aktiven Bürgergesellschaft zu setzen.

Und was kommt dabei raus? Modern und unideologisch gesprochen, dies:

Deutschland als Land der Stifter und Stiftungen – auch dies gehört zu einer modernen undogmatischen Sozialdemokratie, die, ohne auf alte, untaugliche Instrumente wie Steuererhöhungen zurückzugreifen, ... zügig den Weg zu einer freiheitlichen Bürgergesellschaft geht.

Wird sie das schaffen? Aber hallo:

Die SPD ist in der Lage, private wie unternehmerische Initiative zu fördern und damit für eine moderne Bürgergesellschaft ...

Jetzt wissen Sie, wer Elke Leonhard ist. Aber Sie wissen noch nicht, was Elke Leonhard ist: Sie ist Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Medien des Deutschen Bundestags. Und Sie wissen auch warum: Es hat sich keine Dümmere gefunden.